

# Edmund Rehwinkel

Landwirt und  
Bauernpräsident

Eine Studie von Prof. Dr. Andreas Dornheim



**rentenbank**

Edmund Rehwinkel-Stiftung

## Über den Autor

**Andreas Dornheim** (\*1958) ist Historiker, Politologe und Kulturwissenschaftler. Nach Studium und Promotion an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen erfolgte die Habilitation am Institut für Geschichte der Universität Erfurt. Anschließend war er dort als Privatdozent tätig. Heute lehrt er als außerplanmäßiger Professor am Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte unter Einbeziehung der Landesgeschichte an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg. Seit Juli 2016 gehört Professor Dornheim der vom Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft, Christian Schmidt, berufenen Historikerkommission an, die die Geschichte des Ministeriums aufarbeiten soll. Bereits 2006 und 2011 hatte er für das damalige Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zwei Gutachten zur Rolle des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft in der NS-Zeit und zur Bewertung von Lebensläufen von Bediensteten des Ministeriums erstellt. Forschungsschwerpunkte und Publikationen zu folgenden Themen: Agrargeschichte und Geschichte des Ländlichen Raums, Rezeption der Forschungsgeschichte zum Bauernkrieg, Adel, Bürgerbewegung der DDR, Jugendbewegung, Unternehmensgeschichte mit Schwerpunkten Automobilzulieferer, Chemie und Textil, Aufstieg und Geschichte des Nationalsozialismus, sozial-moralische Milieus mit Schwerpunkt Arbeiterbewegung, Bewertung von Lebensläufen mit Blick auf die NS-Zeit. Professor Dornheim ist 2. Vorsitzender und Geschäftsführer der Gesellschaft für Agrargeschichte.

## Edmund Rehwinkel-Stiftung

Die Edmund Rehwinkel-Stiftung ist eine rechtsfähige Stiftung bürgerlichen Rechts. Sie wurde von der Rentenbank in Erinnerung an die Tätigkeit von Bauernpräsident Edmund Rehwinkel, dem früheren Verwaltungsratsvorsitzenden der Bank, gegründet. Im Sinne ihres Namensgebers fördert die Edmund Rehwinkel-Stiftung vielfältige Projekte mit hohem praktischem Nutzen für die Landwirtschaft. Das Stiftungsziel wird derzeit in drei Förderbereichen umgesetzt: mit der Ausschreibung von Forschungsarbeiten, dem Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis sowie durch die Vergabe von Hochschulstipendien in den Studiengängen Agrar- und Ernährungswissenschaften.

Edmund Rehwinkel-Stiftung der Landwirtschaftlichen Rentenbank  
Hochstraße 2 / 60313 Frankfurt am Main  
[www.rehwinkel-stiftung.de](http://www.rehwinkel-stiftung.de)

ISSN 1868-5854

Oktober 2017 / Umschlagfoto: Archiv der Region Hannover, Nachlass Mellin

## Inhalt

Vorwort .....	5
1. Forschungsstand und Fragestellung .....	6
2. Herkunft, Familie, Ausbildung .....	12
3. Keine Kriegskarriere, Gestapohaft statt NSDAP-Mitgliedschaft .....	15
4. Entnazifizierung, Kreislandwirt und Landrat .....	22
5. Der Präsident – an der Spitze des Niedersächsischen Landvolkverbandes ..	24
6. Tagesgeschäft und strategische Entscheidungen .....	32
7. Vizepräsident des Bauernverbandes unter Hermes .....	40
8. Das Triumvirat und die Ära Lübke .....	45
9. Machtkampf .....	58
10. Bauernverbandspräsident bis zum Ende der Ära Adenauer (1959-1963) ...	61
11. Bauernverbandspräsident in der Ära Erhard (1963-1966) .....	80
12. Rehwinkel und die NPD .....	88
13. Der Rücktritt .....	92
14. Bildungspolitische Vorstellungen .....	98
15. Politische Einstellungen und mentale Dispositionen .....	100
16. Die Hau-Drauf-Rhetorik und die Folgen .....	106
17. Rehwinkel in seinen Urteilen über Personen und Inhalte .....	113
18. Edmund Rehwinkel als Dichter .....	115
19. Problematische Personalpolitik .....	118
20. Edmund Rehwinkels Tod .....	124
21. Fazit .....	126
Abkürzungsverzeichnis .....	131
Quellen- und Literaturverzeichnis .....	133
Lebenslauf Edmund Rehwinkel .....	140

## Vorwort

Liebe Leserin, lieber Leser,

zu seiner Zeit war Edmund Rehwinkel einer der bedeutendsten Landwirtschaftspolitiker und Fürsprecher für die Menschen auf dem Lande. Eine seiner größten Leistungen war die Zusammenführung des Berufsstands zur durchsetzungsstarken Interessenvertretung. Sein Aufruf an die Bauern lautete: „Seid einig und bleibt einig!“

Mit Unterzeichnung der Römischen Verträge 1957 stand Rehwinkels Schaffen weitgehend im Zeichen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Die bundesdeutsche Landwirtschaft geriet bei der Errichtung des gemeinsamen Binnenmarktes unter großen Anpassungsdruck. Im Berufsstand gab es heftige Diskussionen um den agrarpolitischen Kurs. Rehwinkels Mission, den Bauernverband als Einheit zu erhalten, erschwerte das.

Edmund Rehwinkel selbst galt als charismatisch und kämpferisch. Seine Methoden und Ansichten wurden allerdings oft kritisch kommentiert. Dies betrifft besonders das Jahr 1967, als er aus Ärger über die im „Grünen Plan“ vorgesehene Umstrukturierung der bundesdeutschen Landwirtschaft andeutete, Teile der Bauern könnten künftig außerhalb des etablierten Parteienspektrums wählen. Doch was war politische Überzeugung und was Rhetorik im Kontext der Zeit?

Als Stiftung mit Rehwinkels Namen wollten wir das genau wissen. Die vorliegende Studie porträtiert auf anschauliche Weise die Persönlichkeit Rehwinkels, beleuchtet gleichzeitig aber auch sein Umfeld eingehend. Dem Autor, Professor Andreas Dornheim, ist es gelungen, uns über Rehwinkel hinaus mit der damaligen Agrarpolitik und ihren Akteuren vertraut zu machen. Für seine Arbeit danken wir dem Autor ganz herzlich. Allen Gesprächspartnern danken wir ebenfalls sehr für die Informationen, Einschätzungen und Unterlagen.

Dr. Reinhard Grandke, Udo Hemmerling, Professor Michael Schmitz und ich freuen uns als Vorstand der Edmund Rehwinkel-Stiftung, Ihnen die Studie präsentieren zu können. Wir wünschen Ihnen eine informative und anregende Lektüre.

Ihr



Dr. Horst Reinhardt  
Vorstandsvorsitzender der Edmund Rehwinkel-Stiftung  
Sprecher des Vorstands der Landwirtschaftlichen Rentenbank

## 1. Forschungsstand und Fragestellung

Edmund Rehwinkel gilt als eine der schillerndsten, gleichzeitig aber auch umstrittensten Persönlichkeiten der jüngeren deutschen Geschichte. Er gehörte der am 29. Oktober 1946 in München gegründeten „Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Bauernverbände“ in führender Position an und war ab 1947 nach Michael Horlacher der zweite Stellvertreter des 1. Vorsitzenden Andreas Hermes. Seine Hausmacht hatte Rehwinkel in Niedersachsen, wo er seit dem 18. Februar 1947 an der Spitze des Landesverbandes des Niedersächsischen Landvolks stand. Nachdem sich aus der „Arbeitsgemeinschaft“ am 17. August 1948 der Deutsche Bauernverband (DBV) als rechtsfähige Organisation konstituiert hatte, war Rehwinkel Mitglied des fünfköpfigen Präsidiums.<sup>1</sup> Nach dem Rückzug von Andreas Hermes 1954 wurde Rehwinkel zunächst Mitglied des so genannten „Dreierkollegiums“, das den Verband leitete, um ab 1959 den Berufsverband der bundesdeutschen Landwirte bis 1969 allein zu führen. Zudem war er ab 1955 zunächst stellvertretender und von 1963 bis 1974 Vorsitzender des Verwaltungsrats der Landwirtschaftlichen Rentenbank und hatte weitere Ämter inne.<sup>2</sup>

Im Gegensatz zu Andreas Hermes (Jg. 1878), der bereits in der Weimarer Republik Reichsminister gewesen war und sich 1945 der CDU anschloss, verkörperte Edmund Rehwinkel (Jg. 1899) eine jüngere Generation und einen anderen Politikertypus. Er war nach einem kurzen Intermezzo bei der CDU parteipolitisch nicht gebunden, stand aber der rechts-konservativen Deutschen Partei nahe, galt selbst leitenden Mitarbeitern des DBV als „ein bisschen raubauzig“<sup>3</sup> und erfreute sich „wegen seiner Redebegebung

<sup>1</sup> Rehwinkel wurde in Abwesenheit in der zweiten Sitzung des Organisationsausschusses der Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Bauernverbände am 15./16.4.1947 in Mingolsheim bei Heidelberg gewählt. Zuvor war Andreas Hermes nach Vorschlag von Hans Schlange-Schöningen zum Vorsitzenden gewählt worden. Der DBV ist organisatorisch ein ziemlich komplexes und sensibles System, das nach dem Prinzip der Konkordanzdemokratie funktioniert. Andreas Hermes war nach Alter und Reputation unumstritten. Dem Bayerischen Bauernverband stand als ältestem und größtem Landesverband das Recht zu, den ersten Stellvertreter zu benennen. Das 1947 gegründete Land Niedersachsen hatte den zweitgrößten Verband, weshalb Rehwinkel zweiter Stellvertreter wurde. Zum dritten Stellvertreter wurde Heinrich Wittich (Hessen), zum vierten Lambert Schill (Südbaden) gewählt. Vgl. zur Wahl NLA Hannover, V.V.P. 38, Nr. 420. Auf der konstituierenden Mitgliederversammlung des DBV am 1./2.10.1948 wurde Andreas Hermes Erster Präsident und Fridolin Rothermel (Bayern) Zweiter Präsident. Stellvertretende Vorsitzende wurden Edmund Rehwinkel (Niedersachsen), Lambert Schill (Südbaden) und Detlev Struve (Schleswig-Holstein). Vgl. Schnieders/Hintze, Der Deutsche Bauernverband, S. 18.

<sup>2</sup> Zur Position des Verwaltungsratsvorsitzenden der Landwirtschaftlichen Rentenbank gibt es divergierende Angaben: 1955–1974 bei Pohl/Schneider, Die Rentenbank, S. 404. 1963–1974 bei Gothe (Hg.), An der Seite der Bauern, S. 405. Ein offizieller Lebenslauf vom 15.1.1964 führte zudem auf: Präsident der Landwirtschaftskammer Hannover (1949–1964), Vizepräsident des Verbandes der europäischen Landwirtschaft CEA (seit 1955), Mitglied des Wirtschafts- und Sozialausschusses der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (1958–1961), Präsident des Ausschusses der berufsständischen Organisationen der Landwirtschaft in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft COPA (1960–1962, anschließend Vizepräsident), Vertreter der deutschen Landwirtschaft im Internationalen Verband landwirtschaftlicher Produzenten IFAP, Vizepräsident des Verbandes der Landwirtschaftskammern, Mitglied des Verwaltungsrates der Bundespost. NLA Hannover, V.V.P. 38, Acc. 139-84, Nr. 34.

<sup>3</sup> Rudolf Schnieders im Interview mit dem Verfasser am 17.6.2010.

und der Schroffheit seiner Forderungen großer Beliebtheit bei den Bauern“.<sup>4</sup> Politischen Gegnern wie Harri Bading, Referent des Agrarpolitischen Ausschusses beim Parteivorstand der SPD, galt er als „ausgesprochener Reaktionär“.<sup>5</sup>

Erst wenige Historiker und Publizisten haben sich mit Rehwinkel beschäftigt. Den Anfang machte Günther Pacyna, der 1969, am Ende der Amtszeit Rehwinkels als Präsident des DBV, ein „Porträt“ veröffentlichte, das vor allem wegen der Person des Verfassers mit einer gewissen Vorsicht zu betrachten ist. Pacyna, der die Pressestelle des Niedersächsischen Landvolks leitete und ein enger Mitarbeiter Rehwinkels war,<sup>6</sup> fungierte bereits in der Zeit des Nationalsozialismus als politischer Publizist und trat mit mehreren Veröffentlichungen in Erscheinung, die ihn als Anhänger der Blut-und-Boden-Ideologie kennzeichnen. Ich werde später in dem Kapitel über Rehwinkels Personalpolitik darauf eingehen. Pacyna kam zu dem Ergebnis, Rehwinkel sei ein „Politiker national-konservativer Prägung“, der sich aber „stets einen offenen Blick für die Erfordernisse“ bewahrt habe, „die sich aus dem Wandel der Zeit ergeben“. Rehwinkel sei durchaus bereit gewesen, dem Fortschritt „zum Durchbruch zu verhelfen“.<sup>7</sup>

Diesem Urteil ist Hinrich Ewert in seiner Rehwinkel-Biographie, die etwa 2007 erschien, einerseits gefolgt. Ewert beschrieb Rehwinkel als Menschen mit einer „national-konservativen Grundhaltung“ und konstatiert eine „stockkonservative Grundhaltung mit progressiver Aufgeschlossenheit“. Zwar übernimmt Ewert das eine oder andere Urteil kommentarlos aus der zeitgenössischen Presse, analysiert aber doch deutlich tiefer. So stellt er zu Recht fest, dass Rehwinkel an der Spitze eines Verbandes stand, „dessen Mitglieder sich vom Strukturwandel zutiefst verunsichert fühlten“. In den 1950er und 1960er Jahren, als Rehwinkel politisch in führender Position tätig war, hätten sich Landwirtschaft und ländlicher Raum „grundlegend und nachhaltig“ verändert. Auch wenn das Fazit des Autors insgesamt positiv ausfällt, so merkt er doch kritisch an, Rehwinkel habe beim Strukturwandel in der Landwirtschaft wohl „zu sehr auf die Hilfe des Staats gehofft“. Zu lange habe er sich zudem gegen „Entwicklungen“ gestemmt, „die nicht aufzuhalten waren und dadurch möglicherweise bei den Landwirten falsche Hoffnungen geweckt“. Vielleicht wäre es „seine Aufgabe als Bauernpräsident gewesen, die Landwirte konsequent und intensiv darauf vorzubereiten, dass sie verstärkt dem Wettbewerb, insbesondere auf internationaler Ebene, ausgesetzt sein würden“.<sup>8</sup>

<sup>4</sup> Ackermann, Deutscher Bauernverband, S. 33.

<sup>5</sup> Schreiben vom 16.6.1953. AdsD, SPD-Parteivorstand, Referat Agrarpolitik, Nr. 0100.

<sup>6</sup> Vgl. Ewert, Rehwinkel, S. 40.

<sup>7</sup> Pacyna, Edmund Rehwinkel, S. 87.

<sup>8</sup> Ewert, Rehwinkel, S. 26, 142, 144. Am 6.5.1974 hatte Günter Hönicke im 1. Programm des NDR das neu erschienene Rehwinkel-Buch „Gegen den Strom“ besprochen und den Autor wie folgt beschrieben: „knorrige Persönlichkeit“ in einer „eigenartigen Mischung von stockkonservativer Grundhaltung und progressiver Aufgeschlossenheit“. NLA Hannover, V.V.P. 38 Acc. 139/84, Nr. 34. Bei Ewert ohne Zitatnachweis.

Unter den Äußerungen der Zeitgenossen und Weggefährten ragt das Urteil Theodor Sonnemanns heraus. Die Lebensläufe von Edmund Rehwinkel und Theodor Sonnemann weisen Parallelen, aber auch Unterschiede auf. Beide sind fast derselbe Geburtsjahrgang. Rehwinkel wurde 1899 geboren, Sonnemann 1900. Beide dienten bei der Marine und beide begannen ihre Nachkriegskarrieren 1947 beim Niedersächsischen Landvolk. Nicht zu übersehen ist allerdings auch das Trennende: Auf der einen Seite der promovierte Akademiker Sonnemann, auf der anderen Seite der „Autodidakt“ Rehwinkel.<sup>9</sup> Zudem war Sonnemann, der Sohn eines Ingenieurs, in jungen Jahren deutlich radikalierter und ab 1919 in verschiedenen Freikorps organisiert, während Rehwinkel für solche Eskapaden weder Zeit, Geld noch Interesse hatte und sich beruflichen Aufgaben widmete.

Sonnemann, der von 1949 bis 1961 Staatssekretär im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (BMELF) war, zeichnet ein interessantes, in Teilen durchaus kritisches Charakterbild Rehwinkels, zu dem er bisweilen aufschaute, etwa wenn er feststellte, dass kein Vertreter eines Berufsverbandes in Deutschland eine solche „Machtfülle“ wie Rehwinkel besessen habe. Die mächtige Position Rehwinkels führt Sonnemann unter anderem darauf zurück, dass dieser immer seine „Hausmacht“ in Niedersachsen gepflegt habe: den Vorsitz des Kreislandvolkverbandes Celle sowie die gleichzeitige Präsidentschaft des Niedersächsischen Landvolkverbandes und der Landwirtschaftskammer Hannover. Rehwinkels „kometenhafter Aufstieg“ nach 1945 sei darauf zurückzuführen gewesen, dass er zwei Jahre lang durch Niedersachsen gefahren sei und mit den Menschen gesprochen und Versammlungen abgehalten habe. Der große Erfolg des Bauernverbandspräsidenten sei eine Folge seiner Redegewandtheit gewesen. Seine „wie gehämmerten Thesen“ habe er vollmundig unters Landvolk gebracht. Rehwinkel konnte die „Massen mitreißen“. Dies war seine „eigentliche Stärke“.<sup>10</sup>

Diesen Stärken standen nach Sonnemann Schwächen gegenüber: Für das gesellschaftliche Leben in Bonn hatte Rehwinkel kein Verständnis, so dass er daran keinen Anteil nahm. Im Grunde war er ein Einzelgänger. Sein Machtinstinkt wollte Funktionen zentralisieren. So versuchte er beispielsweise, die Wiedergründung der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft und der landwirtschaftlichen Genossenschaften nach 1945 zu verhindern. Auch wenn Rehwinkel kein in sich geschlossenes Konzept hatte, so ließ sich nach Sonnemanns Meinung doch feststellen, dass er unter dem Begriff Landvolk mehr als die Summe der Landwirte verstand und auch Handwerker, Lehrer, Pastoren und ländliche Geschäftsleute in einer umfassenden Organisation – dem Landvolk – organisieren wollte. Das war der alte Reichsnährstandsgedanke der NS-Zeit, dem Rehwinkel, wie ich zeigen werde, ambivalent gegenüberstand. Rehwinkel war nach Sonnemann ein „Pragmatiker“, kein Theoretiker. Seine martialische Ausdrucks-

<sup>9</sup> Sonnemann, Gestalten und Gedanken, S. 81.

<sup>10</sup> Sonnemann, Gestalten und Gedanken, S. 72, 77, 84 f.

<sup>11</sup> Sonnemann, Gestalten und Gedanken, S. 75, 79, 85 f.

weise sei auf eine Vorliebe für die Militärgeschichte zurückzuführen gewesen. Er habe seine Reden selbst geschrieben, bevorzugte „Gegenstände“ seiner Gedichte seien „Wald und Heide, Jagd und Liebe und immer wieder Frauen“ gewesen. An „Menschenkenntnis“ und „Menschenführung“ habe es ihm weitgehend gefehlt.<sup>11</sup> Insgesamt zieht Sonnemann ein negatives Fazit der Amtszeit Rehwinkels: „Die Erfolgsbilanz schließt mit roten Zahlen ab.“ Die „spektakuläre Hinwendung zu den Rechtsradikalen“ habe das Ziel verfolgt, die Regierung in „Furcht und Schrecken“ zu versetzen.<sup>12</sup> Damit spielt Sonnemann auf die Kontakte Rehwinkels zur Nationaldemokratischen Partei Deutschland (NPD) 1966/67 an, über die später zu sprechen sein wird.

Kiran Klaus Patel hat darauf hingewiesen, dass der DBV Rehwinkel in seiner Amtszeit als Bauernverbandspräsident ausgesprochen positiv vermarktet habe. Ironisierend stellte er fest: „Stets ging es um Rehwinkel als charismatischen Führer und unbeugsamen Kämpfer für die Interessen der Bauern. Rehwinkel forderte und verlangte; Rehwinkel sprach, traf und siegte.“<sup>13</sup> Dem Präsidenten hätte diese Formulierung, wäre sie ernst gemeint, zweifellos gefallen. Seine Redeauftritte auf Bauernversammlungen werden wie folgt geschildert: „Dann marschierte er mit seinem Hermann-Löns-Hut – das war sein großes Vorbild – durch die Reihen und alles klatschte, dann blühte er natürlich auf.“ Dazu kam die militärische Wortwahl in Rehwinkels Reden: „Laden“ und „sichern“, das waren „Standardbegriffe“.<sup>14</sup> Der Heide-Dichter Hermann Löns war in Niedersachsen zum Mythos geworden, nachdem er 1914 im Alter von 48 Jahren als Kriegsfreiwilliger gefallen war.<sup>15</sup>

Darüber hinaus gibt es außer den Nachrufen, die hier nicht behandelt werden sollen,<sup>16</sup> nur zwei kurze biographische Abhandlungen. 1986 veröffentlichte der Wirtschaftsjournalist Antonius John ein Buch mit dem Titel „Bauernköpfe“, das über 40 biographische Skizzen enthält. John beschrieb Rehwinkel einseitig positiv: Er sei „einer der wenigen Charaktere seiner Zeit“, temperamentvoll und gradlinig, voll „zäher Energie“, feinsinnig, empfindsam mit tiefgründigem Humor, „eine starke Persönlichkeit mit großer Ausstrahlung“, charmant, kurzum: „die Personifizierung niedersächsischer Tugenden“. Dass einige Aussagen in ihrer Summe widersprüchlich ausfielen, scheint John nicht gestört zu haben: So wurde Rehwinkel als „überzeugter Europäer“ beschrieben, der „vom nationalen Gedanken durchdrungen“ gewesen sei.<sup>17</sup>

<sup>12</sup> Sonnemann, Gestalten und Gedanken, S. 92, 96.

<sup>13</sup> Patel, Europäisierung wider Willen, S. 147.

<sup>14</sup> Alle Zitate: Rudolf Schnieders im Interview mit dem Verfasser am 8.10.2016.

<sup>15</sup> So vermerkte Ernst Jünger, als er im Mai 1917 zum Kompanieführer im Füsilieregiment Prinz Albrecht v. Preußen (Hann. Nr. 73) ernannt worden war, dies sei jene Einheit gewesen, in der „im Herbst 1914 der niedersächsische Dichter Hermann Löns vor Reims als Kriegsfreiwilliger gefallen“ sei, „fast fünfzig Jahre alt“. Jünger, In Stahlgewittern. Historisch-kritische Ausgabe, S. 323 (Zitat erst ab der zweiten Ausgabe 1922 nachweisbar).

<sup>16</sup> Siehe hierzu Ewert, Rehwinkel, S. 148.

<sup>17</sup> John, Bauernköpfe, S. 129, 131.

Thomas Schlemmer behandelt Rehwinkel in der Neuen Deutschen Biographie, einem Standardwerk der Geschichtswissenschaft, auf zwei Seiten fundiert, aber mit zurückhaltender Wertung, wie es der Konzeption dieses Werkes entspricht. Rehwinkel wird als „wortgewaltiger, aber auch autokratischer ‚Volkstribun‘ mit Hang zur Polemik“ charakterisiert. Einige Punkte, beispielsweise ein Teil der Verwandtschaftsverhältnisse der Familie, bleiben offen.<sup>18</sup>

Im Unterschied zu allen bisherigen Darstellungen legt die vorliegende Studie ihren Schwerpunkt auf die Fragen der politischen Einstellung, des Habitus, der Mentalität und der Verhaltensdispositionen. Mit Habitus sind Form des Auftretens, der Amtsführung und das soziale Verhalten gemeint. Die Fragen der Mentalität und Disposition untersuchen Denk- und Verhaltensmuster. Der erste Teil der Fragestellung schließt parteipolitische Äußerungen und Handlungen in verschiedenen Zeiträumen ein: Wie stand Edmund Rehwinkel zum Kaiserreich, zur Weimarer Republik und zum Nationalsozialismus sowie schließlich zur Bundesrepublik Deutschland? Hat er den Nationalsozialismus insgesamt oder einzelne Elemente oder Personen abgelehnt? Wie stand er zum Reichsnährstand, der NS-Zwangsorganisation der Landwirtschaft? Gibt es Äußerungen von ihm über die Blut-und-Boden-Ideologie?

Für die Besatzungszeit von 1945 bis 1949 und die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis 1974 wird zudem danach zu fragen sein, wie Rehwinkel innerhalb der verschiedenen Strömungen und Traditionen der Bauernverbände zu verorten ist. Zu nennen ist erstens das ländlich-katholische Milieu, das sich nach 1945 allmählich zu einem christlich-sozialen Lager unter partiellem Einschluss des Protestantismus erweiterte. Zweitens das ländlich-konservative bzw. deutschnationale Lager, das nationalliberale Positionen einschloss. Sozialistische Strömungen spielten nur am Rande eine Rolle. Die Kommunisten betrieben zwar in der Weimarer Republik eine Agraragitation, blieben nach 1945 im Westen aber bis auf wenige Ausnahmen unbedeutend.<sup>19</sup> Die Sozialdemokratie konnte sich in Deutschland unter den Landwirten nie flächendeckend durchsetzen und fiel als politische Kraft auf dem flachen Land weitgehend aus. Eine größere Rolle spielten in der Weimarer Republik die Kleinbauernverbände. Beispielsweise stammte Heinrich Lübke aus der Kleinbauernbewegung. Theodor Tantzen ist als Vertreter eines großbäuerlichen Liberalismus zu erwähnen.<sup>20</sup>

Weiter wird danach zu fragen sein, welche gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Einstellungen Rehwinkel nach 1945 entwickelte. Welche Ziele verfolgte er? Wer waren seine Verbündeten, wer seine Gegner? Wie war sein Verhältnis zum Parteiensystem

der Bundesrepublik Deutschland, zu den politischen Parteien und insbesondere zu den großen, etablierten und zu den kleinen Parteien? Welches Führungsverhalten zeigte Rehwinkel innerhalb des Bauernverbandes und gegenüber der Politik? Und schließlich muss danach gefragt werden, wie das Verhältnis Rehwinkels zur NPD war und inwieweit er sich dieser rechtsextremen Partei annäherte.

Um eine Annäherung oder sogar Antwort auf diese und andere Fragen zu erreichen, werden insbesondere Selbstzeugnisse Rehwinkels herangezogen. Wie hat er sich in seinen Schriften geäußert? Was sagen seine Reden über ihn und seine Einstellung aus? Welche Positionen hat er in seinen Schriftwechseln eingenommen? Und schließlich sind auch seine Gedichte zu analysieren. Insgesamt lässt sich sagen, dass alles auf den „Prüfstand“ kommt. Möglichst viele Quellen von Relevanz sollen herangezogen werden, um ein verlässliches Bild zu zeichnen. Das fängt bei den Verwandtschaftsverhältnissen an und hört bei den politischen Kontakten auf.

<sup>18</sup> Schlemmer, Art. Rehwinkel, in: NDB, Bd. 21 (2003), S. 287 f.

<sup>19</sup> An dieser Stelle kann beispielsweise Richard Scheringer (1904-1986) erwähnt werden, der nach 1945 Mitglied der KPD in Bayern war und als Agrarexperte der Partei galt.

<sup>20</sup> Vgl. Morsey, Heinrich Lübke. Neumann, Theodor Tantzen.

## 2. Herkunft, Familie, Ausbildung

Edmund Rehwinkel wurde am 28. Januar 1899 in Westercelle bei Celle geboren. Der Hof seiner Eltern, den er 1928 mit seiner Verheiratung übernahm, liegt in der Niederung des Flusses Aller und umfasste 118 ha Land, davon 30 ha Wald. Nur 100 Meter vom Elternhaus fließt die Fuhse, ein Nebenfluss der Aller. Die landwirtschaftliche Nutzfläche bestand aus Flussmarsch und Niederungsmoor, war also nicht ganz einfach zu bewirtschaften. Der Besitz war für damalige Verhältnisse stattlich, lag leicht über der Grenze von 100 ha, bis zu der man Höfe als großbäuerlich bezeichnet. Die Familie war seit 1714 in Westercelle ansässig und hatte ihren Sitz früher auf dem Rehwinkel-Hof im Kirchspiel Hermannsburg zwischen den Einzelhöfen Hiester und Miele an der Örtze gehabt. Der Familienname soll sich davon ableiten, dass dort die Rehe aus dem „Waldwinkel“ traten. Eine gewisse Berühmtheit erlangte Friedrich Bernhard Rehwinkel (1729-1797), der sich als Bauernsohn im Siebenjährigen Krieg freiwillig zur Artillerie des Kurfürstentums Hannover meldete und dort vom Kanonier bis zum Major aufstieg.<sup>21</sup>

Seine Mutter Ida beschrieb Rehwinkel als „herzensgut“. Der Vater habe ihm „viel freien Willen gelassen“, sicherlich nicht ganz selbstverständlich für die damalige Zeit.<sup>22</sup> Edmund Rehwinkel war der Älteste und hatte zwei jüngere Geschwister: Seine Schwester Hertha wurde 1902 geboren und heiratete später Otto Hasselmann. Ihr Sohn Wilfried Hasselmann, ein Neffe Edmund Rehwinkels, saß von 1963 bis 1994 für die CDU im Niedersächsischen Landtag und war zwischen 1976 und 1988 fast zwölf Jahre lang stellvertretender Ministerpräsident von Niedersachsen. Der jüngere Bruder hieß Helmut und wurde 1906 geboren.<sup>23</sup>

Eine interessante Persönlichkeit war der Vater, der ebenfalls Edmund Rehwinkel (1869 – 1934) hieß. Von ihm ließen sich in den Kirchenbüchern der Stadtkirche Celle weder ein Tauf-, Konfirmations- noch ein Traueintrag ermitteln. In einem Zeitungsnachruf wurde darauf hingewiesen, Edmund Rehwinkel senior habe Westercelle in jungen Jahren verlassen müssen, nachdem sein Vater gestorben sei. Er sei mit seiner Mutter nach Bockelskamp gezogen. Dies deutet darauf hin, dass es in der Elterngene-

ration zu Erb- oder Familienstreitigkeiten gekommen war. Denn warum sonst hätte eine Tochter des Hauses und junge Mutter mit Kind einen wohlhabenden Heidehof verlassen sollen? Edmund Rehwinkel senior scheint zunächst eine Übernahme des Hofes auch nicht ins Auge gefasst zu haben. Er meldete sich bei den Gardekürassieren in Berlin, ging also zu einer Eliteeinheit der schweren preußischen Reiterei und kam erst später nach Westercelle zurück. Er wurde ein ziemlich bekannter Mann, weil er nicht nur als guter Landwirt galt, sondern ab 1905 auch an der Spitze der Freiwilligen Feuerwehr stand und zudem als Auktionator und Grundstücksmakler tätig war. Edmund Rehwinkel senior war also keineswegs der klassische Landwirt, sondern eher ein Multitalent und in verschiedenen Berufen erfolgreich. Von seinem Vater scheint Edmund Rehwinkel junior das Redetalent geerbt zu haben. Beide Elternteile, Vater und Mutter, starben im Jahr 1934.<sup>24</sup>

Politisch war man im Hause Rehwinkel deutsch-hannoverisch (Deutschhannoversche Partei) und deutsch-national (Deutschnationale Volkspartei) eingestellt. Es gab also Vorbehalte gegenüber Preußen, weil dieses das Königtum Hannover 1866 annektiert hatte. Die Kritik an Preußen wurde freilich von der erfolgreichen „Reichseinigungspolitik“ Bismarcks überlagert, mit allen Problemen wie dem Antiparlamentarismus und dem Bismarck-Kult, die damit verbunden waren. Dies waren die üblichen Wahloptionen einer evangelischen Großbauernfamilie in dieser Region.<sup>25</sup>

Von 1906 bis 1909 besuchte Edmund Rehwinkel die Dorfschule in Westercelle. 1909 wechselte er auf die Realschule in Celle, die er nach der Abschlussprüfung im Frühjahr 1915 verließ. Er war, wie er selbst sagte, „kein Musterschüler“, hatte Schwierigkeiten in Mathematik, brachte aber den Fächern Geschichte, Geographie und Religion großes Interesse entgegen. Am Religionsunterricht interessierte ihn freilich nur das Alte Testament, während ihm das Neue Testament „weniger zusagte“. Der spätere Bauernverbandspräsident besuchte also zehn Jahre die Schule, schloss mit der Mittleren Reife ab, die das Privileg zum Einjährig-Freiwilligen Militärdienst beinhaltete. Darauf

<sup>21</sup> NLA Hannover, V.V.P. 38 Acc. 139/84 Nr. 34 (dort teilweise auch abweichende Größenangaben: 98 ha landwirtschaftliche Nutzfläche und 20 ha Wald). Rehwinkel, Gegen den Strom, S. 11. Vgl. auch Sachsenspiegel 4 (Beilage der Celleschen Zeitung) 5.3.1966 (Major Friedrich Bernhard Rehwinkel).

<sup>22</sup> Rehwinkel, Gegen den Strom, S. 11.

<sup>23</sup> Vgl. Kirchenbuchamt Celle, Verzeichnis der Getauften der Parochie Stadtkirche Celle für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1899, S. 205 Nr. 85: Taufeintrag Ferdinand Heinrich Edmund Rehwinkel geboren am 28. Januar 1899. Verzeichnis der Getauften der Parochie Stadtkirche Celle für die Zeit vom 1. Januar 1900 bis 31. Dezember 1902 (Nebenbuch), S. 258, Nr. 14: Taufeintrag Hertha Agnes Dora Anna Rehwinkel, geboren am 28. Juni 1902. Verzeichnis der Getauften der Parochie Stadtkirche Celle für die Zeit vom 1. Januar 1906 bis 2. Oktober 1908, S. 9, Nr. 41: Taufeintrag Otto Heinrich Helmut Rehwinkel, geboren am 26. Januar 1906. Zu Wilfried Hasselmann siehe: Abgeordnete in Niedersachsen 1946-1994, S. 143.

<sup>24</sup> Vater Friedrich Heinrich Edmund Rehwinkel (geboren 1869) starb am 16. März 1934, Mutter Ida Friederike Emilie Doretta Anna, geborene Wietfeld (geboren 1874), am 9. August 1934. Vgl. Kirchenbuchamt Celle, Verzeichnis der Begrabenen der Parochie Stadtkirche Celle für die Zeit vom 1. Januar 1924 bis 31. Dezember 1943 (Hauptbuch), S. 138, Nr. 34 und S. 142, Nr. 80. Vgl. auch die Auskunft vom Stadtarchiv Celle an den Verfasser vom 2.12.2015 (mit Lücken). Vgl. zudem Stadtarchiv Celle Z 01, 1931. Nachruf zum Tod des Vaters in der Celleschen Zeitung vom 19. März 1934 (Auktionator). Siehe auch die Kurzbiographie von Thomas Schlemmer in der NDB. Rehwinkel. Ewert, Edmund Rehwinkel, S. 18 (Grundstücksmakler und Auktionator). Zur Feuerwehr siehe Chronik zum 100 jährigen Bestehen der Freiwilligen Feuerwehr Westercelle vom 17. Juni 1893 bis 1993, S. 47: „Als neuer Hauptmann wurde W. Rehwinkel in der Versammlung am 1.6. [1894] gewählt.“ S. 58: „In der Generalversammlung am 11.02.1905 wurde Edmund Rehwinkel als neuer 1. Hauptmann der Westerceller Wehr gewählt.“

<sup>25</sup> Rehwinkel, Gegen den Strom, S. 11, 20. Vgl. auch das Gespräch des Verfassers mit Gerda und Reinhard Spulak am 7.4.2016. Gerda Spulak ist die Tochter von Edmund Rehwinkel.

aufbauend konnte man es im Deutschen Reich bis zum Reserveoffizier bringen, dem Billett in die bessere Gesellschaft. Zwischen 1915 und 1917 besteht eine Lücke im Lebenslauf. Rehwinkel wurde wahrscheinlich im elterlichen Betrieb darauf vorbereitet, später den Hof zu übernehmen. Abends besuchte er Volkshochschulkurse in Celle.<sup>26</sup> Zusammenfassend ist festzuhalten, dass Rehwinkel keine schlechte Ausbildung genoss, die aber gleichwohl nicht mit den Bildungsverläufen seiner späteren Konkurrenten mithalten konnte. Theodor Sonnemann, unter Präsident Rehwinkel Geschäftsführer des Niedersächsischen Landvolkverbandes und später Staatssekretär im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, sprach, wie bereits gesagt, davon, Rehwinkel sei ein „Autodidakt“ gewesen. Wie ein Gewerkschaftssekretär habe er sich ein „ansehnliches Wissen“ angeeignet, allerdings nicht wie der Arbeiterfunktionär durch „Drill“, sondern durch geistige Interessen.<sup>27</sup> Dieses Urteil war sicherlich nicht nur als Lob gemeint und enthält auch ein Gefühl der Überlegenheit des Akademikers gegenüber dem Verbandsfunktionär, der kein Abitur und nicht studiert hatte. Wer Rehwinkels Publikationen außerhalb der Lyrik liest, wird feststellen, dass seine Texte etwas spröde wirken. Sie machen einen „abgehackten“ Eindruck, sind nicht immer flüssig entwickelt, sondern eher hingeworfene Gedanken, oder sie orientieren sich an Arbeitspapieren seiner Amtszeit. Insofern entsprachen die Aphorismen, die Rehwinkel 1977 veröffentlichte, tatsächlich seinem Stil.

<sup>26</sup> Rehwinkel, *Gegen den Strom*, S. 12-14. NLA Hannover, V.V.P. 38 Acc. 139/84 Nr. 34.

<sup>27</sup> Sonnemann, *Gestalten und Gedanken*, S. 81.

### 3. Keine Kriegskarriere, Gestapohaft statt NSDAP-Mitgliedschaft

Anfang 1917, als er gerade 18 Jahre alt geworden war, meldete sich Rehwinkel als Kriegsfreiwilliger zur Marine und wurde am 1. Juli einberufen. Zum einen liebte er das Meer und machte später oftmals an der Nordseeküste, zeitweise auf Sylt, Urlaub. Zum anderen galt die Marine im Kaiserreich als neue und innovative Schöpfung der kaiserlichen Politik und übte auf viele junge Männer eine besondere Anziehungskraft aus. Karriere machte der Bauernsohn indes bei der Marine nicht. Nach eigener Darstellung wurde er in Cuxhaven bei der 4. Matrosenartillerieabteilung „an allen möglichen mittleren und schweren Geschützen“ ausgebildet und brachte es zusammen mit dem späteren niedersächsischen Ministerpräsidenten Hinrich Kopf in Fort Thompsen bis zum Reserveoffiziersanwärter. Bevor aber eine Ernennung zum Reserveoffizier erfolgte – ob sie kurz bevorstand, wissen wir nicht – war der Krieg schon wieder zu Ende. Rehwinkel befand sich, als der Waffenstillstand abgeschlossen wurde, beim 2. Matrosenartillerieregiment in Ostende.<sup>28</sup> In seinen Lebenserinnerungen schrieb er zwar, dass ihn der Zusammenbruch des Kaiserreichs „tief beeindruckte“, führte die näheren Umstände aber mit keiner Silbe aus, so dass ernsthafte Zweifel angebracht sind, ob ihn der Untergang der Monarchie besonders beunruhigte. Im Unterschied zu anderen finden sich bei ihm auch keine negativen oder positiven Äußerungen und Beschreibungen über die Novemberrevolution, so dass man den Eindruck hat, dass die politischen Ereignisse für ihn keine ganz große Rolle gespielt haben. Er kehrte auf seinen elterlichen Hof zurück, und das Leben ging weiter.<sup>29</sup>

Rehwinkel gehörte zur „Kriegsgeneration“, der, soweit sie sozial höher gestellt war, oftmals eine besondere Nähe zu militaristischen oder rechtsradikalen Positionen nachgesagt wird. Davon war bei ihm zunächst jedoch nichts zu erkennen. Er schloss sich, im Unterschied zu dem fast gleichaltrigen Theodor Sonnemann, keinem Freikorps an, sondern betätigte sich als „Bauer, Jäger und Dichter“. Seit seinem 22. Lebensjahr befasste er sich mit Lyrik. Insgesamt sollen zehn Gedichtbände veröffentlicht worden sein.<sup>30</sup>

<sup>28</sup> Die Deutsche Dienststelle für die Benachrichtigung der nächsten Angehörigen von Gefallenen der ehemaligen deutschen Wehrmacht (WASt) teilte am 22.3.2017 mit: Dienstzeit Edmund Rehwinkels bei der Kaiserlichen Deutschen Marine: 1.7.1917 – 1919 („Tag und Monat nicht vermerkt“ sowie „Angaben über die Kommandierungen bzw. des Dienstgrades sind nicht vermerkt.“).

<sup>29</sup> Rehwinkel, *Gegen den Strom*, S. 15. Rehwinkel, Rede auf dem Dobrock im Lande Hadeln am 29.7.1969, S. 3. NLH V.V.P. 38 Acc. 139/84 Nr. 34 und V.V.P. Nr. 104 (zum Urlaub an der Nordsee).

<sup>30</sup> Chronologisch geordnet sind zu nennen: 1. *Zwischen gestern und heute* (1952). 2. *Mosaik* (1956). 3. *Auslese* (1966). 4. *Von allerlei und allerhand* (1968). 5. *Humoristische Betrachtungen in Versen* (1975). 6. *Ernste Betrachtungen in Versen* (1975). 7. *Der Liebe Lust und Leid* (1975). 8. *Quer Beet* (1975). 9. *Erlebtes und Erlauschtes* (1975). 10. *Ausgewählte Gedichte* (1994). Vgl. auch die Übersicht bei Ewert, Edmund Rehwinkel, S. 139. Dem Verfasser lagen drei Gedichtbände vor, die er von Frau Spulak dankenswerter Weise erhielt: *Mosaik*, *Ernste Betrachtungen in Versen*, *Quer Beet*.

Von 1919 bis 1924 lebte Edmund Rehwinkel auf dem elterlichen Hof in Westercelle, vervollständigte seine landwirtschaftliche Ausbildung, besuchte wieder Volkshochschulkurse in Celle und beschäftigte sich mit Geschichte und Volkswirtschaftslehre. 1925 wurde er Verwalter auf der Domäne Franzenburg im Land Hadeln bei Domänenpächter Gustav Brüggemann. Die Arbeit dort hat er über vierzig Jahre später als anstrengend und anspruchsvoll beschrieben: „Es wurde auch hier hart und lange gearbeitet, und es wurde mehr Ackerbau als Viehzucht und Rindermast betrieben. Die Bewirtschaftung der riesenlangen schmalen Ackerstücke mit ihren Gräben rechts und links war recht schwierig, ganz besonders das Pflügen und das Anmähen und die kostspielige Unterhaltung der Entwässerung (Vorflut) bis zur Elbe oder zur Weser. Die Bewirtschaftung war jedenfalls schwieriger als bei uns auf der Geest und anderswo, und wenn es mal ein, zwei Tage geregnet hatte, dann wurde der Boden so leicht nicht wieder trocken, das habe ich gerade im Spätsommer 1925 bei der Ernte gemerkt.“<sup>31</sup>

Am 24. Mai 1928 heiratete Rehwinkel in Westercelle Anna Hagemann, die aus Flettmar im Kreis Gifhorn stammte und fünf Jahre jünger als ihr Mann war. Das Ehepaar hatte drei Kinder: Hans-Jürgen wurde 1929 geboren und bewirtschaftete den Hof in den 1960er Jahren. 1970 gründete er in einem ehemaligen Kuhstall des Anwesens den „Waffenhof“, ein Geschäft für Jagdbedarf. Er starb 1986. Ein zweiter Sohn, der 1930 das Licht der Welt erblickte und den Namen Gerd erhielt, starb bereits 1935 an einer Krankheit, wie Ewert festhielt. Über die näheren Umstände ist nichts bekannt. Das Bestattungsbuch der Kirchengemeinde enthält keine Hinweise zur Todesursache. Schließlich bekamen die Eheleute 1937 noch die Tochter Gerda, die ihre Großeltern, die bereits 1934 gestorben waren, nicht mehr kennenlernte.<sup>32</sup>

Die Agrarkrise der Weimarer Republik, die sich ab 1928 verschärfte, bekam auch die Familie Rehwinkel zu spüren, allerdings weniger stark als andere. Dafür waren mehrere Faktoren verantwortlich. Erstens war der Hof schuldenfrei. Zweitens war die Lage

<sup>31</sup> Rehwinkel, Rede auf dem Dobrock im Lande Hadeln am 29.7.1969, S. 3.

<sup>32</sup> Vgl. Kirchenbuchamt Celle, Hauptbuch Bestattungen 1989, S. 280, Nr. 538: Emma Helene Anna Rehwinkel, ev.-luth., Hausfrau, geboren am 22. November 1904 in Flettmar (jetzt Müden/Aller), gestorben am 30. Oktober 1989 in Celle. Hauptbuch Bestattungen 1986, S. 85, Nr. 165: Hans-Jürgen Edmund Otto Heinrich Rehwinkel, ev.-luth., Landwirt, geboren am 12. März 1929 in Celle, gestorben am 17. März 1986 in Celle. Verzeichnis der Getauften der Parochie Stadtkirche Celle vom 1. August 1929 bis zum 31. Mai 1931, S. 75, Nr. 113: Gerd Helmut August Rehwinkel, geboren am 8. Februar 1930. Verzeichnis der Begrabenen der Parochie Stadtkirche Celle für die Zeit vom 1. Januar 1924 bis 31. Dezember 1943 (Hauptbuch), S. 159, Nr. 115: Gerd Rehwinkel, Kind zu Westercelle, gestorben am 4. Dezember 1935. Verzeichnis der Getauften der Parochie Stadtkirche Celle vom 1. Oktober 1936 bis zum 31. Dezember 1937, S. 104, Nr. 307: Gerda Regina Emma Ella Rehwinkel, geboren am 23. März 1937. Zur Heirat von Anna und Edmund Rehwinkel siehe die Auskunft des Stadtarchivs Celle an den Verfasser vom 2. Dezember 2015. Das Geburtsdatum von Anna Rehwinkel wurde vom Stadtarchiv Celle mit 21.11.1904 angegeben. Zum „Waffenhof“ von Hans-Jürgen Rehwinkel siehe List/Rauterberg, „Erzähl doch was von Westercelle“, S. 174. Zum Tod des jüngeren Sohnes siehe auch Ewert, Edmund Rehwinkel, S. 19.

günstig, so dass ein Teil des Bodens Bauland war, auch wenn es wegen der Krise zunächst nicht möglich war, Käufer zu finden. Drittens stieß Rehwinkel auf einen verständnisvollen Leiter des örtlichen Finanzamtes, der wegen einer Reduzierung der Steuern mit sich reden ließ. Gleichwohl dürfte die Agrarkrise auf den Westerceller Landwirt einen bleibenden Eindruck hinterlassen haben. Seine spätere Handlungsweise als Präsident des Niedersächsischen Landvolks und des Deutschen Bauernverbandes weisen deutlich auf die negativen Erfahrungen am Ende der Weimarer Republik hin. So hängt die industrietriebliche Haltung Rehwinkels, die sich später feststellen lässt, damit zusammen. Dies ist ohne Zweifel ein wichtiger Faktor, den es zu berücksichtigen gilt. Äußerungen von Edmund Rehwinkel über die Weimarer Republik aus der Zeit der Weimarer Republik konnten nicht ermittelt werden. In seiner ersten großen politischen Rede aus Anlass der Gründung des Niedersächsischen Landvolks am 18. Februar 1947 begründete Rehwinkel die Notwendigkeit einer starken Berufsvertretung mit folgenden Worten: „Wie notwendig das ist [ein starker Landvolkverband, A. D.], wird uns am besten klar, wenn wir an die Zersplitterung und Ohnmacht des Landvolkes in der Zeit von 1918–1933 denken. Wir hatten damals eine solche Vielheit landwirtschaftlicher Organisationen, daß diese dadurch ihre Schlagkraft verloren, und das Landvolk zur Ohnmacht verdammt war.“<sup>33</sup> Um diese Zersplitterung zu beenden, wurde Anfang 1929 die „Grüne Front“ gegründet, die jedoch kritisch gesehen werden muss, weil sie zur Destabilisierung der Weimarer Republik beitrug.<sup>34</sup>

Die Machtübernahme durch die Nationalsozialisten löste im Hause Rehwinkel eher nonkonformes Verhalten und Widerborstigkeit als Anpassung aus. Der spätere Agrarfunktionär schloss sich aus „Opposition gegen die Partei“ dem deutschnationalen Stahlhelm an und weigerte sich, in die SA einzutreten, als der Stahlhelm in die nationalsozialistischen Sturmabteilungen überführt wurde. Die einzige NS-Organisation, in die er eintrat, war die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (NSV). Dieses Ergebnis, das im Entnazifizierungsverfahren festgehalten wurde, entspricht auch den Erkenntnissen, die im Bundesarchiv gewonnen wurden: Edmund Rehwinkel ist formal durch die NS-Zeit völlig unbelastet. Auch eine materielle Belastung wurde nicht festgestellt.<sup>35</sup>

<sup>33</sup> NLA Hannover, V.V.P. 38, Nr. 173.

<sup>34</sup> Vgl. hierzu Topf, Grüne Front. Topf schrieb für das Berliner Tageblatt, dessen Chefredakteur der demokratische, linksliberale (und jüdische) Journalist Theodor Wolff (1868-1943) war. Er vertrat eine liberale, gegen den ostelbischen Großgrundbesitz, an Friedrich Aereboe angelehnte Position. Topf gehörte zu einer Gruppe jüngerer Intellektueller, die „sozusagen die geistige jeunesse dorée Berlins zu jener Zeit“ darstellte (Salomon, Fragebogen, S. 256). Sein Buch „Die Grüne Front“ wurde vom Reichs-Landbund als die „agrarpolitische Unfruchtbarkeit des ‚Berliner Tageblatts‘ in Buchform“ bezeichnet. Es sei „erfüllt von agrarpolitischem Defaitismus und Nihilismus“ (Reichs-Landbund, 25.2.1933). Vgl. zum Gesamtzusammenhang Dornheim, Der lange Weg in die Moderne, S. 507–509. Vgl. auch Merkenich, Grüne Front gegen Weimar.

Eine Mitgliedschaft in der NSV war typisch für Menschen, die im Dritten Reich nicht in die Partei eintreten, aber auch nicht ständig belästigt werden wollten. Anna Rehwinkel weigerte sich strikt, sich der NS-Frauenschaft anzuschließen. Die Folge war, dass die Familie in der NS-Zeit „nichts zu lachen“ hatte. Edmund Rehwinkel verlor seine Jagd und musste viele Ehrenämter aufgeben.<sup>36</sup>

Gleichwohl führte diese Gegnerschaft nicht zu einer Fundamentalopposition. Der Nationalsozialismus war nach Rehwinkel „auf alle Fälle besser als der Kommunismus“. Die „Eingliederung des Arbeitslosenheeres in den Arbeitsprozeß, der Bau der Autobahnen, sowie der Arbeitsdienst und das Landjahr, selbst der Aufbau einer neuen Wehrmacht“ waren für ihn die Pluspunkte des neuen Systems. Negativ schlugen die „Judenverfolgungen“, die „Erschießungen“ politischer Gegner „sowie das ewige Prahlen des ‚Führers‘ und die Anmaßungen seiner Paladine und Goldfasanen“ zu Buche. Die Gebietsgewinne und der „Anschluss“ Österreichs erfüllten Rehwinkel als „nationalen Deutschen“ mit Stolz, jedoch mischte sich in die „Freude“ bereits „Sorge“ wegen weiterer, nicht erfüllbarer Gebietsansprüche. Rehwinkel hätte gewünscht, dass die Staatsmacht ein Bündnis mit „Nationaltschechen“ und Polen eingegangen wäre.<sup>37</sup> Hier wird ein bäuerlich-pragmatischer Nationalismus jenseits ideologischer Vorgaben sichtbar: Man nimmt mit, was man mitnehmen kann, und stört sich nicht an der Verbindung mit Völkern und Nationen, die für die Hardliner inakzeptabel sind. Insgesamt wird man Rehwinkels politische Haltung tatsächlich als nationalkonservativ oder deutschnational bezeichnen können. Rehwinkels Verurteilung des Nationalsozialismus fiel auch deshalb nicht schärfer aus, weil er die NS-Zeit als eine Variante der Moderne begriff, die zwar etwas schlimmer, aber nicht fundamental anders als die anderen Phasen der Geschichte war. Das hing mit seinem Geschichtsbild zusammen. So bezeichnete er in einer Rede des Jahres 1949 die Zeit ab 1918 als „Behördenzeitalter“, die mit einer „Blütezeit“ der Bürokratie einherging. Dieses Zeitalter war seines Erachtens unterteilt in die „Weimarer, nazistische und trizonensische Behördenzeit“.<sup>38</sup>

Wirtschaftlich ging es der Familie Rehwinkel in der NS-Zeit nicht schlecht. Edmund Rehwinkels Spruchkammerakte enthält den berühmten Fragebogen, der von den US-Amerikanern ausgearbeitet, aber auch in der Britischen Zone in vielen Fällen

<sup>35</sup> NLA Hannover, Nds. 171 Lüneburg Nr. 56004 (Spruchkammerakte). Eigene Recherchen im Bundesarchiv Berlin brachten keine Belastungen zutage. Siehe zudem eine Mitteilung des Bundesarchivs Berlin an den Verfasser vom 16. Dezember 2015 mit dem gleichen Ergebnis. Auch der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen liegen keine Erkenntnisse vor. Eine formale Belastung meint eine Mitgliedschaft in einer verbrecherischen Organisation des Nationalsozialismus, materielle Belastung eine Beteiligung an kriminellen Straftaten nach den Kriterien rechtsstaatlicher Justiz.

<sup>36</sup> Rehwinkel, Gegen den Strom, S. 20.

<sup>37</sup> Rehwinkel, Gegen den Strom, S. 20 f.

<sup>38</sup> Rede Edmund Rehwinkels auf dem Landfrauentag in Celle am 15.11.1949. NLA Hannover, V.V.P. 38 Acc. 139/84, Nr. 46.

ausgefüllt werden musste, in drei Exemplaren. Rehwinkels Angaben zu seinen Jahresverdiensten in der NS-Zeit schwanken zwischen 3.000 und 4.000 bzw. 5.000 und 6.000 RM. In der Regel versuchten die Betroffenen, ihr Einkommen möglichst gering zu rechnen, weil ein hoher Verdienst verdächtig wirken konnte. Interessant ist, dass Rehwinkel in dem Fragebogen, den er zuerst ausstellte, das höchste Einkommen mit dem Zusatz: Verdienste „aus Landwirtschaft u. Erdölindustrie“ angab.<sup>39</sup> Die Familie Rehwinkel gehörte also zu den „reichen Ölbauern“, die auf ihrem Grund und Boden nach Erdöl bohren lassen konnten. Als 1899 nördlich von Wietze eine Erdölquelle angebohrt worden war, wurde in der Region ein „Ölboom“ ausgelöst. Es war die Rede von „Klein-Texas in der Heide“. Bis dahin ländlich geprägte Heidedörfer erhielten ein industrielles Gepräge, und die Sitten wurden rauer: „Man sagte auch: ‚Zwischen Celle und Schwarmstedt liegt Amerika‘ und meinte damit den Anblick der vielen Bohrtürme, die anstelle von Ackergeräten nun die neuen Schätze des Bodens förderten.“<sup>40</sup> In der NS-Zeit kam es zu einem Aufschwung der Erdölförderung im Raum Hannover, weil Erdöl als fossiler Energieträger kriegswichtig war und die Erdölfelder außerhalb Deutschlands zunehmend umkämpft waren.<sup>41</sup> Die Familie Rehwinkel geht davon aus, dass Edmund Rehwinkel das Erdöl nicht selbst gefördert, sondern die Rechte an eine Gesellschaft abgetreten hat. Allerdings könnte in der Erdölförderung ein Grund dafür gesehen werden, dass Edmund Rehwinkel so lange Zeit uk-gestellt, also vom Kriegsdienst befreit war.<sup>42</sup> Zudem ist auffallend, dass der später so industrie-kritische Agrarpolitiker sich nie näher über die Erdölförderung geäußert hat. Sie wäre wohl für sein Image nicht förderlich gewesen.

Auch wenn Edmund Rehwinkel einiges am Nationalsozialismus gut fand, so war er doch ein Gegner Adolf Hitlers. In einem Vorwort zu einem Gedichtband schrieb er 1975, er sei in der Weimarer Republik eher ein unpolitischer Mensch gewesen. Am Nationalsozialismus habe ihn vor allem die Überheblichkeit, Gewalttätigkeit und Prahlerei abgestoßen: „Ich habe mich in den zwanziger Jahren, nach dem Ende des ersten Weltkrieges, wenig um Parteipolitik gekümmert. Mein Selbststudium, meine Arbeit als Landwirt und meine Liebe zur Jagd ließen mir damals dazu keine Zeit. Aber bei den Wahlen wählte ich mit den anderen Familienmitgliedern traditionsgemäß die Deutsch-Hannoversche Partei oder die Deutsch-Nationale Volkspartei. Anfang der dreißiger Jahre habe ich dem ‚Stahlhelm‘ (Bund der Frontsoldaten) angehört, bin aber bei dessen Auflösung nicht der SA bzw. der NSDAP beigetreten. Die Überheblichkeit und die

<sup>39</sup> Fragebogen, unterschrieben von Edmund Rehwinkel am 14.8.1945. NLA Hannover, Nds. 171 Lüneburg Nr. 56004.

<sup>40</sup> Deutsches Erdölmuseum Wietze (Hg.), Klein-Texas in der Heide, S. 15 f. Hervorhebung im Original.

<sup>41</sup> Vgl. Karlsch/Stockes, „Faktor Öl“. Kockel, Deutsche Ölpolitik 1928–1938.

<sup>42</sup> Eine uk-Stellung allein aufgrund seiner Tätigkeit als Landwirt erscheint dem Verfasser unwahrscheinlich. Anders hierzu Rudolf Schnieders im Interview mit dem Verfasser am 8.10.2016, der dies durchaus für möglich, wenn nicht sogar wahrscheinlich hält.

Gewalttätigkeit der neuen Machthaber im Inlande sowie die Selbstüberschätzung gegenüber dem Auslande machten mir von Anfang an Sorge und ließen mich unüberlegte kriegerische Verwicklungen vorausahnen, die wir bei einem weniger großspurigen Auftreten auf dem Wege zu einer gewissen, insbesondere wirtschaftlichen, deutschen Vormachtstellung in Europa durchaus hätten vermeiden können. Ich habe meinem Groll über so viele Fehler vor und während des Krieges oft in politischen Gedichten Luft gemacht, aber damit keine Propaganda getrieben, sondern sie weggeschlossen. Trotzdem hätten sie mir bei einer Haussuchung im Jahre 1944 beinahe das Leben gekostet.“<sup>43</sup>

1939 schrieb Rehwinkel sein Gedicht „Der Halbgott“, in dem er Hitler mit Don Quichotte verglich: „In Deutschland herrschte ein Halbgott,/ der hat so viel verwandtes/ mit jenem Ritter Don Quichotte/ des ollen Miguel Cervantes!/ Es ist die gleiche Heldenpose,/ engstirnig, hirnverbohrt und stur;/ doch sind im Kopf die Schrauben lose,/ dann hilft auch keine Pferdekur./ Der Don ritt seine Rosinante,/ des Führers Klepper heißt Partei,/ des Spaniers Knappe, der hieß Sancho/ in Deutschland Dr. Robert Ley./ Der edle ‚Don‘ ritt gegen Mühlenflügel/ Und flog dabei recht unsanft in den Graben,/ und unsrem Adolf geht’s mal grade so,/ er will es ja nicht besser haben.“ Kam Hitler als Don Quichotte noch relativ gut weg, so stellte der Bauerndichter in den Versen „Zwiespalt“ aus dem Jahr 1941 fest, dass einerseits „gute Deutsche“ für den Sieg kämpften, andererseits aber wünschten: „Im tiefsten Herzen aber/ hofften wir daneben/ Gott möge unserem Prahlhans/ die gottverdiente Strafe geben!“ Hermann Göring, der vor dem Krieg erklärt haben soll, er wolle „Meier“ heißen, wenn ein feindliches Flugzeug Deutschland erreichte, wurde 1942 im Wilhelm-Busch-Stil auf die Schippe genommen: „Kaum ist man im Bette warm,/ gibt’s schon wieder Luftalarm,/ und trotz unserm ‚Hermann Meyer‘ / wirft der Tommy seine Eier,/ wann und wie und wo er will;/ Hermann Göring ist ganz still/ und trotz seiner vielen Orden/ ein ganz kleiner Mann geworden.“<sup>44</sup>

Viele Gedichte sind aus der Perspektive des „Landsers“ bzw. Soldaten geschrieben. Obwohl Rehwinkels militärische Erfahrungen eher gering waren, kreisten seine Gedanken doch um das Schicksal der Soldaten. In dem Gedicht mit dem knappen Titel „Warum?“ schrieb er: „Soldaten, die müssen marschieren/ und müssen hungern und frieren./ Soldaten, die werden nicht lange gefragt,/ denen wird nur ‚Rechtsum/ -- im Gleichschritt‘ gesagt,/ und sie marschieren und tun ihre Pflicht;/ warum? – danach fragen Soldaten nicht./ Sie kämpfen und sterben, verbissen und stumm,/ der Herrgott mag wissen – wozu, warum!“ Besonders witzig war das Gedicht „Der Volkssturm“, das Rehwinkel Ende 1944 verfasste und an den „Erlkönig“ angelehnt war: „Wer kommt mit Pfeil und Bogen/ früh durch den Busch gezogen? – / Wer reitet so spät durch Nacht und Wind?/ Großvater ist es und Enkelkind,/ Der Alte schleppt sich am Krückstock

<sup>43</sup> Rehwinkel, Quer Beet, Vorwort.

<sup>44</sup> Rehwinkel, Quer Beet, S. 23 („Der Halbgott“), 27 („Radierungen“).

daher,/ Der Junge trägt seinen Eschenspeer./ Immer mehr, immer neue strömen herbei,/ ‚Heil Hitler‘ gellt ihr Kampfgeschrei./ Der Sturm bricht los, was fällt, das fällt./Nun zittern Churchill und Roosevelt,/ denn Urahn, Großvater, Vater und Kind,/ im deutschen Volkssturm beisammen sind.“<sup>45</sup> In einer Zeitungsreportage aus dem Jahr 1968 wurde betont, welche Bedeutung der Stahlhelm aus dem Ersten Weltkrieg für Rehwinkel hatte. Er war „poliert“, im Laufe der Jahre „schwarz geworden“ und neben den Geweihen der zentrale Einrichtungsgegenstand des Wohnzimmers.<sup>46</sup>

Seine Gedichte brachten Edmund Rehwinkel 1944 in ernste Schwierigkeiten. Nach einer Denunziation wurde bei ihm eine Hausdurchsuchung durchgeführt, und seiner Frau gelang es nur mit Mühe, die politischsten Verse zu verstecken. Andere regimekritische Gedichte fielen in die Hände der Gestapo. Rehwinkel wurde am 14. Januar 1944 um 17 Uhr von der Gestapo in das Gerichtsgefängnis Celle eingeliefert und ohne Begründung in „Schutzhaft“ genommen. Er blieb etwa drei Wochen in Haft, rechnete damit, gehängt zu werden, wurde dann aber am 7. Februar 1944 morgens neun Uhr entlassen. Die Gestapohaft, die bisher nur durch Publikationen Rehwinkels und Veröffentlichungen über Rehwinkel dokumentiert war, lässt sich also tatsächlich durch Akten belegen.<sup>47</sup>

Aktiven Wehrdienst musste Rehwinkel in der Zeit des Nationalsozialismus nur in relativ geringem Umfang leisten. Das erste Mal wurde er nach eigenen Angaben vom 24. August 1939 bis zum 12. März 1940 eingezogen, das zweite Mal vom 22. Februar bis zum 10. Juni 1945. Er wurde jeweils bei der Marine eingesetzt, genauer bei der Marine-Flak, seit 1940 im Dienstrang eines Hauptgefreiten.<sup>48</sup> Eine Militärpersonalakte konnte nicht ermittelt werden.<sup>49</sup>

<sup>45</sup> Rehwinkel, Quer Beet, S. 31 („Warum?“), 32 („Der Volkssturm“).

<sup>46</sup> Ben Witter: Mit Edmund Rehwinkel im Nebel, in: Die Zeit vom 5.1.1968. Nachdruck in Witter, Spaziergänge mit Prominenten, S. 67–72.

<sup>47</sup> Die Denunziation soll durch den NSDAP-Ortsgruppenleiter erfolgt sein. Zuständig war die Geheime Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Hamburg, Außenposten Celle. Eine Gestapo-Akte hat sich nicht erhalten. Allerdings eine Gefangenenpersonalakte, die über die Vorgänge Aufschluss gibt. NLA Hannover, Hann. 86 a Celle Acc. 158/97 Nr. 7376.

<sup>48</sup> NLA Hannover, Nds. 171 Lüneburg Nr. 56004.Hann. 86 a Celle Acc. 158/97 Nr. 7376.

<sup>49</sup> Mitteilung des Bundesarchivs, Abteilung Militärarchiv, an den Verfasser vom 10.12.2015. Die Deutsche Dienststelle für die Benachrichtigung der nächsten Angehörigen von Gefallenen der ehemaligen deutschen Wehrmacht (WASt) teilte am 22.3.2017 nur leicht abweichende Dienstzeiten mit: 25.8.1939–9.3.1940 Kriegsmarine (vermutlich Übung), Kommando: Marine-Flak-Abteilung 234, Westerland-List/Sylt. Beförderung am 9.3.1940 zum Marineartilleriehauptgefreiten d. L. Wiedereinberufung in die Kriegsmarine am 22.2.1945. Kommandos: 22.2.1945–18.3.1945: 14. Marineersatzabteilung, Wilhelmshafen-Ebgeriege. 19.3.1945–Austrittsdatum nicht vermerkt: Marineluftschutzabteilung, Wilhelmshafen. Weiter teilte die WASt mit: „Herr Rehwinkel befand sich nach der Kapitulation (mit der Einheitsangabe Stabskompanie 2. Batterie Regiment Gierkes) in britischer Kriegsgefangenschaft, aus der er am 4.6.1945 entlassen wurde.“

## 4. Entnazifizierung, Kreislandwirt und Landrat

In einer Erklärung anlässlich seiner Kandidatur für den Kreistag fasste Rehwinkel am 14. September 1946 noch einmal stichwortartig seine Haltung gegenüber Hitler und der NSDAP zusammen: „Aus Opposition gegen die Partei in den Stahlhelm eingetreten. Aktiver Gegner der Partei in Wort und Schrift. Januar/Februar 1944 politischer Schutzhäftling im Gerichtsgefängnis Celle.“<sup>50</sup> Rehwinkel hatte zu diesem Zeitpunkt bereits politische Funktionen im demokratischen Nachkriegsdeutschland übernommen. Seit Juli 1945 war er Kreisbauernvorsteher. Da dieser Begriff doch ziemlich große Ähnlichkeit mit dem Ausdruck „Kreisbauernführer“ der NS-Zeit aufwies, wurde auch die Bezeichnung „Kreislandwirt“ verwendet. Zudem war Rehwinkel seit Frühjahr 1946 „politischer“, das heißt ehrenamtlicher, Landrat des Kreises Celle. Die Spruchkammer Celle folgte seiner Argumentation und hielt fest: „Obwohl Herr Rehwinkel von 1933 bis 1935 Mitglied des Stahlhelms war, kann die Kammer ohne Bedenken die Zulassung zur Kreistagskandidatur befürworten. Die von Herr Landrat Rehwinkel in beiliegendem Schreiben gemachten Angaben entsprechen den Tatsachen und Herr Rehwinkel ist als Demokrat und starker Gegner des Nationalsozialismus bereits vor 1933 bekannt gewesen. Die Kammer bittet um Zulassung zur Kandidatur als Kreistagskandidat, da Herr Rehwinkel ein wichtiges Mitglied im demokratischen Wiederaufbau Deutschlands bildet und sich jederzeit voll für die demokratischen Ziele eingesetzt hat und einsetzen wird.“<sup>51</sup>

Rehwinkel beabsichtigte nach den Angaben in seinem Spruchkammerverfahren, bei den Wahlen zur Gemeindevertretung als Kandidat und Hospitant der Niedersächsischen Landespartei anzutreten. Tatsächlich scheint er aber in dieser Zeit nicht eindeutig parteipolitisch gebunden gewesen zu sein. Hinrich Ewert schreibt, allerdings ohne Quellenbeleg, Rehwinkel sei Ende 1945 Mitbegründer der CDU im Landkreis Celle gewesen und habe der christdemokratischen Partei bis 1950 angehört. In der Tat meldete die regionale Presse im April 1950, Rehwinkel habe in einem Brief an den CDU-Kreisvorsitzenden von Celle-Land seinen Austritt aus der Partei erklärt. Auf jeden Fall wurde die Kandidatur vom englischen Major F. R. Goulden am 15. August 1946 genehmigt. Die Spruchkammer reihte Rehwinkel am 2. Mai 1947 in die Kategorie V ein. Sie hatte „Keine Bedenken“ gegen eine politische Karriere des Landwirts. Er galt als politisch unbelastet. Rehwinkel war zu diesem Zeitpunkt zudem Vorstandsmitglied der Milchabsatzgenossenschaft Celle.<sup>52</sup>

<sup>50</sup> NLA Hannover, Nds. 171 Lüneburg Nr. 56004.

<sup>51</sup> NLA Hannover, Nds. 171 Lüneburg Nr. 56004.

<sup>52</sup> NLA Hannover, Nds. 171 Lüneburg Nr. 56004. Ewert, Edmund Rehwinkel, S. 27. Zum CDU-Austritt vgl. folgende Meldung aus der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung vom 5.4.1950: „Hannover, 4. April. Der Vorsitzende des Niedersächsischen Landvolkes, Bauer Rehwinkel aus Westercelle, ist aus der CDU ausgetreten. In einem Brief an den CDU-Kreisvorsitzenden von Celle-Land, Bauer Brese, Marwedde, betont er, daß dieser Schritt keinen Protest gegen die CDU enthalte. Er stehe jedoch auf dem Standpunkt, daß es für ihn als Vorsitzenden einer überparteilichen und großen Vereinigung zweckmäßiger sei, nicht parteipolitisch gebunden zu sein.“

Rehwinkel hätte um 1946/47 eine politische Karriere jenseits der Landwirtschaft einschlagen können. So wurde er zum Beispiel am 2. Juli 1946 Mitglied des Haupt- und Verfassungsausschusses des Bezirkslandtages für den Regierungsbezirk Lüneburg. Das Land Niedersachsen wurde erst am 1. November 1946 gegründet, war also zu diesem Zeitpunkt noch nicht existent. Wahrscheinlich haben Rehwinkel für eine erfolgreiche Tätigkeit im Verfassungsausschuss jedoch die juristischen Grundlagen gefehlt. In der Regel dominierten dort die Verfassungsrechtler.<sup>53</sup>

Im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit als ehrenamtlicher Landrat – er stand in dieser Funktion dem hauptamtlichen „Oberkreisdirektor“ an der Seite – kam Rehwinkel auch mit dem ehemaligen Konzentrationslager Bergen-Belsen in Berührung. Er wurde am 26. Juli 1946 zu einer Besprechung mit dem Zivilgouverneur für die Region Hannover, Macready, und Professor Vierthaler über die „Ausgestaltung der Gedenkstätte Bergen-Belsen“ eingeladen.<sup>54</sup> Allerdings sind von ihm keine Äußerungen und Stellungnahmen hierzu überliefert. Auch zum Schicksal der Juden in Celle – die welfische Residenzstadt beherbergt heute immerhin die älteste Synagoge Niedersachsens und das jüdische Schulhaus diente als Sammelpunkt für Deportationen aus dem gesamten Regierungsbezirk Lüneburg – sind keine Äußerungen bekannt. Dies deutet daraufhin, dass ihm diese Punkte nicht so wichtig waren, als dass er sich dazu berufen fühlte, hierzu etwas zu sagen.

Wirklich wichtig war Rehwinkel die Landwirtschaft. Bereits in der zweiten Jahreshälfte 1946 wurde deutlich, dass er hier seine Zukunft sah. Bevor wir darauf zu sprechen kommen, soll noch einmal herausgestellt werden, dass Rehwinkel zwei Merkmale fehlten, die viele Politiker seiner Alterskohorte hatten, die in den 1950er Jahren Karriere machten: Edmund Rehwinkel hatte weder eine militärische Karriere vorzuweisen noch war er Mitglied der NSDAP oder einer anderen bedeutenden NS-Organisation gewesen. Das war ungewöhnlich für einen deutschen Politiker mit dem Geburtsjahrgang 1899, der nicht aus dem katholischen oder sozialistischen Milieu stammte. Vor allem über das weitgehende Fehlen einer militärischen Vergangenheit sprach er wenig. Sein offizieller Lebenslauf, der auch an die Presse weitergegeben wurde, hielt hierzu nur lapidar fest: „Kriegsteilnehmer des Zweiten Weltkrieges“.<sup>55</sup>

<sup>53</sup> NLA Hannover, V.V.P. 38, Nr. 835.

<sup>54</sup> NLA Hannover, V.V.P. 38 Acc. 139/84, Nr. 34.

<sup>55</sup> Vgl. Hansen/Fischer, Geschichte der DLG, S. 239, 280.

## 5. Der Präsident – an der Spitze des Niedersächsischen Landvolkverbandes

Versuche, nach 1945 landwirtschaftliche Organisationen wiederzugründen, gab es sehr früh, was vor allem auf die Initiative von Andreas Hermes und Hans Schlange-Schöningen zurückzuführen ist. Hermes (1878-1964) war wie Konrad Adenauer gebürtiger Kölner und nach 1945 innerhalb der CDU zeitweise der größte Konkurrent des späteren Bundeskanzlers. Er hatte seine Karriere in der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft begonnen, der er von 1905 bis 1911 als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter in der Tierzucht-Abteilung und von 1909 bis 1911 als Geschäftsführer des Sonderausschusses für Rinderleistungsprüfungen angehörte.<sup>56</sup> In der Weimarer Republik fungierte er für die Zentrumspartei zeitweise als Reichsernährungs- und Reichsfinanzminister. 1933 wurde er verhaftet und von den Nationalsozialisten kalt gestellt. Hans Schlange-Schöningen war politisch ursprünglich bei den Deutschnationalen zu Hause, wechselte aber 1929/30 zur gemäßigteren Christlich-Nationalen Bauern- und Landvolkpartei.<sup>57</sup> Von Oktober 1931 bis Juni 1932 war er im zweiten Kabinett Brüning Reichsminister ohne Geschäftsbereich und Reichskommissar für die Osthilfe.

Eine „Erste Besprechung betreffend Gründung eines Reichsverbandes der deutschen Bauern“ fand bereits am 26. Juli 1945 in Berlin statt. Die Anwesenden waren sich völlig einig, „eine Einheits-Organisation der deutschen Bauern zu schaffen, die an die Stelle der früheren Organisationen verschiedenster Richtungen und Prägungen gesetzt werden“ müsse.<sup>58</sup> Der Name des geplanten Verbandes war zunächst umstritten. Während die einen einem „Reichsverband“ den Vorzug gaben, brachten andere die Bezeichnungen „Deutscher Bauernrat“ und „Deutscher Bauerntag“ ins Gespräch. Auch „Deutscher Bauernstand“ und „Hauptverband der deutschen Landwirtschaft“ wurden vorgeschlagen. Nachdem man sich in der 6. Besprechung am 29. August 1945 bereits auf die Bezeichnung „Deutscher Bauernverband e. V.“ geeinigt hatte, wurde schließlich in der 7. Besprechung vom 6. September 1945 doch der Name „Allgemeiner Deutscher Bauernverband e. V.“ bevorzugt. Die Gründungsversammlung wurde für Mittwoch, den 26. September 1945, festgelegt. Der Satzungsentwurf, datiert vom 4. September 1945, sah vor, dass der Allgemeine Deutsche Bauernverband „die einheitliche, alleinige und alle Selbstverwaltungsorganisationen in sich vereinigende wirtschaftliche Zusammenfassung der deutschen Landwirtschaft“ sein solle. Seine Aufgabe sei „die Vertretung

<sup>56</sup> Vgl. Hansen/Fischer, Geschichte der DLG, S. 239, 280.

<sup>57</sup> Vgl. Müller, Die Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei.

<sup>58</sup> ACDP, I-090-024/1. Insgesamt lassen sich sieben (Vor-)Besprechungen nachweisen: 24.7., 28.7., 6.8., 15.8., 21.8., 19.8. und 6.9.1945. Kluge (Vierzig Jahre Agrarpolitik, Bd. 1, S. 51) spricht fälschlicherweise davon, dass bereits am 1.9.1945 der Allgemeine Deutsche Bauernverband „entstand“ (ohne Quellenbeleg). Wahrscheinlich ist diese Darstellung den Publikationen des DBV entnommen, Vgl. u. a.: Der Deutsche Bauernverband. Seine Mitglieder und andere landwirtschaftliche Organisationen (1978), S. 21.

und Förderung der Landwirtschaft und ihrer Berufsangehörigen im Dienste der deutschen Gesamtwirtschaft und des deutschen Volkes“. Als Mitglieder waren vorgesehen: die Bauernverbände der Länder und Provinzen, die „Bauernkammern“ (Landwirtschaftskammern) der Länder und Provinzen und der Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften-Raiffeisen e. V.<sup>59</sup> Aufgrund dieser Absichten wurde davon gesprochen, Hermes habe ein „Reichsnährstand auf freiwilliger Grundlage“ vorgeschwebt.<sup>60</sup> Der schriftliche Antrag, „die Genehmigung zur Gründung zu erteilen“, wurde am 26. September 1945 an den „Hohen Interalliierten Kontrollrat“ geschickt, dem zudem ein „Gründungsaufruf“ übermittelt wurde.<sup>61</sup> Obwohl eine offizielle Ablehnung des Kontrollrats offensichtlich nicht erfolgte, war im Januar 1946 klar, dass eine Genehmigung zur Gründung eines reichsweiten Verbandes zunächst nicht erteilt werden würde.<sup>62</sup>

Aus diesem Grund wurden die Bemühungen in den Besatzungszonen und auf Länderebene verstärkt. Als erstes genehmigte die amerikanische Militärregierung in Bayern am 27. November 1945 die Gründung einer „Berufsorganisation der Bayerischen Landwirtschaft“. Daraus ging der Bayerische Bauernverband hervor, der seine Gründung auf den 7. September 1945 vordatierte. Auch im späteren Niedersachsen verstärkten sich die Bemühungen. Allerdings dauerte es dort noch bis zum 18. Februar 1947, als „unter recht abenteuerlichen Rahmenbedingungen“ im „unbeheizten Beethovensaal“ der Stadthalle zu Hannover der „Landesverband Niedersächsisches Landvolk e. V.“ gegründet wurde.<sup>63</sup>

Am Tag der Gründung des Niedersächsischen Landvolkverbandes hielt Edmund Rehwinkel seine erste große politische Rede. Es lohnt sich, diese näher zu betrachten. Rehwinkel startete mit einigen Versen, die alle Beteiligten dazu aufriefen, die Hände „nicht in den Schoß“ zu legen, „nicht immer Vergangenen“ nachzutrauen, sondern selbst aktiv zu werden. „Wir niedersächsischen Bauern“, so knüpfte er gekonnt ein Band zwischen sich und den Zuhörern, müssen „unser Geschick selbst in die Hand nehmen und zu den Fragen und Problemen, die an uns herangetreten sind und noch herangetreten werden, selber Stellung nehmen“. Es sei das Los der Bauern, dass man „immer hinter der Zeit hergehumpelt“ sei. Es sei aber nun einmal „Bauernart, die Dinge an sich heran-

<sup>59</sup> Satzung im ACDP, I-090-024/1.

<sup>60</sup> Ullmann, Interessenverbände, S. 247. Der Ausdruck wird auch benutzt bei Heinze, Deutscher Bauernverband, S. 55.

<sup>61</sup> Das Schreiben an den Kontrollrat ist von Andreas Hermes und 15 weiteren Personen unterzeichnet. Bei den Akten auch der Gründungsaufruf und die Satzung, die dem Kontrollrat übermittelt wurde; ACDP, I-090-024/1. Dass Hermes sich an den Kontrollrat und nicht an eine oder mehrere Militärregierungen der Besatzungszonen wandte, zeigt deutlich seine gesamtdeutsche Ausrichtung.

<sup>62</sup> Vgl. ein nicht unterzeichnetes Schreiben vom 5.1.1946 (wahrscheinlich Hummel an Hermes); ACDP, I-090-024/1.

<sup>63</sup> Ewert, Edmund Rehwinkel, S. 30.

kommen zu lassen“. Nun aber sei es höchste Zeit, „daß wir aus unserer Passivität heraustreten, daß wir aufhören, immer nur Objekt, immer nur Amboß zu sein. Wir niedersächsischen Bauern sind bereit, mit allen aufbauwilligen Kräften am Wiederaufbau eines neuen demokratischen Deutschlands zusammenzuarbeiten.“<sup>64</sup>

„Unser ostdeutsches Pionierland“, so fuhr er fort, „scheint verloren zu sein“. Die „armen unglücklichen geflüchteten oder von Haus und Hof vertriebenen ostdeutschen Menschen“ müssten nun zusammengedrängt im „alten Kernland“ leben. Weiter führte er aus: „Das Problem der deutschen Raum- und Lebensmittelnot ist nur zu lösen, wenn man uns den verlorenen deutschen Lebensraum im Osten wiedergibt.“<sup>65</sup> Hier deutet sich bereits an, dass Rehwinkel in der Frage der ehemaligen deutschen Ostgebiete ein Hardliner war. Der Entspannungspolitik Willy Brandts mit den seiner Meinung nach „zweifelhaften Beratern und Unterhändlern“ konnte Rehwinkel in den 1970er Jahren nichts abgewinnen.<sup>66</sup>

Bei einem der drängendsten Nachkriegsprobleme, der Ernährungsfrage, sagte Rehwinkel zu, dass die Landwirte ihr Möglichstes tun würden, um die Ernährung zu sichern. Möglich sei dies aber nur „bei ausreichender Düngerzuteilung“. Eine Bodenreform lehnte er allerdings ab. Er unterschied dabei den „echten“ vom „unechten“ Wunsch, Grundeigentum zu erhalten: „Der Landhunger unserer vertriebenen ostdeutschen Bauern und Landwirte ist sicher ein echter; das Problem ist hier im Westen aber selbst beim besten Willen nur einer bescheidenen Teil- oder Übergangslösung zuzuführen, da hier bei uns die Besitzverhältnisse grundlegend andere sind, wie sie es im deutschen Osten mit seinem überwiegenden Großgrundbesitz waren.“ Dagegen sei der „Landhunger des bitteren Not leidenden Normalverbrauchers“ ein „unechter“. Er erinnerte in diesem Zusammenhang an das Jahr 1918 und das Reichsiedlungsgesetz des Jahres 1919: „Wir haben solchen unechten Landhunger nach 1918 schon einmal erlebt. Auch damals herrschte bitterste Not, auch damals schrie alles nach Land, und jeder wollte siedeln, kaufen, pachten; aber als nach der Inflation die billigen Waren des Auslandes wieder hereinströmten, und die mageren Jahre für die Landwirtschaft kamen, da war der Spuk mit einem Male verflogen, und die am lautesten nach Land geschrien hatten, waren die ersten, die es wieder liegen ließen, und bis in die Jahre 1941/42 hat vor allem in der Nähe der Städte so mancher Morgen Land brach gelegen.“<sup>67</sup> Auch an anderer Stelle trat Rehwinkel als Gegner einer Bodenreform auf, wobei es ihm vor allem darauf ankam, dass die Grenze, bis zu der Grundeigentum herangezogen werden sollte, bei 200 und nicht bei 100 ha liegen sollte. So wurde auf einer Sitzung des Ausschusses für Bodenreformfragen der Arbeitsge-

<sup>64</sup> Rede Edmund Rehwinkels am 18.2.1947. NLA Hannover, V.V.P. 38, Nr. 173.

<sup>65</sup> Rede Edmund Rehwinkels am 18.2.1947. NLA Hannover, V.V.P. 38, Nr. 173.

<sup>66</sup> Rehwinkel, Gegen den Strom, S. 161.

<sup>67</sup> Rede Edmund Rehwinkels am 18.2.1947. NLA Hannover, V.V.P. 38, Nr. 173.

meinschaft der deutschen Bauernverbände festgehalten: „Rehwinkel erscheint eine Festlegung auf 100 ha ebenfalls bedenklich. Er befürchtet, dass dann die großen Heidehöfe in seinem Gebiet, die viel Land und Ödland besäßen, auch unter die Landabgabe fallen würden.“ Zudem erläuterte er, „dass in seinem Lande die Landwirte mit einem Besitz von 400 bis 600 Morgen nicht zu den Gutsbesitzern, sondern noch zu den Bauern gerechnet würden“.<sup>68</sup> Rehwinkel betrieb in dieser Frage echte Klientelpolitik für sich selbst und die anderen niedersächsischen Landwirte mit einer Hofgröße zwischen 100 und 150 oder gar 200 ha. Die Garantie des Eigentums war für ihn eine zentrale Frage. In einer Rede des Jahres 1949 bezeichnete Rehwinkel die Bodenreform als „ein nicht ganz klar zu definierendes Delikt zwischen Raub, Diebstahl und Vergewaltigung“.<sup>69</sup> Der ehemalige niedersächsische Ministerpräsident Heinrich Hellwege schrieb später, bei der „Abwehr der geplanten Bodenreform“ habe es eine „enge Zusammenarbeit“ zwischen Rehwinkel und ihm gegeben.<sup>70</sup>

Ein weiteres zentrales Problem, das Rehwinkel in seiner Rede am 18. Februar 1947 behandelte, war die Landflucht. Hier zeigte er sich gegenüber allen romantisierenden Vorstellungen von den angeblichen Vorzügen des Landlebens, wie sie in Deutschland, etwa seit 1900 vehement propagiert wurden, skeptisch. Eine Agrarromantik<sup>71</sup> lehnte er ab, betonte vielmehr eine Einheit zwischen landwirtschaftlichen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die in dieser Form allerdings problematisch war: „Das alte Problem der Landflucht aber, seit 50 Jahren bei aller angeblichen Sehnsucht nach dem Lande ungelöst, ist auch morgen durch irgendwelche bodenreformatorischen [sic!] Versuche nicht aus der Welt geschafft.“ Die Landflucht war für ihn „in erster Linie eine Landarbeiterfrage und erst in zweiter Linie dann eine Bauernfrage“. Damit meinte er, dass nicht die Bauern, sondern die Landarbeiter den ländlichen Raum verlassen würden. Die Landflucht werde hervorgerufen „durch die Unterbewertung landwirtschaftlicher Arbeit und die Minderbezahlung landwirtschaftlicher Produkte“. Damit war wiederum ein zentrales Problem angesprochen, das Rehwinkel sein gesamtes Leben als Agrarpolitiker beschäftigen sollte: die Disparität zwischen Landwirtschaft und Industrie. Dieser Sachverhalt war für ihn so eklatant, dass er darin eine „Grüne Internationale“ sah. Das „Landarbeiterproblem“, das heißt „die soziale Besserstellung des deutschen Landarbeiters“ war für Rehwinkel die Voraussetzung dafür, dass es „zur Gesundung der gesamten Landwirtschaft und zur Beendigung der Landflucht“ kommen könne. Für ihn waren landwirtschaftliche Arbeitgeber und Arbeitnehmer ein „ungeteiltes

<sup>68</sup> Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bodenreformfragen der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Bauernverbände am 20. Juni 1947 in München. NLA Hannover, V.V.P. 38, Nr. 420.

<sup>69</sup> Rede Edmund Rehwinkels auf dem Landfrauentag in Celle am 15.11.1949. NLA Hannover, V.V.P. 38 Acc. 139/84, Nr. 46.

<sup>70</sup> Kondolenzschreiben an Präsident Bockhop zum Tod Rehwinkels am 9.2.1977. Landvolk Niedersachsen – Landesbauernverband e. V., Sammlung Rehwinkel.

<sup>71</sup> Vgl. hierzu: Bergmann, Agrarromantik und Großstadtfeindlichkeit.

Ganzes“. Da das „Schicksal von Bauer und Landarbeiter eng verknüpft“ sei, sei es gerechtfertigt, von „Landvolk“ zu sprechen.<sup>72</sup> Damit lieferte Rehwinkel eine indirekte Begründung dafür, dass in Niedersachsen ein Landvolk- und kein Bauernverband gegründet wurde.

Schließlich kam Rehwinkel auf den Nationalsozialismus zu sprechen. Nach seiner Meinung hatte die „Verelendung“ das „deutsche Landvolk“ dem Nationalsozialismus „in die Arme“ getrieben. Überraschend negativ beurteilte er die Marktordnung der NS-Agrarpolitik und kam zu einer interessanten Analyse: „Ohne Marktordnung hätten wir seit 1933 bei einem ganz anderen Preisniveau für landw. Produkte mit jedem industriellen und gewerblichen Unternehmen in jeder Weise Schritt halten können, und wir wären ohne staatliche Hilfe in der Lage gewesen, das soziale Problem des Landvolkes – die Landarbeiterfrage – 100 %ig zu lösen, und wir hätten uns, gestützt auf bessere Einnahmen, einen Landarbeiterstand wieder aufbauen können, der uns seit 50 Jahren notwendig fehlt, da wir nicht in der Lage waren, für beste Arbeitskräfte entsprechende Löhne zu zahlen und dem Landarbeiter lebenswürdige Lebensbedingungen zu bieten.“ Zwiespältig war sein Verhältnis zum Reichsnährstand, den er einerseits als „mächtige Zwangsorganisation“ ansah und der in „seiner Wirkung“ oft „mehr gegen wie für das Landvolk“ gerichtet gewesen sei, „machtlos nach oben, aber machtvoll nach unten“. Andererseits lobt er den Reichsnährstand, als er sagte: „Von allen nationalsozialistischen Einrichtungen hat diese am besten funktioniert, und man muß wohl oder übel zugeben, daß der Reichsnährstand während des Krieges Gewaltiges geleistet hat.“<sup>73</sup> Mit dieser Meinung stand Rehwinkel in dieser Zeit nicht allein. Beispielsweise vertrat Richard Krzymowski die Meinung, die NS-Agrarpolitik sei der „Teil der Hitlerpolitik“ gewesen, der „vielleicht noch der verhältnismäßig günstigste“ gewesen sei.<sup>74</sup> Für Rehwinkel gab es also zwei Argumente, die für den Reichsnährstand sprachen: erstens die Effektivität, zweitens die Machtfülle. Eine Befürwortung der nationalsozialistischen Blut-und-Boden-Ideologie kann aus diesen Aussagen nicht abgeleitet werden. Allerdings gibt es Reden Rehwinkels, in denen er sich scharf an der Grenze bewegte. Beispielsweise führte er 1958 aus: „Wir sind Europäer, wir sind Weltbürger, aber wir sollten doch zunächst und unter allen Umständen Deutsche sein. Wir denken nur noch wirtschaftlich, wir berauschen uns an unseren Produktionsziffern, an unserem Wirtschaftswunder, an unseren Rationalisierungserfolgen, und wir sind genau so [sic!] überheblich wie früher auf anderen Gebieten. Wir sind ein Volk von Krämern und von Interessenten geworden, ohne rechten Nationalstolz. Wir denken nicht deutsch [sic!] genug [...]. Wir denken also nicht mehr völkisch und national genug – im guten Sinne, wohlverstanden – und nicht chauvinistisch [...]. So ist die

<sup>72</sup> Rede Edmund Rehwinkels am 18.2.1947. NLA Hannover, V.V.P. 38, Nr. 173.

<sup>73</sup> Rede Edmund Rehwinkels am 18.2.1947. NLA Hannover, V.V.P. 38, Nr. 173.

<sup>74</sup> Krzymowski, Geschichte der deutschen Landwirtschaft, S. 417.

öffentliche Meinung heute auch bereit, das westdeutsche Bauerntum abzuschreiben, wenn es sich nicht genug rationalisieren lässt. Alle anderen Gesichtspunkte zählen nicht mehr, sondern werden als ‚Blut- und Boden-Ideologie‘ leichtfertig abgetan. Von der staatstragenden Kraft des Bauerntums will keiner mehr etwas wissen. Dass das Bauerntum überall das biologische und statische Fundament ist, soll nicht mehr wahr sein.“<sup>75</sup> Im Grunde war Rehwinkel jedoch viel zu sehr Realist, um ein Anhänger dieser Weltanschauung zu sein.

An der Gründung des Verbandes des Niedersächsischen Landvolkes e. V. gab es wenig später Kritik, die sich an mehreren Punkten entzündete. Allgemein wurde in einer in der Göttinger Gegend „von der SPD abgehaltenen Bauernversammlung“ bemängelt, dass „sich im ‚Landvolk‘ in Hannover die reaktionären Elemente“ sammeln würden. Konkreter hieß es, die „tragische Entwicklung im Osten“ könne nicht nur als „ein blindes Wüten des Schicksals“ dargestellt werden, sondern sei „letzten Endes die Quittung“ für eine „schwere geschichtliche und völkische Schuld“ der Deutschen.<sup>76</sup> Diese Kritik entzündete sich also an der Vorstellung Rehwinkels, die ehemaligen deutschen Ostgebiete noch immer als deutschen „Lebensraum“ zu betrachten. Dazu kamen weitere Punkte: Die Gründung sei nur eine „Auffangstellung“ für die zu erwartende Auflösung der Landwirtschaftskammer in Hannover. Zudem sei davon auszugehen, dass die Gewerkschaften lediglich als „Kampfpartner“ betrachtet würden. Und schließlich sei der Begriff „Landvolk“ eine „grobe Irreführung“.<sup>77</sup>

Die Gewerkschaftsfrage hatte der Niedersächsische Landvolkverband in der Tat zu wenig berücksichtigt. Der Deutsche Bauernverband wollte zwar ebenfalls alle in der Landwirtschaft tätigen Personen aufnehmen, verstand sich aber gleichzeitig als „Vertragspartner“ gegenüber den Gewerkschaften, übernahm damit also die Arbeitgeberfunktion innerhalb der Tarifpartnerschaft. Beim Niedersächsischen Landvolk bestand 1947 dagegen die Übereinstimmung, dass Lohn- und Tarifraten nicht vom Kernverband übernommen werden sollten. Man wollte einen besonderen sozialpolitischen Ausschuss als „Ansprechpartner“ für die Gewerkschaft gründen und darauf hinarbeiten, dass die Gewerkschaft diesen anerkennt. De facto lief dies aber darauf hinaus, dass die Gewerkschaft einen „Schlichter beim Landesarbeitsamt“ einschaltete. Die Tarifautonomie wurde damit teilweise außer Kraft gesetzt und staatlichen Stellen übertragen.<sup>78</sup> Aus diesem Grund wurde davon gesprochen, Rehwinkels Vorstellungen

<sup>75</sup> Ansprache des Präsidenten Edmund Rehwinkel auf der Kundgebung anlässlich des 10-jährigen Bestehens der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Landwirte und Bauern e. V. am 8.6.1958 in Hannover. NLA Hannover, V.V.P. 38 Acc. 139/84, Nr. 47.

<sup>76</sup> Schreiben Dr. Erich Siefert an Rehwinkel vom 8.3.1947. NLA Hannover, V.V.P. 38 Nr. 173.

<sup>77</sup> Undatiertes Schreiben Dr. Erich Siefert an Rehwinkel. NLA Hannover, V.V.P. 38, Nr. 173.

<sup>78</sup> NLA Hannover, V.V.P. 38, Nr. 173.

in der Gewerkschaftsfrage seien „kaum noch zeitgemäß“ und überhaupt nicht „zukunftsfähig“ gewesen.<sup>79</sup>

Die tarifrechtliche Vertretung der Landarbeiter übernahm die 1949 in Hannoversch-Münden gegründete Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, die sich 1996 der IG Bau-Steine-Erden anschloss und seitdem als IG Bauen-Agrar-Umwelt fungiert. Die Arbeitgeberseite hatte bereits am 2. April 1948 die Arbeitsgemeinschaft der landwirtschaftlichen Arbeitgeberverbände in Bonn gegründet, die 1958 als Gesamtverband der deutschen Land- und Forstwirtschaftlichen Arbeitgeberverbände weitergeführt wurde und assoziiertes Mitglied des Deutschen Bauernverbandes ist.<sup>80</sup>

Auch der Begriff „Landvolk“ sorgte für Unruhe. An dieser Stelle ist noch einmal an die in der Einleitung zitierte Feststellung Sonnemanns hinzuweisen, dass Rehwinkel unter Landvolk mehr als die Summe der Landwirte verstand und auch Handwerker, Lehrer, Pastoren und ländliche Geschäftsleute darunter subsummiert sehen wollte. Dies ist allerdings nur die halbe Wahrheit. Tatsächlich stand nämlich dahinter die Vorstellung, dass Bauer und Landarbeiter untrennbar miteinander verbunden seien und eine unteilbare Einheit bildeten.<sup>81</sup> Wer mit dem Landvolk-Begriff operierte, negierte Interessengruppen wie zum Beispiel Gewerkschaften, weil der Landvolkverband angeblich das Gesamtinteresse vertrat. Zusätzlich war der Landvolkbegriff durch die Weimarer Republik und den Nationalsozialismus negativ belastet. Die Landvolkbewegung in Schleswig-Holstein um Claus Heim und Wilhelm Hamkens hatte sich zwischen 1929 und 1933 zu einer umfassenden Protestbewegung entwickelt, aber auch Sprengstoffanschläge verübt und Kontakte zu rechtsradikalen Kreisen unterhalten. Sie gilt als wichtiger Faktor für die Wahlerfolge der Nationalsozialisten in Schleswig-Holstein.<sup>82</sup> In der NS-Zeit galten „Landvolkerneuerung und Siedlung als die großen Aufgaben der biologischen und bodenfestigenden Sicherung des Reiches“ und somit als „die höchste Erfüllung der nationalsozialistischen Mission“.<sup>83</sup> Der Begriff im hier dargestellten Sinn und Zusammenhang war 1933 von Gunther Ipsen, einem österreichischen Soziologen und Anhänger des Nationalsozialismus, in die Wissenschaftsterminologie eingeführt worden.<sup>84</sup>

Der Niedersächsische Landvolkverband zeigte sich von dieser Kritik weitgehend unbeeindruckt. Da die konstituierende Versammlung des 18. Februar 1947 keine

Delegiertenversammlung war, wurde die Spitze des Verbandes erst am 3. Juni 1947 auf einer Versammlung im Gasthaus des Schlosses Marienburg gewählt. Edmund Rehwinkel wurde mit 33 von 40 Stimmen zum 1. Vorsitzenden und somit Präsidenten bestimmt. Friedrich Füllberg aus Dunsen (Kreis Alfeld, heute Kreis Hildesheim), ein bekannter Pflanzenzüchter, der agrarpolitisch noch im Bund der Landwirte sozialisiert worden war, und „väterlicher Freund“ sowohl Rehwinkels als auch Sonnemanns,<sup>85</sup> erhielt als 2. Vorsitzender 28 Stimmen.<sup>86</sup>

Präsident des Niedersächsischen Landvolkes blieb Rehwinkel bis Ende 1971, als er von Heinz Bockhop abgelöst wurde.<sup>87</sup> Die Machtfülle, die er in Niedersachsen besaß, wird deutlich, wenn man sich vergegenwärtigt, dass er zudem von 1949 bis 1964 Präsident der Landwirtschaftskammer Hannover war. Ein wichtiger Schritt der Machtsicherung war die Mitte 1948 erfolgte Eingliederung des Oldenburger Landesbauernvereins in den Verband des Niedersächsischen Landvolks, der nun etwa 60 Kreisverbände umfasste. Die Kreisverbände „kümmern sich noch heute um die landwirtschaftlichen Belange auf Kreisebene und vor Ort“. Wichtig sind vor allem die rechtliche und soziale Beratung der Mitglieder.<sup>88</sup>

<sup>79</sup> Ewert, Edmund Rehwinkel, S. 34.

<sup>80</sup> Vgl. Schnieders/Hintze, Der Deutsche Bauernverband, S. 16.

<sup>81</sup> Vgl. die Rede Edmund Rehwinkels am 18.2.1947. NLA Hannover, V.V.P. 38, Nr. 173.

<sup>82</sup> Vgl. hierzu u. a.: Heberle, Landbevölkerung und Nationalsozialismus. Stoltenberg, Politische Strömungen im schleswig-holsteinischen Landvolk 1918–1933.

<sup>83</sup> Meyer, Landvolk im Werden, S. 11 (Vorwort).

<sup>84</sup> Ipsen, Landvolk. <sup>86</sup> NLA Hannover, V.V.P. 38, Nr. 173.

<sup>85</sup> Rehwinkel, Gegen den Strom, S. 47. Pacyna, Rehwinkel, S. 58. Sonnemann, Jahrgang 1900, S. 357.

Füllberg war in den 1950er Jahren Vorsitzender des Verbandes der landwirtschaftlichen Pflanzenzüchter e. V. ACDP, I-090-036e.

<sup>86</sup> NLA Hannover, V.V.P. 38, Nr. 173.

<sup>87</sup> Ewert, Edmund Rehwinkel, S. 135. John, Bauernköpfe, S. 199 (mit falscher Schreibweise des Namens Bockhop).

<sup>88</sup> Schlemmer, Rehwinkel, S. 287. Ewert, Edmund Rehwinkel, S. 36–38, 49.

## 6. Tagesgeschäft und strategische Entscheidungen

In den Jahren 1945 bis 1947 stand für die deutsche Landwirtschaft die Überwindung der schwierigen Ernährungssituation im Vordergrund. 1945 kam es zu einer Missernte. 1945/46 und 1946/47 waren ausgesprochen kalte Winter. 1947 herrschte zudem eine extreme Dürre. Dazu kamen ein Mangel an mineralischen Düngemitteln, die Zerstörung der Infrastruktur und der Mangel an Arbeitskräften. Diese Faktoren führten dazu, dass die Kalorienrationen, die für die deutsche Bevölkerung zwischen 1941 und 1944/45 immerhin zwischen 2.000 und 2.400 Kalorien pro Kopf und pro Tag betragen hatten, in der amerikanischen und britischen Besatzungszone auf durchschnittlich 1.550 Kalorien sank. Noch schlechter war die Ernährungssituation in der französischen und sowjetischen Besatzungszone. Vor diesem Hintergrund initiierte der ehemalige US-Präsident Herbert Hoover 1947 ein Hilfsprogramm für Deutschland, den sogenannten GARIOA-Fonds („Government Aid and Relief in Occupied Areas“), der die Gefahr einer Hungersnot bannte. Eine weitere Folge der nationalsozialistischen Politik war die „Massenflucht ostdeutscher Bevölkerungsteile“. Über 12 Millionen Flüchtlinge strömten in die Besatzungszonen.<sup>89</sup>

1948 begann sich die Ernährungssituation zu normalisieren. Auch die politische und wirtschaftliche Situation insgesamt stabilisierte sich. Im März 1948 beschloss die Sechs-Mächte-Konferenz (USA, Großbritannien, Frankreich und die Benelux-Staaten), die Deutschen zu ermächtigen, den Parlamentarischen Rat einzuberufen. Gleichzeitig wurde verkündet, dass die westlichen Besatzungszonen am Europäischen Wiederaufbauprogramm (Marshallplan) partizipieren würden. Bereits am 21. Januar 1948 war in der Bizone das Gesetz über die Auflösung des Reichsnährstandes im Vereinigten Wirtschaftsgebiet verabschiedet worden. Das Gesetz bestimmte die Auflösung der Landes- und Kreisbauernschaften, der Hauptvereinigungen und aller „sonstigen auf Zwangsmitgliedschaft oder Zwangsbeitragspflicht beruhenden Zusammenschlüsse von reichsnährstandszugehörigen Betrieben und Personen“.<sup>90</sup> Auf die Darstellung von Einzelheiten soll hier verzichtet werden. In Teilen zog sich die Abwicklung bis in das Jahr 2006 hin.<sup>91</sup>

Edmund Rehwinkel hatte nach seiner Wahl zum Präsidenten des Niedersächsischen Landvolkes am 3. Juni 1947 zunächst seine Geschäftsräume als Vorsitzender der

<sup>89</sup> Kluge, Vierzig Jahre Agrarpolitik, Bd. 1, S. 39, 45.

<sup>90</sup> Gesetz über die Auflösung des Reichsnährstandes im Vereinigten Wirtschaftsgebiet vom 21.1.1948. Gesetz- und Verordnungsblatt des Wirtschaftsrates des Vereinigten Wirtschaftsgebietes 1947–1949, S. 21. Vgl. Weisz: Organisation und Ideologie der Landwirtschaft 1945–1949, S. 198. Frank, Der „Reichsnährstand“, S. 275. Nach Karl Kroeschell bestanden zu diesem Zeitpunkt noch die Landesbauernschaften in Hessen, Niedersachsen und Westfalen. Sie wurden später in die Landwirtschaftskammern und Ernährungsämter eingegliedert. Vgl. Kroeschell: Art. Reichsnährstands-Abwicklung, Sp. 673 f.

<sup>91</sup> Vgl. Dornheim, Rasse, Raum und Autarkie, Kapitel 12.

„Kreisbauernschaft“ Celle behalten. Der Umzug nach Hannover erfolgte später. Seinen wichtigsten Mitarbeiter fand er in Theodor Sonnemann, der der erste Hauptgeschäftsführer des Landvolkverbandes wurde. Sonnemann stammte aus einer Ingenieursfamilie in Hildesheim. Die Familie gehörte zum „gehobenen Bürgertum“. Der Vater war auf Molkereimaschinen spezialisiert und Oberingenieur einer „mittelgroßen Maschinenfabrik“. Sonnemann trat 1918 noch vor dem Abitur als Seekadett bei der Marine ein. Ende Januar 1919 schloss er sich dem Freikorps 1. Garde-Reserveregiment an, erhielt im Juli 1919 sein Reifezeugnis, kämpfte aber tatsächlich von Februar bis September 1919 im Baltikum. Davon blieb später vor allem die Erinnerung an „Männergemeinschaft“, das Erlebnis einer „großartigen Frontkameradschaft und vieler lebenslanger Männerfreundschaften“. Seit dem Wintersemester 1919 studierte er Nationalökonomie, Staatswissenschaften und Geschichte an der Universität Göttingen, ab April 1921 an der Universität Rostock, wo er 1922 mit einer geschichtswissenschaftlichen Dissertation über Heinrich Albert Oppermann und den hannoverschen Liberalismus promoviert wurde. Die Studienzeit wurde durch einen zweiten, fünfwöchigen Freikorps-Einsatz im Ruhrgebiet im März und April 1920 unterbrochen. Von 1923 bis 1933 fungierte er als Syndikus des deutschnationalen Reichs-Landbundes in Burgdorf und Celle, wurde 1933 vom Reichsnährstand übernommen, aber 1936 wegen „angeblicher Sabotage der NS-Agrarpolitik entlassen“.<sup>92</sup> Durch eine Mitgliedschaft im Stahlhelm war er von 1933 bis 1936 Mitglied der SA, zuletzt im Dienstrang eines Obertruppführers. 1936 trat er in die Reichsmarine ein und galt als Verbindungsmann zur Rüstungsindustrie. In diesem Zusammenhang strebte er 1940 die Habilitation im Fach Wehrwirtschaft an der Friedrich-Wilhelms-Universität in Berlin an.<sup>93</sup> Anschließend leistete er Kriegsdienst, zuletzt im Rang eines Korvettenkapitäns, der dem Dienstgrad eines Majors entspricht.

Da Sonnemann zwar eine Militär- und Rüstungskarriere vorzuweisen hatte, aber weder in der NSDAP noch in der SS gewesen war, galt er in der Nachkriegszeit, anders als heute, politisch als vergleichsweise wenig belastet. Rehwinkel und Sonnemann harmonierten gut. Dies zeigte sich beispielsweise, als sie gemeinsam gegen Hans Schlange-Schöningen Front machten. Der ehemalige pommersche Gutsbesitzer war am 1. Februar 1946 von den Briten an die Spitze des „Zentralamts für Ernährung und Landwirtschaft“ berufen worden, das in der britischen Zone aus der „Food and Agriculture Division“ (FAD) und dem „German Interregional Food Allocation Committee“ (GIFAC) entstanden war. Zum Vorsitzenden des bizonalen „Ernährungs- und Landwirtschaftsrates“, der am 10. September 1946 gegründet wurde, wurde am 24. September der ehemalige liberale Reichsminister Hermann Dietrich bestimmt. Hans Schlange-Schöningen über-

<sup>92</sup> Sonnemann, Eine Jugend unter Schwarz-Weiß-Rot, S. 128 f. Zu den Freikorpszeiten siehe Sonnemann, Jahrgang 1900, S. 93–102, 120–131. An einer biographischen Studie zu Sonnemann arbeitet Dr. Peter Gleber, wissenschaftlicher Leiter der Stiftung GIZ (Genossenschaftshistorisches Informationszentrum).

<sup>93</sup> BStU, MfS HA IX/11 Nr. PA 2973.

nahm zunächst den Posten des Stellvertreters. Allerdings schied der bereits relativ alte Dietrich (Jg. 1879) 1947 aus, so dass der Wege für Schlange-Schöningen frei war. Er wurde Anfang März 1948 Leiter der „Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten“ (VELF) des Frankfurter Wirtschaftsrates.<sup>94</sup>

Edmund Rehwinkel und Theodor Sonnemann war Schlange-Schöningen zu verbraucherfreundlich eingestellt. Die Meinungsverschiedenheiten nahmen insbesondere nach der Währungsreform zu. Im November 1948 kritisierte Rehwinkel eine Äußerung des „Herrn Schlange“, der in einem Beitrag in der Welt am Sonntag geschrieben hatte, die Landwirtschaft lasse sich in Zeiten schlechter Konjunktur Absatz und Preise gerne garantieren, verlange dann aber in Zeiten guter Konjunktur bessere Preise. Sonnemann sprach sogar von einer „Krise um Schlange-Schöningen“. Es geht um die „öffentliche Bewirtschaftung der Hauptnahrungsmittel im Interesse der Normalverbraucher“. Solle diese aufrechterhalten werden?<sup>95</sup> Als die CSU Ende 1948 und Anfang 1949 den Rücktritt Schlange-Schöningens forderte, schloss sich der Verband des Niedersächsischen Landvolks diesen Bestrebungen an.<sup>96</sup> Schlange-Schöningen, einer der führenden Repräsentanten der norddeutschen CDU, wurde nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland tatsächlich kaltgestellt und von Adenauer 1950 zunächst als Generalkonsul, ab 1953 als Botschafter nach London abgeschoben.

Hinsichtlich seiner Politik und der Arbeit des Niedersächsischen Landvolkverbandes zog Rehwinkel 1948 – es war ein Jahr seit der Gründung des Verbandes vergangen – ein positives Zwischenfazit, das wiederum vom Reichsnährstand ausging: In den Jahren „nach dem Zusammenbruch“ sei die Landwirtschaft „schutzlos der Kritik der öffentlichen Meinung“ ausgesetzt gewesen, „da die bisherige Berufsvertretung – der Reichsnährstand – während des Krieges und nach dem Kriege einen reinen Behördencharakter angenommen“ habe. Diese „Übergriffe“ hätten nach der Gründung der landwirtschaftlichen Berufsorganisationen aufgehört. Allerdings hätten einige Landwirte das eigentliche Ziel noch nicht erkannt: nämlich den Zusammenschluss „der gesamten Landbevölkerung in einer einzigen Organisation“. Trotzdem seien „beachtliche Erfolge“ erzielt worden, da sich die neue Organisation „überall, auch den Behörden gegenüber, weitgehend durchgesetzt“ habe. Als wichtiger Erfolg wurde von Rehwinkel verbucht, dass die „Zeitungshetze gegen die Landwirtschaft“ aufgehört habe. Die „Landvolk-Organisation“ werde wie die Gewerkschaften anerkannt. Auch sei es gelungen, „ein gutes Verhältnis zwischen Landvolk und Arbeitergewerkschaften herzustellen“.

<sup>94</sup> Vgl. Dornheim, *Der lange Weg in die Moderne*, S. 699.

<sup>95</sup> Rehwinkel und Sonnemann in Beiträgen auf der Titelseite der Hannoverschen Land- und Forstwirtschaftliche Zeitung vom 20.11.1948. Exemplar im LHA Hannover, V.V.P. 38, Nr. 174. Zur Zeitung (seit September 1948 Organ des NLV) vgl. Hohenstein, *Bauernverbände und Landwirtschaftskammern*, S. 100.

<sup>96</sup> Hohenstein, *Bauernverbände und Landwirtschaftskammern*, S. 249.

Die Währungsreform sei zu einem für die Landwirtschaft „gut tragbaren Zeitpunkt“ durchgeführt worden, auch wenn in der Frage der „Juni-Lohnzahlung“ die Belange der Landwirtschaft „nicht genügend“ berücksichtigt worden seien. Die Rindvieh- und Schweinebestände hätten sich erholt. In vielen Bereichen sei eine Rückkehr zur „freien Wirtschaft“ erfolgt. Die „fortgesetzten Kontrollen“ seien eingestellt worden. Niemand verüble es heute der Landbevölkerung „wie das noch vor einem Jahr der Fall war, wenn sie sich von den selbst erzeugten Produkten irgendwie sattessen will“. Auch auf dem Gebiet der Preisgestaltung seien „erste Erfolge in Form von angemessenen Kartoffel- und Milchpreisen“ erzielt worden. Es würden „sehr beachtliche Zuckerprämien“ gezahlt. Die Pläne für eine Steuerreform, der Abbau der „Überbürokratie“ sowie der Zwangswirtschaft seien auf einem guten Weg. Zusammenfassend hieß es: „Eine vernünftige und für die Landwirtschaft gerechte Preisgestaltung wird also zum wesentlichen von der disziplinierten Haltung des Landvolkes selbst abhängen, und der Einfluß der Bauernverbände auf eine künftige Gesetzgebung wird im wesentlichen durch den totalen Zusammenschluß der Landbevölkerung in einer einzigen starken Organisation bedingt sein.“<sup>97</sup>

Auffallend und problematisch an diesem Fazit war wiederum die positive Beurteilung des Reichsnährstandes. Diese NS-Zwangsorganisation, die nie eine „Berufsvertretung“ und eine „normale Behörde“ war, wurde von Rehwinkel quasi als Vorbild für den Aufbau eines demokratisch legitimierten Bauernverbandes hingestellt. Nach Pacyna hätte Rehwinkel einer „Demokratisierung des Reichsnährstandes durch einen entsprechenden organisatorischen Umbau“ den Vorzug vor einer Neugründung einer landwirtschaftlichen Organisation gegeben.<sup>98</sup>

Das Jahr 1949 war von strategischen Überlegungen geprägt, wie die Spitzenpositionen im neu gegründeten Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zu besetzen seien. Nachdem Konrad Adenauer im Anschluss an die erste Bundestagswahl am 15. September 1949 zum Bundeskanzler gewählt worden war, bereitete ihm die Besetzung des Agrarressorts „Kopfzerbrechen“.<sup>99</sup> Adenauer favorisierte zunächst den „rheinischen Agrarexperten und früheren Zentrumspolitiker“ Karl Müller, der 1922 für einige Tage Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft gewesen war, dieses Amt aber wegen seiner Kontakte zum rheinischen Separatismus wieder räumen müssen. Heinrich Lübke, der auch als möglicher Kandidat für das Ministeramt gehandelt wurde, hatte keine Chance, da Adenauer „strikt gegen Lübke eingestellt war“. Dieser hatte sich für Adenauers Geschmack viel zu deutlich für die

<sup>97</sup> Edmund Rehwinkel: Ein Jahr später! Oder was wäre wenn? Hektographierte Ausführungen, Celle, den 7. Juli 1948. LHA Hannover, V.V.P. 38, Nr. 174.

<sup>98</sup> Pacyna, Rehwinkel, S. 59 f.

<sup>99</sup> Adenauer an Hermes (18.9.1949); ACDP, I-090-030/1.

Siedlung im Zusammenhang mit der Durchführung der Bodenreform in Nordrhein-Westfalen engagiert.<sup>100</sup> Zu beachten war auch der bereits genannte Hans Schlange-Schöningens, der als „Quasi-Minister“ des Wirtschaftsrates eigentlich die größten Chancen hätte haben müssen. Adenauer bot ihm das Agrarressort auch an. Zu einer Besetzung kam es freilich nicht. Kritikpunkte waren seine angeblich zu sehr an den Verbrauchern orientierte Agrarpolitik und seine „Politik der Großen Koalition“ im Wirtschaftsrat.<sup>101</sup> Im Präsidium des DBV machte das Wort von der „Diktatur Schlange-Schöningens“ in den Jahren 1947 bis 1949 die Runde.<sup>102</sup> Bei Andreas Hermes häuften sich die Voten gegen Schlange-Schöningens: Der Vorsitzende des Bauernverbandes Schleswig-Holstein, Detlef Struve, teilte mit, er habe in der CDU deutlich gemacht, dass „Herr Schlange-Schöningens nicht das Vertrauen unserer Landwirtschaft besitzt“, und dass es „richtiger wäre, dafür Herrn Lübke (Nordrhein-Westfalen) zu berufen“. Der Präsident des Bauernverbandes Württemberg-Baden, Franz Ströbele, berichtete von der „Bestürzung“, die die Meldung über eine mögliche Ernennung Schlange-Schöningens in den „Kreisen unserer Bauernschaft“ hervorgerufen habe. Man erwarte, dass „der Bund Schluß macht“ mit den „schädlichen Schlangenlinien der VELF“. Der Rheinische Landwirtschaftsverband erhob im Namen seines Vorsitzenden, Martin Frey, „ganz entschiedenen Protest gegen diese Ministerbesetzung“. Und der Präsident des Hessischen Bauernverbandes, Kurt Wittmer-Eigenbrodt, mochte zwar die „honorige und sympathische Persönlichkeit“ Schlange-Schöningens „von Herzen gern“ anerkennen, machte aber ebenso deutlich, dass dies nichts an der „sachliche[n] Kampfstellung“ des Hessischen Bauernverbandes ändere.<sup>103</sup> Für Edmund Rehwinkel war Schlange-Schöningens ein „Fronvogt“. Der Niedersachse spendete in seiner Autobiographie offen Beifall, als er sich erinnerte, sein Verbündeter, der „westfälische Bauernführer Freiherr v. Oer“, habe bei einer Kundgebung vor 6.000 Bauern Schlange-Schöningens mit „solch ätzender Schärfe“ angegriffen, „wie ich es später nie wieder von einem Redner gehört habe“.<sup>104</sup>

Es gab noch einen anderen Kandidaten, den man zumindest formal nicht übergehen konnte, und dies war Andreas Hermes selbst, der Grandseigneur der deutschen Landwirtschaft. Aber Hermes kam nie ernsthaft in Betracht. Adenauer hätte ihn 1949

<sup>100</sup> Alle Zitate Köhler, Adenauer, S. 518, 542 f. Zum in der Tat schwierigen Verhältnis zwischen Adenauer und Lübke siehe auch Morsey, der ein Telegramm Adenauers an Lübke vom 15.11.1947 zitiert, in dem es hieß: „Ihre Richtlinien für Siedlungsland sind unmöglich“.

<sup>101</sup> Kluge, Vierzig Jahre Agrarpolitik, Bd. 1, S. 85.

<sup>102</sup> 50 Jahre Hessischer Bauernverband, S. 71.

<sup>103</sup> Schreiben vom 17.8. (Struve), 26.8. (Ströbele), 26.8. (Frey), 28.8. (Wittmer-Eigenbrodt) 1949. Letzterer wandte sich in seinem Schreiben auch explizit gegen die Mitarbeiter Schlange-Schöningens, die Ministerialdirektoren Podyen und Littmann; ACDP, I-090-030/1. Nach Hohenstein hielten die „Bauernverbandsvertreter“ Schlange-Schöningens „den Gewerkschaften und der SPD gegenüber für zu kompromißbereit“ (Bauernverbände und Landwirtschaftskammern in Niedersachsen, S. 306).

<sup>104</sup> Rehwinkel, Gegen den Strom, S. 39 (dort auch der Ausdruck „Fronvogt“).

nicht ernannt, und Hermes hätte, wäre ein Ruf an ihn ergangen, diesen wahrscheinlich nicht angenommen. Denn Hermes fühlte sich im Grunde zu „Höherem berufen“. Nicht der vielgenannte Jakob Kaiser, sondern Andreas Hermes war der eigentliche Konkurrent Adenauers um den Posten des CDU-Vorsitzenden in der britischen Besatzungszone und damit auch des Bundeskanzlers. Wie Adenauer Hermes ausschaltete, wird als „Coup“ beschrieben, und es war, nach Meinung seines Biographen Henning Köhler, der einzige Coup, den Adenauer je landete: Zunächst sicherte sich Adenauer am 22. Januar 1946 bei der Sitzung des Zonenausschusses der CDU in Herford (vorübergehend) den Vorsitz, indem er sich kurzerhand selbst zum „Alterspräsidenten“ erklärte. Auf der entscheidenden Tagung in Neheim-Hüsten, die vom 26. Februar bis zum 1. März 1946 stattfand, benutzte Adenauer seine „usurpierte Vorsitzfunktion“ dazu, um Hermes und seinen Berliner Anhang zunächst von der Sitzung mit der Begründung auszuschließen, es seien „nur Mitglieder aus der britischen Zone bei Parteiversammlungen zugelassen“. Hermes reiste verärgert ab, Adenauer wurde CDU-Vorsitzender.<sup>105</sup> Diesen Vorsprung konnte Hermes nie mehr aufholen.

Es war schon ein recht eigenartiges Verhältnis, das sich zwischen Adenauer und Hermes entwickelte.<sup>106</sup> Beide waren Kölner und beide waren fast gleich alt (Adenauer Jg. 1876, Hermes Jg. 1878). Aber damit hörten die Gemeinsamkeiten auf: Hermes verstand Deutschland immer als Ganzes. Er dachte als ehemaliger Reichsminister, und wenn er Adenauer als „unmögliche[n] Mann, ohne politischen Instinkt“ und als „Oberbürgermeister“ abqualifizierte,<sup>107</sup> dann stand dahinter der unausgesprochene Vorwurf, Adenauer habe sich 1918/19 durch seine Nähe zum Kölner Separatismus des Landesverrats schuldig gemacht. Hermes, der sich in seinen Schriftwechseln gerne mit „Sehr geehrter Herr Reichsminister“ anreden ließ, wurde von Adenauer in den ersten Jahren der Bonner Republik nur als „Sehr geehrter Herr Hermes“ tituliert. Umgekehrt schrieb Hermes nicht an den „Herrn Bundeskanzler“, sondern nur an „Herrn Adenauer“.

Als Adenauer Hermes mitteilte, dass er ihm nicht den Posten des Bundesministers für Ernährung und Landwirtschaft anbieten werde, tat er das mit einer Spitze. Er wolle „persönlich hinzufügen, wie sehr ich es bedaure, dass durch ihre Verbundenheit

<sup>105</sup> Köhler, Adenauer, S. 394 f. Sowohl Hermes als auch Schlange-Schöningens werden von Köhler als „Honoratiorenpolitiker“ bezeichnet, die glaubten, „ein Anrecht“ zu haben, aber nicht bereit waren, „dafür zu kämpfen“ (S. 527).

<sup>106</sup> Der Vorsitzende des Agrarpolitischen Ausschusses der FDP, Konrad Frühwald, berichtete hierzu während der Sitzung dieses Ausschusses im Münchner Hotel „Drei Löwen“ am 20.9.1951 laut Protokoll: „Frühwald geht dann auf die Vorgänge im Bauernverband näher ein, schildert die Gegensätze Hermes und Adenauer. Bei beiden heisst es: ‚Du darfst keine anderen Götter haben neben mir.‘“ ADL, FDP Bundesausschuss für Agrarpolitik, Nr. 946.

<sup>107</sup> Zit. n. Köhler, Adenauer, S. 425.

mit dem Nadolny-Kreis<sup>108</sup> es wohl nicht möglich ist, einen so hervorragenden Mann wie Sie, für diesen Posten zu gewinnen“. Hermes war über diesen Vorwurf sehr verärgert und antwortete: „Das selbstlose Streben unabhängiger Männer nach der gesamtdeutschen Lösung kann doch niemals ein Hindernis für eine sachliche Zusammenarbeit mit der Bundesregierung sein, die gerade Gewicht darauf legen sollte, die ihr obliegende schwierige Aktion zur Wiedervereinigung Deutschlands, auf einen nachhaltig beständig dokumentierten Gesamtwillen des deutschen Volkes zu stützen.“<sup>109</sup> Allerdings war auch aus „amtlichen amerikanischen Kreisen“ 1950 zu hören, es gebe „lebhaftes Bedenken“ gegenüber einer Zusammenarbeit mit dem DBV wegen der „bekannten Bestrebungen Dr. Hermes/Botschafter Nadolny“.<sup>110</sup>

Nachdem diese Kandidaten für den Posten des Bundesministers für Ernährung und Landwirtschaft aus den genannten Gründen nicht in Frage kamen, war der Weg frei für den CSU-Politiker Wilhelm Niklas, der aber keine Verlegenheitslösung darstellte, sondern „wegen seiner hohen fachlichen Qualifikation“ vielfältige Anerkennung fand.<sup>111</sup> Ein wichtiger strategischer Erfolg für Edmund Rehwinkel war, dass es ihm gelang, den Hauptgeschäftsführer des Niedersächsischen Landvolkverbandes, Theodor Sonnemann, als Staatssekretär im BMELF zu platzieren. Sonnemann besaß seit 1948 das Parteibuch der DP, war allerdings „seinerzeit nur aus organisationspolitischen Gründen, die in den eigenartigen Verhältnissen Niedersachsens liegen, beigetreten“. Der DBV sah in ihm einen Mann „ohne parteipolitische Belastung, energisch und personell mit der alten VELF nicht verquickt“. Weiter sprach für Sonnemann, dass Adenauer und die CDU der DP „so feste Zusicherungen“ gemacht hatten, „dass gegen den Willen dieser Partei ein Staatssekretär im Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft nicht ernannt werden kann“. Und schließlich besaß Sonnemann das Vertrauen Rehwinkels, der sich zusammen mit seinem Stellvertreter Friedrich Füllberg (DP) für ihn stark machte. Die Verhandlungen mit Sonnemann führten die Bundesminister Hellwege und Niklas.<sup>112</sup> Gewisse Vorbehalte scheint es zunächst von der FDP gegeben zu haben, die das Amt wohl selbst gerne besetzt hätte. Im November 1949 stimmten aber auch die Liberalen der Personalentscheidung zu.<sup>113</sup>

<sup>108</sup> Hermes hatte zusammen mit seinem Freund, Botschafter Rudolf Nadolny, einen Arbeitskreis gebildet, der die Absicht verfolgte, „daß sich alles politische Handeln in Deutschland nach dem Ziele richten müsse, eine Wiedervereinigung der getrennten Teile herbeizuführen“. Im Frühjahr 1949 wurde eine Besprechung in Bad Godesberg durchgeführt, die im Ausland und im westlichen Teil Deutschlands in der Presse ein weitgehend negatives Echo fand. Ein Jahr später gründeten Hermes und Nadolny schließlich in Homburg die Gesellschaft für die Wiedervereinigung Deutschlands. Vgl. Reichardt, Hermes, S. 262 f. Zwei Reden von Hermes vor der Gesellschaft (Auszüge) ebd., S. 475-494. An der Gründungsversammlung nahm auch Heinrich Lübke teil (Morsey, Lübke, S. 195 f.).

<sup>109</sup> Adenauer an Hermes (18.9.1949) und Hermes an Adenauer (19.9.1949); ACDP, I-090-030/1.

<sup>110</sup> Vizekanzler Blücher an Adenauer (17.3.1950); BArch Koblenz, B 136/8632.

<sup>111</sup> Kluge, Vierzig Jahre Agrarpolitik, Bd. 1, S. 86. Niklas hat die Ziele seiner Amtszeit in folgender Schrift zusammengefasst: Ernährungswirtschaft und Agrarpolitik (1949).

<sup>112</sup> Alle Zitate Schreiben Hanskarl Freiherr. v. Manteuffel (DBV) an Hermes, 5.10.1949; ACDP, I-090-030/1.

Im Fall Sonnemann agierte Rehwinkel an Hermes vorbei, dem im Oktober 1949 über den DBV mitgeteilt wurde, „Präsident Rehwinkel“ vertrete die Meinung, „dass die Angelegenheit zu 99 % entschieden“ sei. Weiter schrieb der stellvertretende Generalsekretär des DBV, Hanskarl Freiherr von Manteuffel, an Hermes: „Ich bin von Herrn Präsident Rehwinkel beauftragt, Ihnen umgehend den Sachverhalt mitzuteilen. Er hat es sehr bedauert, dass keine Möglichkeit bestand, die Angelegenheit mit Ihnen durchzuberaten, geht aber davon aus, dass auch Sie, wie die Verhältnisse einmal liegen, mit der vorgeschlagenen Lösung einverstanden sein werden.“<sup>114</sup> Die Personalie Sonnemann wog umso mehr, als Niklas sein Amt als Minister wegen „schwerer gesundheitlicher Störungen“ nur eingeschränkt ausüben konnte und Sonnemann der „tatsächliche Leiter“ des Ministeriums war.<sup>115</sup> Ein ähnlich wichtiger Coup gelang Rehwinkel 1955 noch einmal, als sein damaliger Hauptgeschäftsführer Hanns Deetjen Staatssekretär im Niedersächsischen Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten wurde. Sonnemann blieb bis 1961 Staatssekretär, Deetjen bis 1965. Rehwinkel hatte in dieser Zeit an den für ihn wichtigsten ministeriellen Schaltstellen Personen seines Vertrauens. Sonnemann vergaß nach Rehwinkel nie, „wo er hergekommen war und welche Truppe ihn auf den Schild gehoben hatte“.<sup>116</sup> Allerdings erscheint diese Sichtweise bei Sonnemann als unzutreffend. Der Staatssekretär sah sich nach seiner Ernennung in erster Linie nicht mehr den Agrarverbänden, sondern der Ministerialbürokratie verpflichtet. Als er 1956 gefragt wurde, ob eine schriftliche Stellungnahme des Bundeskanzleramtes zu einem Schreiben Rehwinkels erfolgen sollte, empfahl er, auf eine solche zu verzichten, da eine „derartige Festlegung nicht zweckmäßig“ sei.<sup>117</sup>

<sup>113</sup> Niklas an Hermes (8.11.1949); ACDP, I-090-030/1.

<sup>114</sup> Schreiben Hanskarl Freiherr. v. Manteuffel (DBV) an Hermes, 5.10.1949; ACDP, I-090-030/1.

<sup>115</sup> John, Bauernköpfe, S. 119, 164. Niklas musste sich am 22.11.1951 einer Gallenoperation unterziehen, bei der ihm 73 Gallensteine entfernt wurden. Vgl. das Schreiben von Sonnemann an Hermes vom 27.11.1951. ACDP, I-090-030/1.

<sup>116</sup> Rehwinkel, Gegen den Strom, S. 185.

<sup>117</sup> Theodor Sonnemann am 3.10.1956 an den Staatssekretär des Bundeskanzleramtes. Vorausgegangen war ein persönliches Schreiben Edmund Rehwinkels an Bundeskanzler Konrad Adenauer vom 24.5.1956, in dem es um die Auswirkungen des zweiten Konjunkturprogramms der Bundesregierung ging. Staatssekretär Globke hatte im Juni 1956 ein Antwortschreiben entworfen, das aber wegen Adenauers Urlaub nicht abgeschickt wurde. BArch Koblenz, B 136/653, Bl. 404-413.

## 7. Vizepräsident des Bauernverbandes unter Hermes

Offiziell fungierte Rehwinkel seit dem 1. Oktober 1948 als „Vizepräsident“ des DBV.<sup>118</sup> Über das Verhältnis zwischen Hermes und Rehwinkel ist relativ wenig bekannt. Wie aber bereits bei der Ernennung Sonnemanns zum Staatssekretär deutlich geworden war, konnte Rehwinkel seinen Gestaltungswillen und Machtdrang gegenüber dem ihm übergeordneten Hermes bereits 1949 nur mit Mühe zügeln. Später vertrat Rehwinkel die Meinung, Hermes habe, wohl auch aufgrund seines Alters, in dieser Zeit die Position des „ewigen Cunctators“ eingenommen. Wäre er, Rehwinkel, damals bereits mit umfassenden Kompetenzen ausgestattet gewesen, dann wäre es Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard nicht gelungen, „die Weichen der Wirtschaftspolitik so einseitig zugunsten der Industrie und der Exportwirtschaft zu stellen“.<sup>119</sup> Hermes war für Rehwinkel ein „Zauderer“, der die Einflussmöglichkeiten des Bauernverbandes auf die CDU und die kleineren Parteien wie die DP unterschätzte. „Aufmärsche und Demonstrationen“ seien Hermes wohl auch in „Erinnerung an die Jahre vor 1933“ ein „Greuel“ gewesen.<sup>120</sup> Das Verhältnis zwischen Hermes und Rehwinkel wurde zudem durch den Fall Pacyna belastet: Der Chefredakteur der Deutschen Bauernzeitung, Günter Pacyna, war 1951 beim DBV in Ungnade gefallen und wurde daraufhin von Rehwinkel nach Hannover geholt. Allgemein war bekannt, dass Hermes Vorbehalte gegen Pacyna hatte, weil dieser früher beim Reichsnährstand gewesen war und enge Beziehungen zum Reichsbauernführer Richard W. Darré unterhalten hatte.<sup>121</sup>

Andererseits erkannte Rehwinkel durchaus die Verdienste seines Vorgängers an. In seiner Rede anlässlich des Todes von Andreas Hermes hob Rehwinkel drei positive Aspekte, drei „Edelsteine“, wie er es nannte, hervor: die Gründung des Deutschen Bauernverbandes als Einheitsorganisation der Landwirtschaft, die „weise Geduld“ auf dem „Gebiet der internationalen Verhandlungen“ und die tiefe Verwurzelung des mehrsprachigen Hermes im „Heimatboden“.<sup>122</sup> Hermes galt in den Reihen des Deutschen Bauernverbandes als „großer Glücksfall“, weil er aufgrund seiner internationalen Erfahrung und seiner Verurteilung zum Tode in der NS-Zeit, die er nur mit Glück überlebt hatte, eine „Respektperson“ war und den Weg des deutschen Agrarverbandes in die „internationale Gemeinschaft“ geebnet hatte.<sup>123</sup>

<sup>118</sup> NLA Hannover, V.V.P. 38 Acc. 139/84, Nr. 34.

<sup>119</sup> Rehwinkel, Gegen den Strom, S. 84.

<sup>120</sup> Rehwinkel, Gegen den Strom, S. 111.

<sup>121</sup> NLA Hannover, V.V.P. 38 Acc. 139/84, Nr. 27.

<sup>122</sup> Rede Edmund Rehwinkels anlässlich des Todes von Andreas Hermes (undatiert, 1964). Rehwinkel verkündete in diesem Zusammenhang auch den einstimmigen Beschluss des DBV-Präsidiums, dass das Haus der deutschen Landwirtschaft, das gerade zwischen Bonn und Bad Godesberg gebaut wurde, Andreas-Hermes-Haus heißen werde. BArch Koblenz, B 428/86.

<sup>123</sup> Rudolf Schnieders im Interview mit dem Verfasser am 8.10.2010.

Umgekehrt konnten keine Äußerungen von Hermes über Rehwinkel ausfindig gemacht werden. Rehwinkel dürfte jedoch höchstens in Teilen den Vorstellungen Hermes' entsprochen haben. Sicherlich war Rehwinkel durch die NS-Zeit unbelastet, aber er war tatsächlich Landwirt, was Hermes nie war, und er war protestantischer Großbauer, im Gegensatz zum rheinländischen Katholiken Hermes. Rehwinkel agierte in einer Direktheit, die Hermes fremd war. Nach Rehwinkels Einschätzung im Herbst 1953 hatte Hermes den oberschwäbischen Agrarverbandspolitiker Bernhard Bauknecht als seinen „Adlatus“ vorgesehen, womit gemeint war, dass er ihn für das Amt des DBV-Präsidenten favorisierte und Bauknecht deshalb nicht für das Amt des Bundesernährungsministers zur Verfügung stehe, das Bauknecht nach Rehwinkels Meinung gerne übernommen hätte.<sup>124</sup>

Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten verfolgte in der Ära Niklas, die von 1949 bis 1953 ging, verschiedene agrarpolitische Ziele. An erster Stelle ist die Verteilung der ERP-Mittel und amerikanischer Kredite zu nennen. Die Kreditpolitik nahm für Minister Niklas einen „zentralen Platz“ innerhalb der staatlichen Agrarpolitik ein. Die Kredite wurden unter anderem zur Erntefinanzierung verwendet, flossen an Saatgutbetriebe und in den Aus- und Neubau von Zuckerfabriken und Molkereien, dienten der „Sanierung regionaler Notstandsgebiete“ und der „Ansiedlung von Vertriebenen“ sowie anderen Projekten. Die Steuerpolitik war dadurch gekennzeichnet, dass das Ministerium versuchte, die „ungerechte Steuersituation“ zu lindern – die Landwirtschaft wurde „annähernd doppelt so hoch besteuert“, wie es ihrem Anteil am Netto-Sozialprodukt entsprach. An strukturpolitischen Maßnahmen sind die Flurbereinigung und Urbarmachung (unter anderem Trockenlegung), die Verbesserung des Saatgutwesens, der Tierschutz und der Ausbau der Agrartechnik zu nennen. Die Zahl der Schlepper stieg von 74.586 im Jahr 1949 auf 276.825 im Jahr 1953, die Zahl der Mähdrescher im selben Zeitraum von 149 auf 2.486. Leitbild der bundesdeutschen Agrarpolitik der 1950er Jahre war der bäuerliche Familienbetrieb. Die Sicherung der Ernährung, die während der Korea-Krise 1950 wieder akut wurde, erfolgte durch Vorrats-, Einfuhr- und Außenhandelsstellen, die bereits 1946 und 1947 in der britischen und amerikanischen Zone gegründet worden waren. Einen großen Stellenwert nahm der Aufbau eines Marktordnungssystems ein, wobei eigentlich richtig der Begriff Marktregulierung verwendet werden müsste.<sup>125</sup> Das wichtigste Kennzeichen des Marktordnungssystems waren „Festpreise für die wichtigsten landwirtschaftlichen

<sup>124</sup> Rehwinkel an Sonnemann am 16.9.1953. NLA Hannover, V.V.P. 38, Nr. 316, Bl. 188.

<sup>125</sup> Kluge, Vierzig Jahre Agrarpolitik, Bd. 1, S. 83–164, Zitate S. 97 f., 100. Zum Schlepper- und Mähdrescherbestand vgl. Dornheim, Der lange Weg in die Moderne, S. 746. Zu den Einfuhr-, Vorrats- und Außenhandelsstellen siehe die Chronik der Bundesanstalt für landwirtschaftliche Marktordnung (1986). Zu den Begriffen Marktordnung und Marktregulierung siehe dort den Beitrag von Herbert Bock, Absatzbedingungen und Absatzgestaltung der westdeutschen Getreideeinfuhren nach dem letzten Weltkrieg, S. 167–239, insbesondere Anm. 1.

Erzeugnisse“.<sup>126</sup> Ob sich die Marktordnung der frühen Bundesrepublik Deutschland an Vorbildern des Ersten Weltkrieges, der Weimarer Republik oder des Nationalsozialismus orientierte, muss noch erforscht werden.

Das Verhältnis zwischen dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und dem Deutschen Bauernverband verschlechterte sich erstaunlich schnell. Aus Sicht des Bauernverbandes war der vermeintliche Ausverkauf der Interessen der Landwirtschaft zugunsten der Industrie eine der Hauptursachen. Rehwinkel stellte das Diktum der Sozialen Marktwirtschaft auf den Kopf, wenn er feststellte, die Politik der „unsozialen Marktwirtschaft und des liberalisierten, sprich manipulierten Außenhandels“, die „Erhard und seine Hintermänner“ seines Erachtens praktizierten, sei alles andere als gerecht. Zudem würden Agrarprodukte, die nicht durch Marktordnungen und Festpreise geschützt seien, durch „Dumpingimporten aus aller Herren Länder“ unter „Preisdruck“ geraten.<sup>127</sup> Als auf der anderen Seite Bundesminister Wilhelm Niklas Anfang 1950 einen Vertreter des DBV zu den Gesprächen über die „Neufassung des deutsch-holländischen Handelsvertrages“ hinzuzog, musste er nach eigener Darstellung erleben, dass der Vertreter des Bauernverbandes nach zwei Sitzungen auf eine weitere Beteiligung „verzichtete“ und sinngemäß eine Erklärung abgab, er könne keine „Verantwortung“ für das Ergebnis übernehmen. Für Erstaunen sorgte andererseits, dass der Bauernverband bei der „Frage der Einfuhr von Zuchtvieh“ zu „erheblich grösseren Zugeständnissen“ bereit war als die Bonner Beamten.<sup>128</sup> Als Niklas im Oktober 1951 in einer Vorstandssitzung der CDU-Bundestagsfraktion „wegen der hohen Kartoffel- und Schweinepreise angeschossen“ wurde, vermisste er fast jede Unterstützung von Abgeordneten, die der Landwirtschaft verbunden waren.<sup>129</sup> Noch deutlicher wurde wenig später Theodor Sonnemann, der beklagte, die „Marktordnungsgesetze“, die der Landwirtschaft einen „wirtschaftspolitischen Einfluss“ sicherten, „wie es ihn seit Bismarcks Zeiten nicht gegeben hat“, seien vom Deutschen Bauernverband und von der Agrarpresse „ohne Widerhall“ zur Kenntnis genommen worden. Die „Preisangleichungen für Getreide und Zuckerrüben“ hätten die „kurzsichtigen Anschauungen nicht zu beseitigen vermocht, dass die Anpassung am Weltmarktpreis dem bäuerlichen Interesse dienlicher sei als langfristige stabile Preise auf Gestehungskostenbasis“. Die Maßnahmen der Bundesregierung zur „Erhaltung eines angemessenen Preisstandes für Milch und Butter“ seien ständig heftig kritisiert worden. Auch der Ausgleich zwischen Einfuhr und Eigenerzeugung beim Obst- und Gemüsebau sei als „verfehlte Handelspolitik“ gebrandmarkt worden. Die Haltung des Bauernverbandes stimme nicht mehr mit der Stimmung an der Basis überein.

<sup>126</sup> Seidl, Deutsche Agrargeschichte, S. 279.

<sup>127</sup> Rehwinkel, Gegen den Strom, S. 112.

<sup>128</sup> Niklas an Hermes 2.3.1950. ACDP, I-090-030/1.

<sup>129</sup> Niklas an Hermes 17.10.1951. ACDP, I-090-030/1.

Die „Einstellung der Bauern, die unbeeinflusst ihre Meinung“ aussprechen, habe sich inzwischen weit entfernt von „denjenigen Stellen des Bauernverbandes, die glauben[,] in einer Art grundsätzlicher Obstruktion gegen die Bundesregierung den Interessen des Verbandes und seiner Mitglieder dienen zu können“.<sup>130</sup>

Edmund Rehwinkel war in dieser Zeit einer der wichtigsten Redner des Bauernverbandes. Am 25. Oktober 1948 hielt er auf einer Bauernkundgebung mit 600 Teilnehmern in Münster das „Hauptreferat“ und forderte eine „Anhebung der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise“. Am 15. Juli 1950 verlangte er auf einer „Großkundgebung“ in Köln vor 5.000 Zuhörern „vehement einen gerechten Landlohn für Bauern und Landarbeiter“.<sup>131</sup> Am Deutschen Bauerntag in Rendsburg 1951, auf dem erstmals die „Einführung eines Paritäts-Preissystems für alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse“ gefordert wurde, nahm Rehwinkel allerdings nicht teil, weil er zu diesem Zeitpunkt eine dreimonatige USA-Reise absolvierte.<sup>132</sup> Die Eröffnungsansprache in Rendsburger Nordmarkhalle am 8. September 1951 hielt Andreas Hermes, der unter anderem darauf hinwies, dass die Verschuldung der deutschen Landwirtschaft, die zum Zeitpunkt der Währungsreform 2,5 Mrd. DM betragen hatte, bereits wieder auf 4 Mrd. DM angestiegen war. Auch die Fragen „europäischer Gesinnung“, des Schumanplans und einer „Agrarunion“ streifte der ehemalige Reichsminister. Vor allem aber propagierte er die Schaffung eines mittelständischen Blocks, der die „Zusammenfassung aller mittelständischen Kräfte“ darstellen und Einfluss auf Gesetzgebung und Verwaltung nehmen sollte. Zur Parität sagte Hermes nichts. Oswald Howald, Professor für Betriebslehre an der Eidgenössischen Technischen Hochschule, referierte über „Grundfragen des europäischen Bauerntums unter besonderer Berücksichtigung der Rentabilitätssicherung der bäuerlichen Betriebe und der Möglichkeiten für eine engere internationale Zusammenarbeit des europäischen Bauerntums“. Dr. Johannes Handschumacher, Präsident des Zentralverbandes des deutschen Haus- und Grundbesitzes, unterstützte die Bildung des Blocks des „deutschen Mittelstandes in Stadt und Land“. Töpfermeister Richard Uhlemeyer aus Hannover, Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, beschwor die „Schicksalsverbundenheit“ von Handwerkern und Landwirten, der „beiden Berufsstände“, die „bodenständig und ein ruhendes Element in der stetig fortschreitenden Entwicklung“ darstellten. Die Frage der Parität wurde in einer Entschließung angeschnitten, die in der Präsidialsitzung des Deutschen Bauernverbandes am 7. September 1951 einstimmig verabschiedet wurde. Darin hieß es, dass für die Bundesrepublik ein Gesetz zu fordern sei, „das unter grundsätzlicher Anerkennung der Marktwirtschaft und unter Berücksichtigung der Interessen der Verbraucherschaft“ die Voraussetzungen für die „Durchführung der erforderlichen staatlichen

<sup>130</sup> Sonnemann an Hermes 14.11.1951. ACDP, I-090-030/1.

<sup>131</sup> Ewert, Rehwinkel, S. 61.

<sup>132</sup> BAArch Koblenz, B 136/8632.

Maßnahmen“ schaffe, um die „Sicherung der Lebensnotwendigkeiten des Bauernstandes“ zu garantieren. Weiter wurde ausgeführt: „Die Sicherung ist in erster Linie durch die Einführung eines Paritätspreis-Systems für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu schaffen, das unter Berücksichtigung der landwirtschaftlichen Produktionskosten ein Arbeitseinkommen für fremde und familieneigene Arbeitskräfte gewährleistet, das dem Einkommen vergleichbarer Berufsgruppen entspricht. Dieses Paritäts-system bedingt zugleich ein der Landwirtschaft angepaßtes Steuersystem, eine gerechte Verteilung der der Volkswirtschaft zur Verfügung stehenden Kapitalmittel sowie staatliche Hilfen zur Erreichung hoher Leistungsfähigkeit“.<sup>133</sup> Der Begriff Parität war jedoch keine Wortschöpfung des DBV. Der politische Ansatz soll vom US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt im Rahmen seiner New-Deal Politik erstmals in den 1930er Jahren angewandt worden sein. Konrad Adenauer verwendete den Begriff beim sogenannten Rhöndorfer Gespräch am 17. Februar 1951 mit führenden Vertretern der Landwirtschaft.<sup>134</sup>

Auf dem Bauerntag 1952 in Konstanz hielt der hessische Bauernverbandspräsident Wittmer-Eigenbrodt das Hauptreferat zum Thema „Parität als Grundlage der Agrarpolitik“.<sup>135</sup> 1953 in Münster referierte Günter Noell, Vorstandsmitglied der Landwirtschaftlichen Rentenbank, zum Thema „Industrie und Landwirtschaft“. Noell vertrat die Meinung, der Bauernhof sei ein „organischer, mit der Natur lückenlos verbundener Betrieb“, während der Gewerbebetrieb ein „rational-mechanischer“ sei. Die „Fähigkeit, sich Konjunkturschwankungen anzupassen“ sei in der Landwirtschaft „sehr begrenzt“. Als wichtigste Reformansätze benannte Noell: die Flurbereinigung, die „allmähliche Überführung lebensunfähiger Kleinbetriebe“ in „gesunde Bauernwirtschaften“, die „Verjüngung der Betriebsführung, Verbesserung der Qualität unserer Veredelungsprodukte“, den Ausbau des ländlichen Schulwesens und eine Verbesserung der „landwirtschaftlichen Wirtschaftsberatung“.<sup>136</sup> Damit favorisierte Noell Veränderungen der Agrarstruktur und stand im Gegensatz zur Forderung nach Preisparität, wie sie der DBV unter Rehwinkel verlangte. Noell beschrieb später sein Verhältnis zu Rehwinkel als „schwierig“. Dieser habe den „ökonomischen Ansatz seiner Planungen“ nicht verstanden oder verstehen wollen.<sup>137</sup> Der Bauerntag des Jahres 1951 in Rendsburg hatte nicht nur wegen der Paritätsforderung eine besondere Bedeutung. Es war auch deshalb wichtig, weil, „wenn nicht ein Bruch, so doch wenigstens ein Riß seit Rendsburg“ zwischen Bundesregierung und Bauernverband „für alle Öffentlichkeit“ sichtbar geworden war.<sup>138</sup>

<sup>133</sup> BArch Koblenz, B 136/8632.

<sup>134</sup> Vgl. Dornheim, Der lange Weg in die Moderne, S. 757. Rudolf Schnieders im Gespräch mit dem Verfasser am 8.10.2016.

<sup>135</sup> Rehwinkel, Gegen den Strom, S. 111.

<sup>136</sup> Noell, Industrie und Landwirtschaft, S. 10 f., 17.

<sup>137</sup> Pohl/Schneider, Die Rentenbank, S. 222.

<sup>138</sup> Staatssekretär Theodor Sonnemann am 9.11.1951 an Bundeslandwirtschaftsminister Wilhelm Niklas nach einem Gespräch mit Andreas Hermes am Vortag, BArch Koblenz, B 136/8632.

## 8. Das Triumvirat und die Ära Lübke

Andreas Hermes trat auf dem Bauerntag in Stuttgart, der vom 27. bis zum 30. September 1954 durchgeführt wurde, als Präsident des DBV „aus Altersgründen“, wie es in der Presse hieß, zurück. Der Spiegel hatte ihm ein halbes Jahr zuvor eine kritisch-zynische Titelgeschichte gewidmet, in der es hieß, der „große schwere Mann“ sei nicht nur „Chef des Milliarden bewegenden Raiffeisen-Verbandes“, sondern auch Präsident des DBV, der „großen Agrarier-Gewerkschaft“ mit 1,5 Millionen Mitgliedern. Der Artikel schlug an Hand von Hermes' Lebenslauf einen weiten Bogen vom Kaiserreich über die Weimarer Republik, die NS-Zeit bis hin zur Gegenwart.<sup>139</sup> Er ist wohl vor dem Hintergrund zu sehen, dass Hermes als Ministerkandidat gehandelt worden war. Nachdem im Sommer 1953 bekannt geworden war, dass Wilhelm Niklas aus gesundheitlichen Gründen nicht wieder für das Amt des Bundeslandwirtschaftsministers zur Verfügung stehen würde und die Bundestagswahl vom 6. September 1953 zu einer Koalition von CDU, CSU, FDP, DP und GB/BHE geführt hatte, stellte sich die Frage, wer Niklas' Nachfolger werden würde. Nach einer Äußerung von Adenauer aus dem Jahr 1957, bot er Hermes das Amt an, der jedoch ablehnte und „dringend“ Lübke empfahl.<sup>140</sup> Gegen Lübke trat ein Teil des Adels auf,<sup>141</sup> was wahrscheinlich damit zusammenhing, dass Lübke aus der Kleinbauernbewegung der Weimarer Republik stammte und nach 1945 als Bodenreformer aufgetreten war. Da nach Hermes' Meinung jedoch „kein anderer in Frage“ kam,<sup>142</sup> wurde Lübke am 20. Oktober 1953 Ressortchef des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Staatssekretär blieb Theodor Sonnemann.<sup>143</sup> Die später entstandenen Spannungen zwischen Rehwinkel und Lübke waren umso erstaunlicher, als Rehwinkel gegenüber Sonnemann noch im September 1953 geäußert hatte, er halte den Sauerländer „für den fähigsten Mann, um den Platz an der Sonne für die Landwirtschaft zu behaupten“.<sup>144</sup> Es könnte jedoch sein, dass Rehwinkel noch gar keine eigene Meinung hatte und sich lediglich in diesem Sinn äußerte, um den Schulterchluss mit Hermes herzustellen, der Lübke empfohlen hatte.

Auf dem Bauerntag in Stuttgart hielt Heinrich Lübke etwa drei Wochen vor seiner Ernennung eine erstaunlich kritische Rede. Darin warnte er die Bauernschaft vor „übersteigerten Forderungen“ und deutete einen „neuen Kurs“ an. Es müsse ein

<sup>139</sup> Der Spiegel vom 24.3.1954, S. 12-18.

<sup>140</sup> Adenauer bei einer Besprechung mit dem DBV (10.10.1957); BArch Koblenz, B 136/8632.

<sup>141</sup> Als Gegner Lübkes traten auf: Marie-Luise Gräfin Leutrum von Ertingen (Präsidentin des Deutschen Landfrauenverbandes), Franz Graf von Galen und der CDU-Abgeordnete Otto Fürst von Bismarck. Nur der CSU-Abgeordnete Georg Graf Henckel von Donnersmarck verteidigte Lübke (Morsey, Lübke, S. 214 f.).

<sup>142</sup> Hermes an Adenauer (4.10.1957), an seine Empfehlung aus dem Jahr 1953 erinnernd; ACDF, I-090-036d.

<sup>143</sup> Morsey, Lübke, S. 215. Kluge, 40 Jahre Agrarpolitik, S. 167-169.

<sup>144</sup> Edmund Rehwinkel am 16.9.1953 an Theodor Sonnemann. NLA Hannover, V.V.P. 38, Nr. 316. Zuerst zit. bei Kluge, Vierzig Jahre Agrarpolitik, Bd. 1, S. 168.

„Anpassungsprozeß der Landwirtschaft“, der etwa 10 bis 15 Jahre dauern werde, eingeleitet werden. Diese Äußerungen brachten ihm die Kritik der landwirtschaftlichen Verbandspresse ein.<sup>145</sup>

Geleitet wurde der DBV nach Hermes' Ausscheiden von einem „Dreierkollegium“, das aus Bernhard Bauknecht, Edmund Rehwinkel und Fridolin Rothermel bestand. Zum „geschäftsführenden Präsidenten“ wurde Bernhard Bauknecht (1900–1985) ernannt.<sup>146</sup> Dieser bewirtschaftete einen mittelbäuerlichen Landwirtschaftsbetrieb in Albertshofen bei Ravensburg, stammte aus dem ländlich-katholischen Milieu und war parteipolitisch an die CDU gebunden. Bauknecht galt in Oberschwaben als „Pionier“ im Obstbau und in der Schweinezucht und trat von 1950 bis 1966 auf jeder DLG-Ausstellung als Preisrichter für Schweine in Erscheinung.<sup>147</sup>

Fridolin Rothermel (1895–1955) kam ebenfalls aus dem süddeutschen katholischen Milieu und war Mitglied der CSU. Nachdem Rothermel am 6. Oktober 1955 bei einem Unfall in Frankreich ums Leben gekommen war, wurde am 5. März 1956 Otto Freiherr von Feury sein Nachfolger im Triumvirat der deutschen Landwirtschaft.<sup>148</sup> Edmund Rehwinkel beschrieb die Aufteilung in der Führungsspitze des DBV, die nun praktiziert wurde, wie folgt: „ich als Dienstältester leite nach Rothermels Tod die Versammlungen und unterschreibe die Protokolle; die laufenden Geschäfte führt Bauknecht“.<sup>149</sup>

Otto Freiherr von Feury (1906–1998) wurden zunächst keine guten Chancen eingeräumt, sich an der Spitze des Bayerischen Bauernverbandes und damit im Führungstrio des DBV zu halten. So schrieb die Süddeutsche Zeitung: „Als Ende 1955 Fridolin Rothermel starb und der CSU-Landtagsabgeordnete Otto von Feury zum neuen Präsidenten des Bayerischen Bauernverbandes gewählt wurde, glaubten nicht einmal seine Freunde, daß er sich dieser Position lange erfreuen würde.“ Zu groß seien die Differenzen zwischen dem Bayerischen Bauernverband und Freiherr von Feury gewesen. Der Bayerische Bauernverband hatte dem Baron angeblich vor einiger Zeit den Posten des Generalsekretärs verweigert. Überraschend wurde Freiherr von Feury aber im April 1957 mit 90 von 98 Stimmen als Präsident des Bayerischen Bauernverbandes bestätigt.<sup>150</sup>

<sup>145</sup> Zur Rede Lübkes vgl. die Formulierung im Hamburger Anzeiger 30.9.1954. Zur Kritik an Lübke siehe etwa Bauern-Zeitung („Standesblatt des Badischen Landwirtschaftlichen Hauptverbandes“) 8.10.1954.

<sup>146</sup> Westfalenpost (Hagen) vom 29.9.1954. Vgl. auch Keesing's Archiv der Gegenwart vom 11.10.1954.

<sup>147</sup> Rieger, Nach vorne denken, S. 27.

<sup>148</sup> Zu Otto Freiherr von Feury (27.12.1906–27.3.1998) vgl. DBE, Bd. 11/1 (Nachtragsband), S. 59. Zur Ernennung Unser Land, unsere Dörfer, unsere Bauern, S. 44.

<sup>149</sup> NLA Hannover, V.V.P. 38, Nr. 104, Bl. 74.

<sup>150</sup> Kluge, Vierzig Jahre Agrarpolitik, Bd. 1, S. 167.

Bundesminister Lübke ging als ausgesprochener und „engagierter Reformier“ in die Agrargeschichte der Bundesrepublik Deutschland ein.<sup>151</sup> Der „Lübke-Plan“, wie der Reformkurs auch genannt wurde, war bereits Ende 1953 entwickelt worden und setzte sich aus „verschiedenen Einzelvorschlägen“ zusammen, die teils traditioneller Art waren, teils neue Gedanken enthielten. Im Einzelnen sind zu nennen: Lübke wollte durch ein Zusammenspiel von Industrie und Landwirtschaft eine „Kostenparität“ erreichen,<sup>152</sup> das heißt eine „laufende Angleichung des landwirtschaftlichen Ertrages an den Betriebsaufwand“.<sup>153</sup> Damit wandte er sich gegen die Vorstellungen von der Preis- und Lohnparität, wie sie der DBV forderte. Durch die geplante Kooperation mit der Wirtschaft schien es möglich, die „Zeiten traditioneller Rivalitäten zwischen Industrie und Landwirtschaft“ zu beenden, was de facto aber nicht in allen Punkten gelang. Gleichzeitig wandten sich Lübke und Sonnemann gegen den „Fortschrittsoptimismus der Sozialdemokratie“. Lübke sprach sich weiter für ein „handelspolitisches ‚Ventil‘“ aus, das heißt für Nahrungsmittelexporte vor allem nach Dänemark, Schweden und in die Niederlande. Außerdem sollte die Agrarstruktur und Produktionsbasis der Landwirtschaft verbessert werden. Dazu setzte der Bundeslandwirtschaftsminister einen Ausschuss zur Verbesserung der Agrarstruktur ein, der auch den Begriff „Familienbetrieb“ präzisieren sollte, da dieser nach wie vor als „Leitbild“ fungieren sollte. Die zwergbäuerlichen Betriebe sollten aufgegeben, und die kleinen Familienbetriebe aufgestockt werden.<sup>154</sup> Von den rund 1,8 Mio. landwirtschaftlichen Betrieben, die es 1955 in der Bundesrepublik Deutschland gab, galten fast 450.000, also ein Viertel, als „Grenzbetriebe“, die aufgrund einer zu geringen Bodenausstattung und einer ungünstigen Marktlage nicht existenzfähig waren.<sup>155</sup> Tatsächlich setzte eine Änderung der Agrar- und Sozialstruktur ein: In den zehn Jahren zwischen 1949 und 1959 gaben 178.400 von 1.127.000 land- und forstwirtschaftlichen Betrieben mit einer landwirtschaftlichen Nutzfläche bis 5 ha auf, das waren 15,8 %. Bei den Betrieben zwischen 5 und 10 ha verringerte sich die Zahl von 400.700 auf 359.800 (= 10,2 %). Die Zahl der Betriebe über 10 ha stieg von 382.900 auf 412.800.<sup>156</sup>

Ein Ziel von Lübkes Programm war, dass er die Rentabilität der Landwirtschaft nicht so sehr durch Preiserhöhungen für Agrarprodukte steigern wollte, sondern vor allem durch eine Senkung der betriebswirtschaftlichen Kosten. Im Februar 1956 wurden der Landwirtschaft rückwirkend für das Wirtschaftsjahr 1955/56 220 Mio. DM ihrer Ausgaben für Düngemittel zurückerstattet. Am 1. April 1956 beschloss die Bundesregierung, dass die landwirtschaftlichen Betriebe teilweise von der Umsatzsteuer

<sup>151</sup> Kluge, Vierzig Jahre Agrarpolitik, Bd. 1, S. 167.

<sup>152</sup> Kluge, Vierzig Jahre Agrarpolitik, Bd. 1, S. 169.

<sup>153</sup> So im Informationsdienst der Deutschen Bauern-Korrespondenz vom 19.11.1953; zit. n. Morsey, Lübke, S. 219.

<sup>154</sup> Kluge, Vierzig Jahre Agrarpolitik, Bd. 1, S. 169 f., 188. Vgl. auch Morsey, Lübke, S. 219.

<sup>155</sup> Kluge, Vierzig Jahre Agrarpolitik, Bd. 1, S. 187. Spiegel der westdeutschen Landwirtschaft, A75.

<sup>156</sup> Berechnet nach Spiegel der westdeutschen Landwirtschaft, A75.

befreit wurden. Dies brachte eine Entlastung von etwa 190 Mio. DM. Da Finanzminister Fritz Schäffer als harter Verhandlungspartner galt – Adenauer sprach davon, Niklas habe vor Schäffer „Angst“ gehabt, und auch Lübke wurde nachgesagt, dass er „starke Hemmungen“ gegenüber Schäffer hatte<sup>157</sup> – war dies ein beachtlicher Erfolg. Im November 1955 konnte sich Lübke im Kabinett allerdings nicht gegen Ludwig Erhard durchsetzen, der eine Erhöhung des Milchpreises von 40 auf 45 Pfennig pro Liter, die Lübke, entgegen seiner sonstigen Gewohnheit, gefordert hatte, ablehnte. Erst nachdem Lübke beim erkrankten Adenauer interveniert hatte und dieser eine neue Kabinettsitzung anberaumte, wurde eine Erhöhung um drei Pfennig beschlossen.<sup>158</sup> Da der Milchverkauf 28,6 % des gesamten Verkaufserlöses aller Agrarprodukte erwirtschaftete,<sup>159</sup> war der DBV außerordentlich ungehalten über diesen Miss- bzw. Teilerfolg.

Die wichtigsten Reformen Lübkes bezogen sich auf drei Punkte, die im Folgenden dargestellt werden: Die erste Reform war das Landwirtschaftsgesetz vom 5. September 1955, das in der zeitgenössischen Literatur als das „wesentlichste Gesetz der deutschen Agrarwirtschaft“ bezeichnet wurde. Es verpflichtete den Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten dazu, dem Bundestag und dem Bundesrat jährlich für das abgelaufene Wirtschaftsjahr einen „Bericht über die Lage der Landwirtschaft“ vorzulegen. Dieser sogenannte „Grüne Bericht“ sollte Aussagen darüber enthalten, inwieweit sich die landwirtschaftlichen Löhne an die Löhne vergleichbarer Berufsgruppen angeglichen hatten. Zweitens war zu vermerken, ob ein „angemessenes Entgelt“ für den Betriebsleiter erwirtschaftet wurde. Drittens war zu behandeln, ob eine „angemessene Verzinsung des betriebsnotwendigen Kapitals“ erzielt wurde. Zudem waren in den „Grünen Berichten“ Aussagen darüber vorgesehen, welche Maßnahmen die Bundesregierung ergriffen hatte oder zu ergreifen bereit war, „um die bestehenden naturbedingten und wirtschaftlichen Nachteile gegenüber den anderen Wirtschaftsbereichen auszugleichen und ihre Produktivität zu steigern“.<sup>160</sup> Die Grünen Berichte, deren Empfehlungen unter dem Titel „Der Grüne Plan“ erschienen, basierten auf statistischen Erhebungen und auf den Untersuchungsergebnissen von 6.000 bis 8.000 landwirtschaftlichen Testbetrieben. Der zentrale Kritikpunkt des Bauernverbandes an diesem „landwirtschaftlichen Grundgesetz“ war,<sup>161</sup> dass nirgends der Begriff „Parität“ erwähnt wurde. Dies war durchaus beabsichtigt, weil das BMELF jede „Automatik“ in Richtung einer Lohn- und Preisangleichung vermeiden wollte.<sup>162</sup>

<sup>157</sup> Freiherr von Feury bei einer Besprechung des Präsidiums des DBV bei Adenauer am 10.10.1957.

BArch Koblenz, B 136/8632.

<sup>158</sup> Kluge, Vierzig Jahre Agrarpolitik, S. 187, 193, 195. Morsey, Lübke, S. 224.

<sup>159</sup> Bezogen auf das Wirtschaftsjahr 1957/58. Spiegel der westdeutschen Landwirtschaft, B/I, 9.

<sup>160</sup> Spiegel der westdeutschen Landwirtschaft, O1.

<sup>161</sup> So Lübke, während Adenauer den Ausdruck „Landwirtschaftliche Charta“ bevorzugte.

Morsey, Lübke, S. 226.

<sup>162</sup> Kluge, Vierzig Jahre Agrarpolitik, Bd. 1, S. 229.

Das zweite umfassende Reformprojekt Lübkes war das „Gesetz über eine Altershilfe für Landwirte“ (GAL) vom 27. Juli 1957, das am 3. Juli vom Deutschen Bundestag ohne Gegenstimmen (bei wenigen Stimmenthaltungen) verabschiedet wurde und am 1. Oktober in Kraft trat.<sup>163</sup> Das GAL löste die traditionellen Formen der Altersvorsorge auf dem Land, die Institution des sogenannten „Altenteils“ (vor allem in Anerbengebieten) und die Einrichtung des sogenannten „Restgutes“ (in erster Linie in den Realteilungsgebieten), ab.<sup>164</sup> Es war nicht das erste Gesetz in Deutschland, durch das eine Gruppe von Selbständigen in eine Pflichtsozialversicherung einbezogen wurde, wie fälschlich behauptet wurde, aber es war zweifellos ein „Meilenstein“ in der Agrarsozialpolitik.<sup>165</sup> Seine Verabschiedung muss vor allem im Zusammenhang mit der „großen Rentenreformgesetzgebung“ des Jahres 1957 gesehen werden, durch die Adenauer den Grundstein zu seinem überraschend deutlichen Wahlsieg Mitte September 1957 legte. Es hatte jedoch erheblichen Aufwand gekostet, das GAL durchzusetzen, und zwar vor allem im Vorfeld und im Kabinett. Als Gegner waren zunächst der Deutschen Bauernverband und vor allem die älteren Landwirte aufgetreten, die durch die Gesetzesinitiative ihr Standesbewusstsein verletzt sahen. Dagegen hatten die Jungbauern und ihr Verband, der Bund der deutschen Landjugend, das Vorhaben begrüßt, weil sie sich dadurch eine frühere Übergabe der Höfe erhofften. Erst später schwenkte der DBV um, nachdem sich zunächst die Bauernverbände in Baden-Württemberg, dann auch in Bayern, Rheinland-Pfalz und Hessen für eine gesetzliche Altersvorsorge ausgesprochen hatten.<sup>166</sup> Widerstand kam zudem aus dem Kabinett, und zwar vor allem von Finanzminister Fritz Schäffer und Wirtschaftsminister Ludwig Erhard. Vor allem Schäffer brachte „sowohl finanzpolitische als auch generelle weltanschauliche Gründe“ für seine ablehnende Haltung vor. Eine umfassende Altersversicherung sei staatlicherseits nicht zu leisten, und eine „Taschengeldversicherung“ lehne er ab. Zudem erwartete Schäffer einen „Nachfolgeeffekt“, der seiner Meinung nach zum „totalen Wohlfahrtsstaat“ führen würde.<sup>167</sup> Nachdem aber auch ein Teil der anderen Parteien Sozialpläne und Gesetzentwürfe vorgelegt hatten, geriet die Regierung immer mehr unter Druck. Vor allem der Entwurf der SPD, der eine gemischte Finanzierung (Beitragszahlungen und öffentliche Zuschüsse) vorsah, wurde als Konkurrenz aufgefasst. Auch die veränderte

<sup>163</sup> Abel, Aufgaben der ländlichen Sozialpolitik, S. 9. Feldenkirchen/Herrmann, Gesetz über eine Altershilfe für Landwirte, S. 78. Kluge, Vierzig Jahre Agrarpolitik, Bd. 1, S. 210 f. Taeger, Soziale Agrarpolitik, S. 190-218. Turner/Böttger/Wölfle, Agrarrecht, S. 158-163.

<sup>164</sup> Zur Praxis beider Formen der Altersvorsorge und der daraus resultierenden finanziellen Belastung der Erben siehe Feldenkirchen/Herrmann, Gesetze über eine Altershilfe für Landwirte, S. 80.

<sup>165</sup> Feldenkirchen/Herrmann, Gesetz über eine Altershilfe für Landwirte, S. 78. Die Selbständigen in der Landwirtschaft waren zuvor schon in der Unfallversicherung pflichtversichert, und für die Handwerker wurde durch ein Gesetz vom 21.12.1938 eine Altersversorgung eingeführt.

<sup>166</sup> Feldenkirchen/Herrmann, Gesetz über eine Altershilfe für Landwirte, S. 79, 82, Anm. 44.

Dagegen spricht Taeger zu pauschal und undifferenziert von einer Gegnerschaft der „Betroffenen“ (Soziale Agrarpolitik, S. 208).

<sup>167</sup> Feldenkirchen/Herrmann, Gesetz über eine Altershilfe für Landwirte, S. 87, 89.

Position des DBV führten schließlich dazu, dass der Gesetzentwurf eingebracht und das Gesetz verabschiedet wurde.

Das GAL wurde von der Landwirtschaft relativ positiv aufgenommen. Bis Ende 1957 wurden bereits 180.000 Anträge gestellt, und auch der „beabsichtigte Effekt bei der Hofübergabe“ soll sich bald eingestellt haben.<sup>168</sup> Ein hemmender, vor allem psychologisch zu erklärender, Einfluss ging davon aus, dass man als Landwirt nur dann in den Genuss der Altersrente kam, wenn man zwischen dem 50. und 65. Lebensjahr seinen Hof an einen Erben übergeben, verkauft oder langfristig verpachtet hatte. Dieser „Verzicht auf Eigentum als Voraussetzung eines Rentenbezugs“ wurde als „einmalig“ in der Sozialversicherungslandschaft bezeichnet.<sup>169</sup> Bei einem Beitragssatz von monatlich zehn Mark und einer Wartezeit von 180 Monaten bot das GAL 1957 eine Rente von 60 DM für Ehepaare und 40 DM für Alleinstehende. Da der Mitgliedsbeitrag sich als zu niedrig erwies – zur Deckung wäre ein Betrag von 17,42 DM notwendig gewesen – übernahm der Bund 1961 die Defizitdeckung. Mithelfende Familienangehörige wurden erst 1965 in die Altershilfe aufgenommen. Die gesetzliche Entwicklung folgte in diesem Punkt den Vorschlägen der SPD, die eine Einbeziehung der mithelfenden Familienangehörigen bereits 1956/57 gefordert hatte.<sup>170</sup>

Das dritte Reformprojekt war die Europäisierung des Agrarmarkts bzw. die Bildung von „Agrareuropa“ mit dem Inkrafttreten der Römischen Verträge am 1. Januar 1958. Ansätze zur Bildung einer europäischen Agrargemeinschaft hatte es schon seit längerer Zeit gegeben, und zwar sowohl auf Regierungs- als auch auf Verbandsebene. Zu nennen sind die 4. Jahresversammlung der International Federation of Agricultural Producers (IFAP) am 6. Juni 1950 in Stockholm (mit einer spontan entstandenen „Interessenharmonie zwischen der deutschen und der französischen Delegation, die alle Beteiligten als sensationell empfanden“) und die Generalversammlung des Verbandes der Europäischen Landwirtschaft (Confédération Européenne de l'Agriculture = CEA) Ende September 1950 in Straßburg. In beiden internationalen Verbänden hatte Andreas Hermes die Funktion des Vizepräsidenten inne (in der IFAP erst ab 1953). Weiter können angeführt werden: die Vorstöße des französischen Landwirtschaftsministers Pierre Pflimlin und seines niederländischen Amtskollegen Sicco Mansholt (1950/51), die europäische Agrarkonferenz in Paris am 25. März 1952 (mit dem von der Bundesregierung zum Delegationsleiter bestimmten Andreas Hermes) und die Konferenz der europäischen Landwirtschaftsminister vom 16. bis 20. März 1953. Die

<sup>168</sup> Felddenkirchen/Herrmann, Gesetz über eine Altershilfe für Landwirte, S. 90. Nach Taeger waren die deutschen Landwirte 1981 mit 46 Jahren die jüngsten im EG-Vergleich (Soziale Agrarpolitik, S. 211).

<sup>169</sup> D. Schewe, zit. n. Taeger, Soziale Agrarpolitik, S. 210.

<sup>170</sup> Felddenkirchen/Herrmann, Gesetz über eine Altershilfe für Landwirte, S. 89 f. Taeger, Soziale Agrarpolitik, S. 210.

Verhandlungen über eine Agrar-Union gerieten jedoch in eine „Sackgasse“, so dass Wilhelm Niklas zwar Ansätze, insgesamt aber „kein ‚europäisches Erbe‘“ hinterlassen hatte.<sup>171</sup> Ulrich Kluge hat in diesem Zusammenhang die Frage aufgeworfen, „warum die Konstituierung des europäischen Agrarmarktes [...] noch fast ein Jahrzehnt auf sich warten ließ“. Zudem wies er darauf hin, es sei ein Versäumnis der USA gewesen, dass sie ERP-Mittel zur Agrarförderung nicht in „europäische Gemeinschaftsprojekte“ leitete, sondern in „nationalen Sonderprogrammen versickern“ ließ.<sup>172</sup>

Neue Bemühungen kamen ab 1955/56 in Gang, wobei vor allem zwei Entwicklungssträngen zentrale Bedeutung zukam: Zum einen wurde auf einer Konferenz am 6. Mai 1955 zwischen den Benelux-Staaten die Bildung einer „Dreier-Gemeinschaft“ beschlossen, die nach sieben Jahren zu einem gemeinsamen Wirtschafts- und Agrarmarkt führen sollte. Zum anderen war die Verbesserung der deutsch-französischen Beziehungen wichtig. Durch die am 23. März 1957 unterzeichneten „Römischen Verträge“ wurde zum 1. Januar 1958 die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) gegründet, der zunächst die sechs Staaten Frankreich, Italien, Niederlande, Belgien, Luxemburg und die Bundesrepublik Deutschland angehörten. Die Aufgabe der EWG sei es, so hieß es in einer zeitgenössischen Darstellung, „durch die Schaffung eines gemeinsamen Marktes und die schrittweise Annäherung der Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten eine harmonische Entwicklung und eine beständige Expansion der Wirtschaft sowie eine beschleunigte Hebung des Lebensstandards im Bereich der Gemeinschaft zu fördern und engere Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten herzustellen“. Die Ziele für die Landwirtschaft wurden wie folgt definiert: eine Steigerung der Produktivität, die Sicherung eines „angemessenen Lebensstandards“, die Stabilisierung der Märkte, die Sicherstellung der Versorgung und die Belieferung der Verbraucher zu „angemessenen Preisen“. Als „Kernstück“ des Vertrages galten die Bestimmungen zur „Zollunion“, wonach nach einer Übergangszeit von 12 bis höchstens 15 Jahren die Zölle zwischen den Mitgliedstaaten abgebaut werden mussten. Eine Art Sicherung war dadurch eingebaut, dass für die Übergangszeit jeder Mitgliedsstaat ein „System von Mindestpreisen“ anwenden durfte: Fielen die Importe unter ein bestimmtes Preisniveau, konnten sie auf einen Mindestpreis angehoben werden. Auffallend an der Interpretation in Deutschland war, dass man das ungelöste Problem der Parität auf die EWG abzuwälzen glauben konnte: „Da die Gemeinschaft eine gemeinsame Agrarpolitik betreiben wird, wird sie auch die Verantwortung des Grundproblems jeder Agrarpolitik übernehmen, nämlich das Problem des Zurückbleibens des Einkommens in der Landwirtschaft im Vergleich zum Einkommen in der gewerblichen Wirtschaft.“<sup>173</sup>

<sup>171</sup> Kluge, Vierzig Jahre Agrarpolitik, Bd. 1, S. 154–159, Zitate S. 154, 158.

Vgl. auch Reichardt, Hermes, S. 256–258.

<sup>172</sup> Kluge, Wege europäischer Agrarintegration, S. 306, 309.

<sup>173</sup> Alle Zitate: Spiegel der westdeutschen Landwirtschaft, C9-C11.

Ulrich Kluge hat die „Reformära“ Lübke ausgesprochen positiv beurteilt und unter Berufung auf Hans-Peter Schwarz davon gesprochen, Lübke sei „einer der tüchtigsten Fachminister“ gewesen und habe das „Kunststück“ fertiggebracht, Reformen durchzuführen, ohne dass es zu sozialem Unfrieden gekommen sei. Dabei habe er noch eine verbraucherfreundliche Politik betrieben und keine Auseinandersetzungen mit dem DBV gescheut.<sup>174</sup> Als problematisch kann man ansehen, dass Lübke, trotz aller Einsicht in die Notwendigkeit einer Veränderung der Agrarstruktur, an seinem „Leitbild“ des bäuerlichen Familienbetriebes festhielt. Flächen, die 1955 als ausreichend erschienen, eine Familie zu ernähren, waren zehn oder zwanzig Jahre später schon wieder zu klein. Auch stellt sich die Frage, ob die Mittel, die in die Siedlung flossen, nicht auf andere Weise besser hätten verwendet werden können. Der FDP-Landwirtschaftsminister Josef Efferts berichtete 1956: „Ich hatte vor kurzem Gelegenheit, vor Siedlern zu sprechen, die erst vor wenigen Jahren diese Stellen zugeteilt bekommen hatten. Die waren verzweifelt. Ihre Lage ist einfach trostlos. Der karge Boden lässt es ja nicht zu, dass die Menschen von ihm leben könnten. Als die Leute einmal bei Anwesenheit von Lübke ihm ihr Leid klagten, was sagte er da? ‚Damals habt Ihr Euch gerissen drum, jetzt seid Ihr nicht zufrieden! Dann geht doch wieder zurück in Eure Heimat!‘“<sup>175</sup> Das war das alte Problem, auf das Friedrich Aereboe schon in der Weimarer Republik hingewiesen hatte: Schlechte Böden und teilweise unerfahrene Siedler ließen einige Siedlungsprojekte scheitern.

Von den drei großen Reformprojekten, die Lübke in Angriff nahm, war das Gesetz über eine Altershilfe für Landwirte das bedeutendste. Dagegen stellt sich beim Landwirtschaftsgesetz die Frage, wie groß die daraus folgenden positiven Effekte jenseits aller Grünen Berichte und Grünen Pläne tatsächlich waren. Mit der Europäisierung der nationalen Agrarmärkte wurden nicht nur positive Impulse ausgelöst, sondern auch nationale Probleme auf die europäische Ebene verlagert. Wie sollte die EWG das Paritätsproblem der Landwirtschaft lösen, wenn schon die Deutschen es nicht lösen konnten? Zudem war Fachkreisen schon 1960 bewusst, dass die Schaffung eines gemeinsamen Agrarmarktes eine „zunehmende Konkurrenz“ zwischen der Landwirtschaft der sechs Mitgliedstaaten bedeuten würde.<sup>176</sup>

Die Amtszeit Lübkes als Bundeslandwirtschaftsminister war jedoch nicht nur die Reformära, sondern auch eine Zeit scharfer politischer Auseinandersetzungen und des gesellschaftlichen Umbruchs. Vor allem in Schleswig-Holstein bildete sich 1955 eine

<sup>174</sup> Kluge, Vierzig Jahre Agrarpolitik, Bd. 1, S. 250.

<sup>175</sup> Protokoll der Sitzung des Agrarpolitischen Bundesausschusses der FDP, 29.9.1956; ADL, FDP Bundesausschuß für Agrarpolitik, Nr. 908.

<sup>176</sup> Spiegel der westdeutschen Landwirtschaft, C10.

sogenannte „agrarpolitische Opposition“. Die führenden Kräfte dieser Opposition, die sich in einem „Verein für Agrarwirtschaft“ zusammengeschlossen hatten, waren Hansjoachim von Rohr, Hermann Freiherr von Lüninck, der ehemalige Reichsobmann des Reichsnährstandes Wilhelm Meinberg, Fritz Logemann, Fritz Tobaben und Martin Borchert. Auch der Vorsitzende des Westfälisch-Lippischen Landwirtschaftsverbandes, Antonius Freiherr von Oer, wurde in diesem Zusammenhang erwähnt.<sup>177</sup> Über die Bedeutung dieser Opposition gab es unterschiedliche Einschätzungen: Das BMELF teilte dem Bundeskanzleramt mit, der Bauernverband Schleswig-Holstein habe etwa 40.000 Mitglieder, während es die „sogenannte agrarpolitische Opposition“ nur auf 100 Mitglieder brächte.<sup>178</sup> Diese Zahlen gingen aber offenbar auf den schleswig-holsteinischen Verbandspräsidenten Detlef Struve zurück, dem daran lag, den Einfluss dieser zum Teil rechtsradikalen Kräfte möglichst gering erscheinen zu lassen, weil sie seine eigene Position untergruben. Deutlicher wurde DBV-Generalsekretär Johannes Hummel, der an Andreas Hermes schrieb: „Grosse Sorgen machen mir gewisse Vorgänge in Schleswig-Holstein, wo es unter der Firma des sogenannten ‚Vereins für Agrarwirtschaft‘ gewissen Drahtziehern in steigendem Umfange gelingt, an verschiedenen Ecken des Landes den Bauernverband zu unterwandern und trotz aller Gegenwirkungen des dortigen Verbandes grosse Massenkundgebungen auf die Beine zu bringen, in denen scharfe Kritik nicht nur an dem Verhalten der Bundesregierung und des Bundesrates geübt wird, sondern auch an Herrn Struve, dem man vorwirft, die Geschäfte der Bundesregierung und nicht die des Berufsstandes zu vertreten. Ich weiss nicht, ob Herr Struve, mit dem ich zwar wiederholt gesprochen habe, die Gefahren für seinen eigenen Verband richtig einschätzt. Ich habe fast das Gefühl, dass er der Entwicklung mit einer gewissen Resignation gegenübersteht. Das wäre bedenklich, da bereits in den dortigen Versammlungen, in denen Rohr, Tobaben (von der DP) und auch noch andere radikale Elemente als Redner auftreten und die durch ihre verantwortungslosen Hetzreden die Bauern mit Leichtigkeit auf die Barrikaden bringen, den Geist eines Klaus Heim<sup>179</sup> und die Vorgänge im Jahre 1932 in Schleswig-Holstein immer wieder heraufbeschworen werden. Einer der Redner in diesen Kundgebungen hat sogar dieser Tage unter tosen-

<sup>177</sup> Mehrere Berichte über die agrarpolitische Opposition im BArch Koblenz, B 136/8540. Fritz Logemann war niedersächsischer Landtagsabgeordneter für die DP und wechselte 1961 zur FDP. Er fungierte als Bundesvorsitzender des Vereins für Agrarwirtschaft und wurde später FDP-Staatssekretär im BMELF. Fritz Tobaben gehörte der DP an und wechselte später zur CDU. Noch genannt wurde der FDP-Abgeordnete Walter Peters (Poppenbüll/Eiderstedt). Vgl. Thiesen, Es begann im Grünen Kreml, S. 19–21. Schmollinger, Deutsche Partei, S. 1083, 1104. Über v. Lüninck und v. Oer hieß es auch in den Sitzungen des CSU-Bundesvorstands, die Bauern würden von ihnen „aufgehetzt“. Adenauer, Protokolle des CDU-Bundesvorstands, Bd. 2: 1953–1957, Dokument 8, S. 497–583, hier S. 522 (3.6.1955). Vgl. auch Bd. 1: 1950–1953, Dokument 18, S. 286–420, hier S. 344 (26.1.1953).

<sup>178</sup> Der persönliche Referent Lübkes, Thienel, an den Staatssekretär im Bundeskanzleramt (21.7.1955). BArch Koblenz, B 136/8540.

<sup>179</sup> Richtig: Claus Heim (1884–1968). Heim waren neben Wilhelm Hamkens (1896–1955) einer der Führer der radikalen schleswig-holsteinischen Landvolkbewegung der 1920er und 1930er Jahre.

dem Beifall seiner Zuhörer aufgerufen, dass der Sache des Landvolkes nur dann gedient ist, wenn führende Persönlichkeiten der Bauernverbände bereit und entschlossen sind, so wie damals in die Zuchthäuser zu gehen.<sup>180</sup> Die „agrarpolitische Opposition“ forderte 1955 mehrfach den Rücktritt Lübkes.<sup>181</sup> Die schleswig-holsteinischen Bauern zeigten für diese Agitation auch deshalb eine gewisse Empfänglichkeit, weil durch die feuchte Witterung die Ernte des Jahres 1955 zur Missernte geworden war. Auch waren die landwirtschaftlichen Betriebe im Norden der Bundesrepublik zum Teil schon wieder hoch verschuldet. So ergab eine Prüfung bei den buchführenden Landwirten, dass 28 % der Betriebe bereits wieder eine Verschuldung von 70 % des Einheitswertes erreicht hatten.<sup>182</sup>

Edmund Rehwinkel hatte sich bereits 1949 zu Hansjoachim von Rohr geäußert: Er halte „die ermunternde Kritik, die Herr v. Rohr in seinen ‚Stimmen‘ an Bonn und Frankfurt übt, für sehr angebracht und nützlich“, teile auch sonst „weitgehend seine Ansichten, aber sein Dogma vom gespaltenen Markt“ müsse er „unter den gegebenen Verhältnissen für undurchführbar halten“. Vor allem aber hatte der Präsident der Niedersächsischen Landvolkverbandes Angst, die Arbeit des ehemaligen Rittergutsbesitzers führe „zur Gefährdung der mühsam errungenen Einheit und Geschlossenheit des Berufsstandes“.<sup>183</sup> Im Übrigen galt von Rohr in Agrarkreisen als ein bisschen undurchsichtig und hinsichtlich seiner Absichten schwer einzuschätzen.<sup>184</sup> Wollte er konstruktive Verbesserungsvorschläge unterbreiten oder ging es ihm um eine Fundamentalopposition? Für die Zeit vor 1945 müssen neben positiven auch kritische Punkte angemerkt werden: Hansjoachim von Rohr wurde zwar Ende 1943 vom Landgericht Greifswald wegen einer feierlichen und christlichen Beerdigung zweier sowjetischer Kriegsgefangener, die angeblich dem „gesunden Volksempfinden“ widersprochen habe, zu einer Gefängnisstrafe von acht Monaten verurteilt. Dieses Urteil wurde im Mai 1944 vom zweiten Senat des Reichsgerichts aufgehoben und an die Vorinstanz zurückverwiesen. Im ersten Verfahren war jedoch von einem Zeugen auch festgestellt worden, dass Hansjoachim von Rohr am Kapp-Putsch teilgenommen und somit die Weimarer Republik bekämpft hatte. Von Alfred Hugenberg wurde Rohr im Januar 1933 zum Staatssekretär im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft berufen

<sup>180</sup> Schreiben vom 19.12.1955. ACDP, I-090-036e. Folgende „Bauernversammlungen“ wurden durchgeführt: Welmbüttel (22.11.1955, 1.000 Teilnehmer), Nehnten (2.12.1955, keine Angabe zur Zahl der Teilnehmer), Bredstedt (10.12.1955, 900 Teilnehmer), Itzehoe (12.12.1955, 1.200 Teilnehmer); Bericht vom 19.12.1955. BArch Koblenz, B 136/8540.

<sup>181</sup> Telegramme vom 20.11.1955, 1.12.1955. BArch Koblenz B 136/8540.

<sup>182</sup> So der CDU-Abgeordnete Hans-August Lückner bei einer Besprechung über die „agrarpolitische Lage“ beim Bundeskanzler (21.12.1955); BArch Koblenz, B 136/8540.

<sup>183</sup> Rede Rehwinkels im Februar 1949 in Holzminden. NLA Hannover, V.V.P. 38 Acc. 139/84, Nr. 46.

Mit „gespaltenen Markt“ ist eine Aufteilung in einen internationalen und einen nationalen Agrarmarkt gemeint.<sup>184</sup> Vgl. das Interview des Verfassers mit Rudolf Schnieders am 8.10.2016.

<sup>184</sup> Vgl. das Interview des Verfassers mit Rudolf Schnieders am 8.10.2016.

und hatte dieses Amt bis September 1933 inne. In dieser Zeit kam es zu einigen Konflikten mit führenden Nationalsozialisten, insbesondere mit Richard Walther Darré. Es wurde aber noch nicht untersucht, ob der Grund für die Auseinandersetzungen prinzipieller oder lediglich karrieretechnischer Natur war.<sup>185</sup>

Rehwinkel versicherte Adenauer mehrfach, die Landwirtschaft stehe „treu hinter dem Bundeskanzler“ und die „Herren Meinberg und von Rohr“ hätten „keine Bedeutung“. In der Tat dehnte sich die rechtsradikale Agraropposition nicht von Schleswig-Holstein nach Niedersachsen aus.<sup>186</sup> Dies war wichtig, denn ein Ausbreiten über die Landesgrenzen des nördlichsten Bundeslandes hinweg, hätte zweifellos eine Verschärfung der Situation bedeutet. Hier zeigte sich, dass die niedersächsischen Bauern Rehwinkel folgten und dieser tatsächlich kein ‚Abenteurer‘ war. Es war Rehwinkels Verdienst, dass die Situation 1955 in Niedersachsen vergleichsweise ruhig blieb. Zwar rief der Landvolk-Präsident im Herbst 1955 zu einem „revolutionären ‚Bauernthing‘“ auf dem Gelände der Hannover-Messe auf und verkündete einen vierwöchigen Kaufstreik, um verschiedene Forderungen durchzusetzen, aber weiter ging er nicht.<sup>187</sup>

Über Nordrhein-Westfalen wusste Lübke zu berichten, dass der Präsident des Bauernverbandes, Frey, „die Dinge völlig in der Hand“ habe. Allerdings sei eine „rege Versammlungstätigkeit der Herren von Lüninck und von Oer, denen es um politische Macht gehe, zu spüren“. Auch in Bayern machten sich, so der CDU-Abgeordnete Lückner „rechtsradikale Kräfte bemerkbar“, die durch FDP-Abgeordnete, die in Bonn „in keiner Weise“ hervorträten, unterstützt würden. Insgesamt hätten aber der Bayerische Bauernverband und die CSU die Lage im Griff.<sup>188</sup> Nach wenigen Wochen war die Unruhe unter den schleswig-holsteinischen Bauern vorüber.<sup>189</sup> Die Bauern waren der radikalen Linie der agrarpolitischen Opposition nicht gefolgt. Bonn war nicht Weimar.

<sup>185</sup> BArch R 3001/25110. R 9361. Zur NSDAP-Mitgliedschaft der Ehefrau Sigrid von Rohr (geborene von Borcke), Parteieintritt am 1.2.1930, Parteiausschluss im Mai 1944 siehe BArch R 9361-VIII Kartei/17201696.

Vgl. auch Hans Christoph von Rohr, Ein konservativer Kämpfer (Biographie des Vaters, vom Sohn verfasst). Vgl. zudem Hansjoachim von Rohr, Die agrarpolitische Opposition.

<sup>186</sup> Protokoll einer Besprechung mit dem Geschäftsführenden Präsidium des Deutschen Bauernverbandes beim Bundeskanzler (12.1.1956). Teilnehmer waren: Adenauer, Lübke, Rehwinkel, Bauknecht, Hummel, Globke, Haenlein (Protokoll). Adenauer sah „die Hauptgefahr nicht einmal darin, daß durch die Agitation viele Landwirte nicht mehr die Regierungsparteien unterstützen werden, sondern darin, daß eine kleine Gruppe rechtsradikaler Abgeordneter in einem neuen Bundestag uns in unserer labilen außenpolitischen Lage außerordentlich schaden können“. BArch Koblenz, B 136/8540. In den großen Adenauer-Biographien von Henning Köhler und Hans-Peter Schwarz wird Rehwinkel nicht erwähnt.

<sup>187</sup> Vgl. Der Spiegel 16.11.1955, S. 17 – 21. Die Forderungen waren: „Wegfall der Umsatzsteuer für landwirtschaftliche Verkaufserlöse, Beseitigung des Zolls für Dieselkraftstoff und Herausnahme der Werkwohnungen für landwirtschaftliche Arbeiter aus der Zwangsbewirtschaftung“.

<sup>188</sup> Aussprache beim Bundeskanzler über die „agrarpolitische Lage“ (21.12.1955). BArch Koblenz, B 136/8540.

<sup>189</sup> Thiesen, Es begann im Grünen Kreml, S. 21.

Als die DBV-Führung nach der Bundestagswahl des Jahres 1957 die Ablösung Lübkes verlangte, griff sie eine Forderung auf, die die agrarpolitische Opposition 1955 aufgestellt hatte. Beim Krisengipfel im Haus des Bundeskanzlers am 10. Oktober 1957 beklagte Edmund Rehwinkel, „dass Minister Lübke es nicht verstanden habe, den notwendigen Kontakt mit dem Präsidium des Deutschen Bauernverbandes herzustellen“. Alle „Maßnahmen“ hätten dem Minister „abgetrotzt“ werden müssen. Lübke habe das Landwirtschaftsgesetz „zunächst abgelehnt und sich auch gegen die Milchpreissubvention ausgesprochen“. Lübke glaube, „dass eine Verbesserung der Agrarstruktur alle Fragen lösen könne“, wolle aber nicht das Problem der „Lohn-disparität“ sehen. Aufschlussreich ist, dass Rehwinkel argumentierte, Minister Lübke sei „nicht bereit, den Forderungen des Bauernverbandes zu folgen“. Das konnte zweifellos nicht die Aufgabe eines Landwirtschaftsministers sein. Auch Bernhard Bauknecht, der zweite Präsident des DBV, forderte die Ablösung Lübkes, während der dritte Präsident, Otto Freiherr von Feury zum Ausdruck brachte, dass er und auch das Land Bayern mit Lübke gut zusammengearbeitet hätten. Aber auch von Feury stellte die Frage, ob Lübke der schwierigen Aufgabe, Verbraucher und Erzeuger gleichermaßen zufriedenzustellen, „gewachsen“ sei. Der Generalsekretär des DBV, Johannes Hummel, verstand die „ganze Frage [...] weitgehend als psychologisches Problem“. Lübke sei isoliert. Als Nachfolger Lübkes schlug Rehwinkel „in erster Linie“ Oskar Farny vor. Weitere Namen, die genannt wurden, waren: Bernhard Bauknecht, Detlef Struve, Konrad Langenheim (Staatssekretär und Stellvertretender Landwirtschaftsminister in Schleswig-Holstein), Martin Frey, Minister Theodor Oberländer, Staatssekretär Rust. Adenauer präsentierte sich immer mehr als eigentliches agrarpolitisches Zentrum der Regierung. So sagte Rehwinkel, „Erfolge“ in der Vergangenheit seien nur durch die „Einschaltung des Bundeskanzlers“ möglich gewesen. Auffallend war auch, wie offen sich der Kanzler über seinen Minister äußerte und damit dessen Autorität untergrub. Lübke sei „etwas ‚dünnhäutig‘ und daher gegen Kritik empfindlich“. Er schätze ihn sehr, müsse aber andererseits zugeben, dass Minister Lübke eine „gewisse innere Kühle“ besitze und „keine Wärme“ ausstrahle. Der Grüne Plan sei gut, aber Lübke habe es „nicht verstanden, ihn in der Öffentlichkeit attraktiv vorzutragen“. Von einem Landwirtschaftsminister müsse er verlangen, dass er „seine Ware ‚gut verkaufen‘“ könne. Adenauer wies aber auch darauf hin, dass Lübke vor vier Jahren von Hermes empfohlen worden sei, der ihm auch jetzt wieder „dringend geraten“ habe, Lübke „im Amt zu belassen“.<sup>190</sup> Der Versuch des DBV, den Rücktritt Lübkes erzwingen zu wollen, scheiterte. Eine kleine Rache blieb dem DBV, als er Lübke als ersten bundesdeutschen Landwirtschaftsminister von einem Bauerntag (1957 in Hannover) auslud. Aber Lübke blieb bis 1959 im Amt, als er zum Bundespräsidenten gewählt wurde. Unterstützung erhielt er von der Deutschen Bauernschaft, die am 15. Mai 1956 von dem SPD-Bundestagsabgeordneten Martin Schmidt (Gellersen) gegründet wurde. In einem Bericht, der Adenauer vorgelegt wurde, hieß es, Lübke werde von der Deutschen Bauernschaft „auffallend freundlich“ behandelt.<sup>191</sup>

<sup>190</sup> Protokoll der Besprechung vom 10.10.1957. Anwesend waren: Adenauer, Rehwinkel, Bauknecht, v. Feury, Hummel, Ministerialdirigent Haenlein, Ministerialrat Praß (Protokoll); BArch Koblenz, B 136/8632. Der Hinweis Adenauers auf die nochmalige Intervention Hermes' für Lübke war korrekt. Hermes hatte am 4.10.1957 geschrieben, es wäre ein „Unrecht, den Stab über einen Mann zu brechen, der mit Ihrer massgeblichen Unterstützung selbstlos und unermüdlich sein grosses Können in den Dienst der ihm anvertrauten bedeutsamen Aufgaben gestellt hat und mit dessen Namen unleugbare Fortschritte zum Schutze des deutschen Bauerntums verbunden sind“. ACDP, I-090-036d. Oskar Farny (9.4.1891 – 19.6.1983) war ein führender Vertreter der Allgäuer Milchwirtschaft. Ursprünglich Soldat und Offizier (und Freund Erwin Rommels) übernahm er 1918 das elterliche Gut Dürren bei Wangen; MdL in Württemberg (1920–1921) und MdB (1930–1933) für die Zentrumsparterie, ab dem 12.11.1933 als Hospitant der NSDAP-Fraktion wieder im Reichstag; nach 1945 Mitglied der CDU und führend bei der Bildung des Südweststaates (mit einer Badenerin verheiratet); von 1953–1960 Minister für Bundesangelegenheiten des Landes Baden-Württemberg. Vgl. auch Raberg, Oskar Farny, S. 114–127. Schmidtchen, Oskar Farny – eine biographische Skizze. Schmidtchen, Oskar Farny (1891–1983).

<sup>191</sup> Bericht vom 28.5.1956. BArch Koblenz, B 136/8632.

## 9. Machtkampf

Das Verhältnis zwischen Rehwinkel und Freiherr von Feury war schwierig und von starken Spannungen geprägt, die nach Meinung von Insidern sogar den DBV gefährdeten. Im Oktober 1957 war, wie Johannes Hummel, der Generalsekretär des DBV, Andreas Hermes schrieb, eine „ausserordentlich schwierige, wenn nicht sogar gefährliche Situation entstanden, die wohl in erster Linie in grundsätzlich unterschiedlichen Auffassungen der Herren v. Feury und Rehwinkel zu suchen“ sei. Rehwinkel werde in der gesamten „Verbraucherpresse“ als der „wilde Mann“ hingestellt, der „an allem Schuld ist“.<sup>192</sup> Dagegen versuchte der konziliantere Baron Feury durch einen Schulterchluss mit Lübke Pluspunkte zu sammeln: Als das Dreierpräsidium des DBV am 10. Oktober 1957 zu einem Krisengipfel bei Adenauer weilte, fiel auf, wie oft Feury betonte, dass er „am besten mit Minister Lübke ausgekommen sei“.<sup>193</sup> Hummel vermutete, dass die „Auseinandersetzungen“ des DBV mit Lübke „vielleicht lediglich eine Folge“ der Konkurrenz zwischen Feury und Rehwinkel seien. Rehwinkel habe sich „das Gesetz des Handelns zu stark“ von Herrn von Feury „aus der Hand nehmen lassen“.<sup>194</sup>

Die Situation spitzte sich zu, als das geschäftsführende Präsidium des DBV im Herbst 1957 den, wie Rehwinkel betonte, „einstimmigen“ Beschluss fasste, das oben bereits erwähnte Gespräch mit dem „Herrn Bundeskanzler zu führen mit dem Ziel, eine Neubetragung Dr. Heinrich Lübkes mit dem Ernährungsministerium zu verhindern“. Indirekt sollte Lübke dadurch auch vom Bauerntag, der am 17. und 18. Oktober 1957 in Hannover stattfand, ausgeladen werden. Als unsicher war, ob Lübke nicht doch erscheinen würde, wurde „Präsident Bauknecht“ durch einen „einstimmigen Beschluß des Gesamtpräsidium beauftragt, Herrn Minister Lübke telefonisch zu bitten, von einem Besuch der Veranstaltung abzusehen“. Nun schaltete sich Baron von Feury ein und ließ gegenüber der Presse durchblicken, vom Niedersächsischen Landvolk seien „45 Radaumacher“ bestellt, „die Herrn Minister Lübke am Sprechen hindern sollten“. Der Edelmann habe, so Rehwinkel an einen Vertrauten in Bayern, „alle Teufel der Hölle“ gegen ihn, den Präsidenten des Niedersächsischen Landvolks, in Bewegung gesetzt.<sup>195</sup> Auch ein Beitrag des Bayerischen Rundfunks, in der der mit Baron Feury befreundete Wolf von Tucher jene „Präsidenten des Deutschen Bauernverbandes“ kritisierte, „die ihre Informationen und Programme von Nazis oder, milder gesagt, von ehemaligen Reichsnährstandsfunktionären“ erhalten, sorgte für Unruhe.<sup>196</sup>

<sup>192</sup> Schreiben vom 25.10.1957. ACDP, I-090-036d.

<sup>193</sup> Besprechung des DBV-Präsidiums bei Adenauer (10.10.1957). BArch Koblenz, B 136/8632.

<sup>194</sup> Schreiben an Hermes (25.10.1957). ACDP, I-090-036d.

<sup>195</sup> Rehwinkel an Simon Weinhuber, 5.12.1957. V.V.P. 38, Nr. 104, Bl. 32-34. Weinhuber gehörte zu den Gründungsmitgliedern der Bayernpartei, war von 1950 bis 1966 Mitglied des Bayerischen Landtags und stand regelmäßig in freundschaftlichem Austausch mit Rehwinkel.

<sup>196</sup> Kommentar vom Tage, 25.10.1957. NLA Hannover, V.V.P. 38, Nr. 104, Bl. 119 f.

Für Otto Freiherr von Feury hatte dies sogar eine persönliche Komponente, weil seine Mutter, Ida Freifrau von Feury, geborene Freiin von Hirsch, aus einer ehemals jüdischen Familie stammte und 1942 nach Theresienstadt deportiert worden war, die NS-Zeit aber überlebt hatte. Die Intervention Otto Freiherr von Feurys bei NS-Reichsstatthalter Franz Ritter von Epp mit dem Hinweis, seine Mutter lebe in einer „privilegierten Mischehe“, hatte seinerzeit keinerlei Erfolg gehabt.<sup>197</sup>

Auch außerbayerische Medien wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung distanzieren sich zunehmend von den „niedersächsischen Rüpel“n. Rehwinkel wurde mit Elard von Oldenburg-Januschau verglichen, der 1910 geäußert hatte: „Der König von Preußen und der Deutsche Kaiser muß jeden Moment imstande sein, zu einem Leutnant zu sagen: Nehmen Sie zehn Mann und schließen Sie den Reichstag.“<sup>198</sup> Von einem Teil vor allem der süddeutschen Presse wurde Baron Feury als „moderner Bauernführer“ dargestellt und dadurch quasi zu einem Gegenmodell zu Rehwinkel entwickelt. Freiherr von Feury greife nicht zum „Dreschflegel“ wie andere, sondern hole bei Konflikten seinen „besten dunklen Anzug“ aus dem Schrank und führe Gespräche. Der „Bauern-Baron“ habe nicht nur karierte Hemden und blaue „Arbeitshosen“ im Schrank. Vielmehr befänden sich darin auch „250 Krawatten und ein wohlgeschnittener Frack“.<sup>199</sup>

Da der Bayerische Bauernverband der mitgliederstärkste Landesverband im DBV war, vermuteten einige, dass Freiherr von Feury den alleinigen Vorsitz im DBV anstrebe. Friedrich Füllberg, der alte Förderer Rehwinkels aus Niedersachsen, hatte dies kommen sehen und bereits am 9. Dezember 1955 an Hermes geschrieben, er sehe zwar ein, dass der Präsident des Bayerischen Bauernverbandes ein „natürliches Anrecht“ besitze, dem Geschäftsführenden Präsidium des DBV anzugehören; er könne aber nicht erkennen, dass Feury zum „Primus“ berufen sei, da Rehwinkel „der an Lebensjahren Älteste und demgemäß nach der Satzung zum Vorsitz Berufene“ sei.<sup>200</sup> Für Rehwinkel stellte sich die Sache noch dramatischer dar. Er war der Meinung, die „ständigen Presseerklärungen“ des Barons zeugten von einem „krankhaften Geltungsbedürfnis“. Zudem vermutete er, der Bayer wolle Bundeslandwirtschaftsminister werden.<sup>201</sup>

Ob es nun um den Posten des Präsidenten des DBV oder das Amt des Bundesministers ging, sei dahin gestellt. Auf jeden Fall wurde Freiherr von Feury im November 1957 kaltgestellt, und es ist zu vermuten, dass Rehwinkel daran im Hintergrund beteiligt war, wahrscheinlich sogar die Fäden zog. Am 13. November 1957 erschien im Spiegel ein Artikel, der den Titel „Herrn von Feurys Geschäfte“ trug. Zunächst wurde der Baron

<sup>197</sup> Vgl. BArch Berlin, VBS 316/8240000351.

<sup>198</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8.11.1957, V.V.P. 38, Nr. 104.

<sup>199</sup> Süddeutsche Zeitung, Osterausgabe 1957. NLA Hannover, V.V.P. 38, Nr. 104, Bl. 193.

<sup>200</sup> ACDP, I-090-036e.

<sup>201</sup> NLA Hannover, V.V.P. 38, Nr. 104, Bl. 74 – 78.

als ministrabel dargestellt. Noch vor der Bundestagswahl, die am 15. September 1957 stattfand, habe ihm Bundeskanzler Konrad Adenauer „auf die Schulter geklopft“ und gesagt: „Sie betreiben eine anständige Agrarpolitik, halten Sie sich zu meiner Verfügung.“ Nun aber sei bekannt geworden, dass die Münchner Staatsanwaltschaft ermittle, weil sich Feury „in mehreren Fällen des Betrugs und der versuchten Erpressung schuldig gemacht“ habe.<sup>202</sup> Eine norddeutsche Zeitung legte dar, der „bullige Altbayer“ habe sich zu Unrecht Kredite erschlichen, indem er gemeinsam mit einem aus der „Sowjetzone“ stammenden Textilfabrikanten und einem „heimatvertriebenen Berufsoffizier“ als Firmengründer aufgetreten sei. Durch einen „Geheimvertrag“ sei Feury ein Großteil des erwarteten Gewinns zugesprochen worden. Nun sei die Firma aber Pleite gegangen, so dass Kredite, für die der Staat gebürgt habe, verloren gegangen seien.<sup>203</sup> Auch die Frankfurter Allgemeine Zeitung zitierte aus den „Geheimakten gegen Feury“, die dem Spiegel zugespielt worden seien.<sup>204</sup>

Für das Verständnis des Vorgangs ist es wichtig, daran zu erinnern, dass der Spiegel von Rudolf Augstein 1947 in Hannover gegründet worden war und zunächst eher ein konservatives Klientel, wie zum Beispiel ehemalige Wehrmachtsoffiziere, mit Nachrichten versorgte. Das Magazin beschäftigte in den 1950er Jahren ehemalige SS-Leute und hatte beste Verbindungen zu ehemaligen Gestapo- und SD-Mitarbeitern, die inzwischen beim Bundesnachrichtendienst arbeiteten. Zu einem medialen „Sturmgeschütz der Demokratie“ wurde es erst durch die Spiegel-Affäre 1962, die Augstein provoziert und bewusst herbeigeführt hatte.<sup>205</sup> Rehwinkel verteidigte den Spiegel gegen Angriffe aus Bayern, als er schrieb: „Der ‚Spiegel‘ ist übrigens kein norddeutsches Magazin, sondern eine bundesdeutsche bzw. internationale Angelegenheit von größter Streubreite, der seine Reporter überall hat.“<sup>206</sup> Er war ganz offensichtlich von der Professionalität und Wirksamkeit des Magazins überzeugt, hatte es doch geholfen, den Konkurrenten kaltzustellen.

<sup>202</sup> Der Spiegel, 13.11.1957, S. 16–20.

<sup>203</sup> Hannoversche Presse, 12.12.1957. NLA Hannover, V.V.P. 38, Nr. 104, Bl. 24.

<sup>204</sup> FAZ, 4.12.1957. NLA Hannover, V.V.P. 38, Nr. 104, Bl. 35.

<sup>205</sup> Hachmeister, Den frühen SPIEGEL neu lesen, S. 50–66, Zitat S. 50. Vgl. zum Gesamtzusammenhang auch Hachmeister, Der Gegnerforscher.

<sup>206</sup> Brief an Brauereibesitzer Michael Bach, 20.11.1957. NLA Hannover, V.V.P. 38, Nr. 104.

## 10. Bauernverbandspräsident bis zum Ende der Ära Adenauer (1959–1963)

Nach seiner Wahl zum Präsidenten des Deutschen Bauernverbandes am 20. Januar 1959 wurde Edmund Rehwinkel zunehmend auch von der überregionalen Presse wahrgenommen. Viele Zeitungen wollten ihrer Leserschaft nahebringen, wer dieser Niedersachse war, der an der Spitze der Landwirtschaftsorganisation stand. Rehwinkel wurde wie eine „Reckengestalt aus germanischer Vorzeit“ geschildert, als „Ur-Bild des niederdeutschen Bauern: groß, blond, breitschultrig, mit Fäusten wie Schmiedehämmer“.<sup>207</sup> Dabei wurde auch darauf hingewiesen, dass der Bayerische Bauernverband zwar größer sei als der Niedersächsische Landvolkverband, aber nicht so gut organisiert. Das Niedersächsische Landvolk vertrete 240.000 von rund 300.000 Landwirten. Artikel dieser Art, insbesondere die Schilderungen Rehwinkels, entsprachen wohl eher dem Wunsch- und Geschichtsbild einiger Redakteure als der Realität.

Positiv wurde in der Presse aufgenommen, dass Rehwinkel bereits ein halbes Jahr nach seinem Amtsantritt von Bundeskanzler Konrad Adenauer empfangen wurde. Bei diesem Gespräch ging es um „aktuelle agrarpolitische Fragen“. Themen waren „die geplante Neufestsetzung der Einheitswerte von Grundstücken, das künftige Preisniveau in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, die Dürreschäden im Norden der Bundesrepublik und der Wunsch der Landwirtschaft, nicht nur Subventionen an die Bauern, sondern alle Unterstützungen des Bundes offenzulegen“.<sup>208</sup> Beim Gespräch mit Adenauer wurde wohl auch über die Nachfolge von Bundeslandwirtschaftsminister Heinrich Lübke gesprochen, der zum 15. September 1959 auschied und Bundespräsident wurde. Mit Werner Schwarz, der sein Amt am 30. September 1959 antrat, wurde erstmals ein Landwirt aus Schleswig-Holstein Agrarminister. Bei der Entscheidung dürfte neben anderen Faktoren eine Rolle gespielt haben, dass die Agraropposition der 1950er Jahre in Schleswig-Holstein besonders stark war. Diese Opposition galt es einzubinden. Der „Gentlemen-Bundesminister“ [sic!] Schwarz stammte zwar aus einer bürgerlichen Familie, hatte als gelernter Landwirt aber Stallgeruch, war von 1948 bis 1959 hinter Detlef Struve Stellvertretender Vorsitzender des Bauernverbandes Schleswig-Holstein und CDU-Mitglied.<sup>209</sup> Staatssekretär blieb bis Dezember 1961 Theodor Sonnemann, der dann, durch den Kölner Bankier Robert Pferdenges eingefädelt, Präsident des Raiffeisenverbandes wurde. Ob

<sup>207</sup> Der Tag (CDU-nah) vom 4.2.1959, Vgl. auch Ewert, Rehwinkel, S. 81 (ohne Nachweis): „Wie kein anderer zuvor verkörperte Edmund Rehwinkel, dessen stattliche Erscheinung – großgewachsen, breitschultrig, kräftig und mit Fäusten wie Schmiedehämmer – dem Idealbild eines Bauern entsprach, nach außen hin die Geschlossenheit der deutschen Landwirtschaft.“

<sup>208</sup> Deutsche Zeitung mit Wirtschaftszeitung vom 10.7.1959.

<sup>209</sup> Das Zitat bei Rehwinkel, Gegen den Strom, S. 181. Vgl. zur Ära Schwarz auch Kluge, Vierzig Jahre Agrarpolitik, S. 257–389. John, Bauernköpfe, S. 152–155. Thiesen, Es begann im Grünen Kreml, S. 81–89.

Adenauer so ein „Gegengewicht“ zum „unruhigen Rehwinkel“ aufbauen wollte, wie Sonnemann behauptete,<sup>210</sup> oder ob er durch Presseberichte, der Staatssekretär sei ein „NS-Theoretiker“ gewesen und zweiter Fall Globke,<sup>211</sup> beunruhigt wurde, sei dahingestellt. Staatssekretär im BMELF wurde Rudolf Hüttebräuker, der vorher 14 Jahre lang Direktor der Landwirtschaftskammer Rheinland gewesen war. Rehwinkel ließ an Hüttebräuker später kein gutes Haar, bezeichnete ihn als eitel, eine „Notlösung, aber keine gute“.<sup>212</sup>

Relativ schnell musste sich Rehwinkel mit wichtigen, teilweise auch neuen politischen Themen befassen. Der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) trug er insofern Rechnung, als er auf dem ersten Deutschen Bauerntag unter seiner Präsidentschaft im September 1959 in Landau (Pfalz) zum Thema „Die Agrarpolitik des Deutschen Bauernverbandes und ihre Beziehungen zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft“ sprach. Der Bauerntag, die „Großkundgebung des Deutschen Bauernverbandes“, wurde traditionell von „den Bauern und den führenden Persönlichkeiten der deutschen Landwirtschaft aus dem ganzen Bundesgebiet besucht“ und galt und gilt als „Höhepunkt aller landwirtschaftlichen Veranstaltungen des Jahres“.<sup>213</sup>

Rehwinkel konstatierte zwei Probleme: Erstens beklagte er, dass zwischen 1948 und 1958/59 rund 1,4 Mio. Arbeitskräfte („familienfremde und -eigene“) aus der Landwirtschaft in die Industrie abgewandert waren. Als Realist, der Rehwinkel war, nannte er offen die Gründe: höhere Löhne, kürzere Arbeitszeiten, größere soziale „Vergünstigungen“. Zweitens vertrat er die Meinung, dass der „Vertriebeneneingliederung“ in Westdeutschland mit seinen kleinbäuerlichen Agrarstrukturen „bestimmte Grenzen“ gesetzt seien. Die EWG streifte der Bauernpräsident zunächst nur am Rande, als er feststellte, deren Leitsätze hätten dasselbe Ziel wie das Landwirtschaftsgesetz: „Es geht um die Erhaltung eines gesunden Bauernstandes.“ Scharf wandte er sich gegen „bestimmte Kreise“, die die Landwirtschaft als „das Hätschelkind des Staates“ hinzustellen versuchten. Die deutschen Bauern hätten keine Lust, zum „Prügelknaben der öffentlichen Meinung“ gemacht zu werden. Positiv erschien es ihm, dass der DBV durch „drei Männer seines Vertrauens“ (darunter Rehwinkel selbst) im Wirtschafts- und Sozialausschuss der EWG vertreten war. Drei Gefahren im Zusammenhang mit dem Europäischen Wirtschaftsraum benannte er: soziales „Dumping“ durch „Niedrigpreisländer“, „Preisunterbietungen“ durch die „totalitären Staaten“, die auf diesem Weg

<sup>210</sup> Sonnemann, Jahrgang 1900, S. 366–368.

<sup>211</sup> Vgl. Der Spiegel (16/1961, S. 18), der eine Veröffentlichungsreihe der Neuen Deutsche Bauernzeitung in Ostberlin unter dem Titel „Es gibt nicht nur einen Globke in Bonn“ aufgegriffen hatte, die pünktlich zum Eichmann-Prozess erschienen war.

<sup>212</sup> Rehwinkel, Gegen den Strom, S. 183.

<sup>213</sup> Der Generalsekretär des DBV, Hummel, am 3.9.1959 an Staatssekretär Globke im Bundeskanzleramt, um die Teilnahme Bundeskanzler Adenauers am Bauerntag werbend. BArch Koblenz, B 136/8632.

„Wirtschaftsexpansion“ anstreben, und „unterschiedliche Wechselkurse“, durch die Länder mit schwacher Währung die Preise verfälschen könnten. Erstmals wurde auch der europäische Agrar-Kommissar, der Niederländer Sicco Mansholt, der 1958 eingesetzt worden war, in einer Rehwinkel-Rede erwähnt: Man habe zu „Herrn Minister Mansholt und seiner Spezialkommission“ am Anfang eine „völlig abweichende Meinung“ gehabt. Es sei noch nicht absehbar, ob es gelungen sei, Mansholt zu „beeinflussen“. Das „Schlüsselproblem der EWG“ sei der Getreidepreis. Mit der COPA (Comité des organisations professionnelles agricoles = Ausschuss der berufsständischen landwirtschaftlichen Organisationen) habe man „einen besonderen berufsständischen Ausschuss zur Wahrnehmung der landwirtschaftlichen Belange“ und unterhalte eine ständige Geschäftsstelle in Brüssel. Die COPA funktioniere so gut, weil sie in der CEA (= Verband der europäischen Landwirtschaft) einen Vorläufer gehabt habe. Tatsächlich war Rehwinkel seit 1955 Vizepräsident der CEA, die ihr Büro in Brugg (seit 1900 Sitz des Schweizer Bauernverbandes) hatte. In diesem Zusammenhang lobte Edmund Rehwinkel seinen Vorgänger Andreas Hermes, der für ihn auf diesem Gebiet ein „hochverehrter Altmeister“ war, der „in jahrelanger weit vorausschauender mühevoller Arbeit auf dem europäischen Boden gesät“ hatte. Rehwinkel wandte sich auch gegen eine „Veredelungswirtschaft nach holländischem (oder dänischem) Muster“ und sah die Gefahr „fabrikähnlicher Produktionsstätten“. Die Niederlande nähmen eine „Sonderstellung“ ein, die nicht auf ganz Europa übertragen werden könne. Rehwinkels Fazit lautete: „Es sind also die Holländer, die umlernen müssen, nicht wir.“ Er schloss mit einem nationalen Appell: Es gehe „letzten Endes nicht um uns allein, sondern um unser Volk und unser Vaterland – um Deutschland“.<sup>214</sup>

Diese Rede zeigt, dass man Rehwinkel nicht einfach als „Europäer“ oder gar „überzeugten Europäer“ bezeichnen kann. Er war wohl eher ein Europäer der kleinen Schritte und wollte ein langsames Hineinwachsen. Deutschland kam für ihn vor Europa. Bei der Eröffnungsfeier der „Internationalen Grünen Woche“ 1966 in Berlin vertrat er die Meinung: „Wir wollen das gemeinsame Europa, aber es soll langsam zusammenwachsen und nicht überstürzt und mit Gewalt zusammengeschmiedet werden.“ Ungeduld sei „der gefährlichste Feind zielbewußten Fortschrittes“. Dies hätten in den letzten Jahren auch Hallstein<sup>215</sup> und Mansholt erfahren müssen. Für ihn sei immer klar gewesen, dass Europa und der Europäische Wirtschaftsraum „eher an einem Zuschnell als an einem Zulangsam“ scheitern könnten. Zudem war für Rehwinkel „auf die Dauer kein starkes Europa ohne ein wiedervereinigtes Deutschland“ denkbar.<sup>216</sup>

<sup>214</sup> Rehwinkel, Die Agrarpolitik des Deutschen Bauernverbandes und ihre Beziehungen zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, S. 13-15, 19 f., 27-29, 31, 42.

<sup>215</sup> Walter Hallstein war von 1958 bis 1967/68 Präsident der ersten EWG-Kommission und verfolgte einen restriktiven Kurs weniger Mitgliedsstaaten, der von einigen europäischen Staaten kritisiert wurde.

In einer anderen Rede sagte er 1958: „Erst sind wir Deutsche und dann Europäer, und nicht umgekehrt.“<sup>217</sup> Auffallend an der Rede des Jahres 1959 war auch, dass der Bauernverbandspräsident in einigen Punkten nicht sehr weit von gewerkschaftlichen Positionen entfernt war. Die Forderung, Dumpingpreise durch Niedriglohnländer abzulehnen, hätte jeder Gewerkschaftssekretär unterschrieben.

Eigentlich war Edmund Rehwinkel 1959 am Ziel angelangt. Er war alleiniger Präsident des Deutschen Bauernverbandes und konnte die Agrarpolitik des Verbandes in Absprache mit dem Präsidium bestimmen. Jedoch zeigte sich schnell, dass neben der EWG-Agrarpolitik weiteres Ungemach drohte. 1959 war ein Dürrejahr, wie es die damals „lebende Generation in unseren Breitengraden noch nicht erlebt“ hatte. Nach Rehwinkels Meinung waren vor allem Nord- und Nordwestdeutschland so stark betroffen, dass die Ernteausfälle „vor hundert Jahren noch mit Sicherheit zu Hungersnöten geführt hätten“. Da man in der „westlichen Welt“ alles „ausgleichen“ könne, sei es möglich, „nach wie vor aus dem Vollen“ zu leben. Jedoch würden die „Ertragsausfälle“ allein im nördlichen Niedersachsen 58 Millionen DM betragen. Besonders schlimm sei, dass es in den Jahren zuvor „mehrfach Überschwemmungsschäden schwersten Ausmasses“ gegeben habe. Nördlich der Mainlinie seien die Betriebe in „schwere finanzielle Bedrängnis“ geraten. Die „Schicksalsschläge“ seien für die Betroffenen „echte Katastrophen und keineswegs etwa ein normales Unternehmerisiko“. Die „sogenannten Hilfen“ des Landes und des Bundes seien „mit 1 ¼ % des geschätzten Schadens ganz schlicht gesagt unsozial“. Das Fazit der Agrarpolitik der Bundesrepublik Deutschland stellte sich für Rehwinkel wie folgt dar: „1 ½ Millionen Bauern und Landarbeiter sind in den letzten 11 Jahren bei dem grossen Rückzug des Landvolkes irgendwo abgeblieben[,] ohne daß irgendwann einmal jemand nach ihrem Schicksal gefragt hätte, wie jetzt bei dem Ausscheiden von nur einigen Zehntausend Steinkohlenbergarbeitern, denen wir im übrigen bei der Schwere ihres bisherigen Berufes jede Fürsorge gönnen. Landverkäufe, Überhiebe im Privatwald, Neuverschuldung, Überarbeitung und die ständige Sorge um die Existenz säumen diese Rückzugsstrassen des Landvolkes, und das Ende dieses Weges ist noch nicht abzusehen, da die Bundesregierung scheinbar zur Zeit weder in der Frage Ausgleich durch das Landwirtschaftsgesetz noch in entscheidenden Fragen der EWG hinter unseren berechtigten Anliegen steht.“<sup>218</sup>

<sup>216</sup> Ansprache des Präsidenten des Deutschen Bauernverbandes, Edmund Rehwinkel, auf der Eröffnungsfeier der „Internationalen Grünen Woche 1966“ am 28. Januar in Berlin. Willy-Brandt-Archiv im AdSD, Aktengruppe A 6 Berlin 1947–1966, Alte Signatur: 146 (Reden). Die Behauptung, Rehwinkel sei ein „überzeugter Europäer“ gewesen, findet sich ohne Begründung bei John, Bauernköpfe, S. 131. Thiesen, Es begann im Grünen Kreml, S. 80.

<sup>217</sup> Ansprache von Präsident Rehwinkel auf der Kundgebung anlässlich des 10-jährigen Bestehens der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Landwirte und Bauern e. V. am 8.6.1958 in Hannover, NLA Hannover, V.V.P. 38, Acc. 139-84, Nr. 47.

<sup>218</sup> Edmund Rehwinkel, Agrarpolitische Bilanz aus dem Ersten EWG-Jahr. NDR-Landfunk 30.12.1959. ACDP, Sammlung Personalialia Edmund Rehwinkel.

Wenige Wochen später kritisierte Rehwinkel auf einer Generalversammlung des Rheinischen Landwirtschaftsverbandes vor 6.500 Landwirten die Wirtschaftspolitik des Bundes. Dabei richtete er insbesondere gegen Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard und Bundesfinanzminister Franz Etzel „heftige Angriffe“. Beide waren ihm zu industriefreundlich. Etzel warf er vor, den Grünen Plan für das Jahr 1960 auf 1,3 Mrd. DM zu begrenzen und damit gegen das Landwirtschaftsgesetz zu verstoßen. Der Bauernverbandspräsident forderte, die Mittel deutlich aufzustocken. Zudem wandte er sich gegen den Eindruck, die Landwirtschaft als „Kostgänger des Staates hinzustellen“.<sup>219</sup> Zwei Jahre später schrieb er rückblickend auf den CDU-Politiker, der von 1957 bis 1961 im Amt war, er denke „mit Grauen“ an die Zeit zurück, „in der Herr Etzel Bundesfinanzminister war und sein Amt ganz einseitig industriefreundlich handhabte“.<sup>220</sup>

Angriffe dieser Art führten freilich zu Gegenreaktionen. So vertraten nicht näher genannte „politische Kreise in Bonn“ die Meinung, Rehwinkel habe mit dieser überzogenen Kritik den „Boden vernünftiger Argumentation“ verlassen. Die Behauptung, die Bundesregierung habe durch einen „hochgezüchteten Industrieexport“ der gesamten Volkswirtschaft geschadet, sei falsch. Der Export industrieller Güter sei ein „wesentlicher Faktor“ für die Steigerung der Einkommen und des Wohlstands. Auch die Landwirtschaft habe davon profitiert. Zudem würden die Preise für landwirtschaftliche Produkte über Kontingente und die „gesamten Marktordnungen“ mit künstlichen Mitteln hoch gehalten. Dies sei in erster Linie ein „soziales Hilfswerk“ für die Landwirtschaft.<sup>221</sup>

Rehwinkel musste nun aufpassen, politisch nicht isoliert zu werden, zumal Anfang 1961 Meldungen auftauchten, er habe sich mit Bundespräsident Lübke und Bundeslandwirtschaftsminister Schwarz zerstritten. Der Niedersachse dementierte und behauptete, alle Gespräche würden in „freundschaftlichem Geist“ geführt. Allerdings musste er zugeben, dass die traditionelle Pressekonferenz auf der Grünen Woche in Berlin vom Bauernverband abgesagt worden sei, weil man es nicht für sinnvoll erachte, dass die „bestehenden Meinungsverschiedenheiten“ zwischen Verband und Bundesregierung öffentlich geführt würden.<sup>222</sup>

Ein aussagekräftiges Beispiel für eine kritische Berichterstattung lieferte der Mannheimer Morgen, der über eine große Bauernversammlung mit 23.000 Besuchern, die der Westfälisch-Lippische Landwirtschaftsverband am 7. März 1961 in der Dortmunder Westfalenhalle durchführte, schrieb: „Es ging hochpolitisch her. Der gebietliche Bauernverbandsvorsitzende, Freiherr v. Oer, von dem die Einladungen ausgegangen

<sup>219</sup> DPA-Meldung vom 19.1.1960. ACDP, Sammlung Personalialia Edmund Rehwinkel.

<sup>220</sup> Edmund Rehwinkel in einem persönlichen und vertraulichen Schreiben vom 24.11.1962 an Erich Mende. AdL, Bestand Mende, A 31-163, Bl. 40–43.

<sup>221</sup> DPA-Meldung vom 9.6.1960. ACDP, Sammlung Personalialia Edmund Rehwinkel.

<sup>222</sup> Die Welt vom 30.1.1961.

waren, umriß das zu ver- und behandelnde Anliegen: ‚Noch dringlicher als die gerade jetzt so dringende Frühjahrsbestellung ist die Bestellung des politischen Ackers.‘ Dann sprach Rehwinkel. Frei von der Leber weg gelang es ihm, die letzten – ohnehin recht kargen – Sympathien restlos zu vernichten, deren sich die Bauernschaft in der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung erfreut. Der Wettbewerb habe nicht zu Preissenkungen geführt, sondern zu immer größeren steuerbegünstigten Gewinnen. Vor allem die Großindustrie sei deren Nutznießer, an der der Staat als stiller Teilhaber partizipiere, sagte Rehwinkel.“ Bei dieser kritischen Berichterstattung gingen die Forderungen der Veranstalter fast unter: Steuervergünstigungen, Abstimmung der Agrareinfuhren aus EWG-Staaten auf die deutsche Eigenproduktion, gerechte Erzeugergrundpreise für alle Veredelungsprodukte, Umwandlung bisheriger Kredite in langfristige Grundschulden mit niedrigem Zinssatz, Entlastung der Landwirtschaft von Lastenausgleichsabgaben, Erhöhung des Milchpreises um sieben bis zehn Pfennig, Erhöhung des Eierpreises um zwei Pfennig je Ei. Resümierend verglich der Mannheimer Morgen Rehwinkel mit dem „kleinen Häwelmann“ aus dem gleichnamigen Märchen von Theodor Storm, der immer „mehr, mehr“ verlangt habe. Es handle sich um eine „grausame Bestellung des politischen Ackers“.<sup>223</sup>

Die angespannte Situation spitzte sich zu, als es im Sommer 1961 auf und um den Bauerntag in Ravensburg zu weiteren Auseinandersetzungen und Diskussionen kam. Allerdings ergibt sich aus den Reden und Pressemeldungen kein völlig einheitliches Bild. Für eine gewisse Verunsicherung sorgte die bevorstehende Bundestagswahl am 17. September 1961 und Veränderungen im bundesdeutschen Parteiensystem: Bereits am 1. Juli 1960 waren neun Bundestagsabgeordnete aus der Deutschen Partei ausgetreten und hatten sich der CDU/CSU-Fraktion angeschlossen. Der Rest der DP hatte sich am 24. November 1960 mit dem GB/BHE zur Gesamtdeutschen Partei zusammengeschlossen. Für Rehwinkel, dem die kleinen Parteien als Machtfaktor sehr wichtig waren, musste diese Entwicklung alarmierend wirken. Es war nicht vorhersehbar, wie diese abschneiden würden. Zudem hatte sich die SPD im November 1959 in Bad Godesberg ein neues Grundsatzprogramm gegeben, in dem eine Abgrenzung vom Marxismus und eine Bejahung des Privateigentums erfolgte. Die SPD öffnete sich dadurch für breite Wählerschichten. Hier stellte sich die Frage, wie diese Entwicklung sich auf die Bundestagswahl auswirken würde.

Im Vorfeld der Bundestagswahl hatte der Deutsche Bauernverband alle Parteien um Stellungnahmen zu agrarpolitischen Fragen gebeten. Vier Parteien antworteten schriftlich. Die CDU ließ sich Zeit und nahm schließlich am 6. Juli 1961 in Bad Godesberg durch Bundeskanzler Adenauer Stellung. Rehwinkel war nach eigener Aussage mit der

<sup>223</sup> F. O. Weber im Mannheimer Morgen vom 17.3.1961. Der Dortmunder Veranstaltung folgte ebenfalls im März 1961 eine zweite Kundgebung in Ansbach mit 5.000 Teilnehmern.

Stellungnahme des Bundeskanzlers zufrieden und äußerte sich im Landfunk wie folgt: Adenauer habe mehrere Male gesagt, dass die westdeutsche Landwirtschaft „bei der Verwirklichung der EWG keinen Schaden erleiden dürfe“ und dass das Landwirtschaftsgesetz „in Kraft bliebe“ und dass seine „volle Wirksamkeit hergestellt werden müsse“. Rehwinkel sagte weiter, der Bundeskanzler habe sich „sehr positiv zu unserer Forderung einer Flurbereinigung im Agrarkredit eingesetzt und Zinsverbilligungen versprochen“. Für Verwirrung und Kritik sorgte dagegen die Äußerung Adenauers, das Ziel der deutschen Agrarpolitik müsse bleiben, die Versorgung mit Nahrungsmitteln aus „eigener Scholle“ zu gewährleisten. Ein Bundestagsabgeordneter äußerte daraufhin die Meinung, als eigene Scholle sei in der Zukunft der europäische Wirtschaftsraum zu betrachten. Dieser Interpretation schloss sich Rehwinkel ausdrücklich an.<sup>224</sup> Er sah in der EWG wohl zunächst auch deshalb eine Chance, weil der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten anstieg. Nach der Berufszählung des Jahres 1950 arbeiteten in der Bundesrepublik Deutschland 14,7 % der Wohnbevölkerung in der Land- und Forstwirtschaft. Aufgrund von geänderten Zählverfahren ist ein direkter Vergleich mit dem Jahr 1960 schwierig. 1960 betrug der Anteil der in der Land- und Forstwirtschaft Beschäftigten an den Erwerbspersonen (nicht an der Wohnbevölkerung) 13,2 %.<sup>225</sup> Nach Rehwinkel stieg dieser Anteil im EWG-Raum auf ungefähr 25 % an.<sup>226</sup> Frankreich stellte mit 46 % fast die Hälfte der landwirtschaftlichen Nutzfläche des EWG-Raumes. Italien folgte mit knapp 29 %. Danach kam die Bundesrepublik mit fast 20 %. Das Schlusslicht bildeten die Benelux-Staaten, die knapp etwa 6 % beisteuerten.<sup>227</sup> Es war somit klar, dass Frankreich eine Schlüsselstellung zukommen würde.

Auf dem Bauerntag in Ravensburg nahm der Bundeskanzler an der Delegiertenversammlung des Deutschen Bauernverbandes teil, die am 14. Juli 1961 stattfand. Die offizielle Ansprache für die Bundesregierung hielt dagegen Bundeslandwirtschaftsminister Schwarz am 15. Juli. In seiner Antwortrede ging Rehwinkel, dem das Manuskript von Schwarz wohl nicht vorlag, nur indirekt auf seinen Vorredner ein. Er antwortete einerseits herzlich („Lieber Herr Bundesminister“), andererseits in der Sache gewohnt hart, wenn er davon sprach, die Agrarpolitik der neuen Regierung müsse „sozial verantwortungsbewusster“ werden. Die Regierung solle eine „harmonische Entwicklung“ anstreben, daran habe es „in der vergangenen Zeit manchmal gefehlt“. Er müsse feststellen, dass in den letzten Jahren „die Situation für uns schwieriger geworden ist denn je“. Die zukünftige Regierung müsse Sorge dafür tragen, „dass das

<sup>224</sup> Schlußfolgerungen, die Präsident Rehwinkel aus den Ausführungen des Bundeskanzlers ziehen möchte, NDR-Landfunk 15.7.1961. ACDP, Sammlung Personalien Edmund Rehwinkel.

<sup>225</sup> Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1953, S. 110 f. Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1962, S. 143.

<sup>226</sup> Schlußfolgerungen, die Präsident Rehwinkel aus den Ausführungen des Bundeskanzlers ziehen möchte, NDR-Landfunk 15.7.1961. ACDP, Sammlung Personalien Edmund Rehwinkel.

<sup>227</sup> Kluge, Vierzig Jahre Agrarpolitik, Bd. 1, S. 289 f. Die Summe ergibt bei Kluge 101 %.

deutsche und europäische Bauernschaft nicht weltwirtschaftlichen Utopien geopfert“ werde. Rehwinkel wandte sich gegen die Sichtweise, dass „allein die Landwirtschaft durch ein künstliches System von Marktordnungen und handelspolitischen Schutzmaßnahmen“ dem Marktgeschehen entzogen sei. Die landwirtschaftliche Marktordnung habe das Ziel, die „Nachteile auszugleichen“, die die Landwirtschaft unter anderem wegen ihrer Abhängigkeit von der Natur habe. Er sei „Herrn Mansholt“, mit dem er sich, auch wenn es gelegentlich Differenzen gebe, „persönlich gut verstehe“, außerordentlich dankbar, dass dieser den „Bannerträgern der sozialen Marktwirtschaft“ vor einiger Zeit die Meinung gesagt habe. Das Ungleichgewicht zwischen Landwirtschaft und Industrie werde auch daran deutlich, dass der Industriearbeiter einen Durchschnittslohn von über 3 DM habe, während es der Landarbeiter im Schnitt pro Stunde nur auf 1,20 DM bringe. Rehwinkels Ansprache schloss mit einer Bitte an den Bundeskanzler, seine Worte „nicht als Mißtrauen“ zu verstehen. Den einlenkenden Worten folgte aber sogleich eine weitere Breitseite, als der erste Landwirt der Bundesrepublik feststellte, er müsse an die zukünftige Bundesregierung die „ernste Mahnung“ richten, „den Wiener Kongreß in Brüssel sorgfältig zu beobachten und die Lebensinteressen der deutschen Landwirtschaft nicht aufs Spiel zu setzen“.<sup>228</sup>

Ein Teil der Presse interpretierte Rehwinkels Auftreten auf dem Bauerntag 1961 als „massive Kritik“ an Adenauer. Rehwinkel habe dem Bundeskanzler in der Delegiertenversammlung „fünf Fragen zur Landwirtschaftspolitik“ vorgelegt, auf die dieser „nur global und ausweichend“ geantwortet habe. „Nachdrücklich“ habe der Kanzler die Behauptung zurückgewiesen, er habe dem französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle „agrarpolitische Zusagen“ gemacht. Rehwinkel habe geantwortet: „In Brüssel pfeifen es aber die Spatzen von den Dächern, daß sich nach der Wahl die deutsche Bundesregierung nicht entschieden gegen eine Beschleunigung wenden wird.“ Adenauer habe sichtlich „gereizt“ reagiert und darauf hingewiesen, dass seit 1955 etwa 15 Mrd. an Bundesmitteln an die Landwirtschaft geflossen seien.<sup>229</sup> Es war für Adenauer eine neue Erfahrung, dass Rehwinkel, der sich bis dahin mit persönlichen Attacken auf den Bundeskanzler zurückgehalten hatte, ihn in dieser Form angriff.

Rehwinkel und der Deutsche Bauernverband betrachteten – das verdeutlichen diese Äußerungen – die EWG-Agrarpolitik kritisch. Dafür waren verschiedene Faktoren verantwortlich. Erstens sah Rehwinkel die Gefahr, dass Konrad Adenauer und Charles de Gaulle eigentlich ein vereinigtes Europa aus politischen Gründen wollten. Da dies nicht durchsetzbar war, sei zunächst der Weg der wirtschaftlichen Kooperation gewählt worden. Der Industrie konnte man relativ wenige Vorschriften machen.

<sup>228</sup> Edmund Rehwinkel, Die Agrarpolitik des Deutschen Bauernverbandes.

Ansprache auf dem Bauerntag in Ravensburg am 15.7.1961. Zitiert nach der Abschrift einer Rundfunksendung des SWF vom 15.7.1961. ACDP, Sammlung Personalien Edmund Rehwinkel.

<sup>229</sup> Kieler Volkszeitung vom 15.7.1961.

Anders sah es auf dem Agrarmarkt aus, der in Deutschland eine relativ lange Tradition staatlicher Regulierung hatte. Diese Sichtweise hatte durchaus etwas für sich. Beispielsweise war der 1952 von Frankreich, Italien, den Benelux-Staaten und der Bundesrepublik Deutschland unterzeichnete Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft 1954 am Veto der französischen Nationalversammlung gescheitert. Zweitens war für Rehwinkel unklar, wie es zu schaffen sei, die nationalen Egoismen in Zaum zu halten. Frankreich galt als Agrarüberschussland, und der Deutsche Bauernverband vermutete, dass es einen Deal gebe, den französischen Markt für deutsche Industrieprodukte und den deutschen Markt für französische Agrarprodukte zu öffnen. Insbesondere Wirtschaftsminister Ludwig Erhard galt als Vertreter dieser Linie. Die Niederländer wiederum waren in der Veredelungswirtschaft führend, eine Konkurrenz, die die Deutschen fürchteten. Dazu kam der Weinbau, bei dem Frankreich und Italien versuchten, deutsche Exporte zu unterbinden. Ein Beitritt Großbritanniens zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, den der Deutsche Bauernverband zumindest in Teilen positiv einschätzte, weil die Insel als agrarischer Absatzmarkt galt, wurde von Frankreich kritisch gesehen. Rehwinkel selbst antwortete im Sommer 1961 auf die Frage, ob ein „Anschluss“ Großbritanniens und der übrigen EFTA-Länder an die EWG negative Auswirkungen auf die deutsche Landwirtschaft hätten, ausweichend. Insbesondere machte er geltend, dass die Präferenzen des Commonwealth ungeklärt und schwer einzuschätzen seien. Drittens war die Frage der Preispolitik, insbesondere die des Getreidepreises, der als Eckpfeiler galt. Die deutschen Agrarpreise galten als relativ hoch. Ob dieses Preisniveau zu halten war, schien fraglich. Kritische Stimmen fragten zudem, wie sich mögliche Wechselkursschwankungen bei den nationalen Währungen auswirken würden. Tatsächlich spielte dieser Punkt Ende der 1960er Jahre eine wichtige Rolle. Viertens herrschte Uneinigkeit hinsichtlich der Geschwindigkeit. Rehwinkel war der Vertreter einer längerfristigen Integrationspolitik. Sicco Mansholt hingegen wollte eine schnellere Gangart. 1958 waren zwölf Jahre als Mindestzeitraum festgelegt worden, um den europäischen Wirtschaftsraum zu verwirklichen. Dieser Zeitraum wurde auf Vorschlag des Ministerrats in Brüssel und unter Zustimmung des Europaparlaments bis zum 30. Juni 1967 verkürzt. Ab dem 1. Juli 1967 gab es in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft für die meisten Produkte gemeinsame Agrarpreise. Fünftens war das Leitbild des bäuerlichen Familienbetriebs nur schwer mit der europäischen Agrarpolitik vereinbar. Auf dieses Leitbild wollte die Politik aber nicht zuletzt aus ideologischen Gründen und in Abgrenzung zu den sozialistischen Staaten nicht verzichten. Dazu kamen handwerkliche Fehler der Bundesregierung. Insbesondere Staatssekretär Theodor Sonnemann wurde vorgeworfen, den Europa-Gedanken nicht ernst genug genommen zu haben. Er soll Beamte nach Brüssel geschickt haben, die in der Verwaltungshierarchie vergleichsweise unten angesiedelt waren und maximal die Position eines Regierungsrats innehatten. In Bonn, so wurde kolportiert, habe der Satz die Runde gemacht: „Hast Du einen Opa, schick' ihn nach Europa.“ Dagegen seien für die französische Regierung nur die „fähigsten Beamten“ gut genug gewesen.

Insgesamt stellte sich das europäische Agrarproblem schon im November 1961 als so schwierig dar wie die „Lösung der Quadratur des Kreises“.<sup>230</sup>

Bei der Bundestagswahl vom 17. September 1961 verlor die CDU/CSU ihre absolute Mehrheit, blieb aber mit 45,3 % der Zweitstimmen stärkste Partei. Die SPD kam auf 36,2 %, die FDP auf 12,8 %. Eine herbe Niederlage erlebte die Gesamtdeutsche Partei, die mit 2,8 % der Zweitstimmen an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterte. Adenauer bildete eine Regierungskoalition mit den Liberalen, musste diesen aber schriftlich versichern, vorzeitig vom Amt des Regierungschefs zurückzutreten. Für Rehwinkel war das Ergebnis in zweierlei Hinsicht beunruhigend. Der Trend gegen die kleinen Parteien hin zu einem Drei-Parteien-System hatte sich fortgesetzt. Zudem war unklar, wer nach dem bevorstehenden Rücktritt Adenauers Bundeskanzler werden würde. Positiv war für ihn, dass mit der FDP eine kleine Partei an der Regierung beteiligt war.

In der FDP hatte Rehwinkel vor allem zum Vorsitzenden Erich Mende einen guten Draht. Mende, der die Führungsposition bei den Liberalen bis Januar 1968 einnahm, war in der NS-Zeit Berufsoffizier und hatte im letzten Kriegsjahr das Ritterkreuz erhalten, das er auch nach 1945 bei einigen öffentlichen Anlässen trug. Der Kontakt zwischen Rehwinkel und Mende war bis 1963 besonders eng, als der FDP-Vorsitzende gleichzeitig Vorsitzender der Bundestagsfraktion seiner Partei war. Ob sich Rehwinkel vor allem an der politischen Schlüsselposition Mendes orientierte oder ob darüber hinaus politische Einstellungen entscheidend waren, lässt sich nicht mit letzter Sicherheit sagen. Gemeinsamkeiten gab es hinsichtlich der Ostpolitik Willy Brandts, die sowohl Mende als auch Rehwinkel ablehnten. Darüber hinaus mag eine gewisse Bewunderung des Niedersachsen für den ehemaligen und hochdekorierten Offizier eine Rolle gespielt haben. Als Rehwinkel im Dezember 1961 aus „Sorge und Beunruhigung“ über „Presseverlautbarungen“ des französischen Landwirtschaftsministers Edgard Pisani eine Rundfunkrede über „Aspekte europäischer Landwirtschaft“ hielt, sandte er diese auch Mende zu. Darin führte der DBV-Präsident aus: „Bei der heftigen Diskussion über die aktuellen agrarwirtschaftspolitischen Probleme innerhalb der EWG wird allzu oft übersehen, daß am Beginn der europäischen Einigungsbestrebungen nicht die wirtschaftlichen Bemühungen gestanden haben, sondern die politischen.“

<sup>230</sup> Agrardienst vom 28.11.1961. Zit. n. Kluge, Vierzig Jahre Agrarpolitik, Bd. 1, S. 325. Vgl. zum „Konfliktherd Gemeinsamer Markt“ ebd., S. 325-341. Eine gute Zusammenfassung auch bei Thiesen, Es begann im Grünen Kreml, S. 77-91. Dort auch auf S. 79 f. die Kritik an Sonnemann. Zu den Getreidepreisen ebd. S. 90. Siehe zudem Schnieders/Hintze, Der Deutsche Bauernverband, S. 38-49. Auf S. 41 eine Zusammenstellung der Marktorganisationen der EWG. Die Äußerungen Rehwinkels zum Commonwealth und zu Großbritannien in: Schlußfolgerungen, die Präsident Rehwinkel aus den Ausführungen des Bundeskanzlers ziehen möchte, NDR-Landfunk 15.7.1961. ACDP, Ordner Sammlung Personalien Edmund Rehwinkel. Zu Rehwinkels Haltung gegenüber Großbritannien siehe auch Kluge, Vierzig Jahre Agrarpolitik, Bd. 1, S. 335. Zur unterschiedlichen Haltung des DBV (Rehwinkel) und des BMELF (Sonnemann) gegenüber Europa siehe Patel, Europäisierung wider Willen, S. 517.

Erst nachdem es den Politikern nicht gelungen sei, eine „politische Konföderation der westeuropäischen Staaten“ zu bilden, habe man versucht, „zunächst eine wirtschaftliche Integration herbeizuführen“. Mende, der ein Interesse daran hatte, Landwirte politisch an die FDP zu binden, ließ die Rede „sogleich vervielfältigen“ und übermittelte sie den Mitgliedern des Agrarpolitischen Arbeitskreises der FDP-Bundestagsfraktion.<sup>231</sup> Ein Brief, den Rehwinkel am 2. Januar 1962 an den Bundeskanzler schickte, ging auch an Bundeslandwirtschaftsminister Schwarz sowie Rehwinkel „persönlich bekannte Ressortminister Ihres Kabinetts“. In der FDP erhielten Erich Mende und Walter Scheel, damals Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, das Schreiben. Rehwinkel wandte sich darin gegen den EWG-Ministerrat und Frankreich, weil er der Ansicht war, dass Frankreich versuche, „politischen Druck“ auf die Bundesregierung auszuüben. Das Ziel sei es, „auf agrarwirtschaftlichem Gebiete neue Zugeständnisse auf Kosten unserer westdeutschen Landwirtschaft“ zu erreichen. Das Schreiben muss in Zusammenhang mit der EWG-Ministerratssitzung am 4. Januar 1962 gesehen werden. Nach Rehwinkel verfolgte diese Sitzung das Ziel, „in permanenter Beratung eine Einigung über die gemeinsame Agrarpolitik herbeizuführen, von der Frankreich, aber auch Italien und die Niederlande ihre Zustimmung“ zu einer weiteren Fortführung der EWG abhängig machen würden. Eine solches „Junktim“ sei aber aus dem EGW-Vertrag in „keiner Weise“ ableitbar.<sup>232</sup> Tatsächlich soll es in der EWG-Ministerratssitzung am 4. Januar 1962 zu „dramatischen Verhandlungen“ gekommen sein. Nur unter schwierigsten Bedingungen seien die vorläufigen Marktordnungen und ein „System der gemeinschaftlichen Agrarfinanzierung“ verabschiedet worden. Damit wurde die „zweite Stufe“ der EWG-Entwicklung eingeleitet. Die Beschlüsse traten rückwirkend zum 1. Januar 1962 in Kraft.<sup>233</sup> Kritisch wurde angemerkt, Rehwinkel habe sich „verspätet und ohne realistische Chance“ in den agrarpolitischen Willensbildungsprozess eingeschaltet.<sup>234</sup>

Durch den Journalisten Johann Dischleit, der unter anderem für die Zeitung Das freie Wort schrieb, wurde Mende im Sommer 1962 darüber informiert, dass Rehwinkel die Stimmung im Niedersächsischen Landvolk mit den Worten „Schwarze Fahnen über der Grünen Front“ beschrieb. Damit sollte auf die Gefahr einer drohenden Radikalisierung ähnlich wie in der Weimarer Republik hingewiesen werden. „Auch südlich der Mainlinie“, so hieß es weiter, „die man bisher immer noch so etwa als die Plus-Minus-Isotherme der Agrarstimmung ansehen durfte, vermögen die CDU-Bauernverbandspräsidenten und ihre klerikalen Helfer auf dem Lande die Mißstimmung unter den Bauern kaum noch zu dämpfen.“ Rehwinkel sei nun dazu übergegangen, den „agrar-

<sup>231</sup> Edmund Rehwinkel am 17.12.1961 an Erich Mende. Der Rundfunkbeitrag war am 16.12. im WDR ausgestrahlt worden. Die Antwort Mendes an Rehwinkel am 20.12.1961. AdL, Bestand Mende, A 26-124, Bl. 43-50a.

<sup>232</sup> Edmund Rehwinkel am 2.2.1962 an Konrad Adenauer. Kopie an Mende vom selben Tag. AdL, Bestand Mende, A 31-151. Kopie an Scheel im AdL, Bestand Scheel, A 33-2.

<sup>233</sup> Thiesen, Es begann im Grünen Kreml, S. 90.

<sup>234</sup> Kluge, Vierzig Jahre Agrarpolitik, Bd. 1, S. 334.

politischen Protest“ zu organisieren, in dem er der Bildung eines „Aktionausschusses“ zugestimmt habe. Rehwinkel und der Deutsche Bauernverband planten einen „überaus scharfen Angriff auf die Bundesregierung“. <sup>235</sup>

Mit der Politik der FDP-Minister war der Bauernverbandspräsident relativ zufrieden. Ausdrücklich gelobt wurde die „sachliche Haltung“ des Bundesfinanzministers Heinz Starke, die Rehwinkel stets als „wohltuend“ empfand. Das sähen der „gewerbliche Mittelstand, die Haus- und Grundbesitzer und die freien Berufe“ ebenso. Obwohl Rehwinkel später in seinen Lebenserinnerungen eine besondere Nähe zu Franz-Josef Strauß suggerierte, der „stets Verständnis“ für seine Anliegen gehabt habe, lässt sich festhalten, dass er in der „Spiegelaffäre“ gegen Strauß auftrat. In diesem Zusammenhang schrieb er an Mende: „Über Ihre Haltung und die Ihrer Parteifreunde in der Spiegelaffäre und die konsequente Forderung der FDP nach einer Kabinettsumbildung habe ich mich sehr gefreut; denn nach allem, was wir in den letzten Monaten erlebt haben, scheint mir eine solche Umbildung dringend notwendig zu sein.“ Die FDP forderte die Ablösung von Strauß als Verteidigungsminister. Feindbild Nr. 1 war für Rehwinkel nach wie vor Ludwig Erhard. Mende wurde gebeten, seinen „ganzen Einfluß dahingehend geltend zu machen, daß der bisherige Bundeswirtschaftsminister, Professor Erhard, nicht weiterhin als Kanzler-Nachfolger in Aussicht genommen wird“. Eine Ernennung Erhards wäre „in jeder Hinsicht eine Katastrophe“. <sup>236</sup>

1962 und 1963 erscheinen im Rückblick bezüglich der Agrarpolitik als außerordentlich turbulente Jahre. Kaum war die Entscheidung über die Zukunft der EWG gefallen, drohte neues Ungemach in Form eines Vorgangs, der als „Hähnchenkrieg“ in die Agrargeschichte einging. Auf Initiative der USA wurden 1962 die Zölle für Geflügelfleisch zwischen den USA und der BRD gesenkt. Später entbrannte zudem eine Diskussion um den Getreidepreis. Der Deutsche Bauernverband und Rehwinkel sahen darin nicht nur einen Verstoß gegen das System der EWG-Markordnung, sondern auch eine Gefahr für die deutschen Landwirte. Der Streit, auf den hier nicht näher eingegangen werden soll, wurde 1963 durch einen Kompromiss beigelegt. <sup>237</sup>

Auch das sogenannte „Professoren-Gutachten“ vom 10. Oktober 1962 sorgte für gewaltigen Zündstoff. Acht Professoren, M. Bandini (Perugia), Arthur Hanau (Göttingen), Hans Möller (München), Heinrich Niehaus (Bonn), Roderich Plate (Braunschweig), Hermann Priebe (Frankfurt a. M.), D. B. Schouten (Tilburg) und Emil Woermann (Göttingen), die teilweise von der EWG, teilweise von der Bundesregierung beauftragt

<sup>235</sup> Schreiben an Mende 25.7.1962. AdL, Bestand Mende, A 31-80, Bl. 7 f.

Zur Tätigkeit Dischleits für Das Freie Wort siehe DIZ Nr. 32/33, Oktober 1963, Bl. 31.

<sup>236</sup> Edmund Rehwinkel in einem persönlichen und vertraulichen Schreiben vom 24.11.1962 an Erich Mende. AdL, Bestand Mende, A 31-163, Bl. 40–43. Die positiven Aussagen Rehwinkels über Strauß in: Gegen den Strom, S. 84.

<sup>237</sup> Schnieders/Hintze, Der Deutsche Bauernverband, S. 45. Thiesen, Es begann im Grünen Kreml, S. 92-94.

worden waren, die Folgen einer Agrarpreissenkung im Rahmen einer europäischen Agrarpolitik zu untersuchen, kamen zu dem Ergebnis, dass eine Reduzierung des deutschen Getreidepreises richtig sei. Die Gutachter schlugen 37 DM je Doppelzentner Weizen vor. Dieser Preis lag etwa in der Mitte zwischen dem deutschen Preis von etwa 42 DM und dem französischen von knapp 29 DM. Zudem wurde eine Modellrechnung aufgestellt, nach der sich die Zahl der Vollarbeitskräfte in der Landwirtschaft in den nächsten 16 Jahren um 800.000 bis 1,05 Millionen Personen würde verringern müssen, wenn die Einkommen in der Landwirtschaft paritätisch zu den übrigen Einkommen steigen sollten. Die Folge war eine Welle des Protests, die sich „bis ins letzte Dorf“ ausbreitete. <sup>238</sup> In Göttingen hielten 8.000 Bauern aus dem südlichen Niedersachsen einen „Revolutionstag“ ab, so dass eine große Wochenzeitung titelte: „Florian Geyers Mannen kamen mit Treckern und Trauerfahnen“. In der altherwürdigen Universitätsstadt sei der „Teufel“ losgewesen. Wie ehemals gegen „Junker und Fürsten“ sei man nun „gegen Adenauer, Ehrhard und den Professor“ ins Feld gezogen. <sup>239</sup> Das Institut Emil Woermanns am Nikolausberger Weg sei geradezu belagert worden. Auch in anderen Städten und Orten wie Osnabrück und Rodenkirchen (Stadland) protestierten Landwirte nach „dem Vorbild französischer Bauern“ mit „Treckern, Spruchbändern und schwarzen Fahnen“. <sup>240</sup> Das Handelsblatt titelte zweideutig „Landvolk erwache!“ und erinnerte daran, dass „Bauernverbände und leider auch die Bundesregierung jahrelang so getan haben und noch so tun, als sei auf dem Lande alles in bester Ordnung“. Nun sei es an der Zeit, „die Konsequenzen aus dem Gutachten zu ziehen und statt Krawall zu machen, an die Arbeit zu gehen“. <sup>241</sup> Edmund Rehwinkel war allerdings weder für „Krawall“ noch zur „Arbeit“ zu gebrauchen, da er zum Zeitpunkt der Proteste krank im Bett lag.

Rehwinkel war mit wenigen Ausnahmen kein Freund von Professoren und hatte den Präsidenten der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft bereits 1960 gebeten, seinen Einfluss jetzt, wo es um den „Endkampf“ gehe, dahingehend geltend zu machen, in den DLG-Mitteilungen von den „Ergüssen agrarpolitisch tätiger Wissenschaftler einen möglichst sparsamen Gebrauch“ zu machen. <sup>242</sup> Das Professorengutachten des Jahres 1962 soll er als „wissenschaftliche Fehldiagnose sondergleichen“ eingestuft haben. <sup>243</sup>

<sup>238</sup> Thiesen, Es begann im Grünen Kreml, S. 94. Siehe auch Kluge, Vierzig Jahre Agrarpolitik, Bd. 1, S. 337-340. Timmermann, Das Professorengutachten von 1962 „Landwirtschaft im Strukturwandel der Volkswirtschaft“, in: Berichte über Landwirtschaft, Neue Folge, Bd. XLVI, Heft 3 und 4 (1968). S. 601-632. Das Gutachten trug den Titel „Wirkungen einer Senkung der Agrarpreise im Rahmen einer gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) auf die Einkommensverhältnisse der Landwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland“ und war 84 Seiten lang.

<sup>239</sup> Die Zeit vom 26.10.1962.

<sup>240</sup> Stader Tagblatt vom 16.9.1962.

<sup>241</sup> Handelsblatt vom 19.10.1962.

<sup>242</sup> Edmund Rehwinkel am 26.10.1960 an Karl Lorberg. NLA Hannover, V.V.P. 38, Nr. 473.

<sup>243</sup> Ewert, Rehwinkel, S. 98.

Dagegen jubelte ein Teil der Presse, der „mit Abstand größte Subventions-Kostgänger Westdeutschlands“ müsse sich nun auf längeres „Fasten“ einrichten.<sup>244</sup>

Etwa zur selben Zeit, im Oktober 1962, entwickelte der Vizepräsident der EWG-Kommission, Sicco Mansholt, auf einer Regionalkonferenz der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisationen der Vereinten Nationen erstmals seine Vorstellungen, wie die Landwirtschaft der Zukunft in Europa aussehen solle. Seine Absichten waren von einem gewissen agrarpolitischen „Rigorismus“ gekennzeichnet und bildeten die Grundlage des im Dezember 1968 propagierten Mansholt-Plans. Nach Mansholts Vorstellungen sollte der Anteil der „Agrarbevölkerung“ in Europa von 30 % auf 6–10 % gesenkt werden.<sup>245</sup> Leitbild war nicht mehr der bäuerliche Familienbetrieb, sondern der landwirtschaftliche Großbetrieb mit etwa 100 Hektar. Eine Folge war, dass auf „jeder Veranstaltung im Agrarbereich“ in Deutschland, aber auch in Frankreich verbal auf Mansholt „eingepöbeln“ wurde. Organisationen wie die DLG versuchten, die Diskussion zu versachlichen.<sup>246</sup> Mansholts Pläne waren aus heutiger Sicht auch von Fortschrittsgläubigkeit und der Annahme geprägt, dass der landwirtschaftliche Groß- dem Kleinbetrieb überlegen sei. Mansholt war Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei der Niederlande, und innerhalb der Sozialdemokratie gab es über die Frage Klein- oder Großbetrieb eine lange Diskussionstradition. Bereits Karl Kautsky hatte den Untergang des Kleinbetriebs vorhergesagt. Friedrich Engels hatte 1894 das Dogma aufgestellt, der kapitalistische Großbetrieb werde über den bäuerlichen Kleinbetrieb hinweggefegt wie „ein Eisenbahnzug über eine Schubkarre“.<sup>247</sup>

Diese Vielzahl an Kontroversen und die Frage, wie man angemessen darauf reagieren sollte, führten sowohl an der Basis als auch im Deutschen Bauernverband zu Auseinandersetzungen. In Niedersachsen kam es zur Bildung einer „verband-internen

<sup>244</sup> Der Spiegel 41/1962, S. 24.

<sup>245</sup> Kluge, Vierzig Jahre Agrarpolitik, Bd. 1, S. 340. Vgl. auch Patel, Europäisierung wider Willen, S. 427–452. Der Begriff Mansholt-Plan wird nicht völlig übereinstimmend verwendet. So hielt Edmund Rehwinkel bereits auf der Mitgliederversammlung des DBV in Düsseldorf am 15.7.1965 eine Rede zum „Mansholt-Plan“, verstand darunter aber die Vorschläge von Mansholt im Herbst 1963 gegenüber dem Ministerrat in Brüssel zur „Angleichung der Getreidepreise“. Mansholt habe ursprünglich die Senkung um 8 DM je Doppelzentner Getreide vorgesehen, sei aber schließlich auf 5 DM ab dem Wirtschaftsjahr 1964/65 heruntergehandelt worden. Bundeskanzler Erhard habe am 19.3.1964 im Bundestag folgende Erklärung abgegeben: „Die deutschen Getreidepreise seien in unserer Volkswirtschaft keineswegs überhöht. Die Bundesregierung werde einer Senkung dieser Preise nicht zustimmen.“ Diese Zusagen des Bundeskanzlers seien bald wieder „entwertet“ worden. Weiter sagte Rehwinkel: „Ich habe mit dem Bundeskanzler im Sommer und Herbst vorigen Jahres einen sehr eindeutigen Briefwechsel gehabt, der von der Presse allerdings dramatisch aufgebauscht wurde, und ich habe in zahlreichen Großkundengebungen unseren Standpunkt ständig erhärtet. Ich wußte nur zu gut, welchem Druck der Bundeskanzler ausgesetzt war, und wie es um das Stehvermögen mancher Kabinettsmitglieder und um den ‚guten Willen‘ mancher Staatssekretäre und Abgeordneter bestellt war.“ BArch Koblenz, B 428/86.

<sup>246</sup> Rieger, Nach vorne denken, S. 377.

<sup>247</sup> Vgl. Dornheim, Der lange Weg in die Moderne, S. 314–328, 791.

Opposition“, der Notgemeinschaft Deutscher Bauern, die nach Ewert von Großbauern angeführt wurde, „die ihre Höfe unter hohem Kapitaleinsatz mechanisiert hatten, dann aber in die Überschuldung geraten waren“.<sup>248</sup> Einer ihrer Wortführer war der Landwirtschaftsmeister und ehemalige Kapitänleutnant Günter Kaczenski. Nach Rehwinkel war Kaczenski ein „ehemaliger Korvettenkapitän“, der „jetzt durch Einheirat einen Hof von etwa 100 ha besitze“.<sup>249</sup> Kennzeichnend für diese Bewegung, die sich nach Schleswig-Holstein ausdehnte, war die partielle Zusammenarbeit ehemaliger Kommunisten der „Ultralinken“ mit Vertretern der äußersten Rechten von der Deutschen Reichspartei. Auch der ehemalige deutschnationale Staatssekretär Hansjoachim von Rohr wurde in diesem Zusammenhang wieder genannt.<sup>250</sup> Rehwinkels Stellung zu den Vertretern der Notgemeinschaft war nicht ganz eindeutig. Er scheint sie zunächst beachtet, dann aber isoliert zu haben, indem er ihnen untersagte, im Namen des Niedersächsischen Landvolkverbandes aufzutreten. Eine Rolle dürfte auch gespielt haben, dass die meisten Landesbauernverbandspräsidenten parteipolitisch an die CDU oder CSU gebunden waren. Dies war Rehwinkel, der glaubte, stärkeren Einfluss zu besitzen, wenn er parteipolitisch unabhängig war, ein Dorn im Auge und stellte den Bauernverband vor eine Zerreißprobe. Die Presse berichtete, am 7. Mai 1963 habe der Verband die „stürmischste“ Präsidialsitzung seiner bisherigen Geschichte erlebt. Rehwinkel habe geklagt, dass er von einem Teil der Präsidenten der Landesbauernverbände „nicht genügend unterstützt“ werde. Auf der anderen Seite hätten einige Landesverbände Rehwinkel vorgeworfen, dass „seine Politik zu einer unnötigen und teilweise nicht zu verantwortenden Radikalisierung in der Landwirtschaft geführt habe“. Der Präsident sei daraufhin für „zwei Stunden“ von seinem Amt zurückgetreten, habe sich dann aber dazu bereit erklärt, weiterzumachen.<sup>251</sup>

Laut Protokoll der Sitzung des DBV-Präsidiums trat Rehwinkel tatsächlich für etwa zwei Stunden zurück. Vor allem aber ist das Protokoll ein Dokument für die unterschiedlichen Auffassungen, die im Deutschen Bauernverband existierten. Zugespitzt kann man sagen, dass es zwei Richtungen gab. Die erste, die eher von den Landesbauernverbandspräsidenten aus Süddeutschland vertreten wurde, die Parlamentarier der CDU oder CSU waren oder einer dieser Parteien nahestanden, störte sich daran, dass Rehwinkel Kaczenski empfangen und später in einem Brief eine außerordentliche Mitgliederversammlung in Aussicht gestellt hatte. Sie war dafür, das Problem auszusitzen und die Notgemeinschaft zu ignorieren. Als Vertreter dieser Richtung äußerte sich beispielsweise Freiherr von Feury: „Es sei bedauerlich, dass im Präsidium solche Gespräche notwendig seien. Das Präsidium müsse eine einheitliche Meinung haben

<sup>248</sup> Ewert, Rehwinkel, S. 99.

<sup>249</sup> Niederschrift über die 151. Sitzung des Präsidiums des Deutschen Bauernverbandes am 7.5.1963. BArch Koblenz, B 428/88.

<sup>250</sup> Der Spiegel, 21/1963 vom 22.5.1963.

<sup>251</sup> Der Tagesspiegel vom 11.5.1963.

und könne sich nicht von Personen beeinflussen lassen, deren Arbeit möglicherweise aus der Ostzone finanziert würde. Die berufsständische landwirtschaftliche Organisation sei überparteilich, müsse sich aber auf ihren christlichen Standpunkt besinnen. Wenn nicht dieser Standpunkt vertreten würde, dann sei nur ein sozialistischer oder gar kommunistischer möglich. [...] Der Name von Herrn Präsident Rehwinkel und der des Deutschen Bauernverbandes dürften von Herrn Kaczynski nicht missbraucht werden. Nach der Lage der Dinge glaube er, dass sich das Präsidium nicht zu einer Mitgliederversammlung drängen lassen dürfte.“ Die Vertreter der zweiten Richtung waren eher in Norddeutschland zu Hause und der Meinung, dass das Problem nicht ignoriert werden könne. So fühlte sich Freiherr von Oer an die „Weimarer Zeit“ erinnert und stellte in Richtung des Freiherrn von Feury fest, in der Frage des weltanschaulichen Standpunktes sei „weder eine Belehrung noch eine Ermahnung notwendig. Eine christliche Partei habe sich auch darauf zu besinnen, dass sie die gleiche Verantwortung für jeden Staatsbürger trage, sonst werde dem Christentum mehr geschadet als genutzt.“ Detlev Struve, der zwar für die CDU im Bundestag saß, aber Bauernverbandspräsident in Schleswig-Holstein war, warnte davor, „die Agitationsarbeit des Herrn Kaczynski zu verharmlosen, da die gesamte Tagespresse und vor allem die Illustrierten bereits über die Aktionen in Niedersachsen und Schleswig-Holstein berichten würden“. Edmund Rehwinkel saß zwischen allen Stühlen und erklärte: „Die gegebene Uneinigkeit im Präsidium bei der Lage der Landwirtschaft sei für ihn eine starke innere Belastung. Nach einer früheren ähnlich schwierigen Situation des Präsidiums sei er für mehrere Wochen erkrankt. Von anderen Sektoren der Wirtschaft würden rücksichtslos Forderungen gestellt, die auch erfüllt würden, während sich das Präsidium nicht einmal auf eine ausserordentliche Mitgliederversammlung einigen könne.“ Das Protokoll hielt wenig später fest: „Da im Präsidium fortgesetzt keine einheitliche Meinung zu erzielen sei, sehe er sich veranlasst, sein Amt als Präsident des Deutschen Bauernverbandes zur Verfügung zu stellen.“ Anschließend wurde die Sitzung für 70 Minuten unterbrochen. Die Präsidenten zogen sich zu einer Sonderbesprechung zurück. Weiter hieß es im Protokoll: „Nach zweistündiger Unterbrechung hat sich Präsident Rehwinkel bereit erklärt, sein Rücktrittsangebot wieder zurückzuziehen, da alle anwesenden Präsidenten ihn einstimmig dringend gebeten haben[,] dies zu tun und ihm ihr uneingeschränktes Vertrauen ausgesprochen haben.“<sup>252</sup>

Vier Monate später fand in Hamburg in aufgeheizter Stimmung und in einer „spannungsgeladenen Zeit“<sup>253</sup> vom 25. bis 28. September 1963 der Deutsche Bauerntag statt. Das Motto und der Titel der Rede Rehwinkels lauteten „Bauern vor der Entscheidung“. Rehwinkel sprach am 27. September morgens um 9.30 Uhr in der Ernst-Merck-Halle

<sup>252</sup> Niederschrift über die 151. Sitzung des Präsidiums des Deutschen Bauernverbandes am 7.5.1963.

BArch Koblenz, B 428/88.

<sup>253</sup> DBV-Informationsdienst, Deutscher Bauerntag 1963. BArch Koblenz, B 428/86.

und begann mit einigen Versen: „Schreit Hinz und Kunz auch über mich,/ die schweigen wieder still,/ was kümmert mich, was Meyer denkt,/ ich weiß schon, was ich will.“ Anschließend forderte er das, was er bereits 1948 verlangt hatte: „wirtschaftliche und soziale Gerechtigkeit für das westdeutsche Bauerntum“. Ein Schwerpunkt seiner Rede lag dieses Mal auf dem „Bauern-Arbeitertum“, der Nebenerwerbslandwirtschaft, der der Bauernverbandspräsident etwa ab den 1960er Jahren mehr Aufmerksamkeit schenkte. Rehwinkel verlangte, dass die Agrarstrukturpolitik als „Motor einer regionalen Wirtschaftspolitik“ fungieren müsse. Die Grünen Pläne waren ihm zu aufgebläht, enthielten seines Erachtens zu viele „Aufgaben und Ausgaben für die Gesamtbevölkerung“. Zudem würden sich die „Summen“ der Grünen Pläne neben den „Staatshilfen zugunsten der anderen Wirtschaftskreise“ ausnehmen wie ein „Däumling neben dem Riesen Goliath“. Rehwinkel erwähnte aber auch die Erfolge seiner Politik: Die Umsatzsteuer sei für die Landwirtschaft und die Molkereiwirtschaft weggefallen, „weil die Landwirtschaft diese Steuer nicht wie andere Wirtschaftszweige und wie es dem Sinn der Umsatzbesteuerung in allen Ländern entspricht, auf die Verbraucher abwälzen konnte“. Dazu kam ferner die „Befreiung der landwirtschaftlichen Zugmaschinen und Anhänger von der Kraftfahrzeugsteuer, weil diese landwirtschaftlichen Fahrzeuge die öffentlichen Straßen nur in geringem Umfang benutzen, und die Senkung der Dieselmotorkraftstoffpreise auf einen Stand, der wenigstens bis zu einem gewissen Grade den Preisen unserer Nachbarländer entsprach, und schließlich wurde seit 1958 die Lastenausgleichsabgabe wenigstens der Küstengebiete vom Bund übernommen.“ Im Entwurf der Rede wurde Mansholt positiv zitiert, weil er sich gegen eine Ausweitung amerikanischer Agrarexporte gewandt hatte. Leichte Bedenken waren aber bereits spürbar, als Rehwinkel sagte, man hoffe, dass Mansholt seinen Standpunkt „mit der gleichen Zähigkeit behaupten wird, die ihm sonst zu eigen ist“. Auch Fritz Baade wurde für seinen „persönlichen Mut“ gelobt, weil er sich in der Neuauflage seines Buches „Die deutsche Landwirtschaft im Gemeinsamen Markt“ entgegen seiner früheren Meinung ganz konsequent für den deutschen Getreidepreis in der EWG“ ausgesprochen habe. Der Präsident des Deutschen Bauernverbandes betonte in diesem Zusammenhang: „Wir westdeutschen Bauern verteidigen dieses Preisniveau mit Zähnen und Klauen.“ Rehwinkel nahm auch zum Export Stellung, den er nicht mehr einseitig verdammt: „Damit keine Missverständnisse entstehen, möchte ich auch an dieser Stelle ausdrücklich betonen: Wir brauchen einen großen Industrieexport“. Allerdings sei die Ausrichtung auf den Export zu einseitig. Rehwinkel stellte zwei Hauptforderungen: erstens „Preiserhöhungen, wie in allen anderen Sparten der Wirtschaft – unter Zurückdrängung bestimmter Einfuhren aus den Drittländern, für uns insbesondere aus den Ostblockstaaten, und Anhebung der Preise in allen EWG-Ländern auf das deutsche Preisniveau.“ Zweitens „Kostensenkungen“ durch Senkung der Steuern und Zinsen sowie höhere Zuschüsse und Prämien.

Hamburg 1963 war aber auch der Bauerntag, auf dem sich Rehwinkel gegen „Sonderaktionen“ wandte. Im Entwurf seiner Rede missbilligte er ausdrücklich „das Vorpreschen einzelner Gruppen hier bei uns in Niedersachsen und Schleswig-Holstein“. Damit war die Agraropposition gemeint. Rehwinkel beschwor die Notwendigkeit der Einheit und Geschlossenheit der Landwirtschaft, verwies aber am Ende seiner Rede auf die Bedeutung der „Tat“, als er einen Vers rezitierte: „Mit Sprüchen ist es nicht getan,/ auch nicht allein mit gutem Rat,/ entscheidend ist zuguterletzt/ doch immer nur die Tat.“ In der endgültigen Fassung seiner Rede wurde die Kritik an der Agraropposition und das Bekenntnis zur „Tat“ durch Hinweise auf eigene Aktionen ersetzt: „Wenn ich aber zu gegebener Stunde diese Protestaktionen auslösen soll, und das werde ich tun, wenn ich keinen anderen Ausweg mehr sehe, dann müssen Sie in den Landesverbänden aber auch bereit sein. Sie müssen die Dinge also vorbereiten. Aber diese Demonstrationswelle muss denn auch den ganzen Herbst und Winter bis ins Frühjahr hinein laufen, und zwar Kreis für Kreis und Stadt für Stadt. Alles weitere kann man sich im Laufe des Winters überlegen. Aber ich glaube, einige Monate Protestaktionen werden den Regierungen und den politischen Parteien schon zu denken geben. Wir müssen dabei allerdings immer um das Verständnis der breiten Masse der Bevölkerung werben und um das Verständnis der regionalen Presse. Wir sind keine Radikalen und keine Radaubröder, sondern konservative Bauern; aber auch wir haben das Recht, uns unserer Haut mit den gleichen demokratischen Mitteln zu wehren, die auch andere in allen Ländern zur Durchsetzung ihrer berechtigten Forderungen und zur Wahrung unserer Lebensinteressen anwenden.“ Rehwinkel schloss seine Rede mit einem „niedersächsischen Sinnspruch“, der sicherlich viel Beifall fand: „Gott, schütze unser Vaterland/ und uns auf allen unseren Wegen./ Herr gib der Obrigkeit Verstand/ und unserer Arbeit Deinen Segen.“<sup>254</sup>

Der Auftritt Adenauers, der nach der Rede Rehwinkels folgte, wurde vom DBV positiv dargestellt: „Begleitet von Präsident Rehwinkel schritt der Bundeskanzler durch das enge Spalier der Tausende, aufrecht, straff, das Gesicht gebräunt. Lebhaftes Händeklatschen, untermischt von einigen Pfiffen, huldigte ihm.“ Adenauer sagte zu Anfang seiner Rede, Rehwinkel habe schon im Vorfeld angedeutet, dass „ich zur Zeit besonders bedrängt bin“. Er fuhr fort: „Glauben Sie mir, daß das deutsche Volk die Bedeutung der deutschen Landwirtschaft durchaus kennt und würdigt.“ Zwischenrufer „fertigte der Kanzler“ laut DBV „überlegen ab“. Der Regierungschef wandte sich direkt an die Protestierenden: „Regen Sie sich doch nicht so auf. [...] Haben Sie Vertrauen zu Ihren Führern, die Sie ja frei gewählt haben; denn nur dann, wenn der Bauernstand zeigt,

daß er Vertrauen zu den von ihm gewählten Führern hat, sind diese wirklich ebenbürtige Verhandlungspartner“.<sup>255</sup>

Die Rede zeigt einen Rehwinkel, der auf einem Grat zwischen normaler Verbandspolitik und Radikalität wandelte, letztlich aber doch das Ziel verfolgte, die oppositionellen Kräfte einzubinden. Wenn man den Entwurf und die Endfassung seiner Rede vergleicht, kann man sogar sagen, dass er versuchte, sich an die Spitze der Protestbewegung zu setzen. Ein Bericht des Deutschen Instituts für Zeitgeschichte (DIZ) in Berlin, einer Einrichtung der DDR, sezierte genüsslich die „innen- und außenpolitischen Probleme Westdeutschlands“. Allein einem massiven Polizeiaufgebot und der „Magie“ des Bauernpräsidenten Rehwinkel, der die „Rebellen“ mit List im Saal isolierte, sei es zu verdanken gewesen, dass die Situation nicht eskalierte. Der Bundeskanzler sei ausgepfiffen worden, bei der Nennung des Namens des Agrarministers habe es Buhrufe und Zwischenrufe gehagelt. Wie „Scheckbetrüger“ hätten die „Bonner Ultras“ Adenauer vorgeschickt und Minister Schwarz, dem nicht das Wort erteilt worden sei, in der zweiten Reihe gehalten. In diesem Stil ging es weiter, fürwahr ein eindrucksvolles Dokument des Kalten Krieges.<sup>256</sup>

Wenige Wochen später, am 15. Oktober 1963, trat Adenauer von seinem Amt als Bundeskanzler zurück. Auch wenn der Auftritt in Hamburg für ihn sicherlich nicht nur angenehm war, kann man zwischen beiden Ereignissen keinen Zusammenhang herstellen. Der Schritt des Kanzlers war seit langer Zeit geplant. Für Rehwinkel, der wieder einmal auf einem schmalen Grat gewandert war, stellte sich der Hamburger Bauerntag später als Erfolg dar. Er wurde in der Presse als „der einzig legitime Tribun der deutschen Landwirtschaft“ gefeiert.<sup>257</sup> Anders ausgedrückt: Er schien der einzige zu sein, dem man zutraute, die radikalen Kräfte einzubinden.

<sup>254</sup> Rede des Präsidenten des Deutschen Bauernverbandes Edmund Rehwinkel auf dem Deutschen Bauerntag am 27.9.1963 in Hamburg. NLA Hannover, V.V.P. 38, Acc. 139-84, Nr. 47. Hierbei handelt es offensichtlich um einen Entwurf. Die endgültige Fassung im BArch Koblenz, B 428/86.

<sup>255</sup> DBV-Informationsdienst, Deutscher Bauerntag 1963. BArch Koblenz, B 428/86.

<sup>256</sup> DIZ 32/33, Oktober 1963. Die Zitate sind teilweise aus der Presse, die vom DIZ ausgewertet wurde, zum Teil eigene kommentierende Äußerungen. Vgl. aus dieser Zeit auch die Rehwinkel-Publikation „Wofür kämpfen wir Bauern?“, die auf einen Vortrag zurückgeht, der am 7.3.1963 in Hanau auf der Kundgebung des Hessischen Bauernverbandes gehalten wurde.

<sup>257</sup> Die Welt vom 20.7.1964.

## 11. Bauernverbandspräsident in der Ära Erhard (1963-1966)

Die massive Kritik Rehwinkels an der „Katastrophe“ Ludwig Erhard ließ für die Zeit der Kanzlerschaft des ehemaligen Bundeswirtschaftsministers, die vom 16. Oktober 1963 bis zum 30. November 1966 dauerte und damit recht kurz ausfiel, nichts Gutes erwarten. Zunächst beschäftigte sich aber wieder einmal die Presse verstärkt mit dem „enfant terrible der Bonner Politik“, dem allerdings auch bescheinigt wurde, ein „ausgezeichneter Fachmann“ auf seinem Gebiet zu sein.<sup>258</sup> Die Vergleiche fielen inzwischen recht martialisch aus: Der „große Feldherr auf dem grünen Plan“, halte „flammende Reden“, spiele mit dem Wort und nutze es als „Schwert“. Er liebe die offene „Feldschlacht“, sei „hart und unerbittlich im Nehmen wie im Geben“.<sup>259</sup> Zu besonderen Anlässen, beispielsweise zu Rehwinkels 65. Geburtstag, urteilte die Presse etwas sanfter: Der Niedersachse sei ein „ehrlicher Kämpfer“ und liebe es nicht, als „Radikalist“ abgestempelt zu werden.<sup>260</sup> Dem „breiten behäbigen Mann“ falle es qua Amt nicht leicht, zwischen „radikalen Strömungen im eigenen Lager und manchen Mißverständnissen in der Verbraucherschaft“ zu vermitteln und Kompromisse zu erzielen. Im Grunde liebe Rehwinkel aber mehr die „Stille“ der Wälder als den „Trubel“ der Großstadt. Die Grüne Woche 1964 in Berlin „findet daher diesmal ohne Rehwinkel statt“.<sup>261</sup> Auch Ludwig Erhard übermittelte dem Präsidenten ein Geburtstagstelegramm, in dem der Bundeskanzler versicherte, er und die gesamte Bundesregierung würden den „landwirtschaftlichen Berufsstand“ darin unterstützen, „einen ihm angemessenen Platz im Wirtschaftsgefüge zu sichern und zu bewahren“.<sup>262</sup>

Rehwinkel war jedoch zu sehr Strategie und Taktiker, um sich von solchen netten Gesten beeindrucken zu lassen. Interessanterweise kam es ab 1962 und verstärkt im März und April 1964 zu Kontakten mit einer Partei, die bis dahin überhaupt nicht auf Rehwinkels Agenda aufgetaucht war. Nach einer Darstellung des Sozialdemokraten Alfred Kubel, der von 1959 bis 1965 als niedersächsischer Landwirtschaftsminister amtierte, war er auf Initiative von Willy Brandt gebeten worden, ein Gespräch zwischen den drei Parteivorsitzenden der SPD (Willy Brandt, Fritz Erler und Herbert Wehner) und Rehwinkel zu vermitteln. Später wurde entschieden, dass stattdessen ein Vier-Augen-Gespräch zwischen Brandt und Rehwinkel stattfinden solle.<sup>263</sup> Willy Brandt hatte offensichtlich erkannt, dass es für einen Wählerzuwachs der SPD kein Fehler sein würde, auch die eine oder Stimme aus dem Lager der Landwirtschaft

zu gewinnen. Für Rehwinkel war das Godesberger Programm unabdingbare Grundlage einer Kooperation, weil ihm die Garantie des Eigentums sehr wichtig war.

Überraschend machte Rehwinkel am 11. März 1964 einen eigenen Vorstoß und lud Landwirtschaftsminister Kubel während einer Sitzung des Landtags ein, ihn zu besuchen. Kubel hat seine Eindrücke, die sowohl vom Ablauf als auch vom Inhalt interessant sind, sofort notiert. Ihm fiel zunächst auf, dass Rehwinkel bat, „ohne Staatssekretär zu kommen“. Kubel notierte: „Ungewöhnlich, Deetjen war engster Vertrauter und Hauptgeschäftsführer des Nieders. Landvolkverbandes!!!!“ Offensichtlich wollte Rehwinkel den früheren Funktionär des Reichsnährstandes nicht dabei haben. Kubel musste eine gute Konstitution und Kondition mitbringen. Er schrieb hierzu auf: „Ich wurde zum Sekt eingeladen, was ich 2 Stunden überstand, während die Widerstandskraft meines Partners etwas früher nachliess.“ Bemerkenswert fand der SPD-Politiker zudem den vertraulichen Umgang: „Nach wenigen Minuten war – von seiner Seite begonnen – das freundschaftliche ‚Du‘ kennzeichnend für die Atmosphäre.“ Kubel gelang es offensichtlich, den richtigen Ton zu treffen und der Eitelkeit Rehwinkels zu schmeicheln: „Ich erzielte offensichtlichen Eindruck mit meinem Vorschlag, dem Mansholt-Plan einen konkreten, also auch in Einzelheiten ausgearbeiteten ‚Rehwinkel-Plan‘ entgegenzusetzen.“ Inhaltlich gab es allerdings einige Differenzen, die zum Teil, zum Beispiel im Fall der Milchsubventionspolitik, ausgeklammert wurden. Im Zentrum des Gesprächs stand die Frage des Getreidepreises: Kubel hielt hierzu fest: Rehwinkel „hatte umfangreiche, von mir nicht ganz begriffene Begründungen dafür, dass die Franzosen ihren derzeitigen Preis erheblich manipulieren, sodass der wahre Auszahlungspreis an die Bauern erheblich höher läge, weshalb er eine Senkung des deutschen Getreidepreises um etwa DM 1,25 statt DM 2,50 für diskutabel hielt.“<sup>264</sup> Dies zeigt, dass Rehwinkel durchaus zu Kompromissen bereit war, die aber deutlich zu seinen Gunsten ausfielen.

Zu einem Gespräch zwischen Brandt und Rehwinkel kam es am 3. April 1964. Über Inhalt und Ergebnisse liegen keine Informationen vor. Brandt wurde am Tag des Gesprächs vom SPD-Agrarexperten der Bundestagsfraktion, Martin Schmidt (Gellersen),

<sup>258</sup> Interpress – Internationaler Biographischer Pressedienst vom 21.1.1964.

<sup>259</sup> Rundschau am Sonntag vom 18.10.1964.

<sup>260</sup> Bonner Rundschau vom 28.1.1964.

<sup>261</sup> Die Welt vom 27.1.1964.

<sup>262</sup> Veröffentlicht durch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung am 28.1.1964. AdsD, Sammlung Personalien Rehwinkel.

<sup>263</sup> Alfred Kubel in einem vertraulichen Brief vom 11.3.1964 an Käthe Strobel. Willy-Brandt-Archiv im AdsD, Aktengruppe A 6 Berlin 1947–1966 (alte Signatur 156). Käthe Strobel war von 1958 bis 1967 Mitglied des Europaparlaments und hatte in diesem Zusammenhang mit Agrarfragen zu tun. Sie leitete das Schreiben später mit folgendem handschriftlichen Zusatz an Brandt weiter: „Lieber Willy! Das ist Durchschrift des Briefes von Alfred Kubel über sein Gespräch mit Rehwinkel. Soweit es sich um die Bezugnahmen auf mich handelt[,] geht es um meine Begründung der Haltung der Sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments zum Mansholtplan ‚Zustimmung trotz Bedenken – Erklärung der Bedenken‘. Du solltest wohl vor dem Gespräch mit Rehwinkel den Entwurf unseres Anpassungsplans für die Landwirtschaft durchsehen, der z. Zt. noch redaktionell überarbeitet wird. Danke Käthe Strobel“.

<sup>264</sup> Alfred Kubel in einem vertraulichen Brief vom 11.3.1964 an Käthe Strobel. Willy-Brandt-Archiv im AdsD, Aktengruppe A 6 Berlin 1947–1966 (alte Signatur 156).

instruiert. Schmidt notierte für Brandt: „Rehwinkels Thema Nr. 1 wird nach wie vor der Getreidepreis sein. [...] Die Bundestagsdebatte vom 19. März hat gezeigt, daß Bundeskanzler Erhard einer konkreten Entscheidung vor den Wahlen ausweicht. Erhard ist dem Druck der Landwirte in der CDU und FDP nachgekommen. Unser Standpunkt, daß wir in den Jahren 1964/65 eine Angleichung für undurchführbar halten, aber natürlich raschestens darüber verhandeln wollen, hat den Regierungsparteien den Wahlschlager 1965 gegen uns genommen. Im übrigen ist auch Rehwinkel zu Kompromissen bereit. Er möchte nur nicht, wie er sich ausdrückt, vom 3. Stockwerk ins Wasser springen.“ Es folgte eine Reihe von konkreten Diskussionsvorschlägen. Beispielsweise lehnte die SPD zwar eine Erhöhung des Zuckerrübenpreises um 7,25 DM statt 6,75 DM je Doppelzentner, wie sie der Bauernverband forderte, aus „allgemein politischen Gesichtspunkten“ ab, erklärte sich aber dazu bereit, eine Rübenpreiserhöhung indirekt über die „Senkung der Zuckersteuer“ zu unterstützen. Die eingespargten Steueranteile sollten der Landwirtschaft zu Gute kommen. Auch bei der Frage der Milchprämie, deren Abschaffung im Januar 1964 in Brüssel beschlossen worden war, zeigten sich die Sozialdemokraten kompromissbereit: „Diese Frage ist gravierender als der Getreidepreis. Wir können eine Abschaffung erst dann ins Auge fassen, wenn dafür voller Ersatz über andere direkte Hilfen gefunden ist. Sie wird in diesem Jahr noch vorbereitet werden müssen. Es wäre gut, wenn der Deutsche Bauernverband dazu Vorschläge entwickeln würde.“ In einigen Punkten folgte die SPD voll und ganz den Vorschlägen des Bauernverbandes. So hielt Martin Schmidt fest: „Die Forderung des Deutschen Bauernverbandes auf den 3 %igen Hofkredit ist berechtigt. Einführung des Noell-Planes, wo überall möglich und durchführbar. Im übrigen Angleichung der Zinssätze an die der Partnerländer.“ Wichtig war der SPD vor allem eine wohlwollendere Behandlung in der Agrarpresse: „a) Die SPD ist bereit, den Standpunkt des Bauernverbandes ernsthaft zu prüfen. Wir haben wiederholt Mitarbeiter von Rehwinkel in Einzelfragen gehört. b) Seit zwei Jahren haben wir einen sehr engen Kontakt mit Rehwinkel und dem Deutschen Bauernverband. Diese Kontakte werden auch in Zukunft notwendig sein. c) Es wäre die Erwartung auszusprechen, daß die (in der Deutschen Bauernzeitung) unberechtigten Angriffe nach der grünen Debatte auf die SPD und ihre Sprecher in Zukunft unterbleiben, um die Zusammenarbeit nicht zu gefährden.“<sup>265</sup>

Die avisierte verstärkte Zusammenarbeit zwischen Rehwinkel und Brandt sowie dem Deutschen Bauernverband und der SPD scheint nicht weiter verfolgt worden zu sein, zumindest läßt sich in den Akten nichts finden. Dafür könnte es mehrere Gründe geben, über die hier nur spekuliert werden kann. Eine Rolle dürfte die Ostpolitik Brandts gespielt haben, die Rehwinkel ablehnte. Die Spaltung Deutschlands war für

<sup>265</sup> Martin Schmidt/Gellersen am 3.4.1964 an Willy Brandt. Willy-Brandt-Archiv im AdsD, Aktengruppe A 6 Berlin 1947-1966 (alte Signatur 156), Hervorhebung im Original. Zum Noell-Plan siehe Pohl/Schneider, Die Rentenbank, S. 222.

ihn zwar eine „blutende Wunde“,<sup>266</sup> die Unverletzlichkeitserklärung der innerdeutschen Grenze, die in den Verträgen von Moskau und Warschau des Jahres 1970 garantiert wurde, und die damit erfolgte Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze, wertete er als „Verzichtverträge“.<sup>267</sup> Das Thema „DDR“ thematisierte Rehwinkel nach der Erinnerung eines Zeitzeugen jedoch nicht besonders häufig im Bauernverband. Die allgemeine Auffassung war: „Die Landwirte dort sind nicht frei.“<sup>268</sup> Für Rehwinkel wurden die Bauern in „Mitteldeutschland“ – die Begriffe „DDR“ und „Ostdeutschland“ vermied er wohl bewusst – „in die Zwangsjacke der sogenannten Landwirtschaftlichen Produktionsgemeinschaften, der LPG’s hineingepreßt“. Der „seine Freiheit liebende, in Selbstverantwortung auf eigenem Hofe schaffende Bauer“ passe nicht in das Bild einer kommunistischen Gesellschaftsordnung. Die „freie Landwirtschaft mit den bäuerlichen Betrieben als Kern“, wie sie in Westeuropa vorherrschte, hatte für Rehwinkel „sowohl die höhere Flächenproduktion als auch die größere Arbeitsproduktivität“ und war der Landwirtschaft Osteuropas „bei weitem überlegen“.<sup>269</sup>

Der Kontakt zu Bundeskanzler Ludwig Erhard gestaltete sich zunächst, wie bereits vermutet, schwierig. Auf der Frühjahrstagung der Agrarsozialen Gesellschaft am 21. Mai 1964 in Saarbrücken hielt Rehwinkel eine Rede zum Thema: Soziale Sicherheit aus der Sicht des landwirtschaftlichen Berufsstandes. Ausgehend vom angeblich „goldenen Zeitalter“ der Landwirtschaft zwischen 1850 und 1880 schilderte der Bauernverbandspräsident den sozialen „Abstieg des Bauerntums bzw. Landvolks“, der sich „langsam, aber unerbittlich“ vollzog. Die Rede mündete in eine offene Drohung gegenüber der Regierung und dem Bundeskanzler: Er, Rehwinkel, wünsche sich, dass die Regierung Erhard „die Zeichen der Zeit richtig deuten möge“. Noch stehe das Landvolk „hinter ihr und den Koalitionsparteien, die sich in der Getreidepreisfrage in vorbildlicher Weise vor uns gestellt haben“. Wörtlich hieß es weiter: „Wehe aber, wenn das Landvolk sich eines Tages in dieser lebenswichtigen Frage betrogen fühlt, oder aber der Verbesserung seiner Lebensbedingungen auch weiterhin ein stures Nein entgegengesetzt wird. Die Folgen würden für uns und weite Teile unserer Wirtschaft und unseres Volkes schmerzlich, für die Regierung Erhard aber verhängnisvoll sein.“<sup>270</sup>

<sup>266</sup> Eröffnungsansprache von Edmund Rehwinkel anlässlich der Kundgebung des Deutschen Bauernverbandes in Berlin am 29. Januar 1955. NLA Hannover V.V.P. 38, Nr. 27.

<sup>267</sup> Rehwinkel, Aphorismen, S. 62.

<sup>268</sup> Rudolf Schnieders im Interview mit dem Verfasser am 8.10.2016.

<sup>269</sup> Ansprache des Präsidenten des Deutschen Bauernverbandes, Edmund Rehwinkel, auf der Eröffnungsfeier der „Internationalen Grünen Woche 1966“ am 28. Januar in Berlin. Willy-Brandt-Archiv im AdsD, Aktengruppe A 6 Berlin 1947-1966, Alte Signatur: 146 (Reden).

<sup>270</sup> Vortrag von Präsident Edmund Rehwinkel auf der Frühjahrstagung der Agrarsozialen Gesellschaft am 21. Mai 1964 in Saarbrücken. Thema: Soziale Sicherheit aus der Sicht des landwirtschaftlichen Berufsstandes.

Dieser angriffslustigen Rede folgte ein vertrauliches Schreiben, das Rehwinkel dem Bundeskanzler am 12. Juni 1964 schickte. Darin setzte er sich kritisch mit der Konjunktur-, Handels- und Preispolitik der Bundesregierung auseinander. Der Brief wurde der Presse zugespielt, die daraus Teile veröffentlichte. So wurde eine Passage publik, in der es hieß: „Nach 14 Jahren der Vertröstung“ helfe „kein Maulspitzen“ mehr, jetzt müsse „gepiffen“ werden. Wenn der Bauernverband nicht feste Zusagen erhalte, müsse er überlegen, ob er mit Erhard weiter „Arm in Arm“ marschieren könne.<sup>271</sup> Vor allem der Ton des Schreibens löste in den Bonner Regierungskreisen „Verärgerung und Kopfschütteln“ aus.<sup>272</sup> Das Flaggschiff der deutschen Presse, die Frankfurter Allgemeine Zeitung, schrieb, der Brief lasse „weder die Achtung vor dem Amt des Kanzlers noch Achtung vor dem Manne, der dieses Amt inne hat, erkennen“. Rehwinkels Brief sei „geschmacklos“. Am schlimmsten aber sei, dass man den Kanzler als „geheimen Verbündeten“ des Bauernverbandes hinstelle. Der Kanzler dürfe sich in dieser Form „nicht kompromittieren lassen“.<sup>273</sup>

Rehwinkel suchte nun einerseits den persönlichen Kontakt mit Erhard, den er, wie Ende August 1964 bekannt wurde, zu sprechen wünschte. Andererseits wurde die Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit und in der Presse aber fortgesetzt. So wurde der Niedersachse auf der „Niederbayernschau“ in Landshut Mitte Oktober 1964 mit den Worten zitiert: „Wir mißtrauten dem Bundeswirtschaftsminister Erhard 12 Jahre lang, und jetzt mißtrauen wir dem Bundeskanzler Erhard“. Seine Rede soll „tosenden Beifall“ ausgelöst haben.<sup>274</sup> Ein Gespräch zwischen dem Bundeskanzler und dem Bauernverbandspräsidenten kam am 30. November 1964 zustande. Ob das Gespräch tatsächlich so herzlich verlief, wie teilweise dargestellt wurde, sei dahingestellt. Rehwinkel drohte vorab mit „Protestkundgebungen“ der Bauern, wie sie Bonn „noch nie erlebt“ habe, und forderte 1,2 Mrd. Mark an Subventionen als Ausgleich für die Angleichung des deutschen Getreidepreises. Erhard gestand schließlich als „Bereinigung des Vorfeldes“, das heißt zur Verbesserung der Wettbewerbsposition der deutschen gegenüber den französischen Bauern, für das Jahr 1965 rund 840 Millionen an Haushaltsmitteln und für jedes weitere Jahr 1,1 Mrd. DM zu. Die Nachgiebigkeit des Bundeskanzlers mag erstaunen, zumal die Bundesregierung eine Steuersenkung in Höhe von drei Mrd. Mark beschlossen hatte. Zweifellos wussten aber beide Gesprächspartner um die Schwäche der Regierung Erhard ein Jahr vor der Bundestagswahl des Jahres 1965. Immer deutlicher wurde, dass der Bauernverbandspräsident der EWG zunehmend misstraute. So war folgender Satz Rehwinkels in der Presse zu lesen: „Ich verlasse mich auf eine kommende Bundesregierung, auch wenn sie sozialistisch sein sollte, mehr als auf Mansholt und seine Anhänger in Brüssel.“<sup>275</sup>

<sup>271</sup> Zit. nach der Oldenburgischen Volksstimme vom 18.7.1964.

<sup>272</sup> Die Welt vom 20.7.1964.

<sup>273</sup> FAZ vom 17.7.1964.

<sup>274</sup> Münchner Merkur vom 17.10.1964. Vgl. auch die FAZ vom 27.8.1964, 10.10.1964 und Die Welt vom 10.10.1964.

Wider Erwarten gewann die CDU/CSU die Bundestagswahl am 19. September 1965 relativ deutlich mit 47,6 % der Zweitstimmen und konnte ihren Stimmenanteil gegenüber 1961 sogar noch um 2,3 Prozentpunkte steigern. Die SPD verbesserte sich auf 39,3 %, die FDP verschlechterte sich auf 9,5 %. Erhard ging eine Koalition mit den Freien Demokraten ein und bildete sein zweites Kabinett, das aber nur etwa ein Jahr regierte, weil die Liberalen am 27. Oktober 1966 die Koalition mit der CDU/CSU beendeten. Wichtige Faktoren, die die Regierungskrise auslösten, waren die Rezession und das Haushaltsdefizit. Am 1. Dezember 1966 bildeten CDU/CSU und SPD eine Große Koalition mit Kurt Georg Kiesinger als Bundeskanzler und Willy Brand als Bundesaußenminister und Vizekanzler.

Bereits am 26. Oktober 1965 wurde Hermann Höcherl (CSU) als neuer Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten vorgestellt, der Werner Schwarz ablöste. Diese Neubesetzung war auf den Wunsch der CSU zurückzuführen, „die agrarpolitischen Belange des südlichen Teils der Bundesrepublik Deutschland im allgemeinen, des bayerischen Raumes im besonderen stärker zu Geltung zu bringen“. Betont wurde zudem das „ausgeglichene Verhältnis“ zwischen Höcherl und Rehwinkel. Beamteter Staatssekretär blieb Rudolf Hüttebräuker.<sup>276</sup>

Rehwinkel und Höcherl hatten in der Tat ein gutes Verhältnis. Ungewöhnlich ist zum Beispiel, dass der Bundesminister später den ehemaligen Bauernverbandspräsidenten in einem offiziellen Schreiben mit „Sehr geehrter Freund“ anredete.<sup>277</sup> Rehwinkel hielt sich bei Kritik eher an den Bundeskanzler als an den Bundeslandwirtschaftsminister. So teilte er Erhard nach der Kabinettsumbildung mit, er habe am 3. November 1965 eine „erste grundsätzliche Besprechung mit Herrn Bundesminister Höcherl gehabt, in deren Verlauf wir eine weitgehende Übereinstimmung in vielen der heute anstehenden Fragen erzielt haben“. Dieser positiven Rückmeldung folgte sogleich eine Warnung an den Bundeskanzler: Im Zusammenhang mit den Beratungen zum Bundeshaushalt 1966 sehe er, Rehwinkel, Anlass, wie folgt Stellung zu nehmen: „Wie Sie sich erinnern werden, habe ich vor und während unserer Verhandlungen über die Getreidepreissenkung vor einer Steuersenkung gewarnt.“ Im Stile eines Finanz- und Wirtschaftsfachmanns wies Rehwinkel auf das verringerte Steueraufkommen, die „Misere auf dem Kapitalmarkt“, die „Verschlechterung der Handelsbilanz“, das verlangsamte Wirtschaftswachstum und die „Lohn-Preis-Spirale“ hin. Und nun solle „der Etat an allen Ecken und Enden gekürzt werden, und das auch bei uns“. Dies sei umso schlimmer, als die Landwirtschaft „bisher so eine Art Stiefkind der allgemeinen Wohlstandsentwicklung“ gewesen

<sup>275</sup> FAZ vom 12.12.1964. Die Welt vom 12.12.1964. Vgl. auch Der Spiegel 52/1964, S. 20-28 (mit einem Interview mit Rehwinkel).

<sup>276</sup> Alle Zitate Kluge, Vierzig Jahre Agrarpolitik, Bd. 2, S. 14 f.

<sup>277</sup> Hermann Höcherl am 23.9.1969 an Edmund Rehwinkel in dessen Funktion als Präsident des Niedersächsischen Landvolks. NLA Hannover, V.V.P. 38, Nr. 34.

sei. Der Bauernverband sei bereit, sich mit einigen Kürzungen im Bundeshaushalt abzufinden, „soweit sich das vor unseren Bauern verantworten läßt und sofern nicht besonders lebenswichtige Dinge“ davon betroffen seien. Unantastbar seien aber „die Milchprämie, die Zinsverbilligungen, die Dieselmotorenverbilligung und die sozialen Maßnahmen zugunsten der Landwirtschaft“. Er, Rehwinkel, wolle „ausdrücklich davor warnen“, im Bereich der „Vorfeldbereinigung bzw. des EWG-Anpassungsgesetzes“ Kürzungen vorzunehmen. Hier liege ein „eindeutiges Versprechen“ des Bundeskanzlers und der gesamten Koalition vor. Weiter betonte der Bauernverbandspräsident: „auch ich würde das Gesicht verlieren, wenn ich nicht auf der Einlösung der uns gemachten Zusagen bestünde“. Es folgte eine Reihe von konkreten Maßnahmen und Wünschen. So wandte sich Rehwinkel gegen eine „Aufstockung“ der Einfuhren von Rindern und Schweinen sowie Fleisch „auf das Fünf- bzw. Sechsfache der gleichen Monate des Vorjahres“. Auch eine Ausfuhr von Butter in der Höhe von 20.000 Tonnen sei unvermeidlich. Insgesamt erwarte man, dass „in Brüssel keine neuen Vorleistungen gemacht bzw. Abkommen getroffen werden, die bei Milch und Milchprodukten und bei Zuckerrüben und Obst und Gemüse die Opfer der westdeutschen Getreidepreissenkung noch vermehren“. Abschließend wies Rehwinkel darauf hin, dass die westdeutschen Bauern „wenn man ihnen nur halbwegs Gerechtigkeit widerfahren läßt – zur Stange halten“. Das habe nicht zuletzt die Bundestagswahl gezeigt. Zudem kündigt er an, sich um einen Termin beim Bundeskanzler zu bemühen.<sup>278</sup> Als dieser nicht zustande kam, folgte ein zweites Schreiben an den Regierungschef.<sup>279</sup>

Im Sommer 1966 war noch einmal eine Verschärfung nach Inhalt und Ton feststellbar. Auf einer außerordentlichen Mitgliederversammlung des Deutschen Bauernverbandes im Juli 1966 forderte Rehwinkel einen dreijährigen Lohn- und Preisstopp für einen Großteil des industriellen Sektors und den Dienstleistungsbereich. An die Stelle „planloser Marktwirtschaft“ müsse eine Politik treten, die ein „gleichmäßiges Wachstum“ der gesamten Volkswirtschaft garantiere. Sonderregelungen sollten den schwächelnden Wirtschaftsbereichen, der Landwirtschaft, der Eisen- und Stahlindustrie sowie dem Kohlebergbau zugutekommen. Der Landwirtschaft hätten in den letzten elf Jahren 40 Mrd. DM gefehlt. Rehwinkel trat mehr oder weniger offen für eine staatlich gelenkte Wirtschaft ein und wandte sich gegen einen liberalisierten Außenhandel. Viele Korrespondenten konstatierten, die Rede habe „in Bonner wirtschaftspolitischen Kreisen trotz langjähriger Gewöhnung“ an solche Angriffe „nachhaltiges Kopfschütteln“ hervorgerufen. Für Erstaunen sorgte auch, dass Rehwinkels Präsidiumskollege Bernhard Bauknecht die Rede als „staatsmännisch“ bezeichnete. Eine „klärendes Gespräch“ mit

<sup>278</sup> Edmund Rehwinkel am 7.11.1965 an Ludwig Erhard. AdL, Bestand Scheel, A 33-50, Bl. 36–41. Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit Walter Scheel erhielt ebenso wie Bundeslandwirtschaftsminister Höcherl, Bundesfinanzminister Dr. Dahlgrün, und der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Rainer Barzel, einen Durchschlag des Schreibens.

<sup>279</sup> Edmund Rehwinkel am 7.11.1965 an Ludwig Erhard. AdL, Bestand Scheel, A 33-50, Bl. 36–41.

dem Kanzler wurde als nicht mehr möglich angesehen.<sup>280</sup> Ein Teil der Presse interpretierte Rehwinkel sogar in der Form, er habe den „Rücktritt“ des Kanzlers gefordert.<sup>281</sup> Es mehrten sich die kritischen Stimmen, die konstatierten, dass weder „Demonstrationen noch Subventionen“ den Anpassungsprozess aufhalten könnten, in dem sich die Landwirtschaft seit zwei Jahrzehnten befinde. „Ob es Rehwinkel paßt oder nicht, die Verbesserung der Agrarstruktur bleibt deshalb zentrale Aufgabe der Agrarpolitik.“ Die Notwendigkeit dieses Anpassungsprozesses sei „keine Erfindung, liberalistischer Marktwirtschafts-Apostel“.<sup>282</sup> Die Wortwahl zeigt, dass Rehwinkel Gefahr lief, indirekt in das Fahrwasser einer NS-freundlichen Wirtschaftsauffassung gestellt zu werden, denn die Ablehnung einer „liberalistischen“ Wirtschaftspolitik war in der NS-Zeit propagiert worden. In dieselbe Richtung gingen Forderungen nach „Einschränkungen der Tarifautonomie“ und die Einsetzung eines Zwangsschlichters, die vom Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände als Eingriff in die Tarifautonomie entschieden zurückgewiesen wurden.<sup>283</sup>

Gemäßigter äußerte sich Rehwinkel auf dem Deutschen Bauerntag in Düsseldorf am 16. Juli 1965, als er die Meinung vertrat, zwischen Kanzler Erhard und ihm habe sich im Verlauf des letzten Jahres ein „echtes Vertrauensverhältnis“ herausgebildet.<sup>284</sup> Ob diese Auffassung nach den harschen Angriffen ernst genommen wurde, sei dahin gestellt. Die Frage nach dem Verhältnis zum Bundeskanzler wurde für die Öffentlichkeit in dem Moment überflüssig, als Erhard am 30. November 1966 von seinem Amt zurücktrat. Mit dem Regierungswechsel am 1. Dezember 1966 kam Rehwinkel nach seinem Gefühl vom Regen in die Traufe. Die nun regierende Große Koalition aus CDU/CSU und SPD bereitete ihm einen unvergleichlichen „Alpdruck“.<sup>285</sup> Der Einfluss des Bauernverbandes ging nach Rehwinkels Meinung weiter zurück, weil die Möglichkeit, über eine oder mehrere kleine Parteien, die an der Regierung beteiligt waren, Druck auszuüben, entfiel. Der Bauernverbandspräsident suchte ziemlich verzweifelt nach Mitteln und Wegen, den Einfluss der Landwirtschaft zu steigern. Eine Variante war, dass er verstärkt mit der damals noch relativ hohen Zahl an Nebenerwerbslandwirten argumentierte. So legte er in dieser Zeit beispielsweise dar, dass sich die Zahl der landwirtschaftlichen „Vollbetriebe“ in der BRD zwar nur noch auf etwa 475.000 belaufe, die Zahl der Nebenerwerbsbetriebe aber auf rund 900.000, so dass es zusammen immer noch rund 1,4 Millionen landwirtschaftliche Betriebe gebe.<sup>286</sup> Dies fiel der Presse zunehmend auf. Eine andere Variante, die im Folgenden dargestellt wird, brachte ihm viel Kritik ein.

<sup>280</sup> Die Welt vom 7. und 8.7.1966. Frankfurter Rundschau vom 7.7.1966. FAZ vom 7.7.1966.

<sup>281</sup> Rheinische Post (Düsseldorf) vom 7.7.1966.

<sup>282</sup> Die Welt vom 9.7.1966.

<sup>283</sup> Handelsblatt vom 30.11.1966.

<sup>284</sup> Rehwinkel, Die Agrarpolitik des Deutschen Bauernverbandes, S. 11.

<sup>285</sup> Edmund Rehwinkel am 30.12.1968 an Franz-Josef Strauß. NLA Hannover, V.V.P. 38, Nr. 34.

<sup>286</sup> Frankfurter Rundschau vom 10.12.1966.

## 12. Rehwinkel und die NPD

Die am 28. November 1964 als rechtsextreme Sammelpartei gegründete Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) hatte 1966 erste parlamentarische Erfolg eingefahren, als sie mit 7,9 % der Stimmen in den hessischen und am 20. November 1966 mit 7,4 % der Stimmen in den bayerischen Landtag eingezogen war. 1967 folgten weitere Wahlerfolge bei den Landtagswahlen in Niedersachsen (7 %), Bremen (8,9 %), Rheinland-Pfalz (6,9 %) und Schleswig-Holstein (5,8 %). Den Abschluss bildete 1968 Baden-Württemberg, wo die Rechtsextremen 9,8 % der Stimmen erhielten. Edmund Rehwinkel wies das erste Mal in seiner Rede auf der 28. Mitgliederversammlung des Deutschen Bauernverbandes am 29. November 1966 in Bonn auf die NPD hin: Die Wahlen in Hessen und Bayern hätten, „ganz deutlich die Unzufriedenheit breiter Kreise des Volkes mit der Innen- und Außenpolitik und der allgemeinen Wirtschaftspolitik der Bonner Parteien und ihrer führenden Männer“ gezeigt. Dabei sei „die grosse Masse der unzufriedenen Wähler diesmal durchaus noch in ihren alten parteipolitischen Gleisen geblieben, einmal, weil sie auf jene Erneuerung bzw. Ergänzung der Führerschicht in den alten Parteien wartet [...] und zum anderen, weil die meisten Wähler und Nichtwähler im Bundesgebiet der neuen NPD noch nicht so recht über den Weg trauen“.<sup>287</sup>

Aus diesen noch relativ zurückhaltenden Äußerungen wurden bald handfeste Drohungen. Am 21. Januar 1967 erklärte Rehwinkel in einem Gespräch mit der Deutschen Presseagentur, ein großer Teil der niedersächsischen Bauern habe sich inzwischen der NPD zugewandt. Sie sähen diese Partei als Ersatz für die frühere Deutsche Partei an. Wenn die NPD die Erwartungen der Bauern erfülle und einen klaren konservativen Kurs steuere, habe sie im politischen System der BRD eine Berechtigung, wenn sie einen anderen Weg einschlage, werde sie sich selbst „zugrunde richten“. Rehwinkel wies in diesem Gespräch auch darauf hin, dass es bereits Anfang Dezember 1966, also kurz nach Bildung der Großen Koalition, zu einem Treffen zwischen ihm sowie „vier Landwirten seines eigenen ‚Führungskorps‘“ und der NDP gekommen sei. An diesem Treffen hätten auch der NPD-Parteivorsitzende Fritz Thielen und sein Stellvertreter Adolf von Thadden teilgenommen. Die Parteichefs hätten keine Forderungen gestellt, sondern lediglich gebeten, die NPD wie „jede andere“ Partei zu betrachten.<sup>288</sup> Nach einer anderen Darstellung fand das Gespräch mit der NPD erst Ende Dezember statt, und zwar in der „Wohnung“ Rehwinkels. An dem Meinungsaustausch in „sehr guter Atmosphäre“ hätten auch drei Landwirte teilgenommen, die dem „NPD-Agrarauschuß“ angehörten.<sup>289</sup>

<sup>287</sup> ACDP, Sammlung Personalien Edmund Rehwinkel.

<sup>288</sup> ACDP, Sammlung Personalien Edmund Rehwinkel.

<sup>289</sup> Frankfurter Rundschau vom 24.1.1967 (unter Berufung auf Informationen von Adolf von Thadden).

<sup>290</sup> Frankfurter Rundschau vom 24.1.1967, Vgl. auch Die Rheinpfalz (Ludwigshafen) vom 14.1.1967.

Zur Kürzung der Fördermittel im Agrarhaushalt vgl. auch NLA Hannover V.V.P. 38, Nr. 312.

Die Kontroverse um die NPD fiel in eine Zeit, als die Große Koalition eine Kürzung der Agrarsubventionen in Höhe von 4 Mrd. DM um 433 Millionen DM beschlossen hatte. Die Reaktion der Bundesregierung, die durch ihren Regierungssprecher verkündet wurde, lautete, dass sie sich nicht erpressen lasse. Die Öffentlichkeit solle selbst entscheiden, „ob die Drohung Rehwinkels mit möglichen Stimmabwanderungen an die NPD als guter Stil zu bezeichnen sei“.<sup>290</sup> Die Meldungen wurden nun widersprüchlich und besagten einerseits, Rehwinkel habe sich von seiner „Drohung“, die Bauernschaft könne zum Teil die NPD unterstützen, distanziert.<sup>291</sup> Andererseits wurde berichtet, Rehwinkel habe in einer Spätsendung des Saarländischen Rundfunks vom 25. Januar 1967 erklärt, er fände es „nicht schlecht“ wenn einige Hunderttausend Bauern die NPD wählten. Dieses von Axel Buchholz geführte Interview ist aber auch ein Beispiel dafür, dass Rehwinkel Dinge in den Mund gelegt wurden, die er nicht gesagt hatte. So antwortete er auf die Frage, ob er selbst NPD wählen würde, das sei eine „Gewissensfrage“. Soweit wurde er korrekt widergegeben. Weiter hieß es, der Bauernverbandspräsident habe gesagt, er persönlich glaube nicht, dass diese Partei die „Geister der Vergangenheit“ heraufbeschwöre.<sup>292</sup> Tatsächlich stellte aber Buchholz fest, „Ja, nun sagen ja viele, daß die NPD die Geister der Vergangenheit wieder herauf beschwört“, worauf Rehwinkel antwortete: „Na ja, sagen kann man viel.“ Er glaube daran nicht. Das Interview war sicherlich keine Meisterleistung. Im Grunde wollte der Reporter hören, dass Rehwinkel bereit sei, die NPD zu wählen und dies auch seinen Berufskollegen empfehle. Die Hörer erfuhren ziemlich viel über Rehwinkel, auch über sein Wahlverhalten, mehr als ihm hinterher vielleicht lieb war. So behauptete Rehwinkel, er sei parteipolitisch noch nie gebunden gewesen, was nachweislich falsch war. Früher habe er die Deutsche Partei gewählt, dann die CDU, „in den letzten Jahren die FDP“, und dies werde er „wohl weiter tun“. Auf die Frage, wie er sich verhalten würde, wenn die NPD sich zu einer „konservativen Partei“ entwickeln würde, antwortete er: „Jawohl, wenn sie also eine Partei würde, also wie früher die Deutsch-Nationalen oder die National-Liberalen früher, oder wie die alte DP, dann würde ich sie auch wählen, selbstverständlich.“ Die Bauern müssten flexibler werden, müssten „mit dem Stimmzettel in der Hand“ ihre „Unzufriedenheit“ zum Ausdruck bringen. Eine Wahloption sei auch die SPD, die „sehr viel weniger schuld“ an der Agrarmisere habe als die CDU. Er sei für „demokratische Maßnahmen“ und wolle keine „Kampfmaßnahmen“ wie Treckeraufmärsche und Straßensperren.<sup>293</sup> Die Äußerungen im Saarländischen Rundfunk führten zu einer scharfen Kritik des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der die Meinung vertrat: „Das ist der Versuch politischer Erpressung.“<sup>294</sup>

<sup>291</sup> Die Welt vom 24.1.1967.

<sup>292</sup> ACDP, Sammlung Personalien Edmund Rehwinkel. Vgl. auch Ewert, Rehwinkel, S. 119, der von einem „Telefoninterview des Saarländischen Rundfunks“ spricht.

<sup>293</sup> Telefon-Interview aus der Sendung „Zwischen heute und morgen“ am Dienstag, dem 24.1.1967 von 21-23 Uhr. Das Interview fand also bereits am 24.1.1967 und nicht am 25.1.1967 statt. Abschrift im BArch Koblenz, B 428/85.

<sup>294</sup> Pressemeldung der DPA vom 26.1.1967 basierend auf einem Artikel der DGB-Zeitung Welt der Arbeit.

Die Kontroverse um die NPD wurde für Rehwinkel auch privat zunehmend zu einer Belastung. Der Spiegel widmete ihm zwar im Februar 1967 eine Titelgeschichte „Bauern gegen Bonn“, bezeichnete ihn als „Führer der grünen Front“ und druckte ein langes Interview ab, hielt aber gleichzeitig wenig schmeichelhaft fest, der „erdverwachsene“ Rehwinkel versuche, seine „bäuerliche Rhetorik“ durch „eingestreute Anglizismen zu verfeinern“. Vor allem aber wurde der Sohn des Bauernverbandspräsidenten, Hans-Jürgen Rehwinkel, wenig vorteilhaft als tumber Radikaler dargestellt. „Rehwinkel junior“ sei lediglich „mit Rücksicht auf den Vater“ noch nicht in die NDP eingetreten. Er erwarte von den Nationaldemokraten eine „diktatorische Demokratie“ oder „demokratische Diktatur“, in der beispielsweise „Taximörder enthauptet und Sittenstrolche entmannt“ würden.<sup>295</sup> Bei den niedersächsischen Kommunalwahlen des Jahres 1968 kandidierte Hans-Jürgen Rehwinkel als Parteiloser auf der Liste der NPD.<sup>296</sup> Nach einer Darstellung in der rechtsextremen Presse erfolgte die Kandidatur „mit Vaters Zustimmung“,<sup>297</sup> wovon in der Tat auszugehen ist.

Nach dem Tod Edmund Rehwinkels 1977 versuchten die National-Zeitung und ihr Umfeld das Wirken des „hervorragenden niedersächsischen, deutschen und europäischen Bauernführers“ für sich auszuschlachten: Die „deutsch-nationale Gesinnung“ habe Rehwinkel „stets Kontakt zur politischen Rechten“ halten lassen. Er habe nicht nur regelmäßig die National-Zeitung gelesen, sondern auch „engste Verbindung“ zu Redaktion gehalten und mit den „politischen Grundauffassungen“ völlig übereingestimmt. Auch vor geschichtsrevisionistischen Themen machte das Blatt keinen Halt und zitierte Rehwinkel mit den Worten: „An eine Alleinschuld Deutschlands am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges habe ich nie geglaubt.“<sup>298</sup>

Eine weitere Folge war, dass das Ministerium für Staatssicherheit der DDR auf Edmund Rehwinkel aufmerksam wurde und am 21. August 1968 einen „Objektvorgang“ anlegte. Dies war insofern ungewöhnlich, als Objektvorgänge eigentlich dazu dienten, Organisationen, Institutionen oder Betriebe auszuspähen und zu bekämpfen. Zudem wurde Rehwinkel in den Karteien F 16 (Personenkartei) und F 22 (Vorgangskartei) erfasst. In der Personenkartei wurde unter der Rubrik „Parteien/Organisationen“ „NPD“ notiert.<sup>299</sup> Ein Beweis dafür, dass Edmund Rehwinkel Mitglied der NPD war, ist dieser undatierte Eintrag nicht. Wahrscheinlich hat das Ministerium für Staats-

sicherheit lediglich die Berichterstattung der Presse ausgewertet. Rehwinkel gab in diesem Zusammenhang eine Erklärung ab, in der es hieß: „Ich gehöre aber weder der NPD an noch begünstige ich sie.“<sup>300</sup>

Resümierend ist festzuhalten: Auch wenn an der demokratischen Einstellung Edmund Rehwinkels nicht zu zweifeln ist, so gibt es doch einige Indikatoren, die auf eine zeitweise Nähe zur NPD hinweisen: sein Populismus, die Auswahl seiner engsten Mitarbeiter, über die noch zu sprechen sein wird, sowie das Verhalten der Familie insgesamt. Andererseits muss man darauf hinweisen, dass Rehwinkel in dieser Zeit auf der Suche nach Alternativen war und in diesem Zusammenhang auch mit linken Initiativen in Kontakt kam. So wurde er durch den Professor für Soziologie der Universität Marburg, Werner Hofmann, über den „Gießener Kreis“ informiert, der an einem „Wahlbündnis für 1969“ arbeitete. Dem Kreis gehörten Neomarxisten wie Wolfgang Abendroth und Ernst Bloch an. Hofmann versuchte, Rehwinkel dadurch zu gewinnen, dass er schrieb, eine rechtsradikale Partei könne „kein ehrlicher Partner für unsere Landwirte“ sein. Man arbeite an einem „tragfähigen Agrarprogramm“. Allerdings antwortete Rehwinkel, dass in dem Aufruf zum Wahlbündnis „eine ganze Reihe von Aussagen sind“, denen er „keinesfalls zustimmen“ könne. Zudem sei er als Präsident des Deutschen Bauernverbandes „seit jeher parteipolitisch unabhängig“ und wolle „dies auch bleiben“. Auch mache die Idee eines Wahlbündnisses „parlamentarischer und außerparlamentarischer Kräfte“ für ihn nur bedingt Sinn. Letzten Ende müsse es „doch auf eine Parteigründung hinauslaufen“.<sup>301</sup> Auch wenn Rehwinkel später nachgesagt wurde, dass sein Verhältnis gegenüber den in seiner Amtszeit sehr zahlreichen bäuerlichen Abgeordneten nur rudimentär ausgebildet gewesen sei und er kaum einen Parlamentarischen Abend durchgeführt habe, so muss man doch festhalten, dass er das Parlament und die Regierung als Machtzentren ansah und in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre keinen besonderen Wert auf außerparlamentarische Aktionen legte.

<sup>295</sup> Der Spiegel 8/1967, S. 22-26 (Artikel), S. 27-35 (Interview). Der Ausdruck „erdverwachsen“ ist eine Anspielung auf das Niedersachsenlied, die inoffizielle Hymne des Landes. Im Refrain heißt es: „Wir sind die Niedersachsen, sturmfest und erdverwachsen“.

<sup>296</sup> Munzinger-Archiv, Lieferung 48/69 vom 29.11.1969.

<sup>297</sup> Deutscher Anzeiger vom 11.2.1977.

<sup>298</sup> Deutscher Anzeiger vom 11.2.1977. Siehe auch Deutscher Bauer (Beilage zur National-Zeitung) vom 25.1.1974. Das Zitat Rehwinkels stammt angeblich aus einem Interview mit der Redaktion der National-Zeitung.

<sup>299</sup> BStU, MfS AS 137/76 Bd. 53 DB sowie die Karteikarten F 16 und F 22 zu Edmund Rehwinkel. Siehe auch: Das MfS-Lexikon, Art. F 16, F 22 und Objektvorgang.

<sup>300</sup> Erklärung des Präsidenten des Deutschen Bauernverbandes, Edmund Rehwinkel, zu den Auseinandersetzungen mit der neuen Bundesregierung. Celle, den 26.1.1967. BAArch Koblenz, B 428/85.

<sup>301</sup> Edmund Rehwinkel am 15.7.1968 an Werner Hofmann. NLA Hannover, V.V.P. 38, Nr. 34.

### 13. Der Rücktritt

Am 7. März 1967 erlebte die Dortmunder Westfalenhalle mit einem außerordentlichen Bauerntag einen der letzten großen Auftritte Edmund Rehwinkels. Die Stimmung war wegen Kürzungen der Fördermittel im Agrarhaushalt, dem Sinken des Milchpreises für 1967/68 auf 38,5 Pf/kg frei Hof und dem Abbau der Milchförderungsprämie des Bundes aufgeheizt. Vor 30.000 Landwirten verkündete der Präsident seine Botschaft vom Podium: „Meine Gegner möchten mich lieber heute als morgen abschießen, aber das gelang ihnen nicht, weil das Bauerntum aufgesessen und Lanzen eingelegt hinter mir hielt.“ Auch Bundeslandwirtschaftsminister Höcherl wurde dieses Mal nicht von Kritik verschont. Dieser habe zwar in Brüssel eine „gute Klinge“ für die Bauern geschlagen, den Streichungen im Bundeshaushalt aber zu wenig Widerstand entgegengesetzt. Als NPD-Anhänger Plakate entrollten, wies Rehwinkel darauf hin: „Für politische Transparente haben wir hier keinen Platz.“ Eine Reportage hielt dazu weiter fest: „Seine Bauern piffen und johlten so lange, bis auch das letzte Plakat wieder eingerollt wurde oder zerfetzt von der Balustrade in die Halle herabsegelte“.<sup>302</sup>

Edmund Rehwinkel gab sich 1967 und bis Herbst 1968 noch ausgesprochen kämpferisch. Die Streitpunkte und Kontroversen wurden eher mehr als weniger: Im Oktober 1967 sanken mit dem Beginn der gemeinsamen EWG-Agrarpreispolitik die Großhandelspreise für Weizen gegenüber dem Vorjahr um 5,50 DM je Doppelzentner, für Roggen um 5 DM und für Braugerste um 6 bis 7 DM. 1968 und 1969 drohten Preisnachteile gegenüber Frankreich wegen einer möglichen Aufwertung der Mark und der Abwertung des Franc. Das geplante Städtebauförderungsgesetz sollte es den Kommunen erleichtern, Grundstücksgeschäfte zu kontrollieren und unverkäufliche Grundstücke zu enteignen. Rehwinkel sah darin einen Verstoß gegen das Eigentumsrecht, zwar noch „kein allgemeines Bodenreformgesetz“, aber einen ersten Schritt in diese Richtung.<sup>303</sup> In seiner direkten Art, Probleme zu benennen, ohne dabei auf den Status seines Gegenübers Rücksicht zu nehmen, schrieb er am 11. September 1968 an Hermann Höcherl in der Frage des Bodenrechts bezüglich des Entwurfs eines Städtebauförderungsgesetzes: „Sehr geehrter Herr Bundesminister! Dankend bestätige ich den Eingang Ihres Schreibens in obiger Angelegenheit. Der Inhalt Ihres Schreibens hat mich leider nicht befriedigt, im Gegenteil, er hat bei mir den Eindruck verstärkt, daß die ganz entscheidenden Gesichtspunkte für die Ablehnung des Entwurfs eines Städtebauförderungsgesetzes[,] die extrem eigentumsfeindliche Tendenz dieses Vorhabens[,] nicht verstanden worden sind.“<sup>304</sup>

<sup>302</sup> Peter Weigert im Generalanzeiger Bonn vom 8.3.1967.

<sup>303</sup> Edmund Rehwinkel, Agrarpolitische Schriftenreihe.

Rede auf dem Oberpfälzer Bauerntag, Oktober 1968, S. 7–10.

<sup>304</sup> NLA Hannover, V.V.P. 38, Nr. 34.

Im Bauernverband sprach man in dieser Zeit von einer Existenzbedrohung vieler landwirtschaftlicher Betriebe. In Deutschland, Frankreich und Italien kam es zu Bauernprotesten. Rehwinkel deutete nach dem Bauerntag in Dortmund die Gründung einer Mittelstandspartei an.<sup>305</sup> Auch wenn daraus nichts wurde, so war dies doch so zu verstehen, dass er zur NPD zunehmend auf Distanz ging. In Zusammenhang mit der EWG-Politik äußerte Rehwinkel: „Ich bin belogen und betrogen worden.“<sup>306</sup> Gleichwohl war er noch nicht amtsmüde und sagte Anfang 1968, er sei „auf drei Jahre wiedergewählt“ worden. Wenn er sein Amt als Präsident des Deutschen Bauernverbandes niederlege, werde er „zweiundsiebzig“ sein.<sup>307</sup> Im August 1968 wurde er nach einer Bauernversammlung in Königshofen mit den Worten zitiert: „Wir müssen noch härter werden“. Über seinen Widersacher Mansholt soll er gesagt haben: „Bauern, jagt den LPG-Vorkämpfer Mansholt in den Osten.“<sup>308</sup> Das offizielle Redemanuskript enthält das Zitat über Mansholt nicht, aber es kann sein, dass Rehwinkel mündlich davon abwich. Im Übrigen wiederholte er sein Credo, dass er keiner Partei angehöre und keiner Partei besonders nahestehe, sich aber wundere, dass „es nicht längst zur Neugründung einer echten konservativen Partei gekommen ist, denn weite Kreise des Bauerntums und des Mittelstandes haben schon lange keine richtige politische Heimat mehr“.<sup>309</sup>

Auf dem oberpfälzischen Bauerntag in Regensburg griff Rehwinkel wiederum vor allem Mansholt an, der inzwischen die „Vision von Betrieben mit 200 Hektar, 200 Milchkühen und vier Arbeitskräften“ entwickelt habe.<sup>310</sup> Auch Höcherl wurde attackiert, kam aber relativ gut weg, weil Rehwinkel „Arbeitsüberlastung“ konstatierte. Eine „Wendung zum Guten“ erwartete Rehwinkel von der „konzertierten Aktion“ Professor Schillers genauso wenig“ wie früher von „Erhards ‚Formierter Gesellschaft‘“.<sup>311</sup>

Nichts deutete zu diesem Zeitpunkt auf einen Rücktritt hin. Am 22. Oktober 1968 erklärte Rehwinkel dann in einer Sitzung des Präsidiums des Deutschen Bauernverbandes, dass er „mit Vollendung seines 70. Geburtstages“ am 28. Januar 1969 sein Amt zur Verfügung stellen werde.<sup>312</sup> Dieser scheinbar spontane und ausschließlich

<sup>305</sup> Die Welt vom 8.3.1967. Frankfurter Neue Presse vom 10.3.1967. Es war wohl zunächst an eine Arbeitsgemeinschaft gedacht, die die Interessen der Landwirtschaft, des Handwerks, des Handels, des Gewerbes, der Beamten und der freien Berufe vertreten sollte.

<sup>306</sup> Hannoversche Allgemeine vom 12.12.1967.

<sup>307</sup> Die Zeit vom 5.1.1968.

<sup>308</sup> Zit. n. Rhein-Neckar-Zeitung vom 23.8.1968.

<sup>309</sup> Rede auf der Kundgebung des Bauernverbandes Kreis Tauberbischofsheim in Königshofen am 22.8.1968 mit dem Titel „Das Unbegreifliche an unserer Wirtschaftspolitik“. BArch Koblenz, B 428/81.

<sup>310</sup> Süddeutsche Zeitung vom 14.10.1968.

<sup>311</sup> Edmund Rehwinkel, Agrarpolitische Schriftenreihe. Rede auf dem Oberpfälzer Bauerntag, Oktober 1968, S. 5.

<sup>312</sup> DBV-Informationen 22.10.1968. ACDP, Sammlung Personalien Edmund Rehwinkel.

aus persönlichen Motiven (Alter, Gesundheit) begründete Rücktritt stellt sich bei genauer Betrachtung differenzierter dar. Nach dem Sitzungsprotokoll der Präsidentenbesprechung des Bauernverbandes äußerte sich Rehwinkel, nachdem er die Sitzung um 9.10 Uhr eröffnet hatte, wie folgt: „Er erklärt, daß er im Hinblick auf die Vollendung seines 70. Lebensjahres zum 1.1.1969 sein Amt zur Verfügung stellen wolle. Er sei dazu mit Rücksicht auf seine Gesundheit gezwungen und wolle überdies anderen ein gutes Beispiel geben, rechtzeitig zurückzutreten. Darüber hinaus sei er erbittert über die Agrar- und Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik und die Wortbrüche führender Politiker gegen ihn und das westdeutsche Bauerntum. Es sei ihm auch nicht mehr zuzumuten, daß er die gleichen Leute mit den schärfsten Waffen bekämpfen solle, die die Bauern bei den Wahlen doch immer wiederwählen.“<sup>313</sup> Zu den persönlichen Motiven traten somit politische: Wortbrüche hatten nach Rehwinkels Meinung Konrad Adenauer und Ludwig Erhard begangen: Adenauer hatte im sogenannten Rhöndorfer Gespräch am 17. Februar 1951 davon gesprochen, die Preise und Löhne in der Landwirtschaft müssten paritätisch zur Industrie gestaltet werden.<sup>314</sup> Dieses Paritätsversprechen, das für den Bauernverband von historischer Bedeutung war, wurde nach Rehwinkel nie eingelöst. Ludwig Erhard soll im Dezember 1964 einer Senkung des Getreidepreises durch die EWG eine Absage erteilt haben. Auch diese Aussage wertete Rehwinkel später als Wortbruch.<sup>315</sup> Dazu kam, dass die Landwirte, vor allem die süddeutschen, die konfessionell katholisch gebunden waren, trotz aller Differenzen mit der Politik weiterhin CDU/CSU wählten. Dies war ein Umstand, der Rehwinkel, der auf eine oder mehrere kleine Parteien rechts von der CDU/CSU setzte, erbitterte.

Die Kollegen im Präsidium des Deutschen Bauernverbandes reagierten schockiert auf die Erklärung Rehwinkels und wollten vermeiden, dass Hinweise auf mögliche politische Differenzen an die Öffentlichkeit gelangten. Otto Andres, Präsident des Bauern- und Winzerverbandes Rheinland-Nassau formulierte, „ein Rücktritt Präsident Rehwinkels im gegenwärtigen Augenblick sei das Schlechteste, was der Landwirtschaft widerfahren könne.“ Konrad Jacob, der an der Spitze des Hessischen Bauernverbandes stand, bat Rehwinkel, „erst zur Vollendung seines 70. Lebensjahres am 28.1.1969 zurückzutreten, denn dies sei aus taktischen Gründen gegenüber der Öffentlichkeit erforderlich“.<sup>316</sup> Edgar Janson, erster Repräsentant der Pfälzischen Bauern- und Winzerschaft wies darauf hin, der Deutsche Bauernverband sei das „Lebenswerk Präsident Rehwinkels. Dieses dürfe nicht durch taktisch unkluge Schritte gefährdet

werden.“ Gewohnt ambivalent gegenüber Rehwinkel äußerte sich Otto Freiherr von Feury. Er gab „seiner Enttäuschung über die Rücktrittsabsichten Präsident Rehwinkels Ausdruck, denn er sei zum Idol der gesamten deutschen Landwirtschaft geworden. Er bittet ihn, alle Äußerungen und Handlungen zu unterlassen, die die Einheit des Verbandes gefährden könnten. Seine Rücktrittserklärung werde eine weitgehende Resignation im deutschen Landvolk hervorrufen.“ Constantin Freiherr Heereman von Zuydtwyck bemerkte, „die persönlichen Gründe Präsident Rehwinkels müßten akzeptiert werden. Er bittet ihn jedoch, nach außen keinesfalls die politischen Gründe durchsickern zu lassen, sondern bei allen Rückfragen nur seine persönlichen Gründe anzuführen. Nur dadurch könne eine weitgehende Resignation des Landvolks vermieden werden, die in der gegenwärtigen Situation geradezu gefährlich werden könne.“ Einzig der Vertreter des kleinen Landesbauernverbandes Hamburg, Claus-Peter Dreckmann, appellierte an Rehwinkel „bei der Angabe seiner Rücktrittsgründe auch auf seine Verärgerung über die derzeitige politische Situation hinzuweisen“. Schließlich einigte sich das Präsidium des Deutschen Bauernverbandes auf einen Rücktrittstermin am 28. Januar 1969 und auf Vorschlag von Detlef Struve, Präsident des Bauernverbandes Schleswig-Holstein, auf eine gemeinsame Presseerklärung, die wie folgt lautete: „Präsident Rehwinkel erklärte in der heutigen Sitzung des Präsidiums, daß er sein Amt als Präsident des Deutschen Bauernverbandes mit Vollendung seines 70. Lebensjahres (28.1.1969) zur Verfügung stellen wolle. Das Präsidium nahm von seinem Entschluß mit großem Bedauern Kenntnis. Es beauftragte Präsident Rehwinkel sowie die drei Vizepräsidenten, Bauknecht, Baron Feury und Andres, dem Präsidium des Deutschen Bauernverbandes einen Vorschlag für die Nachfolge zu unterbreiten. Präsident Rehwinkel begründet seinen Entschluß damit, daß er es für erforderlich halte, daß ein Jüngerer das Amt übernehme. Sein derzeitiger Gesundheitszustand lasse die mit diesem Amt verbundene ständige Überbeanspruchung nicht mehr zu.“<sup>317</sup>

Die Suche nach einem Nachfolger gestaltete sich als schwierig. Favorisiert und auch in der Öffentlichkeit genannt wurde Konrad Jacob, der aber Anfang Januar 1969 absagte und Rehwinkel nach Pressemeldungen aufforderte, für ein weites Jahr im Amt zu bleiben. Schon war von einer drohenden Führungskrise im DBV die Rede.<sup>318</sup> Über Jacobs Beweggründe schrieb Dietrich Rieger: „Als ihm vom Präsidenten des Deutschen Bauernverbandes, Edmund Rehwinkel, angetragen wurde, sein Nachfolger zu werden, hat Konrad Jacob nicht lange gezögert: Er fühlte sich geehrt, hat aber das

<sup>313</sup> Entwurf der Niederschrift über die 205. Sitzung des Präsidiums des Deutschen Bauernverbandes e. V. (Präsidentenbesprechung) am Dienstag, dem 22.10.1968. BArch Koblenz, B 428/128. Aus dem Protokoll gestrichen wurde der Satz: „Darüber hinaus sei er [Rehwinkel] über die agrarpolitische Situation verärgert.“

<sup>314</sup> Vgl. hierzu mit weiteren Literaturnachweisen: Dornheim, Der lange Weg in die Moderne, S. 753.

<sup>315</sup> Rede auf dem 1. Landesbauernntag Rheinland-Pfalz in Bad Kreuznach am 30.4.1967. BArch Koblenz, B 428/85.

<sup>316</sup> Der Passus „aus taktischen Gründen gegenüber der Öffentlichkeit“ wurde später aus dem Protokoll gestrichen und wie folgt ersetzt: „im Hinblick auf die Öffentlichkeit“.

<sup>317</sup> Entwurf der Niederschrift über die 205. Sitzung des Präsidiums des Deutschen Bauernverbandes e. V. (Präsidentenbesprechung) am Dienstag, dem 22.10.1968. BArch Koblenz, B 428/128.

<sup>318</sup> FAZ vom 7.1.1969. Telegraf vom 7.1.1969.

Angebot ausgeschlagen. Und zwar zu Gunsten der Präsidentschaft bei der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft, für die er zum Zeitpunkt des Antrages bereits nominiert und gewählt war. Ich glaube, es war ihm einfach wichtiger, seine persönliche Freiheit und Unabhängigkeit zu bewahren, als plötzlich mit Entschiedenheit und hohem Fokussierungsgrad Präsident des mächtigsten Verbandes der deutschen Landwirtschaft zu werden.<sup>319</sup> Jacob wurde 1969 Nachfolger von Karl Lorberg als Präsident der DLG und behielt dieses Amt bis 1983. Rehwinkels Nachfolger als Präsident des DBV wurde am 19. Dezember 1969 Constantin Freiherr Heereman von Zuydtwyck, kurz auch als Freiherr von Heereman bezeichnet. Mit dieser Entscheidung orientierte sich der DBV an der gesellschaftlichen Entwicklung in Deutschland. Nach der Wahl zum 6. Deutschen Bundestag am 28. September 1969 bildeten SPD und FDP eine sozialliberale Koalition, an deren Spitze Willy Brandt stand, der am 21. Oktober zum Bundeskanzler gewählt wurde. Freiherr von Heereman galt zwar als Konservativer, der aber über eine gewisse Liberalität verfügte. Mit „Europas heimliche[m] und den deutschen Bauern unheimliche[m] Agrarminister“ – gemeint war Sicco Mansholt – könne er sich, so wurde vermutet, aufgrund der niederländischen Wurzeln seiner Familie auf Holländisch unterhalten.<sup>320</sup> Edmund Rehwinkel blieb ein kleiner Triumph: Sein alter Widersacher und Präsident des größten Landesbauernverbandes in Deutschland, Otto Freiherr von Feury, hatte keine Chance, sein Nachfolger zu werden. In der Presse wurde die Entscheidung über den neuen Präsidenten mit den Worten kommentiert: „Rehwinkel bestimmt seinen Nachfolger“.<sup>321</sup>

Auch nach seinem Rücktritt als DBV-Präsident blieb Rehwinkel noch zwei Jahre Chef des Niedersächsischen Landvolkverbandes. In diese Zeit fällt eine massive Kritik an Sicco Mansholt. Rehwinkel forderte seinen Rücktritt als Vizepräsident der EGW-Kommission und konstatierte, der Niederländer sei „nach zwölf Jahren hektischen Klimas in Brüssel ‚physisch fertig‘“.<sup>322</sup> Anfang 1970 formulierte er einen offenen Brief an Mansholt, in dem er dem EWG-Vizepräsidenten zwölf Fragen stellte. Die meisten waren agrarwirtschaftlicher Natur (z. B. Verkürzung der Übergangszeit bis zum Senken der Getreidepreise, Milchquote etc.), aber Mansholt wurde auch gefragt, ob es stimme, dass er von einem „Wiederaufleben des Faschismus in Deutschland“ gesprochen habe. Der offene Brief endete mit den Worten, er, Rehwinkel, habe Mansholt in den letzten zehn Jahren kennengelernt „wie kaum ein anderer“. Weiter hieß es: „Ich kenne Ihren Unfehlbarkeitsanspruch. Sie wollten im Ernst nie diskutieren, sondern nur deklamieren

<sup>319</sup> Rieger, Nach vorne denken, S. 375. Nach Schnieders war Konrad Jacob Wunschkandidat Nr. 1. Als zweiten habe Rehwinkel Edgar Janson (Pfälzische Bauern- und Winzerschaft) favorisiert, der jedoch im DBV keine Chance gehabt habe. Rudolf Schnieders im Interview mit dem Verfasser am 8.10.2016.

<sup>320</sup> NLA Hannover, V.V.P. 38, Nr. 330. Es ist nicht ersichtlich, von wem das Zitat stammt, evtl. von Heereman.

<sup>321</sup> Münchner Merkur vom 19.12.1969.

<sup>322</sup> Hannoversche Presse vom 17.12.1969 (Titel: Rehwinkel: Brüssel machte Mansholt „physisch fertig“). Es stellt sich die Frage ob physisch oder psychisch gemeint ist.

und den anderen Ihre Meinung aufzwingen. Sie sind mit Ihrer Wirtschaftskonzeption an der Eigenbrödelei der Länderregierungen gescheitert; Sie sollten daraus die Konsequenzen ziehen und abtreten.“<sup>323</sup> Auf der 35. DBV-Mitgliederversammlung folgte unter Anwesenheit des EWG-Vizepräsidenten eine weitere „Abrechnung mit Mansholt“, die jedoch keine neuen Gesichtspunkte zu Tage brachte.<sup>324</sup>

<sup>323</sup> Sonderdruck aus Das Landvolk, Nr. 2, vom 16.1.1970.

<sup>324</sup> Das Landvolk, Nr. 5, vom 1.3.1970.

## 14. Bildungspolitische Vorstellungen

Seit dem Beginn der 1950er Jahre beschäftigte sich Edmund Rehwinkel mit bildungspolitischen Fragen. In einem Rückblick stellte er später fest, in dieser Zeit habe sich das „Unbehagen der Landwirtschaft und der ländlichen Bevölkerung“ an der „unzureichenden Schulbildung durch das System der ungegliederten Dorfschule“ herausgebildet. Parallel zu seinen agrarpolitischen Forderungen verlangte er die Beseitigung der Bildungsdisparität zwischen Stadt und Land. Die klassische Dorfschule sollte einer nach Jahrgangsklassen gegliederten Schule weichen. Im Frühjahr 1957 fand in diesem Zusammenhang das 1. Barsinghäuser Gespräch mit dem niedersächsischen Kultusministerium und der niedersächsischen Lehrerschaft statt. Dabei wurde der Gedanke der Mittelpunktschule geboren. Die Mittelpunktschule bezeichnete Rehwinkel als Dörfergemeinschaftsschule. In Barsinghausen wurde auch die „Durchlässigkeit unseres dreigeteilten Schulsystems“ gefordert. In diesem Zusammenhang begrüßte Rehwinkel die Vereinbarung der Förderstufe an Volksschulen sowie die Eingangs- bzw. Beobachtungsstufe an Realschulen und Gymnasien aus dem Jahr 1964.<sup>325</sup>

In das Jahr 1966 fällt eine Aktivität, die keineswegs den rauen, sondern einen fortschrittlichen und aufgeschlossenen Edmund Rehwinkel zeigt. Auf dem Kongress der Lehrer und Erzieher hielt er eine Rede, aus der hervorgeht, wie wichtig ihm auch weiterhin die Verbesserung der Bildungschancen für Landkinder war. Er konstatierte, die Landwirtschaft stelle nur 3 % der Abiturienten und 2 % aller Studierenden, obwohl der Anteil an der Bevölkerung 11 bzw. 12 % betrage. In diesem Zusammenhang stellte er drei Tatbestände fest: Erstens sei eine „jahrzehntelange Vernachlässigung des flachen Landes durch die staatliche Schul- und Bildungspolitik“ festzustellen. Zweitens seien „Landkinder und Arbeiterkinder“ bei den weiterführenden Schulen oft unterrepräsentiert. Drittens: „Das Fehlen eines Schulsystems, das sich die Förderung aller Begabungen einschliesslich der technisch-praktischen angelegen sein lässt und schon in der Grundschule mit dieser Förderung beginnt.“ Rehwinkels Vorstellungen gingen für die Zukunft in die Richtung von „Mittelpunkt-Grundschulen“, Gesamtschulen mit einem durchlässigen Kurssystem und zehn Pflichtschuljahren. Die Mittelpunkt-Grundschule sollte für zwei bis drei Dörfer zuständig sein, weil dies kurze Schulwege garantiere. Zudem sollte sie gegliedert sein. Rehwinkel wollte auch den „unverschuldeten Mangel“ bei der Sprachgewandtheit ausgleichen. Die Grundschule sollte auf fünf oder sechs Jahre verlängert werden und den Sockel für das weiterführende Schulsystem darstellen.<sup>326</sup>

Insbesondere dem Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Lehrerverbände (AGDL) und Chef der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) zwischen 1960 und 1968, Heinrich Rodenstein, brachte Rehwinkel höchsten Respekt entgegen. Als Rodenstein, der in der Weimarer Republik für kurze Zeit Mitglied der KPD gewesen war, 1968 vom Gewerkschaftsvorsitz zurücktrat, bedankte sich Rehwinkel in einem außergewöhnlich persönlichen Brief für die „fast zur Selbstverständlichkeit gewordene Zusammenarbeit in allen bildungspolitischen Fragen“. Einige „besonders fruchtbare Phasen partnerschaftlichen Zusammenwirkens“ hob der Bauernverbandspräsident heraus. Am wichtigsten war ihm das 1. Barsinghäuser Gespräch im Jahr 1957, „das in Niedersachsen den Grund legte für den Ausbau des ländlichen Mittelpunktschulwesens und den Anstoß für die Einführung des 9. Pflichtschuljahres im Jahre 1962 gab“.<sup>327</sup> Das 2. Barsinghäuser Gespräch fand erst neun Jahre später, am 23. Februar 1966, statt. Rehwinkel legte dort in seiner Rede dar, dass ihm die „Einführung des 10. Pflichtschuljahres unumgänglich“ erscheine. Die Hauptschule sollte auf diesem Weg „eine wirklich weiterführende Schule werden, indem sie in einem Zweig über Förderstufe und weitergeführte Förderklassen – der Name spielt in diesem Zusammenhang keine Rolle – zur Fachschulreife führt, und in der ein zweiter den weniger Qualifizierten – und das wird wohl ein beachtlicher Teil sein – den Abschluß der Hauptschule zuerkennt.“<sup>328</sup> Nach dem Tod Rehwinkels bezeichnete ihn die Bild-Zeitung im Raum Hannover als den „Mann, der das neunte Schuljahr einführte.“<sup>329</sup>

<sup>325</sup> Kongreß der Lehrer und Erzieher, Hamburg, Pfingsten 1966, Redetexte, hier Rede Rehwinkel, AdsD, GEW Hauptvorstand, Box Nr. 70. Hervorhebung im Original.

<sup>326</sup> Kongreß der Lehrer und Erzieher, Hamburg, Pfingsten 1966, Redetexte, hier Rede Rehwinkel, AdsD, GEW Hauptvorstand, Box Nr. 70.

<sup>327</sup> Edmund Rehwinkel an Heinrich Rodenstein am 4.6.1968. NLA Hannover, V.V.P. 38, Nr. 34. Vgl. auch Ewert, Rehwinkel, S. 44 – 46.

<sup>328</sup> Referat des Präsidenten des Landesverbandes des Niedersächsischen Landvolkes, Edmund Rehwinkel, auf dem 2. Barsinghäuser Gespräch am 23. Februar 1966. BArch Koblenz, B 428/85.

<sup>329</sup> Bild-Zeitung vom 3.2.1977.

## 15. Politische Einstellungen und mentale Dispositionen

Edmund Rehwinkel trat für eine Garantie des Eigentums ein und verlangte von der Politik, dass sie eine solche Garantie zu leisten habe. Der Schwerpunkt lag dabei bei den mittelgroßen Eigentümern. Ein Lieblingsausdruck war, Staat und Politik müssten die „Erhaltung und Neuschaffung eines breit gestreuten Eigentums“ bzw. eines „breit gestreuten landwirtschaftlichen Eigentums aller Größenklassen“ garantieren. Insofern war Rehwinkel ein Mittelstandspolitiker, der sich für eine möglichst breite Mittelschicht einsetzte. Sozialistische Ideen und Parteien stand er mit Misstrauen gegenüber. Aber auch in der „fiktiven sozialen Marktwirtschaft“ Erhards und dem „Finanz- und Wirtschaftschaos“ der ersten Hälfte der 1970er Jahre, sah er eine Bedrohung der bis dahin geltenden „Eigentums- und Gesellschaftsordnung“.<sup>330</sup>

Die SPD wurde für Rehwinkel erst in dem Moment regierungsfähig, als sie im Godesberger Programm von 1959 ein klares Bekenntnis zum Privateigentum abgab. Rehwinkel vertrat in diesem Zusammenhang sogar die Meinung, die SPD hätte bereits in den 1950er Jahren die absolute Mehrheit erringen können, wenn sie früher einen politischen Wandel eingeleitet hätte: „Bei einem klaren Bekenntnis der SPD zum ‚bäuerlichen und mittelständischen Privateigentum‘ sowie einer entsprechenden Förderung der privaten Eigentumsbildung der Arbeitnehmer hätte die SPD wahrscheinlich Ende der 50er Jahre die absolute Mehrheit errungen und behalten.“<sup>331</sup> Die Kooperation hat Rehwinkel vor allem mit SPD-Politikern seines niedersächsischen Umfeldes wie Hinrich Kopf und Heinz Frehsee gesucht, die auch in den Lebenserinnerungen positiv erwähnt werden.<sup>332</sup> Zu Heinz Frehsee, der von 1949 bis 1955 Vizepräsident der Landwirtschaftskammer Hannover und von 1956 bis 1959 Bundesvorsitzender der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft war, hatte Rehwinkel sogar ein ausgesprochen gutes Verhältnis. In einer Rede zum 60. Geburtstag bezeichnete Rehwinkel ihn als „Freund“ und konstatierte, dass ihr gutes Verhältnis einiges dazu beigetragen habe, „um das Klima zwischen Landwirtschaftsverbänden und den Gewerkschaften und zwischen dem Deutschen Bauernverband und der SPD zu verbessern“. Er bedauere, dass sie „die Verbindungen nicht noch enger zu knüpfen vermochten, um das Machtstreben der Großkapitalisten und Multis zu zügeln“.<sup>333</sup>

Den SPD-Bundeskanzler Willy Brandt sah Rehwinkel umgeben von „zweielichten Beratern und Unterhändlern vom Schlage“ eines Egon Bahr und Horst Ehmke samt

des „Sendboten“ von der FDP, Walter Scheel. Brandt und Scheel und ihren „ultra-linken“ Beratern und Unterhändlern fehlte nach Rehwinkel jedes staatsmännische Geschick. In diesem Zusammenhang scheute der Agrarpolitiker nicht einmal davor zurück, einen Vergleich zu Hitler zu ziehen, der „für außenpolitische Möglichkeiten und tatsächliche Machtverhältnisse“ ebenfalls „herzlich wenig Fingerspitzengefühl“ besessen habe. Mit Herbert Wehner, der für einige konservative Politiker aufgrund seiner kommunistischen Vergangenheit ein rotes Tuch war, hat sich Rehwinkel das eine oder andere Rededuell geliefert. Polemische Äußerungen gegenüber Wehner fehlen aber völlig. Im Gegenteil kann man feststellen, dass Rehwinkel positiv darauf hinwies, Wehner habe ihn mit Respekt behandelt. Ambivalent scheint das Verhältnis zu Karl Schiller gewesen zu sein, der von 1966 bis 1972 Bundeswirtschaftsminister war. Rehwinkel scheint einerseits Schillers Sachverstand geschätzt, andererseits aber doch viele politische Maßnahmen abgelehnt zu haben. An Kurt Schumacher, Parteivorsitzender der SPD von 1946 bis 1952, hatte Rehwinkel später keine Erinnerung, was im selbst merkwürdig vorkam.<sup>334</sup> Willy Brandt, Karl Schiller und Helmut Schmidt galten in der 1960er Jahren als junge Wilde in der SPD, als „Leitwölfe“. Sie standen für eine moderne SPD, „nicht mehr bieder und hausbacken und dankbar für Anerkennung, sondern weltgewandt und sehr selbstbewusst“.<sup>335</sup>

Die Partei, der Rehwinkel nach eigenen Aussagen zeitweise am nächsten stand und der er bis 1950 angehörte, war die CDU. Jedoch ist hier sofort auf eine Einschränkung hinzuweisen: Rehwinkel wollte keine zu starke CDU. Bezüglich seines eigenen politischen Verständnisses und der Stellung der Parteien schrieb er 1957: „Ich bin kein Politiker, aber ich habe ein politisches Wunschbild: Ich wünsche mir eine starke CDU, aber nicht so stark, daß sie ganz allein regieren kann, sondern daß sie mit den kleinen Parteien koalieren muß.“ Er wolle keine Zersplitterung der Parteienlandschaft, sondern eine „gewisse Aufstockung der kleineren Parteien und wenn irgend möglich durch Zusammenlegung eine Flurbereinigung“. Im Übrigen sei er „der letzte parteipolitisch nicht gebundene Präsident des Deutschen Bauernverbandes“.<sup>336</sup> In diesem Zusammenhang hegte Rehwinkel Sympathien für kleine konservative Parteien wie die Niedersächsische Landespartei und die Deutsche Partei. Auch die FDP gehörte bis 1969 für Rehwinkel in dieses Spektrum. Sogar die rechtsextreme NPD, deren „Verketzerung“ Rehwinkel ablehnte, war für Rehwinkel, wie dargestellt wurde, ein möglicher Bündnispartner.<sup>337</sup>

<sup>330</sup> Rehwinkel, Gegen den Strom, S. 65 f., 69, 85.

<sup>331</sup> Rehwinkel, Aphorismen, S. 18. Hervorhebungen im Original.

<sup>332</sup> Rehwinkel, Gegen den Strom, S. 63 (zu Kopf), 244 (zu Frehsee).

<sup>333</sup> Rede Edmund Rehwinkels zum 60. Geburtstag von Heinz Frehsee, undatiert (August/September 1976). Landesarchiv NRW, Abteilung Rheinland, RW 248, Nr. 40.

<sup>334</sup> Rehwinkel, Gegen den Strom, S. 152 f. (zu Wehner), 161, 164 (zu Brandt), S. 95, 150, 154, 164 (zu Schiller), S. 179 (zu Schumacher).

<sup>335</sup> Hofmann, Helmut Schmidt, S. 86 f.

<sup>336</sup> Rehwinkel in einem persönlichen und vertraulichen Schreiben an Herrn Eichmeyer (Rendsburg) am 11.11.1957 (vor dem Hintergrund der „Affären“ von Feury und Lübke). NLA, V.V.P. 38, Nr.104. Hervorhebung im Original.

<sup>337</sup> Rehwinkel, Gegen den Strom, S. 162, 166 f.

Positive Urteile über konservative CDU-Politiker finden sich bei Rehwinkel erstaunlich wenige. Allenfalls Adenauer, der „Vollblutpolitiker“, fand eine gewisse Anerkennung. Der Bauernverband habe ihn auf seiner „ersten wirklichen Großkundgebung“ in Landau am 23. April 1951 im Anschluss an eine Rehwinkel-Rede gezwungen, höhere Agrarpreise zu garantieren, und Adenauer habe „wenigstens eine Zeitlang zu seinem Wort“ gestanden. 1953 war die positive Entwicklung verpufft. Die Politik der freien Marktwirtschaft und des liberalisierten Außenhandels Ludwig Erhards (parteilos, ab 1966 CDU) und die Übernahme des Amtes des Agrarministers durch Heinrich Lübke (CDU) machten nach Rehwinkel alles zunichte. Ludwig Erhard, Adenauers „Paladin“, war Rehwinkels Intimfeind, und Kurt Georg Kiesinger (CDU) nicht wesentlich besser. Beide verkannten nach Rehwinkel auch die „wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Bedeutung der Nebenerwerbslandwirte für den Staat und ihre eigene Partei“. Positiv beurteilt wurden die Bundesminister Franz Blücher (FDP, ab 1957 DP), Rolf Dahlgrün (FDP), Hermann Höcherl (CSU), Hans-Joachim von Merkatz (DP, ab 1960 CDU), Wilhelm Niklas (CSU), Fritz Schäffer (CSU), Hans-Christoph Seebohm (DP, ab 1960 CDU), Franz-Josef Strauß (CSU) und Heinz Starke (FDP, ab 1970 CSU) sowie die niedersächsischen Minister Friedrich von Kessel (GB/BHE) und Hans Mühlenfeld (DP, ab 1963 FDP).<sup>338</sup> Der Schwerpunkt des positiven Urteils liegt somit weniger auf dem klassischen CDU-Politiker, sondern eher bei konservativen Vertretern der CSU, DP und der FDP. Den ehemaligen Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger brachte Rehwinkel in seinen Lebenserinnerungen in Bedrängnis, als er ihn nach der Bundestagswahl vom 28. September 1969 mit den Worten zitierte: „Verdammt noch mal, wer konnte aber auch ahnen, daß die NPD nicht in den Bundestag kommen würde.“<sup>339</sup>

Zum Großgrundbesitz hat sich Rehwinkel so gut wie nicht geäußert. Allenfalls, wenn es galt, die Bodenreform zu verhindern, nahm er darauf Bezug. Dagegen griff er ziemlich deutlich die „neuen und alten Großkapitalisten“ an, die seines Erachtens durch eine einseitige Politik aller Bundeskanzler von Adenauer über Erhard bis Kiesinger gefördert worden waren. In dieser Hinsicht hatten alle Bundeskanzler „restlos versagt“. Durch die Förderung des Großkapitals wurde nach Rehwinkel die bürgerliche Mittelschicht ausgehöhlt, so dass in der ersten Hälfte der 1970er Jahre die „rote Flut“ jetzt alles zu überspielen“ drohte.<sup>340</sup> In dieser Sichtweise steckte auch ein Stück NS-Ideologie, ohne dass Rehwinkel dies bewusst gewesen sein dürfte. Die Kritik am Großkapital und „Hochfinanz“ war ein Lieblingsthema des NS-Wirtschaftstheoretikers Gottfried Feder. In der Summe gingen Rehwinkels Antibolschewismus, seine Kapitalismus- und Industriekritik, die Ablehnung der freien Marktwirtschaft, die Ablehnung eines liberalisierten Außenhandels, die Forderung nach einer Ordnung der Märkte sowie seine Mittel-

<sup>338</sup> Rehwinkel, *Gegen den Strom*, S. 84–87 (zu Adenauer), 147 (zu Erhard und Kiesinger), 84 (zu den Bundesministern, dort auch zu Erhard), 181 (zu den Ministern).

<sup>339</sup> Rehwinkel, *Gegen den Strom*, S. 163.

<sup>340</sup> Rehwinkel, *Gegen den Strom*, S. 96.

stands-ideologie durchaus in eine solche Richtung, ohne dass man ihn aber deshalb als Nationalsozialisten verunglimpfen sollte. Rehwinkel sah sich und das deutsche „Bauern-tum“ in einer „mitleidlosen Industriegesellschaft“.<sup>341</sup>

Das Zauberwort hieß für Rehwinkel Parität, genauer Preisparität. Dieser Begriff wurde erstmals auf dem Deutschen Bauerntag 1951 in Rendsburg verwendet, an dem Rehwinkel allerdings nicht teilnahm. Rehwinkel hatte aber bereits in seiner ersten großen Rede 1947 indirekt Parität verlangt, ohne den Begriff zu verwenden. Entscheidend war für ihn die „Preisgestaltung für landwirtschaftliche Produkte“, die der „aufgewandten Arbeit und den tatsächlichen Unkosten entspricht“. Dieser Zustand sei „in der industriellen und gewerblichen Wirtschaft längst erreicht“ und sichere „diesen Berufszweigen das bisherige gewaltige Übergewicht“.<sup>342</sup> Das Präsidium des Deutschen Bauernverbandes forderte 1951 in einer EntschlieÙung „die Einführung eines Paritäts-Preissystems für alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse“. Damit war gemeint, dass „unter der Berücksichtigung der landwirtschaftlichen Produktionskosten“ ein „Arbeitseinkommen für fremde und familieneigene Arbeitskräfte gewährleistet“ werden sollte, „das den Einkommen vergleichbarer Berufsgruppen entspricht“. Rehwinkel hat die Paritätsforderung später noch ausgeweitet und vehement für den Abbau der „Bildungsdisparität“ zwischen Stadt und Land gekämpft. Der Ursprung der wirtschaftlichen Disparität, sozusagen der ‚Sündenfall‘ der Landwirtschaft, lag für Rehwinkel in der Zwangswirtschaft, die für ihn mal 1915 während des Ersten Weltkrieges, mal später begonnen hatte.<sup>343</sup>

Allerdings ist hier ein Widerspruch in Rehwinkels Denken feststellbar. Er trat für freie Preise ein, wenn diese hoch waren und der Landwirtschaft Gewinne sicherten. Wenn die Preise fielen, bevorzugte er ein Festpreissystem, das die Marktordnung garantieren sollte. Es gab sogar Politiker, die anzweifelten, dass es den deutschen Bauern wirklich schlecht gehe, und die die Meinung vertraten, Rehwinkel blufte vor allem, um für seine Klientel das Beste herauszuholen. So notierte der CDU-Politiker und Wirtschaftsprüfer Paul Binder 1964 über Meinungsäußerungen des Bauernverbandspräsidenten: „Deutscher Lebensstandard der Bauern sei am höchsten. Höher sogar als in USA, wo Landwirte nur knapp 50 % des amerikanischen Vergleichslohnes eines Industriearbeiters erreichen. Dänische Landwirtschaft sei vor ein paar Jahren nahezu bankrott gewesen, bräuchte jetzt auch Subventionen. Französisches System der Sozialhilfen (hohes Kindergeld etc.) lähmte den Arbeitswillen. Holländische Landwirtschaft gut. Hat auch gute Zahlen. Bestreitet dies für Frankreich.“ Allerdings wurde der bäuerlich Wohlstand in Deutschland durch eine hohe Verschuldung relativiert, die nach Rehwinkel gerade in Niedersachsen nicht unerheblich war und zu einer „Unzufriedenheit“ geführt habe.

<sup>341</sup> Edmund Rehwinkels am 3.6.1961 an Konrad Frühwald. NLA Hannover, V.V.P. 38 Nr. 105.

<sup>342</sup> Rede aus Anlass der Gründung des Niedersächsischen Landvolks am 18.2.1947.

NLA Hannover, V.V.P. 38 Nr. 173.

<sup>343</sup> Rehwinkel, *Gegen den Strom*, S. 39 f. (zur Disparität 1950), 71, 77 (Bildungsdisparität) 111 (zu Rendsburg).

Dazu seien fünf Missernten gekommen: „4 Regenjahre, eine Dürre“. Insgesamt zahle die Landwirtschaft „zu hohe Zinsen“. Sogar die eigenen Genossenschaften würden 11 % verlangen. Die deutsche Landwirtschaft habe in den knapp 20 Jahren zwischen 1945 und 1964 rund 45 Mrd. DM investiert. 15 Mrd. seien durch Holzverkäufe finanziert worden, 16 bis 20 Mrd. DM durch Landverkäufe und 14 Mrd. DM durch die Aufnahme von Schulden. Nach Binder wiesen Rehwinkels wirtschaftspolitische Forderungen folgende Priorität auf: „Ist zunächst für gute Preise, alsdann für Steuer-senkung und, wenn es nicht geht, für Subventionen.“<sup>344</sup> Diese Einschätzung stimmt mit anderen Hinweisen überein. Rehwinkel wollte ursprünglich nicht, dass die Land-wirtschaft zum Subventionsempfänger degradiert würde. Er wollte gute und faire Preise. Das Problem war jedoch: Wer sollte diese Preise durchsetzen und garantieren?

Paul Binder, der von 1937 bis 1941 die „Zentralstelle für Arisierung“ jüdischen Vermö-gens bei der Dresdner Bank geleitet und anschließend eng mit der SS und der Rüstungs-industrie kooperiert hatte, führte nach 1945 als Wirtschaftsfachmann wiederholt Aufträge aus, die einen nachrichtendienstlichen Charakter hatten und darauf hinaus-liefen, vertrauliche Informationen über Juristen, Industriebosse und Verbandsvorsitzende zu beschaffen.<sup>345</sup> Auch Rehwinkel spionierte er 1964 geradezu aus, wobei unklar ist, woher seine Informationen stammten und für wen er sie zusammenstellte. So notierte der Wirtschaftsfachmann, Rehwinkel investiere jedes Jahre 20.000 DM in seinen Bauernhof. Gedeckt würden diese Ausgaben vor allem durch den Verkauf stadtnaher Grundstücke. Seit einer „Rückkehr zu weniger intensiver Wirtschaft“ sei der Betrieb Rehwinkels durch eine „ausgeglichene Ertragsrechnung“ gekennzeichnet. Rehwinkel besitze keinen Mähdrescher, sondern miete einen solchen im Bedarfsfall bei einer Maschinenstation. Er halte zwar Buchführung für erforderlich, betreibe aber „selbst keine“, bezahle „alles über DM 3 mit Scheck, so dass Bankauszug als Buchführung dient“. Über Angestellte und Arbeiter sowie deren Bezahlung hieß es: „Sein Melker erhält Regierungsratsgehalt. Sonst keine Arbeiter auf dem Hof, wird von seinem Sohn bewirtschaftet.“<sup>346</sup> Die großzügige bis fürstliche Entlohnung seines Landarbeiters, der allerdings als Verantwortlicher für die Milchviehwirtschaft des Hofes wie ein Fach-arbeiter einzustufen ist, empfand Rehwinkel offensichtlich als angemessen, wobei ihm sicherlich auch sein guter Ruf als Arbeitgeber am Herzen lag.

Auch der Führungsstil wurde beschrieben und analysiert: „War 15 Jahre Präsident der Landwirtschaftskammer Niedersachsen. 4.500 Angestellte. Unterschrieb alles und gab sofort Korrekturen und sonstige schriftliche Anweisungen. Arbeitete bis 12 Uhr nachts.“ Zu Mansholt soll Rehwinkel nach Binder ein „gutes Verhältnis“ gehabt haben. Dies dürfte sich aber, darauf habe ich hingewiesen, in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre

<sup>344</sup> Aktennotiz „Betr.: Rehwinkel“ vom 13.6.1964. ADCP, Nachlass Paul Binder, I-105-10311.

<sup>345</sup> Vgl. Dornheim, Sachs, S. 480.

<sup>346</sup> Aktennotiz „Betr.: Rehwinkel“ vom 13.6.1964. ADCP, Nachlass Paul Binder, I-105-10311.

verschlechtert haben. Die „Strukturpolitik“ Lübkes habe Rehwinkel abgelehnt. „Rühmt alle Leute, die mit ihm zusammenarbeiten. Bekämpft alle Experten“. Zur politischen Einstellung hieß es: „Ist konservativ. Hätte starke DP als konservative Partei begrüsst. Ist nicht liberal, würdigt aber deren Unterstützung im Bundestag.“<sup>347</sup>

So fragwürdig diese Aufzeichnungen 1964 waren, so erleichtern sie es heute, dass wir uns ein Bild von Rehwinkel machen können. Dieses wäre unvollständig, wenn wir nicht auf die Frage von Religion, Glaube und Kirche eingehen würden. Zu diesen Fragen hat Rehwinkel sich allerdings äußerst selten geäußert. An Konrad Frühwald schrieb er in diesem Zusammenhang: „Im übrigen ist Ihnen bekannt, daß ich Zeit meines Lebens ein konservativer und tiefergläubiger Bauer war und bin und bleiben werde.“<sup>348</sup> Allerdings war bekannt, dass Frühwald gläubig war, so dass sich die Frage stellt, ob Rehwinkels Aussage vor allem dazu dienen sollte, eine Beziehung zu seinem fränkischen Verbandskollegen herzustellen, dessen Unterstützung er benötigte. 1968 wurde er von einer Zeitung mit den Worten zitiert: „Durch meine Beschäftigung mit Religionsphilosophie bin ich natürlich kritisch geworden, aber mein Verhältnis zu Gott ist gut.“<sup>349</sup> Weniger gut kam die Kirche weg. 1965 kam es in Zusammenhang mit Äußerungen der Evangelischen Kirche zur „Lage der Landwirtschaft“ und zu den „Vertriebenen“ zu „erheblichen Meinungsverschiedenheiten“. Rehwinkel warf der Evangelischen Kirche vor, sie habe als „„Latifundienbesitzer“ jahrelang eine Agrar-strukturreform in der Bundesrepublik verhindert.“<sup>350</sup> Insgesamt wird Rehwinkels Verhältnis zur Kirche als neutral bis kritisch geschildert: „protestantisch-abständig“. Und: „Er war nicht dagegen, hatte aber auch kein enges Verhältnis.“ Ob Rehwinkel in späteren Jahren noch Bibelzitate kannte, wird ernsthaft bezweifelt, „vielleicht noch vom Konfirmandenunterricht“.<sup>351</sup>

In seiner Trauerrede anlässlich der Beerdigung Rehwinkels sagte Pastor Braun: „Diesem unserem Gott wurde Edmund Rehwinkel bei seiner Taufe anvertraut. Er hat Gottes Stimme durch alle Jahre seines Lebens in seinem Gewissen gehört. Sein Gottvertrauen war gleichsam der Grundton, auf dem die Saite seines Lebens gespannt war.“<sup>352</sup> Zwischen den Zeilen wird deutlich, dass Rehwinkel nach Meinung des Pfarrers zur Institution Kirche nach der Taufe eher Distanz hielt, aber Gott als Instanz des Gewissens gleichwohl eine Bedeutung für ihn hatte. Hervorgehoben wurde in der Traueransprache der Humor des Verstorbenen.

<sup>347</sup> Aktennotiz „Betr.: Rehwinkel“ vom 13.6.1964. ADCP, Nachlass Paul Binder, I-105-10311.

<sup>348</sup> Edmund Rehwinkels am 3.6.1961 an Konrad Frühwald. NLA Hannover, V.V.P. 38 Nr. 105.

<sup>349</sup> Ben Witter: Mit Edmund Rehwinkel im Nebel, in: Die Zeit vom 5.1.1968.

<sup>350</sup> CDU-Information vom 14.11.1965. ADCP, Sammlung Personalien Edmund Rehwinkel.

<sup>351</sup> Rudolf Schnieders im Interview mit dem Verfasser am 8.10.2016.

<sup>352</sup> Trauerrede, die Pastor Braun anlässlich der Beerdigung von Herrn Altpäsident Edmund Rehwinkel am 4. Februar 1977 in der Friedhofskapelle in Westercelle gehalten hat. Landvolk Niedersachsen – Landesbauernverband e. V., Sammlung Rehwinkel.

## 16. Die Hau-Drauf-Rhetorik und die Folgen

Edmund Rehwinkel hat sich in seiner langen Zeit als bäuerlicher Verbandspolitiker mit vielen Menschen gestritten. Er schrieb in diesem Zusammenhang: „Ich jammere nicht, das ist nicht meine Art, und ich trete nicht massiv auf; aber ich bin auch kein Leisetreter“.<sup>353</sup> Viele, die ihn persönlich kannten, bescheinigten ihm bei aller Streitbarkeit doch ein einnehmendes Wesen und eine charismatische Art. Dieser scheinbare Widerspruch ist darauf zurückzuführen, dass Rehwinkel in persönlichen Gesprächen ausgesprochen verbindlich und sehr freundlich auftrat. Er vermied es sogar, offen Widerspruch zu formulieren, wenn er anderer Meinung war. So berichtet ein Augenzeuge, Rehwinkel habe gegenüber Mansholt, als dieser ihm im Dezember 1968 seinen Plan erläuterte und seine Gedanken vortrug, keinen Widerspruch angemeldet, sei „überhaupt nicht darauf eingegangen“. Rehwinkel habe so getan, als ob Mansholt „Luft erzählt hat“.<sup>354</sup> Der Widerspruch wurde später, dann aber umso vehementer, formuliert. Für die Presse war Rehwinkel dadurch oftmals der wilde Agitator und Populist. Insbesondere seine Reden wurden kritisch verfolgt.

In seiner Zeit als Präsident des DBV hatte Rehwinkel drei Stellen, von denen er Material für seine Reden anforderte: bei der Zentrale des DBV in Bonn, beim Niedersächsischen Landvolkverband in Hannover, und dort vor allem bei Günther Pacyna, sowie bei Heinz Krohn, einem Hamburger Agrarjournalisten. Relativ starken Einfluss hatte zudem Lutz H. Kernberger, der Chefredakteur von Agra-Europe, mit dem Rehwinkel eine Zeitlang jedes Wochenende lange Telefonate führte. Kernberger stand insbesondere dem BMELF kritisch gegenüber.<sup>355</sup>

Die klassische Rehwinkel-Rede war so aufgebaut, dass am Anfang eine Lebensweisheit stand, die für die Zuhörerschaft nachvollziehbar war. Auf diesem Weg stellte der Verbandspräsident eine Brücke zu seinen Zuhörern her. Als beispielhaft kann die Rede auf dem Landfrauentag in Celle am 15. November 1949 gelten. Rehwinkel begann mit den Worten: „Ein altes Sprichwort sagt: ‚Wenn es dem Esel zu gut geht, geht er aufs Eis‘. Dieses Sprichwort hat auch für die Menschen Gültigkeit; denn wenn es ihnen zu gut geht, bekriegen sie sich gegenseitig und zerstören alles wieder, was sie sich mühselig aufgebaut haben.“ Es folgten Ausführungen zur Geschichte, insbesondere zu kriegerischen Ereignissen, die letztlich beweisen sollten, dass der eine Mensch dem anderen nichts gönne. Rehwinkels Menschenbild war in dieser Hinsicht ausgesprochen negativ. Es begann in „grauer Vorzeit“ in der Sagenwelt der Griechen, Römer und Germanen, die von Gewalt geprägt war. Es folgte das Mittelalter. In dieser

Zeit „gehörten Raub und Überfall, Mord und Brand, Bedrückung und Knechtschaft sozusagen zum guten Ton“. Auf diesem Weg wurden „Kulturen über Kulturen“ zerstört, „und wenn die Ritter und Fürsten und Grafen und Bischöfe sich und ihre Bauern nicht gerade selbst umbrachten, dann fiel man in des Nachbarn Land ein oder organisierte der heiligen Kirche zu Ehre Kreuzzüge oder wurde selbst durch die Einfälle fremder Nachbarvölker auf Tod oder Leben in neue Kämpfe verwickelt“. Negativer Höhepunkt war der Dreißigjährige Krieg, der Deutschland in eine „Wüste“ verwandelte und einen großen Teil der Bevölkerung ausrottete. Anschließend brachen die „Türkenkriege“ aus. Die Kraft Deutschlands und Österreichs war danach so erschöpft, dass diese Länder eine „leichte Beute“ Napoleons wurden, bis dieser durch die „Eiswüsten“ Russlands gestoppt und schließlich bei Leipzig und Waterloo „vernichtet“ wurde. Drei „neue Kriege“ (1864, 1866 und 1870/71) führten zur „Einigung Deutschland“, die „1914–18, also eine Generation später, in einem Kriege riesigen Ausmaßes wieder zu Grabe getragen“ wurde. So ging es weiter bis in die Gegenwart, kein Wort von kulturellen Errungenschaften, Erfindungen, Leistungen der Geistesgeschichte, christlicher Nächstenliebe, den Fortschritten der Aufklärung oder der Entwicklung des Parlamentarismus. Rehwinkels Ansichten waren sicherlich davon geprägt, was er als junger Mann gelernt hatte. Seine Ausführungen werfen kein allzu gutes Bild auf seine Lehrer und Erzieher, waren aber wahrscheinlich typisch für die Zeit. Schließlich kam Rehwinkel auf die Gegenwart zu sprechen, die davon geprägt war, dass die Regierungen „ohne Macht“ waren und in den Parlamenten „nur leeres Stroh gedroschen“ wurde. Nur der „Behördenapparat“ blieb unerschüttert. Bisweilen kam es auch zu ausgesprochen deplatzierten Äußerungen, etwa wenn er erwog, seinen weiblichen Zuhörern mitzuteilen, dass Raub und Vergewaltigung von Frauen „in der heutigen Form nicht mehr Sitte und bei den Frauen auch nicht mehr notwendig“ seien.<sup>356</sup>

Nach diesem Auftakt folgte die Schilderung agrarpolitischer und agrarwirtschaftlicher Probleme. 1949 waren dies unter anderem die zu hohen Steuern, die wie ein „Alpdruck auf dem ganzen Volke“ lasteten und sich seit 1938 verzehnfacht hätten, überhöhte Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung und Siedlungsbauten, dass „selbst dem Amtsschimmel der Atem stockt“, der Lastenausgleich und die „Zwangswirtschaft“. Steuerhinterziehung war für Rehwinkel eine Art Notwehr „aus Gründen des Selbsterhaltungstriebes“. Die Landwirtschaft fungiere als „Wohlfahrtsinstitut für alle und alles“. Die Ernennung Sonnemanns zum Staatssekretär des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten wurde als Einzug in die „Hochburg der alten Schlangenhöhle“ gefeiert. Alle „Kreise der Wirtschaft“, Industrie, Handwerk, Landwirt-

<sup>353</sup> Edmund Rehwinkels am 3.6.1961 an Konrad Frühwald. NLA Hannover, V.V.P. 38 Nr. 105.

<sup>354</sup> Rudolf Schnieders im Interview mit dem Verfasser am 8.10.2016.

<sup>355</sup> Rudolf Schnieders im Interview mit dem Verfasser am 8.10.2016.

<sup>356</sup> Rede Edmund Rehwinkels auf dem Landfrauentag in Celle am 15.11.1949. NLA Hannover, V.V.P. 38 Acc. 139/84, Nr. 46. Ob die kursiv gesetzte Stelle tatsächlich vorgetragen wurde, ist unsicher, weil sie im Original mit roten Strichen gekennzeichnet, möglicherweise in der Rede weggelassen wurde.

schaft, Arbeiter und Angestellte, müssten aufpassen, dass ihnen „der Amtsschimmel der Bürokratie nicht die Butter vom Brot“ frisst.<sup>357</sup>

Dieser scharfen Rede des Jahres 1949 wird eine gemäßigte Ansprache gegenübergestellt. Auf dem Bauerntag 1965 in Düsseldorf hatten sich Aufbau und Inhalt gewandelt. Die historischen Aussagen hatten deutlich abgenommen. Noch immer wurde die Landwirtschaft aber als Sonderfall und ‚Sorgenkind‘ dargestellt. „Wir haben es nicht leicht gehabt“, so lautete der Tenor. Die Landwirtschaft habe besonders lange unter der Zwangswirtschaft zu leiden gehabt, und „im Zuge des allgemeinen Aufschwungs“ der Volkswirtschaft sei es für sie schwierig, „wenigstens in der Nachhut mitzumarschieren“. Die Schuldenlast in Höhe von 18 Mrd. DM, die infolge von Investitionen angehäuft wurde, sei enorm hoch. Die Grünen Pläne hätten „zu keiner Zeit Entlastung“ gebracht. Auch für den Bauernverband sei die Situation schwierig gewesen, weil man „ständig gegen den Strom der öffentlichen Meinung“ ankämpfen musste. Relativ viel Verständnis brachte Rehwinkel für die französische Position auf. Durch die „Haltung ihrer Partner“ seien die Franzosen gezwungen gewesen, „erhebliche Weizenmengen mit Verlust auf dem Weltmarkt zu verkaufen“. Die Futtergetreidepreise müssten stärker an den Weizenpreis angeglichen werden. Die deutsche Landwirtschaft stellte Rehwinkel als „wettbewerbsfähig in der EWG und in Europa dar“. Einnahmeverluste durch das Sinken des Weizenpreises wollte er durch die verstärkte Ausfuhr von Veredelungsprodukten wettmachen. Unerlässlich seien die „Harmonisierung der Kosten, Lasten und Steuern und eine Angleichung der Sozialgesetzgebung und der Marktförderungsmaßnahmen“. Positiv wurde auch das Verhältnis zum Regierungschef geschildert: Zwischen „Bundeskanzler Erhard und dem Bauernführer Rehwinkel“ habe sich 1964 ein „echtes Vertrauensverhältnis“ herausgebildet. Hier überschätzte Rehwinkel vielleicht doch seine Bedeutung, aber es war für ihn nicht ungewöhnlich, sich auf eine Stufe mit dem Bundeskanzler zu stellen. Anschließend kam Rehwinkel auf die Disparität zu sprechen. Die Ursachen sah er nur zum Teil in ungenügenden Betriebsgrößen, der Flurzersplitterung, der „mangelhafte[n] Bildung und Ausbildung“ der Betriebsleiter und ihrer Angehörigen und Landarbeiter sowie einem „unvollkommenen Stand der Rationalisierung“. In erster Linie schien ihm die Tatsache verantwortungsvoll, dass „wir unsere steigenden Kosten nicht über Preiserhöhungen abzuwälzen vermochten wie nahezu alle anderen Sparten unserer Volkswirtschaft, weil die Agrarüberproduktion einiger Überseestaaten und der Einfuhr- und Preisdruck des Weltmarktes dies einfach nicht zuließen“. Disparität war nach Rehwinkel nicht neu, sondern bereits eine Erscheinung der Mitte des 19. Jahrhunderts. Seit 1951/52 würden die Erzeugerpreise stagnieren, während die Unkosten ständig stiegen. Die gewerbliche Wirtschaft erzeuge „Rationalisierungsgewinne“, während die deutschen Getreide-

<sup>357</sup> Rede Edmund Rehwinkels auf dem Landfrauentag in Celle am 15.11.1949. NLA Hannover, V.V.P. 38 Acc. 139/84, Nr. 46.

preise zwischen 1850 und 1948 „nahezu völlig gleichgeblieben“ seien. Die Disparität der Landwirtschaft zur übrigen Wirtschaft sei „in erster Linie ein Preis-Kosten-Problem“. Auch sei die Landwirtschaft „der wetterabhängigste Beruf“. Nicht alles, was als Subvention für die Landwirtschaft bezeichnet werde, sei eine solche. Beim Deichbau, Küsten- und Inselschutz und anderen Dingen handle es sich um „echte Staatsaufgaben“. Milchprämien seien keine Erzeuger-, sondern „reine Verbrauchersubventionen“. Ebenso verhalte es sich mit Preisverbilligungen bei Hart- und Qualitätsweizen und Dieselkraftstoff. Insgesamt könnten nur ein Drittel des Haushalts des Bundesernährungsministers und der entsprechenden Länderminister als „Staatshilfen für die Landwirtschaft“ bezeichnet werden. Die Rede endete mit einer Warnung, Brüssel keine neuen Vorleistungen einzuräumen, und mit dem Aufruf an die „Geschlossenheit des Berufsstandes“.<sup>358</sup>

Wir sehen an der Düsseldorfer Rede, dass Rehwinkel auch konziliant sein konnte. In der Presse und in der Öffentlichkeit blieb aber das Bild des polternden Präsidenten. Bereits 1948 berichtete das Hamburger Echo, Rehwinkel sei für seine „besonders scharfen Reden“ bekannt und der „Wortführer im ‚Bauernkrieg‘“. Er arbeite eng mit Antonius Freiherr von Oer zusammen, dem Vorsitzenden des „Hauptvereins Münsterland“. Der Baron habe Widerstand angekündigt, weil er später nicht vor ein „Militärgericht“ gestellt werden wolle, „weil wir einer Diktatur keinen Widerstand geleistet haben“. Freiherr von Oer wiederum stehe Hansjoachim von Rohr nahe. Der Hamburger Senator für Ernährung und Landwirtschaft, Friedrich Frank (SPD), habe eine Versammlung verlassen, weil Rehwinkel sich einer „unsachlichen und hetzerischen Sprache“ bedient habe.<sup>359</sup> Die Hamburger Rede Rehwinkels vom 18. November 1948 war in der Tat eine scharfe und heftige Anklage und wandte sich gegen die „Übergriffe der Bürokratie und anderer Berufskreise“. Sie begann mit einem ausführlich Rekurs auf die Vergangenheit über das Mittelalter und die Neuzeit, wo es den Bauern „oft recht dreckig“ ging, den Bundschuh, die Bauernkriege, die Einführung des 8-Stunden-Tags durch die „sozialistischen Machthaber“ 1918/19, den „Rattenfänger von Hameln“ 1933, die „Völkerwanderung“ von Ost nach West ab 1945 und endete schließlich im beginnenden „Beton-Zeitalter“. Als Ziel der Wirtschaftspolitik der Bauernverbände wurde genannt: „Gerechtigkeit für die Landwirtschaft“.<sup>360</sup>

Auch in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre gab es Bauerntage, die ausgesprochen turbulent und in einer aufgeheizten Atmosphäre abliefen. Eine ausgezeichnete Schilderung der Stimmung lieferte folgende Reportage über den Bauerntag in Dort-

<sup>358</sup> Rehwinkel, Die Agrarpolitik des Deutschen Bauernverbandes. Rede auf dem Deutschen Bauerntag am 16.7.1965 in Düsseldorf.

<sup>359</sup> Hamburger Echo vom 20.11.1948. NLA Hannover, V.V.P. 38 Nr. 174.

<sup>360</sup> Rede Edmund Rehwinkels am 18.11.1948 in Hamburg. NLA Hannover, V.V.P. 38, Acc. 139-84, Nr. 46.

mund 1967: „Lange vor Beginn der offiziellen Reden war der letzte Stuhl der riesigen Halle besetzt. Dichter Zigarettenqualm dämpfte das Licht der Fernscheinwerfer, während die sonst für Sechstages-Rennen bestimmte Tonbandmusik die Stimmung anwärmte. Vorbei an den dicht umlagerten Würstchen- und Bierständen drängten die Insassen immer neuer Autobusrudel in die Halle. Ein Teil fand noch auf den Kurven der stehengebliebenen Radrennbahn einen notdürftigen Sitzplatz. Der Rest der rund 30.000 Bauern zog weiter in die Nebensäle, wo sie, ungestört von den eifrig arbeitenden Kamerateams, ihre mitgebrachten Stullenpakete auspacken konnten. [...] Schon die erste Ankündigung, daß der Bonner Landwirtschaftsminister Höcherl zu einer Ministerratssitzung nach Brüssel statt nach Dortmund gefahren sei, wurde von den Bauern mit einem minutenlangen Pfeifkonzert quittiert. Als Rehwinkel dann auch noch Zitate aus zwei Briefen von Höcherl verlas, erreichte der Entrüstungssturm Orkanstärke. Selbst Bauern, die auf dem Rand des Podiums saßen, piffen gellend auf den Fingern. Andere riefen immer wieder ‚Feigling‘ und ‚zurücktreten‘. [...] Von Abschnitt zu Abschnitt seiner Rede entfesselte Rehwinkel abwechselnd neue Pfeifurufe und Beifallsstürme, wenn er feststellte, daß die Bauern jahrzehntelang unter der Knute von Sondergesetzen gestanden hätten und nun für das gemeinsame Europa allein die Zeche zahlen sollten.“<sup>361</sup>

Viele Bauern waren von der „kämpferische[n] Persönlichkeit“ ihres Präsidenten begeistert.<sup>362</sup> In der Presse tauchte dagegen relativ früh das ‚Gegenmodell‘ zu Rehwinkel auf, und dies war in der Regel ein adeliger Namensträger. Der Spiegel schrieb sogar einmal, die „Agraroppositionellen“ würden behaupten, Rehwinkel leide am „Baron-Komplex“.<sup>363</sup> Dies war auf die „Radikalinskis“<sup>364</sup> Antonius Freiherr von Oer und Hermann Freiherr von Lüninck gemünzt, die indes im Bauernverband nie eine ernsthafte Konkurrenz für Rehwinkel darstellten. Etwas anders verhielt es sich mit Otto Freiherr von Feury, der, wie dargestellt wurde, 1957 als persönlich ausgleichender Gegenkandidat zu Rehwinkel gehandelt wurde. Dem bayerischen Baron wurde nachgesagt, er sei es gewohnt, in „diplomatisch-zuvorkommenden Manier zu verhandeln“. Er sei kein „radikaler Agitator, der den Appetit auf immer neue Subventionen reizen will“. Zudem wurde Freiherr von Feury mit den Worten zitiert, es sei ein „Wahnsinn“, wenn ein „Berufszweig, der so völlig vom Verbraucher abhängig ist, diesen fortgesetzt vor den Kopf stößt“.<sup>365</sup> Dies alles richtete sich deutlich gegen Rehwinkel. Nachdem der Baron 1957 durch Presseberichte über seine angeblich illegalen Geschäfte im Spiegel und anderen Zeitungen für eine Zeitlang

<sup>361</sup> Peter Weigert im Generalanzeiger Bonn vom 8.3.1967.

<sup>362</sup> Aus einem Brief eines Landwirts an Edmund Rehwinkel. NLA Hannover, V.V.P. 38, Nr. 105.

<sup>363</sup> Der Spiegel 47/1955.

<sup>364</sup> Zitat Rehwinkel im Spiegel 47/1955.

<sup>365</sup> Süddeutsche Zeitung, Osterausgabe 1957. NLA Hannover, V.V.P. 38, Nr. 104, Bl. 193.

kaltgestellt worden war, tauchten 1960 wieder Schlagzeilen auf: „Präsident Feury für gutes Verhältnis Industrie-Landwirtschaft“. Im Bericht hieß es, Otto Freiherr von Feury habe in den letzten Tagen mehrfach Gelegenheit gehabt, „mit führenden Vertretern von Industrie und Wissenschaft über Probleme der deutschen Landwirtschaft zu sprechen und die Haltung des Deutschen und des Bayerischen Bauernverbandes zu den nationalen und internationalen Agrarfragen darzulegen“. Er sei in Bayern mit dem Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Fritz Berg, und mit Bergassessor a. D. Dr. Hermann Reusch zusammengetroffen. Weiter hieß es: „Sowohl gegenüber diesen beiden maßgebenden Funktionären der Deutschen Industrie als auch in einem Diskussionsgespräch mit Professor Niehaus im Rahmen einer Präsidialsitzung der Europa-Union in Köln unterstrich Präsident Feury, daß sich Industrie und Landwirtschaft nicht als Gegner gegenüberstehen dürfen, sondern als Teile der Gesamtwirtschaft zusammenarbeiten müssen“. Der erboste Rehwinkel notierte handschriftlich über seinen Gegenspieler: „Er sollte lieber zur Jagd gehen oder sich seinen Steuergeschenken widmen.“<sup>366</sup> Allerdings produzierte der bayerische Bauernverbandspräsident einige Zeit später eine so schlechte Presse, dass er zunächst nicht mehr für den Posten des DBV-Präsidenten in Frage kam. Ein Artikel kochte hoch, in dem Freiherr von Feury mit den Worten zitiert wurde: „Unsere Bauern müssen mehr lernen! [...] Man muß es doch einmal ganz klar sagen, [...] die meisten können doch nicht einmal richtig lesen und schreiben. Wie sollen sie dann die Probleme der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft verstehen?“<sup>367</sup>

Der oben genannte BDI-Präsident Fritz Berg war der einzige Industrielle, den Rehwinkel akzeptierte.<sup>368</sup> Nach seinem Rücktritt als Präsident des Deutschen Bauernverbandes wurde seinem Nachfolger, Constantin Freiherr Heereman von Zuydtwyck, ein neuer Stil bescheinigt, der mit „Partnerschaft statt Bundschuh“ umschrieben wurde. Nach Ausführungen über die Liberalität gegenüber seinen Kindern hieß es in einem Bericht: „Solcher Freimut paßt kaum in das Klischee vom gußeisernen Bauernführer und dessen Auftrag, überkommene Strukturen eines vom jahrhundertlangen Autarkiedenken geprägten Standes zu konservieren.“ Über die Agrar- und Verbandspolitik Heeremans wurde geschrieben: „Sie orientiert sich vom Markt her, nicht mehr von einer Bauerntumsideologie, für die konservative Wortführer wie Heeremans Vorgänger im westfälisch-lippischen Landwirtschaftsverband, Freiherr von Oer, ‚die Klotschen‘ (Holzschuhe) wieder anziehen wollte.“<sup>369</sup> Der Ausdruck „die Klotschen anziehen“ bezog sich auf eine Rede des Barons auf einer Großkundgebung des Westfälisch-Lippischen

<sup>366</sup> Bericht der Vereinigten Wirtschaftsdienste GmbH Frankfurt a. M. vom 2.12.1960 unter Bezug auf eine Mitteilung des Bayerischen Bauernverbandes. NLA Hannover, V.V.P. 38, Nr. 104.

<sup>367</sup> Bild-Zeitung vom 14.5.1962.

<sup>368</sup> Rudolf Schnieders im Interview mit dem Verfasser am 8.10.2016.

<sup>369</sup> Die Welt vom 21.5.1970.

Landwirtschaftsverbandes am 25. Januar 1960 in Münster, als er gesagt hatte: „Der Bauer aber sollte wieder seine Klotschen anziehen – dann wird er vielleicht gehört!“ Im Übrigen war Antonius Freiherr von Oer ein strikter Gegner des „materialistische[n] und liberale[n] Geist[es]“ und forderte eine zweite, berufsständische Kammer, einen Senat, um die Belange der Landwirtschaft besser vertreten zu können.<sup>370</sup>

Bei der Entscheidung, Freiherr Heereman zum DBV-Präsidenten zu wählen, hatte sicherlich auch eine Rolle gespielt, dass man vom Münsterländer Baron erwartete, dass er das Verhältnis zur SPD verbessern könnte. Und in der Tat verstand sich Heereman mit einigen Sozialdemokraten ausgesprochen gut: Mit dem Vorsitzenden des Ernährungsausschusses, Martin Schmidt, genannt Schmidt-Gellersen, bestand eine Duzbeziehung. Am erstaunlichsten aber war, wie gut Heereman mit Herbert Wehner harmonierte. Er berichtete darüber: „Der Wehner, der hatte ein ganz weiches Gemüt. [...] Das war erstaunlich. Wenn man dem Notsituationen darstellte, da hatte der volles Mitgefühl. Man durfte allerdings nicht schummeln, das musste schon Hand und Fuß haben. [...] Und interessant war: Die, die meiner Partei nicht angehörten, mit denen konnte ich besser reden als mit den eigenen Parteifreunden. Das war schon oft eine Krux mit dem Kohl zu verhandeln, das kann ich Ihnen sagen!“<sup>371</sup>

<sup>370</sup> Landesarchiv NRW, Abteilung Rheinland, RWN 144, Nr. 4.

<sup>371</sup> Constantin Freiherr Heereman von Zuydtwyck im Interview mit dem Verfasser am 16.6.2010.

## 17. Rehwinkel in seinen Urteilen über Personen und Inhalte

Edmund Rehwinkel hat sich viel und ausgiebig über bekannte Persönlichkeiten und Inhalte von öffentlichem Interesse geäußert, teilweise in einer Schärfe, wie sie heute wohl nicht mehr möglich wäre. Jeder Verband würde heute seinem Präsidenten auch nach dem Ende seiner Amtszeit einen Berater an die Seite stellen, um ihn vor Schaden zu bewahren und seinen Ruf zu schützen. Political Correctness gab es in dieser Zeit noch nicht, aber hätte es sie gegeben, wäre sie für Rehwinkel mit Sicherheit ein Fremdwort gewesen.

Winston Churchill erschien ihm als ein „Deutschenhasser“, den man früher „wegen seines beispiellosen Unverständes im Tower hingerichtet“ hätte. Die amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson, Franklin D. Roosevelt und Harry S. Truman waren für ihn allesamt „Schachfiguren der Wallstreet“. In Asien und Afrika waren „halbwilde Analphabeten“ am Werk, die man nur diktatorisch regieren konnte. Bundeskanzler Konrad Adenauer war „sehr stark mit der Großindustrie, den Großbanken und den Außenhandelsunternehmen“ verbandelt, „versippt, verschwägert und befreundet“. Für Deutschland war es ein „nationales Unglück“, dass der „außenpolitisch recht zwielichtige Willy Brandt“ zum Bundeskanzler gewählt wurde. Sogar einen politischen Weggefährten wie den bayerischen Bauernverbandsvorsitzenden „Dr. Rothhärmel“ [sic!] bezeichnete Rehwinkel zwar einerseits als geschätzten Kollegen, andererseits aber sah er in ihm „nicht gerade“ den „Typ eines mitreißenden Bauernführers“.<sup>372</sup> Besser kam Charles de Gaulle weg, der ein „weitsichtiger Staatsmann“ war. Für das positive Urteil dürfte mitverantwortlich gewesen sein, dass de Gaulle General und Nationalist war und nach Rehwinkels Meinung ein Herz für die französische und die deutsche Landwirtschaft hatte. Zudem hatte der französische Staatspräsident Rehwinkel persönlich gelobt und ihm in „perfektem Deutsch“ bescheinigt, wie viel er für Bauern geleistet habe.<sup>373</sup>

Wie bereits dargestellt wurde, war Rehwinkel kein Freund von Sachverständigen und Professoren. Teilweise äußerte er sich aber recht unterschiedlich. So bezeichnet er den SPD-Agrarexperten und Leiter des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel, Fritz Baade, in einem Schreiben an den DLG-Präsidenten Lorberg vom 26. Oktober 1960 als einen der „Unentwegtesten“ im „Chor der der Landwirtschaft Uebelwollenden“. Acht Jahre später, in einem persönlichen Schreiben zu Baades 75. Geburtstag, lobte Rehwinkel den Jubilar geradezu überschwänglich als jemanden, der „sich Verdienste um die Landwirtschaft erworben“ habe „wie ein Albrecht Thaer, ein von Thünen, wie Justus von Liebig oder Professor Aereboe“.<sup>374</sup>

<sup>372</sup> Rehwinkel, Was nun altes Abendland?, S. 14, 19, 26, 66, 82.

<sup>373</sup> Rehwinkel, Gegen den Strom, S. 143 f.

<sup>374</sup> NLA Hannover, V.V.P. 38, Nr. 473.

Schlecht war das Verhältnis zu Lübke, dessen Amtsantritt als Bundeslandwirtschaftsminister Rehwinkel zunächst noch begrüßte hatte, den er später aber abschätzig als den „Grünen Heinrich“ bezeichnete. Rehwinkel bescheinigte Lübke zwar persönliche Integrität, fand ihn aber humorlos. Als Agrarpolitiker habe er „keinen Weitblick“ besessen. Auf den Punkt gebracht lautete das Urteil: „Lübke und ich verstanden uns selten oder nie.“ An konkreten Kritikpunkten nannte Rehwinkel, dass Lübke Staatsaufgaben als Subventionen für die Landwirtschaft dargestellt habe, dass er in der Verbesserung der Agrarstruktur „das Allheilmittel zur Gesundung der Landwirtschaft“ sah und dass er für einklassige Dorfschulen eintrat, als Rehwinkel „in Niedersachsen bereits die Dörfergemeinschaftsschule (Mittelpunktschule) und das neunte Schuljahr durchgesetzt hatte und ganz allgemein das zehnte Schuljahr und die Gesamtschule als Ganztageschule forderte“.<sup>375</sup> Entscheidend für das schlechte Verhältnis zwischen Lübke und Rehwinkel war auf der persönlichen Ebene, dass sie beide ziemlich empfindlich waren. Auf der sachlichen Ebene bestand der Hauptunterschied darin, dass Lübke für eine Reform der Agrarstrukturen eintrat, während Rehwinkel die Agrarpreise anheben wollte.<sup>376</sup>

Insgesamt muss man feststellen, dass sich bei Rehwinkel Äußerungen von einer gewissen philosophischen Tiefe neben Behauptungen finden, die nicht beweisbar sind und unsinnig anmuten. Beispielsweise bezeichnete er bereits in einer Rede des Jahres 1947 das 20. Jahrhundert als „das Zeitalter des Ringens von Weltanschauungen und Ideologien“,<sup>377</sup> eine Anschauung, die in der Geschichtswissenschaft durchaus geteilt wird. Richtig hatte er auch erkannt, dass sich die „größte Evolution“ bei der „Denkungsart“ der Menschen vollziehen muss und vollzieht.<sup>378</sup> Anders ausgedrückt: Gesellschaftliche Veränderungen basieren stark auf einem Wandel von Einstellungen. Andererseits vertrat er die Meinung, kürzere Arbeitszeiten seien eine der Ursachen für das Ansteigen von Kriminalität, da viele Menschen „mit ihrer Freizeit nichts vernünftiges anzufangen“ wissen.<sup>379</sup> Rehwinkels direkte Meinungsäußerungen waren seine Stärke und seine Schwäche zugleich. Sie waren seine Stärke, weil sie keine gestanzten und austauschbaren Worthülsen waren und die Menschen im besten Fall begeisterten. Sie waren seine Schwäche, weil sie aufgrund ihrer Radikalität am Ende nicht mehr ernst genommen wurden. „Rehwinkel spielt wieder auf der alten Leier“ lautete die Überschrift eines Artikels im Handelsblatt, nachdem Rehwinkel 1966 die Einschränkung der Tarifautonomie gefordert hatte.<sup>380</sup>

<sup>375</sup> Rehwinkel, Gegen den Strom, S. 118 – 121, 131 f.

<sup>376</sup> Rudolf Schnieders im Interview mit dem Verfasser am 8.10.2016.

<sup>377</sup> Rede auf der Tagung der Holsteinischen Bauernverbände in Rendsburg am 13.11.1947.

NLA Hannover, V.V.P. 38 Acc. 139-84, Nr. 46.

<sup>378</sup> Undatierte Rede [1947] am Erntedanktag in Nürnberg vor den Vertretern der Bayerischen Bauernverbände.

NLA Hannover, V.V.P. 38 Acc. 139-84, Nr. 46.

<sup>379</sup> Rehwinkel, Gegen den Strom, S. 89.

<sup>380</sup> Handelsblatt vom 30.11.1966.

## 18. Edmund Rehwinkel als Dichter

Jagd und Dichtung galten als Leidenschaften Rehwinkels, wobei er als „Freizeitdichter“ viel Spott über sich ergehen lassen musste. Er habe mit seiner Lyrik „eher Lacherfolge denn literarische Ehren“ geerntet, war in einer offiziellen Darstellung zu lesen.<sup>381</sup> An welchen Vorbildern er sich orientierte, ist nicht bekannt. Sein persönlicher Referent, Karlheinz Benecke, der im Zweiten Weltkrieg als Leutnant Rehwinkels Zugführer gewesen war,<sup>382</sup> bestellte 1972 für den ehemaligen DBV-Präsidenten den gerade erschienenen Gedichtband „Als hätten meine Fingerspitzen Augen“ von George Forestier, der an die Privatadresse Rehwinkels geschickt wurde. Rehwinkel war in dieser Zeit schon nicht mehr gesund und erlitt 1972 einen „schweren Herzinfarkt“, von dem er sich nur langsam erholte.<sup>383</sup>

George Forestier hieß eigentlich Karl Emerich Krämer und hatte in der ersten Hälfte der 1950er Jahre unter seinem Pseudonym für Aufsehen und Wirbel gesorgt. Krämer wurde 1918 geboren, war in der NS-Zeit Offizier der Wehrmacht und Bannführer der Hitler-Jugend und hatte seinem zweiten Ich Forestier eine Laufbahn bei der Waffen-SS vor 1945 und bei der Fremdenlegion nach 1945 angedichtet. Ab 1952 erschienen im Eugen Diederichs Verlag Gedichtbände Forestiers mit Titeln wie „Ich schreibe mein Herz in den Staub der Straße“ (1952) und „Stark wie der Tod ist die Nacht ist die Liebe“ (1954). Deutschland verfiel eine Zeitlang in einen Forestier-Rausch. Der vermeintliche ehemalige Fremdenlegionär wurde als deutscher Rimbaud gefeiert. Ein Kritiker hielt fest, fast jedes Gedicht enthalte „erotische Motive, sinnlich erhitzte Metaphern, unbeherrscht hervorgestammelt“. Man spüre die „Sexualität des Landsknechts“.<sup>384</sup> Der Schwindel flog bereits 1955 auf, was Krämer freilich nicht daran hinderte, weiterhin Gedichte unter dem Namen Forestier zu veröffentlichen. Der Fall Forestier wird heute als der „größte Erfolg eines Lyrikers und zugleich der größte, bis heute nicht wirklich aufgearbeitete Literaturskandal der Nachkriegszeit“ bewertet. Der erdachte Lebenslauf Forestiers diente vielen deutschen Männern als „Projektionsfläche für ihre eigene, vom Krieg zerrissene Biographie“.<sup>385</sup>

Ob Rehwinkel die Details des Falles Forestier bekannt waren, wissen wir nicht. Sicher aber ist, dass er nach seinem Herzinfarkt einer Ärztin begegnete, die ihn tief beeindruckte. Erste Hinweise finden sich in dem Gedicht „Jägers Herzinfarkt“, in dem es heißt: „Vier Schüsse und vier Hasen,/ der fünfte traf/ mich selbst auf's Blatt,/ war fast schon tot verblasen,/ bis man mich dann gefunden hat./ Der Chefarzt Dr. Erlemann,/

<sup>381</sup> Munzinger-Archiv 15/1977 vom 4.4.1977.

<sup>382</sup> Rudolf Schnieders im Interview mit dem Verfasser am 8.10.2016.

<sup>383</sup> NLA Hannover, V.V.P. 38 Acc. 139/84, Nr. 34. Zum Herzinfarkt siehe das Schreiben Beneckes vom 27.12.1972.

<sup>384</sup> Heinz Piontek in der FAZ vom 2.4.1954. Zit. n. Schmitt, Der Fall George Forestier, S. 323.

<sup>385</sup> Fuld, Das Lexikon der Fälschungen, S. 78 f.

mein alter Freund und Dr. Rodt, die taten, was sie konnten./Das meiste tat der liebe Gott!/ Mit ihm vier junge Schwestern und/ein Rasseweib von Ärztin,/die pflegten mich gesund.“ Ein anderes Gedicht heißt direkt „Die Ärztin!“, und in ihm wurde Rehwinkel etwas konkreter, ohne dass es ihm aber möglich war, seine Begeisterung in Worte zu fassen: „Ich konnte Dich zuerst/ nur von der Seite sehen,/ nur Dein Profil./ Doch das gefiel mir so,/ daß ich bei Deinem Abgang/ heimlich dachte,/ in deren Händen/ kommst du wieder durch!“<sup>386</sup>

Rehwinkel hatte als junger Mann um 1920 damit begonnen, Verse zu schreiben. Veröffentlicht wurde der erste Gedichtband aber erst 1952.<sup>387</sup> Ein Schwerpunkt bildeten Liebe und Erotik, oder wie Sonnemann es ausdrückte: „immer wieder Frauen“.<sup>388</sup> Andere Akzente waren, wie bereits dargestellt, die Hitler-Zeit und das Soldatentum.<sup>389</sup> Daneben waren immer wieder die Natur, die Heide und das Moor Themen, die behandelt wurden, teilweise mit dem Stoff der Liebe verknüpft wie in den Versen „Abendidyll“: „Im Schilfrohr seufzt der Abendwind,/ die Frösche quaken – Enten quarren,/ und Fledermäuse schießen hin und her./ Wir sitzen schweigend an des Weihers Rand,/ durch eine Kiefernücke lugt verschämt der Mond,/ dess’ Schein jetzt voll auf deine Züge fällt./ Du lächelst glücklich vor dich hin/ und schmiegst dich fester an mich an.“<sup>390</sup>

Viele Gedichte Rehwinkels gehören zur Gedankenlyrik und reflektieren über philosophische, religiöse oder auch alltägliche Dinge, teilweise mit erhobenem Zeigefinger, wie zum Beispiel in den Versen „Das Auto“: „Ein Auto ist beweglich nur,/ solange wie der Motor läuft./ Doch alle Räder stehen still,/ wenn man ihn mit Benzin ersäuft./ Drum rat ich dir: Halt Maß sowohl/ bei Treibstoff wie bei Alkohol.“<sup>391</sup> Rehwinkel konnte selbst übrigens nicht Auto fahren und reiste immer mit Chauffeur.

Eines der frühen Gedichte, „Sachsentrotz!“ aus dem Jahr 1922, ist eine Ballade, deren Problematik auf die Weimarer Republik übertragen werden kann: „Versprengte Sachsen, ein letzter Trupp,/ durch Nacht und Nebel jagen,/ die Wölfe heulen im Föhrenwald./ Fern hört man die Franken traben./ Und die Nacht vergeht, und der Morgen graut,/ und sie traben weiter und weiter,/ bis hinter ihnen im Frührotschein/ die Heide voll fränkischer Reiter./ Da werfen die Sachsen die Rosse herum,/ noch einmal gellt ihr; Sla dot, sla dot,/ dann färbt sich die grüne Heide/ vom Blut der Männer rot!/ Noch

<sup>386</sup> Rehwinkel, Quer Beet, S. 73, 91.

<sup>387</sup> Rehwinkel, Gegen den Strom, S. 16. Ewert, Rehwinkel, S. 138 f.

<sup>388</sup> Vgl. Kapitel 1.

<sup>389</sup> Vgl. Kapitel 3.

<sup>390</sup> Rehwinkel, Mosaik, S. 29.

<sup>391</sup> Rehwinkel, Quer Beet, S. 75. Für Hinweise zur Einordnung der Gedichte Rehwinkels danke ich meiner Mutter, Dr. Jutta Dornheim.

einmal prasselt Hieb auf Hieb,/ und das Frührot leuchtet wie Flammen/ und wahllos auf grün-roter Heide/ brechen Reiter und Rosse zusammen./ Sla dot, sla dot und sie schlugen tot,/ was ihr blankes Eisen traf,/ und starben als freie Männer. Leiver dot – as Sklav!“<sup>392</sup> Verse dieses pathetischen Ausmaßes waren aber eher die Ausnahme. Jedoch wurde Rehwinkel vor allem von Zeitgenossen gerne mit dem Dichter und Schriftsteller Hermann Löns verglichen. Als Lieblingsdichter Rehwinkels galten Börries von Münchhausen, Theodor Storm und Hermann Löns, als bevorzugte Dramatiker Shakespeare, Schiller, Hebbel, Ibsen und Strindberg.<sup>393</sup>

<sup>392</sup> Rehwinkel, Quer Beet, S. 68.

<sup>393</sup> Pacyna, Edmund Rehwinkel, S. 13, 29. Sonnemann, Gestalten und Gedanken, S. 85.

## 19. Problematische Personalpolitik

Fast alle Hauptgeschäftsführer des Niedersächsischen Landvolkverbandes zwischen 1947 und 1963 sowie der Pressesprecher Günther Pacyna waren durch den Nationalsozialismus belastet. Theodor Sonnemann war zwar in erster Linie ein Deutschnationaler, hatte sich in der Kriegszeit jedoch durch Forschungen zu wehrwirtschaftlichen Fragen hervorgetan. Der bereits genannte Paul Binder notierte 1964 für die CDU in einem Aktenvermerk, Rehwinkel habe die „pommersche und brandenburgische Landberatung nach 1945 nach Niedersachsen geholt“.<sup>394</sup> Das war ein verklausuliertes Eingeständnis dafür, dass ehemals hohe Funktionäre des Reichsnährstandes in Hannover das Sagen hatten.

Nachdem Sonnemann 1949 Staatssekretär geworden war, wurde er durch Hans Kohnert ersetzt, der seit dem 1. April 1942 Landesbauernführer des Reichsgaues Wartheland gewesen war. Kohnert wurde 1905 als der Sohn eines Rittergutsbesitzers geboren und wuchs in Westpreußen auf, das 1919 an Polen fiel. Er war eine der Führungspersönlichkeiten der deutschen Bewegung, wurde 1939 von den Polen verhaftet und verlor bei den Auseinandersetzungen ein Bein, allerdings nicht durch polnische Misshandlungen, wie die NS-Propaganda behauptete, sondern weil ihn ein Fahrzeug der Wehrmacht überrollt hatte. Für seine Verdienste um die deutsche Bewegung in Polen erhielt er nachträglich das Goldene Parteiabzeichen der NSDAP. Als Landesbauernführer war er zudem hoher SS-Führer. Das „Braunbuch“ der DDR bezeichnete Kohnert als „Kriegsverbrecher“ und „Henker Tausender Bürger von Bromberg“. Diese Behauptung müsste ebenso überprüft werden, wie jene, dass er 1944 Kontakte zum Widerstand hatte.<sup>395</sup>

Auf Kohnert folgte 1953 Hanns Deetjen, der 1955 Staatssekretär im Niedersächsischen Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten wurde. Deetjen war am 29. September 1933 zum „persönlichen Presseadjutanten“ des Reichsbauernführers und Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft Darré ernannt worden. Am 14. November 1936 wurde er, obwohl er mit einer Größe von 1,63 Meter ungewöhnlich klein war, SS-Hauptsturmführer im Rasse- und Siedlungshauptamt der SS. Nachdem er 1937 Oberlandwirtschaftsrat und damit Beamter des Reichsnährstandes geworden war, wurde er am 1. Mai 1939 Stellvertreter des Hauptschriftleiters der Zeitschrift *Odal*, dem wichtigsten Organ des Reichsnährstandes. Ein ungewöhnlich großzügiger Arbeitsvertrag sicherte ihm 38 Urlaubstage sowie eine üppige Bezahlung und sonstige

<sup>394</sup> Aktennotiz „Betr.: Rehwinkel“ vom 13.6.1964. ADCP, Nachlass Paul Binder, I-105-10311.

<sup>395</sup> Vgl. Kohnert, Die Betriebsverhältnisse der deutschen Bauernwirtschaften in der ehemaligen Provinz Westpreußen (Diss. TH Danzig 1931). BArch Berlin, R 9361-I/55793; VBS 286/6400022966; VBS 1/1060031987. Kohnert benutzte zeitweise den Vornamen Hans, zeitweise Hans Joachim. Vgl. zudem Podewin, Braunbuch, S. 274, 280. Zu den angeblichen Kontakten zum Widerstand siehe: Kulturportal-west-ost.eu/biographien/kohnert-hans-2 (Aufruf am 24.6.2016).

Vergünstigungen zu. Weitere Beförderungen und Ernennungen zum SS-Sturmbannführer (1939), zum Reichslandwirtschaftsrat (1941), zum SS-Obersturmbannführer (1942) und zum Reichshauptabteilungsleiter des RNSt folgten. Zum Militärdienst wurde Deetjen erst sehr spät, nämlich am 19. August 1944, einberufen.<sup>396</sup> Die Verabschiedung als niedersächsischer Staatssekretär erfolgte durch Minister Wilfried Hasselmann am 31. August 1965. Dabei erhielt Deetjen das Große Verdienstkreuz des Niedersächsischen Verdienstordens.<sup>397</sup> Deetjens Karriere nach 1945 gehört aus dem Bereich der Agrarwirtschaft zu den erstaunlichsten Vorgängen der deutschen Regierungs- und Verwaltungsgeschichte. Nach seiner Pensionierung betrieb er eine Glorifizierung Richard Walther Darrés, als er dessen Tagebücher exzerpierte und kommentierte. Den Hauptvertreter der Blut-und-Boden-Ideologie beschrieb er als „schöpferischen Menschen genialer Begabung“.<sup>398</sup>

Nach einem kurzen Intermezzo durch den Generalreferenten Wolfgang Büttner wurde 1956 Dipl.-Landwirt Dr. Wilhelm Canenbley Hauptgeschäftsführer des Niedersächsischen Landvolkverbandes, der dieses Amt bis 1963 innehatte. Canenbley war bereits am 1. November 1931 in die NSDAP eingetreten und ebenfalls hoher SS-Führer. Er war seit dem 2. Oktober 1933 Hauptstabsleiter bei der Landesbauernschaft Sachsen-Anhalt. Am 1. April 1935 erfolgte die Versetzung zur Landesbauernschaft Schlesien. Im Februar 1937 wurde er unter Berufung ins Beamtenverhältnis Führungshelfe beim Verwaltungsamtsführer im Verwaltungsamt des RNSt. In einer parteiinternen Beurteilung hieß es über ihn 1942: In seiner „weltanschaulichen und politischen Haltung ist er zweifellos ein gefestigter Nationalsozialist“.<sup>399</sup> Canenbley wechselte 1942 auf Intervention von Herbert Backe vom Reichsnährstand zum Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, wo er seit dem 1. August 1942 als Ministerialdirigent fungierte und die Unterabteilung I A leitete (Allgemeine Angelegenheiten, Personal- und Verwaltungssachen).<sup>400</sup>

Der 1896 geborene Günther Pacyna stammte aus Posen, war Kriegsfreiwilliger und Freikorpskämpfer und im März 1921 in die Redaktion der Deutschen Tageszeitung eingetreten. Seit dem 1. Februar 1925 leitete er die Presseabteilung des Reichs-Landesbundes und kam von den Deutschnationalen zu den Nationalsozialisten. 1935 war

<sup>396</sup> NLA Hannover, Nds. 50, Acc. 2000/064 Nr. 2.

<sup>397</sup> NLA Hannover, Nds. 50, Acc. 96/88 Nr. 144/2.

<sup>398</sup> Stadtarchiv Goslar, Nachlass Richard Walther Darré, Nr. 484 (Tagebücher 1930-1945), 1969 bearbeitet von Hanns Deetjen, hier aus dem Vorwort zitiert. Die Originale der Tagebücher sollen später unter noch nicht völlig geklärten Umständen vernichtet worden sein.

<sup>399</sup> Ministerialdirektor Dr. Klopfer (Parteikanzlei in München) am 3.6.1942 an Werner Willikens. BArch Berlin, R 3601/5050 BArch Berlin, R 3601/5050. Vgl. zu Canenbley auch seine Diss.: Das deutsche veredelte Landschwein auf den Ausstellungen der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft (Univ. Leipzig 1927).

<sup>400</sup> Herbert Backe in seiner Funktion als geschäftsführender Reichsminister am 5.6.1942 an das Verwaltungsamt des Reichsnährstandes. BArch Berlin, R 3601/5549.

er Stabsabteilungsleiter beim Stabsamt des Reichsbauernführers. In der NS-Zeit trat er in erster Linie als politischer Publizist in Erscheinung getreten, verfasste mehrere Schriften, darunter auch das Buch „Deutsches Bauerntum“, das er 1939 gemeinsam mit Richard Walther Darré und Johann von Leers veröffentlichte. Darré war in der NS-Zeit Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, zudem „Reichsbauernführer“ und lieferte Heinrich Himmler mit seinem Buch „Neuadel aus Blut und Boden“ die ideologische Vorlage für den Aufbau der SS. Johann von Leers war ein radikaler Antisemit, der 1940 einen Lehrstuhl für „Deutsche Geschichte, insbesondere deutsche Bauerngeschichte“ an der Universität Jena erhielt. Er floh 1946 aus einem Internierungslager, ließ sich 1955 in Ägypten nieder, konvertierte zum Islam und fungierte zeitweise als Mitarbeiter des Bundesnachrichtendienstes. Pacynas Karriere in der NS-Zeit verlief nicht gleichmäßig, was möglicherweise damit zusammenhing, dass er nicht in die SS eintrat. Er galt als Spezialist für Presse, Rundfunk, Film, Ausstellungen, Lichtbilder und Illustrationen, Bücher und Broschüren, Lehrmaterial und Vorträge, kurzum Propaganda jeglicher Art. In einem beruflichen Zeugnis aus dem Jahr 1941 hieß es: „Als Abteilungsleiter leistete Pacyna Hervorragendes. Seine besonderen Kenntnisse liegen auf dem Gebiet des historischen Bauern- und Bodenrechts. Er ist ein vorzüglicher Kenner der bäuerlichen Geschichte. Seine wissenschaftlichen Arbeiten sind äusserst zuverlässig und genau. Als Journalist schreibt er einen sehr gewandten Stil. Seine mit Zähigkeit und Ausdauer geleisteten Arbeiten verschafften ihm Anerkennung und Förderung. Für seine hingebungsvolle Tätigkeit im Stabsamt danke ich ihm.“<sup>401</sup>

Rehwinkel holte Pacyna 1951 „als besonders befähigten Agrarjournalisten“ nach Hannover,<sup>402</sup> nachdem dieser bei der Deutschen Bauernzeitung (DBZ) wegen Differenzen gekündigt hatte. Pacyna schrieb zu den Hintergründen: „Durch die oppositionelle Haltung der DBZ gegen die Agrarpolitik der Bundesregierung habe ich mir den heftigen Zorn insbesondere von Herrn Staatssekretär Sonnemann zugezogen.“<sup>403</sup> Kohnert hielt in einer Aktennotiz für Rehwinkel fest: „Pacyna fühlt sich außerdem vom Deutschen Bauernverband nicht genügend gedeckt, womit er wahrscheinlich Recht hat, weil ich vermute, daß Präsident Hermes Pacyna aus dem Grunde nicht wohl will, weil Pacyna früher im Reichsnährstand tätig gewesen ist und deshalb Aversionen bei Hermes entstehen werden.“<sup>404</sup>

Pacyna war ein produktiver Autor und publizierte relativ früh zu Themen, die später an Bedeutung gewannen oder deren Begrifflichkeit von anderen Autoren über-

<sup>401</sup> Zeugnis vom 14.10.1941, Unterschrift unleserlich. BArch Berlin, R 16/14161.

<sup>402</sup> Die Pressestelle des Niedersächsischen Landvolks am 1.9.1951 an Theodor Sonnemann. NLA Hannover, V.V.P. 38 Acc. 139/84, Nr. 27.

<sup>403</sup> Günther Pacyna am 10.7.1951 in einen herzlichen gehaltenen Brief an Hans Kohnert. NLA Hannover, V.V.P. 38 Acc. 139/84, Nr. 27.

<sup>404</sup> Notiz vom 11.7.1951 NLA Hannover, V.V.P. 38 Acc. 139/84, Nr. 27.

nommen wurde. Zu nennen sind etwa „Agrarunion, der zweite Schritt zu Europa?“ (1952) und „Agrarfabriken oder Bauernhöfe?“ (1958). Edmund Rehwinkel portraitierte er als Menschen, der eng in „Heimat und Geschlecht“ verwurzelt war.<sup>405</sup> Das scheinbar so unverfängliche Begriffspaar ist ein Synonym für das, was 30 Jahre früher als „Blut und Boden“ bezeichnet worden war. In der NS-Zeit hatte Pacyna, der später von seinen Mitarbeitern in der Pressestelle des Niedersächsischen Landvolks liebevoll als „Väterchen“ bezeichnet wurde, geschrieben, die „Wahrung der Blutreinheit“ sei „als leitender Grundgedanke“ einzustufen. In der frühgermanischen „Sippe“ habe man es für „unrecht“ gehalten, „mißgestaltete oder krüppelhafte Kinder“ aufzuziehen. Es habe das „Vaterrecht der Kindesaussetzung“ gegeben. Auch der Sachsenspiegel habe die „Ausmerzung aller rassisch Minderwertigen durch Aberkennung der Erbfähigkeit“ angestrebt.<sup>406</sup> Das war letztlich eine Legitimation zur Ausgrenzung und Tötung angeblich minderwertiger Kinder. Nachdem 1976 zu Pacynas 80. Geburtstag im Niedersächsischen Landvolk ein glorifizierender Artikel erschienen war, wurde es selbst Edmund Rehwinkel zu viel. Er schrieb in einer Stellungnahme an seinen Präsidenten-Nachfolger Heinz Bockhop, dieser Artikel gehe über „die in solchen Fällen übliche Beweihräucherung“ hinaus und trage zu einer falschen „Legendenbildung“ bei. Warnend fügte er hinzu, der verantwortliche Redakteur, der die Lobeshymne verfasst hatte, müsse lernen, „bei historischen Betrachtungen vorsichtiger zu sein, denn noch leben ja Leute, die diese Dinge besser beurteilen können als er – auch Pacynas Rolle im Dritten Reich“.<sup>407</sup>

Von den genannten Personen den größten Einfluss auf Rehwinkel hatte wohl Deetjen. Dieser hatte 1945 mit dem Nationalsozialismus gebrochen, war also kein Altnazi im engeren Sinn, sondern stand vielmehr vor dem Problem, vor sich selbst rechtfertigen zu müssen, warum er viele Jahre seine Lebens einem verbrecherischen System gedient hatte. Nach dem Ende seiner beruflichen Laufbahn setzte sich Deetjen vor allem mit Richard Walther Darré auseinander, dem er von 1933 bis 1941 nicht nur beruflich, sondern auch persönlich sehr nahe gestanden war. Deetjen bearbeitete um 1969 das Tagebuch Darrés und schrieb eigene Lebenserinnerungen, in die wiederum Darrés Tagebuchnotizen einfließen. Er sah in Darré einerseits, wie bereits gesagt, eine Art von Genie, andererseits aber eine zerrissene Persönlichkeit, zerfressen von Misstrauen, gequält von Depressionen, im Grunde unfähig, ein Ministerium zu leiten. Einen wichtigen Grund für Hitlers Scheitern sah Deetjen darin, dass es Nazi-Deutschland nicht gelungen war, Großbritannien auf seine Seite zu ziehen. Die Ermordung der europäischen Juden war für Deetjen eine Tatsache, die er nicht leugnete. Nach seiner

<sup>405</sup> Pacyna, Rehwinkel, S. 13-17.

<sup>406</sup> Pacyna, Bodenrecht aus deutscher Art, in: Darré/Pacyna/von Leers, Deutsches Bauerntum, S. 37-91, hier S. 54 f.

<sup>407</sup> Edmund Rehwinkel am 20.10.1976 an Heinz Bockhop. Landvolk Niedersachsen – Landesbauernverband e. V., Sammlung Rehwinkel.

Darstellung soll Darré bis 1941 davon nichts gewusst, „vielleicht aber manches geahnt“ haben. Darré sei „kein lauter Antisemit“, aber für die „biologische Trennung der Rassen“ gewesen. Allerdings habe seine „Quintessenz“ zur „Judenfrage“ gelautet: „Wo der Jude herrscht, muß der Bauer sterben.“ Himmler war für Deetjen 1935 noch nicht die „böse Bestie“, sondern habe sich wie der „Großmeister eines Ordens“ aufgeführt. Niemals habe er, Deetjen, in dieser Zeit Himmlers „spätere Wandlung zur bestialischen Judenausrottung für vorstellbar gehalten.“ Der Reichsnährstand war für Deetjen eine Institution, die einen wichtigen Beitrag zur Ernährungssicherung geleistet habe.<sup>408</sup>

Es soll an dieser Stelle nicht diskutiert werden, inwieweit diese Wahrnehmung der Realität entsprach. Viele Verbrechen wie die Morde der SS vor 1939, die Auswirkungen der Blut-und-Boden-Ideologie und die die Nazi-Hungerpolitik gegenüber Russland im Zweiten Weltkrieg wurden ausgeklammert. Deetjens Sichtweise war auf jeden Fall ein Faktor, der Rehwinkel in der ersten Hälfte der 1950er Jahre beeinflusste. Und eine entscheidende Botschaft des Duos Darré-Deetjen war, dass das Bauerntum in der industriellen Welt keine Zukunft haben würde. Diese Sichtweise übernahm Rehwinkel, zog aber andere Schlussfolgerungen: Für ihn sollte die Landwirtschaft nicht wie für Darré außerhalb des Wirtschaftsprozesses stehen. Vielmehr sollte der Staat über eine entsprechende Preispolitik für ausreichende Einkünfte der Landwirte sorgen. Eine Verbesserung der Agrarstruktur und damit Agrarstrukturpolitik sah Rehwinkel als unzureichend an. Diese Sichtweise war ein Grund dafür, dass sich Rehwinkel nicht mit den Agrarpolitikern verstand, die vor allem auf eine Verbesserung der Agrarstruktur setzten wie Heinrich Lübke und Günter Noell. Sein Ansatz war die Preispolitik.

In diesem Zusammenhang muss auch erwähnt werden, dass Edmund Rehwinkel die Witwe des 1953 verstorbenen ehemaligen Reichsministers und Reichsbauernführers, Charlotte Darré (geborene von Vietinghoff-Scheel), finanziell unterstützte. Rehwinkel schrieb bereits im Januar 1954 an Charlotte Darré, zu seiner „Freude“ sei es ihm möglich, ihr „auf dem Umwege über die Herren von Bredow-Stechow und von Harling einen weiteren Betrag in Höhe von 1.000 DM zukommen zu lassen“. Rehwinkel setzte sich auch bei Bundeslandwirtschaftsminister Heinrich Lübke, Bundeskanzler Konrad Adenauer und Andreas Hermes für eine „Witwen- und Waisenspension“ Charlotte Darrés ein, konnte damit aber nicht durchdringen. Charlotte Darré begründete ihr „Gesuch“ mit der Stellung ihres verstorbenen Mannes als ehemaliger Reichsminister. Auch später unterstützte Rehwinkel Charlotte Darré, wobei das Geld teilweise vom Kreisverband Celle des Niedersächsischen Landvolkes, teilweise aus Rehwinkels „Repräsentationsfonds“ stammte. Als Darrés Tochter 1959 ein Biologiestudium aufnehmen wollte, sprang Rehwinkel, der inzwischen Präsident des DBV geworden war, wieder ein und ließ der Mutter 1.500 Mark zukommen, die teilweise von der Land-

wirtschaftlichen Rentenbank, teilweise vom Landesverband des Niedersächsischen Landvolks ausbezahlt wurden.<sup>409</sup>

Die Unterstützung Charlotte Darrés lief vor allem über einen Vertrauten des ehemaligen Reichsministers, den früheren RNSt-Funktionär Friedrich Krausse. Der 1913 geborene Gärtner stammte aus Rudolstadt in Thüringen und war zunächst in der Hitler-Jugend so aktiv, dass er das Goldene Ehrenzeichen der HJ erhielt. Nach einer Initiativbewerbung arbeitete er seit 1937 im RNSt als Sachbearbeiter für den Landjugendaustausch. Zu seinen Aufgaben gehörte die berufliche und politische Lenkung und Indoktrination des Nachwuchses, die Durchführung von Reichsberufswettkämpfen, die Förderung der körperlichen Ertüchtigung, die Freizeitgestaltung sowie der Landjugendaustausch mit Holland, Dänemark, Norwegen.<sup>410</sup> Nach dem Ende der NS-Herrschaft wurde Krausse, der seit 1937 in Goslar wohnte, beim Niedersächsischen Landvolk angestellt und war dort Geschäftsführer des „Hauses der Landfrau und Landjugend“ in Goslar. Krausse soll auch dafür gesorgt haben, dass das Tagebuch Darrés 1971 unter notarieller Aufsicht vernichtet wurde.

Diese Einflüsse sind ein Erklärungsansatz für die Frage, was Rehwinkel letztlich dazu bewog, sich in dieser Form zu verhalten. Im Falle von Charlotte Darré mag auch eine Rolle gespielt haben, dass Rehwinkel eine besondere Schwäche für Frauen hatte und seine Handlungsweise unter dem Aspekt der Ritterlichkeit einstuft. In den ehemals hohen Funktionären des Reichsnährstandes, die in der Regel ehrenamtliche SS-Führer gewesen waren, sah Rehwinkel wohl keine Feinde, sondern Verbündete. Er sah in ihnen nicht die SS-Führer, die wie die Gestapo zum 1939 gegründeten Reichssicherheitshaupt gehörten, und ihn, Rehwinkel, 1944 verhaftet und mit dem Tod bedroht hatten. Für ihn waren sie Agrarpolitiker, die wie er selbst gegen die Dominanz der industriellen Welt kämpften.

Die Personalpolitik Rehwinkels ist sicherlich einer der problematischsten Punkte seiner Biographie. Man könnte argumentieren, dass die Personalauswahl des Niedersächsischen Landvolks unter Rehwinkel zur Wiedereingliederung ehemaliger Nationalsozialisten in die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland beigetragen hat. Aber das wäre wohl eine ziemlich einseitige Argumentation. Zu bedenken ist auch, dass die ehemaligen NS-Funktionäre nicht irgendeine Arbeit, sondern Spitzenpositionen erhielten. Zudem ist zu konstatieren, dass sich Rehwinkel in einem beruflichen Umfeld bewegte, das auch auf ihn zurückwirkte. Rehwinkel entwickelte sich konträr zur Bundesrepublik Deutschland eher nach rechts als nach links.

<sup>408</sup> Deetjen, Lebenserinnerungen (unveröffentlicht), S. 217, 257, 261 f., 270. Sammlung Dornheim.

<sup>409</sup> Vgl. die Schriftwechsel und Quittungen im NLA Hannover, V.V.P. 38, Nr. 692.

<sup>410</sup> BArch Berlin, R 16/11110 und VBS 1/1060051915.

## 20. Edmund Rehwinkels Tod

Der ehemalige Bauernverbandspräsident erlitt am 28. Januar 1977 bei einem Spaziergang einen Herzinfarkt, kam ins Krankenhaus und starb am 2. Februar. Die Bild-Zeitung titelte in der ihr eigenen Art wenig feinführend und reißerisch „Rehwinkel – Herzinfarkt am 78. Geburtstag“. Der Sohn und „Sport-Waffenhändler“ Hans-Jürgen Rehwinkel wurde mit den Worten zitiert: „Wir waren völlig überrascht – noch zwei Tage vorher hatte er sein Buch ‚Aphorismen‘ – Gedanken zur deutschen Wirklichkeit, herausgegeben! Keine Spur von Krankheit!“<sup>411</sup> Diese Einschätzung war wenig zutreffend. Immerhin war dies schon Rehwinkels zweiter Herzinfarkt.

Die Reaktionen auf den Tod des bedeutenden Bauernverbandspräsidenten fielen unterschiedlich aus. Der damalige Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Ernährung und Landwirtschaft der CDU/CSU Bundestagsfraktion und spätere Bundeslandwirtschaftsminister, Ignaz Kiechle, schrieb einen Fünfzeiler mit den üblichen Floskeln an die Witwe Anna Rehwinkel.<sup>412</sup> Einer der wenigen, der sich persönlich äußerte, war der viel gescholtene Willy Brandt, mit dem Rehwinkel 1964 ein persönliches Gespräch geführt hatte. Brandt hielt in einem Kondolenzschreiben fest: „Edmund Rehwinkel war ein tapferer und untadeliger Streiter für die Interessen eines eigenständigen bäuerlichen Berufsstandes. Zugleich hat er als weitsichtiger Politiker früher als viele andere erkannt, daß eine Politik für den ländlichen Raum nicht auf die Probleme der Agrarpolitik zu beschränken ist. Sichtbar wurde diese Erkenntnis vor allem darin, daß er den Niedersächsischen Landvolkverband für alle sozialen Gruppen im ländlichen Raum geöffnet hat und mit Leidenschaft und Beharrlichkeit für eine chancengleiche Bildung und Ausbildung der Menschen auf dem Lande eingetreten ist. Wir Sozialdemokraten werden Edmund Rehwinkel trotz mancher unterschiedlichen Auffassung nicht vergessen, wie er als späterer Präsident des Deutschen Bauernverbandes aus seiner Überzeugung strik[t]er Überparteilichkeit eines Bauernverbandes stets um gute und fruchtbare Zusammenarbeit auch mit uns bemüht war.“<sup>413</sup> Auf eine bestimmte Art müssen sich Brandt und Rehwinkel doch verstanden oder zumindest respektiert haben.

Von den niedersächsischen Landespolitikern äußerte sich unter anderem Hanns Deetjen. Er schrieb: „Der Gedanke, daß Edmund Rehwinkel plötzlich nicht mehr unter uns ist, bleibt schmerzhaft. In meinem staatlichen Amte gab es schon einmal Reibungspunkte, aber wir lösten unsere Probleme ebenso sachlich gut, wie fair und nobel. Ich habe Edmund Rehwinkel anders gesehen als wie Sonnemann, nicht unkritisch – aber

ich habe in ihm einen großen Niedersachsen, Naturtalent und Kämpfer für seine Bauern, bewundert.“<sup>414</sup>

Auch der Sozialdemokrat Alfred Kubel ließ es sich nicht nehmen, einige ziemlich persönliche Worte zu finden: „Die Zeit, in der ich wahrhaft partnerschaftlich mit diesem Manne zusammenarbeiten konnte, gehört in meiner Erinnerung zu den fruchtbarsten Perioden meiner Regierungstätigkeit in unserem Lande. Was in meinen Augen Edmund Rehwinkel auszeichnete, war einmal, daß er bei aller zähen Wahrnehmung landwirtschaftlicher Interessen nie übersah, daß das am fruchtbarsten nur in einer Harmonisierung mit anderen politischen Aufgaben geschehen konnte. Dabei bewies er bei jeder Gelegenheit, daß es sich dabei nicht nur um Aufgaben auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet handeln konnte. Sein Vorwärtsdrängen in Fragen der Schul- und Bildungspolitik hat mich immer tief beeindruckt.“<sup>415</sup>

Der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht formulierte: „Mit Edmund Rehwinkel ist ein Mann von uns gegangen, der, im bäuerlichen Leben selbst tief verwurzelt, seine ganze Kraft in den Dienst der ländlichen Bevölkerung stellte. In führenden berufsständischen Funktionen in unserem Lande und im europäischen Bereich setzte er sich unermüdlich für Verbesserungen der wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen für die Menschen auf dem Lande ein. Sein Wirken galt dem Ziel, eine moderne und leistungsstarke Landwirtschaft zu schaffen und die Ausbildung der Landjugend zu fördern. Viele Probleme auf diesem Wege sind mit seiner Hilfe gelöst.“<sup>416</sup>

<sup>411</sup> Bild-Zeitung vom 2.2.1977.

<sup>412</sup> Pressedienst der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag vom 3.2.1977.

<sup>413</sup> Willy Brandt in seiner Funktion als SPD-Parteivorsitzender am 3.2.1977 an Anna Rehwinkel. Willy-Brandt-Archiv im AdsD, A. 11.1 (Persönliche Korrespondenz des Parteivorsitzenden Willy Brandt 1977, Alte Signatur: 65).

<sup>414</sup> Hanns Deetjen am 7.2.1977 an Heinz Bockhop. Landvolk Niedersachsen – Landesbauernverband e. V., Sammlung Rehwinkel.

<sup>415</sup> Alfred Kubel am 6.2.1977 an Heinz Bockhop. Landvolk Niedersachsen – Landesbauernverband e. V., Sammlung Rehwinkel.

<sup>416</sup> Ernst Albrecht im Telegramm vom 2.2.1977 an Heinz Bockhop. Landvolk Niedersachsen – Landesbauernverband e. V., Sammlung Rehwinkel.

## 21. Fazit

Der 1899 geborene Edmund Rehwinkel stammte aus einem Elternhaus in der Nähe von Celle im heutigen Niedersachsen, das großbäuerlich, protestantisch und politisch deutschnational eingestellt war. Nach dem Besuch der Dorfschule in Westercelle und der Realschule in Celle ging er im Frühjahr 1915 mit einem Abschluss ab, der der Mittleren Reife entsprach. Seine Schulausbildung verbesserte er später durch Volkshochschulkurse und Selbststudien. Die Interessengebiete betrafen vor allem die Geographie, Geschichte, religiös-philosophische Fragen und die Volkswirtschaftslehre. Der ehrgeizige Bauernsohn wurde als „Autodidakt“ (Theodor Sonnemann) beschrieben. Anfang 1917, etwa mit 18 Jahren, meldete sich Rehwinkel als Kriegsfreiwilliger bei der Marine. Er brachte es bis zum Reserveoffiziersanwärter, wurde aber nicht mehr zum Reserveoffizier ernannt. Entgegen anderslautender Einschätzungen der bisherigen Forschung hinterließ der Untergang des Deutschen Kaiserreichs keine tieferen Eindrücke bei ihm. Zwar gehörte Rehwinkel zur „Kriegsgeneration“, neigte aber weder besonders kriegerischen noch nationalistischen, monarchistischen oder rechtsradikalen Positionen zu. Er war ein Bauernsohn, dem es in erster Linie darum ging, eine gute Ausbildung zu erhalten und seine landwirtschaftlichen Kenntnisse zu vervollständigen, um später den Hof der Familie übernehmen und bewirtschaften zu können. Kontakte zu Freikorps bestanden nicht. Von 1925 bis 1928 war er Verwalter einer Domäne im Land Hadeln. Die Arbeit dort empfand er als anstrengend und hart. Um 1920 begann er zudem damit, Gedichte zu schreiben, sicherlich ein eher untypischer Zug für ein jungen Mann vom Lande.

Mit der Heirat 1928 übernahm Edmund Rehwinkel den elterlichen Hof, der 118 ha groß war. Zwischen 1929 und 1937 wurden drei Kinder, zwei Söhne und eine Tochter, geboren, von denen der zweite Sohn aber bereits im Alter von fünf Jahren starb. Die Agrarkrise der Weimarer Republik bekam zwar auch die Familie Rehwinkel zu spüren, allerdings aufgrund ihrer guten sozialen Stellung weniger hart als andere. Die Zersplitterung des landwirtschaftlichen Organisationwesens in der Weimarer Republik hat Rehwinkel tief geprägt. Zwar sind von ihm keine Äußerungen aus dieser Zeit überliefert; er hat aber später immer wieder darauf Bezug genommen. Die Einheit der Landwirtschaft, des „Berufsstandes“, war immer eines seiner Hauptziele. In seiner ersten großen Rede 1947 äußerte sich Rehwinkel negativ über „die Zersplitterung und Ohnmacht des Landvolkes in der Zeit von 1918–1933“.

Die Machtübernahme durch den Nationalsozialismus rief bei Edmund Rehwinkel und seiner Familie eher nonkonformes Verhalten als Anpassung hervor. Rehwinkel ist durch die NS-Zeit völlig unbelastet. Er trat nur unbedeutenden nationalsozialistischen Organisationen wie der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt bei. Wegen seiner regimekritischen Gedichte wurde er am 14. Januar 1944 von der Gestapo verhaftet

und blieb bis zum 7. Februar 1944 im Gerichtsgefängnis Celle eingesperrt. Allerdings führte seine Haltung nicht zu einer Fundamentalopposition gegen den Nationalsozialismus. Einzelne Aspekte des NS-Regimes, wie die territorialen Zugewinne vor dem Zweiten Weltkrieg, fand der Niedersachse durchaus gut. Das hing auch damit zusammen, dass Rehwinkel stark von einem bäuerlichen Utilitarismus geprägt war. Vieles wurde unter dem Aspekt des Nutzens und des Vorteils beurteilt. Landgewinne und ein gemäßigter Nationalismus versprachen in dieser Zeit maximalen politischen Ertrag. Aktiven Wehrdienst musste Rehwinkel in der NS-Zeit nur relativ kurz vom 24. August 1939 bis zum 12. März 1940 und ab dem 22. Februar 1945 leisten. Bereits am 4. Juni 1945 wurde er aus englischer Kriegsgefangenschaft entlassen.

In der demokratischen Nachkriegsgesellschaft übernahm Rehwinkel schnell Führungsfunktionen und wurde im Juli 1945 Kreisbauernvorsteher bzw. Kreislandwirt und im Frühjahr 1946 ehrenamtlicher Landrat des Kreises Celle. Seine politische Haltung in der NS-Zeit fasste er in seinem Entnazifizierungsverfahren wie folgt zusammen: „Aktiver Gegner der Partei in Wort und Schrift.“ Rehwinkel galt zu Recht als überzeugter Demokrat. Auch wenn er von 1933 bis 1935 Mitglied des deutschnationalen Stahlhelms gewesen war, bestand an seiner positiven Entnazifizierung nie der geringste Zweifel. Die Spruchkammer reihte ihn am 2. Mai 1947 in die Kategorie V ein. Damit war Rehwinkel auch offiziell politisch unbelastet und von einer „politischen Säuberung“ nicht betroffen.

Parteipolitisch stand Rehwinkel zunächst sowohl der CDU als auch der konservativeren und kleineren Niedersächsischen Landespartei, aus der sich 1946 die Deutsche Partei entwickelte, nahe. Auch wenn die Quellenlage nicht ganz eindeutig ist, so scheint er doch Mitglied der CDU geworden zu sein. Zumindest vermeldete die Presse im April 1950 seinen Parteiaustritt. Rehwinkel blieb anschließend parteilos. Die entsprach auch seinem Verständnis als Agrarpolitiker. Er wollte sich nicht zu stark an eine Partei binden, um möglichst unabhängig zu bleiben und einen möglichst starken Druck ausüben zu können.

Die eigentliche Karriere Rehwinkels begann mit der Gründungsversammlung des Niedersächsischen Landvolkverbandes am 18. Februar 1947 und seiner Wahl zum Präsidenten am 3. Juni 1947. Gefördert wurde Rehwinkel in dieser Zeit von Friedrich Füllberg, der bereits im Kaiserreich dem Bund der Landwirte angehört hatte. Für einen konservativen Politiker der 1950er Jahre wies Rehwinkels Lebenslauf zwei Besonderheiten auf: Er hatte weder eine militärische Karriere vorzuweisen, noch war er Mitglied der NSDAP oder einer anderen bedeutenden NS-Organisation gewesen.

In seiner ersten großen Rede am 18. Februar 1947 zeigte sich, dass Rehwinkel eine ambivalente Einstellung gegenüber dem nationalsozialistischen Reichsnährstand hatte. Er sah in ihm einerseits eine berufsständische Zwangsorganisation, die den

Zweck hatte, den Landwirten die Preise zu diktieren, ein Abgabesoll aufzuerlegen und zu bevormunden. In dieser Hinsicht lehnt er ihn ab. Andererseits bewunderte er die Einheit, die Effizienz und die Macht dieser Organisation. Eine positive Einstellung oder gar Begeisterung gegenüber der Blut-und-Boden-Ideologie bestand bei ihm nicht, auch wenn er bisweilen verbal über „das biologische und statische Fundament“ des Bauerntums räsionierte. Rehwinkel war viel zu sehr Realist und ökonomisch geprägt, um sich mit einer solch weltfremden Ideologie näher zu befassen.

Rehwinkels wirtschaftspolitische Forderungen und Vorstellungen lassen sich in einem Satz zusammenfassen: Er wollte für die Landwirtschaft gerechte und faire Preise. Alle anderen Forderungen, die später noch dazu kamen, waren letztlich von dieser Grundforderung abgeleitet. Der Deutsche Bauernverband goss dieses Ziel 1951 in die Formel von der „Parität als Grundlage der Agrarpolitik“. Das Problem war jedoch, dass im marktwirtschaftlichen System der Bundesrepublik Deutschland niemand vorhanden war, der diese Parität garantieren konnte und wollte: Die Landwirtschaft selbst war wirtschaftlich zu schwach. Der Staat und das politische System orientierten sich eher an den Verbrauchern und wollten „Wohlstand für alle“ (Ludwig Erhard) über einen industriellen Aufschwung und sinkende Preise für Lebensmittel. Die Industrie selbst sah auch keine Veranlassung dazu, der Agrarwirtschaft finanzielle Mittel bereitzustellen.

So stand Edmund Rehwinkel von Anfang an auf verlorenem Posten, was ihm, dem Realisten, wohl auch durchaus bewusst war. Gleichwohl wollte er das Terrain nicht kampfflos den gesellschaftlichen Modernisierern überlassen. Er schwamm „gegen den Strom“, wie er seine Lebenserinnerungen betitelt hat. Durch seine immer wieder erhobenen, teilweise auch erweiterten, zunehmend als überzogen empfundenen Forderungen, durch die Klarheit und Kompromisslosigkeit seiner Reden kam jene Schärfe ins Spiel, die seine Amtszeit als Präsident des Deutschen Bauernverbandes von 1959 bis 1969 geprägt hat. Wo Rehwinkel war, herrschte Streit; diesen Eindruck musste man als Außenstehender gewinnen. Die Medien und die Öffentlichkeit reagierten zunehmend genervt. Der Leserbrief an eine Zeitung wurde 1970, als Rehwinkel noch Präsident des Niedersächsischen Landvolks war, mit den Worten betitelt: „Rehwinkels Wünsche kann nur der Weihnachtsmann erfüllen“.<sup>417</sup> Auch die Versuche, über direkte Absprachen mit den Bundeskanzlern Erfolge zu erzielen, scheiterten. Das Positive an Rehwinkels Reden war, dass er kein Blatt vor den Mund nahm und keine wie gestanzte wirkenden Formeln verwendete. Diese Ehrlichkeit begründete seinen legendären Erfolg als Redner der landwirtschaftlichen Verbände. Das Negative, das die Menschen wohl auch zunehmend abschreckte, war sein destruktives Geschichts- und Gesellschaftsbild, das die Landwirtschaft einseitig als Verlierer zeichnete. Allerdings hatte seine Kritik, die Landwirtschaft habe von 1915 bis 1950 fast durchweg unter einer Zwangsbewirtschaftung gestanden, durchaus etwas für sich. Und auch danach versuchte der

<sup>417</sup> O. K. Blücher aus Bruchhausen-Vilsen an die Hannoversche Presse vom 29.1.1970

Staat, die Preise so zu steuern, dass sie nicht zu hoch waren. So schrieb Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard 1952 an Rehwinkel: „Wie Sie wissen, liegt die Zuständigkeit für die Preispolitik beim Wirtschaftsministerium, und es bedeutet deshalb keine Einmischung in ein fremdes Ressort, wenn ich der Entwicklung aller Preise meine Aufmerksamkeit zuwende. Als Ende Juli die Preise für Gemüse und Salat derartig anzogen, dass z. B. in Nordrhein-Westfalen für Bohnen Verbraucherpreise von 1.– bis 1.20 DM gefordert wurden, konnte ich mich vor Beschwerden und Zuschriften nicht mehr retten, und es schien mir notwendig, dieser Volksstimmung ein Ventil zu verschaffen. [...] Als ein wesentlicher Bestandteil der Marktordnungsgesetze aber hat zu gelten, dass durch geeignete Vorratshaltung eine ausreichende Versorgung sichergestellt und damit auch ein stabiler Preis erreicht wird.“<sup>418</sup> Dies war genau der Punkt, der Rehwinkel erboste: Wenn die Agrarpreise nach oben gingen, griff der Staat regulierend ein, wenn sie sanken, war das das Problem der Landwirtschaft. Hier erhoben Rehwinkel und der Bauernverband immer wieder finanzielle Forderungen, die jedoch später nichts mehr mit gerechter Preisgestaltung zu tun hatten, sondern zunehmend Subventionscharakter erhielten. Dies war der Beginn der umfassenden EWG- und später EU-Agrarsubventionspolitik, die in der Öffentlichkeit auf immer weniger Verständnis stieß.

Edmund Rehwinkel war ein gemäßigter Nationalist und fühlte sich zuerst als Deutscher und erst in zweiter Linie als Europäer. Gleichwohl setzte er zunächst Hoffnungen in die EWG-Agrarpolitik, weil er glaubte, über stärker agrarisch geprägte Länder wie Frankreich, Italien und die Niederlande könne der Gestaltungsspielraum der Landwirtschaft insgesamt zunehmen. Auch der EU-Kommissar Sicco Mansholt wurde zunächst positiv beurteilt. 1968 hatte sich die Einstellung gegenüber Mansholt völlig gewandelt, den Rehwinkel jetzt als „LPG-Vorkämpfer“ bezeichnete und am liebsten in den „Osten“ geschickt hätte.

Edmund Rehwinkel hatte im Bauernverband und im Gesellschaftssystem der BRD in den 1950er und in der ersten Hälfte der 1960er Jahre auch die Funktion, die radikalen Kräfte der Agraropposition und Notgemeinschaft Deutscher Bauern einzubinden. Die Landwirtschaft war in einen süddeutschen Flügel, der der CDU/CSU nahestand und gemäßigt-konservativ war, und in einen norddeutschen Flügel, der radikaler war, gespalten. Wo Rehwinkel genau zu verorten war, ist nicht ganz klar. Auf jeden Fall wirkte er letztlich, obwohl er verbal radikal war, politisch mäßigend. Er war der einzige im Bauernverband, dem man das Kunststück zutraute, die radikalen Kräfte einzubinden. Gleichwohl nahm der Einfluss Rehwinkels in Bonn ab 1963 und noch stärker ab 1966 ab. Im Oktober 1963 wurde Ludwig Erhard Bundeskanzler, was Rehwinkel als „Katastrophe“ empfand. Erhard war für ihn der Innbegriff des industriell orientierten Wirtschaftspolitikers. Da Erhard als Kanzler einige Zugeständnisse machte, wurde das Verhältnis jedoch eher besser als schlechter. Als noch schlimmer empfand Rehwinkel die Bildung der Großen Koalition im Dezember 1966. Rehwinkel hatte immer auf die kleinen Parteien gesetzt

<sup>418</sup> Ludwig Erhard am 29.8.1952 an Edmund Rehwinkel. Ludwig-Erhard-Stiftung, NE I.4/58.

und gehofft, dass sie an der Regierung beteiligt werden würden. Nun sah er diesen Einflussfaktor schwinden. Die Hinwendung zur NPD muss vor diesem Hintergrund gesehen werden. Dafür, dass Rehwinkel NPD-Mitglied wurde, gibt es keinen Beleg. Eine gewisse Nähe bestand gleichwohl, was man nicht zuletzt am Verhalten des Sohnes Hans-Jürgen Rehwinkel zeigen kann, der bei den niedersächsischen Kommunalwahlen im Jahr 1968 als Parteiloser auf der NPD-Liste kandidierte. Die Frage, ob Rehwinkel die National-Zeitung gelesen hat, ob er der Redaktion sogar nahestand, wie nach seinem Tod von den Rechtsextremen behauptet wurde, kann nicht mit letzter Sicherheit beantwortet werden. Auszuschließen ist es nicht.

Rehwinkels Rücktritt als Präsident des Deutschen Bauernverbandes erfolgte nur scheinbar spontan. Die gesamte politische Entwicklung in Bonn und Brüssel lief immer mehr gegen den Niedersachsen, der daraus die Konsequenz zog und im Januar 1969 seinen Posten als Präsident des DBV aufgab. Der Rücktritt erfolgte keineswegs nur aus gesundheitlichen und Altersgründen. Der Spagat, dass die CDU/CSU einerseits Hauptadressat der Kritik war, andererseits immer wieder von den Landwirten gewählt wurde, war zu groß. In den 1970er Jahren war Rehwinkel verbittert. Einige Ansichten, die er in dieser Zeit in seinen Büchern und Publikationen äußerte, müssen vor diesem Hintergrund gesehen werden. Sie haben seinem Ruf eher geschadet als genützt. Wenn das Handeln des DBV und damit auch Rehwinkels im EWG-System der 1960er Jahre im Nachhinein als „geschickt und erfolgreich“ dargestellt wird,<sup>419</sup> so muss gesagt werden, dass dies nicht der Selbstwahrnehmung Rehwinkels entsprach. Allen Teilerfolgen zum Trotz überwog bei ihm das Gefühl des Scheiterns. Rehwinkel war zweifellos ein machtbewusster Verbandspolitiker. Zwischen 1955 und 1961 hatte er sowohl im Bund als auch im Land Niedersachsen an zentralen Schaltstellen Staatssekretäre platziert, die aus seinem Haus stammten. Seinen Mitkonkurrenten Otto Freiherr von Feury schaltete er mit Hilfe des Nachrichtenmagazins Der Spiegel 1957 aus. Er trat für den Mittelstand ein und gegen die Großindustrie auf. Als problematisch ist vor allem seine Personalpolitik im Niedersächsischen Landvolkverband einzuschätzen. Fast alle Hauptgeschäftsführer zwischen 1947 und 1963 waren politisch durch die NS-Zeit belastet.

Vieles an Rehwinkel, insbesondere seine dezidiert deutschnationale Haltung, ist uns heute fremd. Seine politische Einstellung wurde noch stark vom Kaiserreich und von der Weimarer Republik bestimmt. Im Kern haben seine Forderungen aber eine erstaunliche Aktualität. In der ersten Jahreshälfte 2016, als das vorliegende Manuskript verfasst wurde, waren sowohl die Frage der Preisgerechtigkeit für landwirtschaftliche Produkte (Milchpreis) als auch die Frage, ob eine Partei rechts von der CDU/CSU existieren kann, und nicht zuletzt die Zukunft der Europäischen Union zentrale Punkte, die die öffentliche Diskussion bestimmten.

<sup>419</sup> Patel, Europäisierung wider Willen, S. 516.

## Abkürzungsverzeichnis

ACDP	Archiv für Christlich-Demokratische Politik
AdL	Archiv des Liberalismus
AdsD	Archiv der sozialen Demokratie
BArch	Bundesarchiv
BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie
BMELF	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BStU	Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CEA	Confédération Européen de l'Agriculture
COPA	Comité des organisations professionnelles agricoles
CSU	Christlich-Soziale Union
DBV	Deutscher Bauernverband
DBZ	Deutsche Bauernzeitung
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DDR	Deutsche Demokratische Republik
Diss.	Dissertation
DIZ	Deutsches Institut für Zeitgeschichte
DLG	Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft
DM	Deutsche Mark
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DP	Deutsche Partei
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDP	Freie Demokratische Partei
GAL	Gesetz über eine Altershilfe für Landwirte
GB/BHE	Gesamtdeutscher Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten
GG	Grundgesetz
ha	Hektar
IFAP	International Federation of Agricultural Producers
Jg.	Jahrgang
MdR	Mitglied des Reichstags
NDB	Neue Deutsche Biographie
NLA	Niedersächsisches Landesarchiv
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
RNSt	Reichsnährstand
SA	Sturmabteilung/Sturmabteilungen (der NSDAP)

SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffel (der NSDAP)
t	Tonne(n)
TH	Technische Hochschule
uk	unabkömmlich
VELF	Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
ZAA	Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie

## Quellen- und Literaturverzeichnis

- a. Unveröffentlichte Quellen
- BArch Berlin: verschiedene Bestände (siehe Anmerkungen).
- BArch Koblenz: B 136 (Bundeskanzleramt), B 428 (Deutscher Bauernverband).
- Bundesarchiv, Abteilung Militärarchiv: Mitteilung an den Verfasser vom 10.12.2015.
- Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU): MfS AS 137/76 Bd. 53 DB sowie die Karteikarten F 16 und F 22 (zu Edmund Rehwinkel) und MfS HA IX/11 Nr. PA 2973 (zu Theodor Sonnemann).
- Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen/Bundesarchiv Außenstelle Ludwigsburg. Auskunft vom 16.3.2017.
- Deutsche Dienststelle für die Benachrichtigung der nächsten Angehörigen von Gefallenen der ehemaligen deutschen Wehrmacht (WASt). Auskunft vom 22.3.2017.
- Niedersächsisches Landesarchiv Hannover: V.V.P. 38 (Nachlass Edmund Rehwinkel), Nds. 171 Lüneburg Nr. 56004 (Spruchkammerakte Edmund Rehwinkel), Hann. 86 a Celle Acc. 158/97 Nr. 7376 (Gefangenenakte Edmund Rehwinkel 1944). Nds. 50, Acc. 96/88 Nr. 144/2. Nds. 50, Acc. 2000/064 Nr. 2. Nds. 50, Acc. 2000/137 Nr. 6.
- Landesarchiv NRW: RW 248 (Nachlass Diether Deneke), RWN 144 (Nachlass Antonius Freiherr von Oer).
- Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung: I-090 (Nachlass Andreas Hermes), I-105 (Nachlass Paul Binder). Sammlung Personalialia Edmund Rehwinkel.
- Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung: SPD-Parteivorstand, Referat Agrarpolitik, Sammlung Personalialia Edmund Rehwinkel, Willy-Brandt-Archiv, GEW-Vorstand.
- Archiv des Deutschen Liberalismus der Friedrich-Naumann-Stiftung: Bundesausschuss für Agrarpolitik, Bestände Franz Blücher, Konrad Frühwald, Erich Mende, Wolfgang Mischnick, Walter Scheel.
- Archiv der Ludwig-Erhard-Stiftung: NE I. 4) 58 (Briefwechsel Erhard-Rehwinkel).
- Stadtarchiv Celle: Z 01, 1931 (Zeitungsausschnittssammlung Edmund Rehwinkel).
- Kirchenbuchamt Celle: Kirchenbucheinträge zur Familie Rehwinkel.
- Landvolk Niedersachsen – Landesbauernverband e. V.: Sammlung Edmund Rehwinkel.
- Interview des Verfassers mit Constantin Freiherr Heereman von Zuydtwyck am 16.6.2010.
- Interview des Verfassers mit Dr. Helmut Kehle, dem langjährigen Hauptgeschäftsführer des Landesbauernverbandes Württemberg-Hohenzollern und Schwiegersohn Bernhard Bauknechts, am 5.8.1999.
- Interview des Verfassers mit Marianne Kroos (ehemalige Sekretärin von Edmund Rehwinkel) am 12.4.2016.
- Interview des Verfassers mit Dr. Rudolf Schnieders am 17.6.2010 und am 8.10.2016.

Interview des Verfassers mit Gerda und Reinhard Spulak am 7.4.2016.  
Sammlung Dornheim. Lebenserinnerungen von Staatssekretär a. D. Hanns Deetjen (um 1970).

b. Veröffentlichte Quellen und Literatur

Abel, Wilhelm: Die Aufgaben der ländlichen Sozialpolitik, in: Soziale Sicherheit für die Bauernfamilie, mit Beiträgen von Wilhelm Abel u.a. Hannover 1963, S. 5–14.

Abgeordnete in Niedersachsen 1946–1994. Biographisches Handbuch, hg. vom Präsidenten des Niedersächsischen Landtags, bearbeitet von Barbara Simon, Hannover 1996.

Ackermann, Paul: Der Deutsche Bauernverband im politischen Kräftespiel der Bundesrepublik. Die Einflußnahme des DBV auf die Entscheidung über den europäischen Getreidepreis, Tübingen 1970.

Adenauer: „Es mußte alles neu gemacht werden.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1950–1953, Bd. 1: 1950–1953, bearbeitet von Günter Buchstab, Stuttgart 1986.

Adenauer: „Wir haben wirklich etwas geschaffen.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands, Bd. 2: 1953–1957, bearbeitet von Günter Buchstab, Düsseldorf 1990.

Adenauer: „... um den Frieden zu gewinnen“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands, Bd. 3: 1957–1961, bearbeitet von Günter Buchstab, Düsseldorf 1994.

Bergmann, Klaus: Agrarromantik und Großstadtfeindlichkeit, Meisenheim am Glan 1970.

Bock, Herbert: Absatzbedingungen und Absatzgestaltung der westdeutschen Getreideeinfuhren nach dem letzten Weltkrieg, in: Chronik der Bundesanstalt für landwirtschaftliche Marktordnung, S. 167–239.

Canenbley, Wilhelm August Heinrich: Das deutsche veredelte Landschwein auf den Ausstellungen der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft, Diss. Univ. Leipzig 1927.

Chronik der Bundesanstalt für landwirtschaftliche Marktordnung. o. O. o. J. [1986].

Chronik zum 100 jährigen Bestehen der Freiwilligen Feuerwehr Westercelle vom 17. Juni 1893 bis 1993, hg. von Freiwilligen Feuerwehr Westercelle, o. O. 1993.

Conze, Eckart: Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart, München 2009.

Der Deutsche Bauernverband. Seine Mitglieder und andere landwirtschaftliche Organisationen (= Schriftenreihe des DBV, Heft 3/1978), Bonn 1978.

Deutsches Erdölmuseum Wietze (Hg.): Klein-Texas in der Heide. Das Ölfeld Wietze und Deutschland bis 1945. Begleitheft zur Sonderausstellung 1. Mai bis 30. November 1998 von Manfred Ehrenwerth mit einem Beitrag von Susanne Abel (= Veröffentlichungen aus dem Deutschen Erdölmuseum Wietze, Heft 1), Celle 1998.

Dornheim, Andreas: Der lange Weg in die Moderne. Agrarische Politik und ländliche Gesellschaft in Deutschland 1918 bis 1960, unveröffentlichte Habilitationsschrift an der Universität Erfurt 2000.

Dornheim, Andreas: Rasse, Raum und Autarkie. Sachverständigengutachten zur Rolle des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft in der NS-Zeit (2011). Siehe: [http://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Ministerium/RolleReichsministeriumNSZeit.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Ministerium/RolleReichsministeriumNSZeit.pdf?__blob=publicationFile). (Erste Fassung 2006 unter dem Titel: Rolle und Inhalt der Agrarpolitik und Agrarforschung von Vorgängerinstitutionen des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft. Sachverständigengutachten für das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz 2006, unveröffentlicht).

Dornheim, Andreas: Sachs. Mobilität und Motorisierung. Eine Unternehmensgeschichte, Hamburg 2015.

Ewert, Hinrich: Edmund Rehwinkel, Ein Leben im Dienste des bäuerlichen Berufsstandes, Hannover o. J. [ca. 2007].

Feldenkirchen, Wilfried/Herrmann, Dieter P.: Das Gesetz über eine Altershilfe für Landwirte (GAL), in: ZAA, 36 (1988), S. 78–97.

Frank, Claudia: Der „Reichsnährstand“ und seine Ursprünge. Struktur, Funktion und ideologische Konzeption, Diss. Univ. Hamburg 1988 (Ms.).

Fuld, Werner: Das Lexikon der Fälschungen. Fälschungen, Lügen und Verschwörungen aus Kunst, Historie, Wissenschaft und Literatur, Frankfurt a. M. 1999.

Görtemaker, Manfred: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart. München 1999.

Gothe, Christian (Hg.): An der Seite der Bauern. Die Geschichte der Rentenbank, München 2014.

Hachmeister, Lutz: Den frühen SPIEGEL neu lesen – Zwischen NS-Netzwerken und gesellschaftlicher Modernisierung, in: Doerry, Martin; Janssen, Hauke (Hg.): Die SPIEGEL-Affäre. Ein Skandal und seine Folgen, München 2013, S. 50–66.

Hachmeister, Lutz: Der Gegnerforscher. Die Karriere des SS-Führers Franz Alfred Six, München 1998.

Hachmeister, Lutz: Hannover. Ein deutsches Machtzentrum, München 2016.

Hansen, J[ohannes]; Fischer, G[ustav]: Geschichte der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft, Berlin 1936.

Heberle, Rudolf: Landbevölkerung und Nationalsozialismus. Eine soziologische Untersuchung der politischen Willensbildung in Schleswig Holstein 1918–1932, Stuttgart 1963 [Manuskript 1934 abgeschlossen].

Heinze, Rolf G.: Verbandspolitik zwischen Partikularinteressen und Gemeinwohl – Der Deutsche Bauernverband, hg. von Renate Mayntz, Gütersloh 1992.

Hofmann, Gunter: Helmut Schmidt. Soldat, Kanzler, Ikone. Biographie, München 2015.

Hohenstein, Angelika: Bauernverbände und Landwirtschaftskammern in Niedersachsen 1945–1954, Hildesheim 1990.

Ipsen, Gunther: Das Landvolk. Ein soziologischer Versuch, Hamburg 1933.

50 Jahre Hessischer Bauernverband e. V. 1946–1996. o. O. 1996.

John, Antonius: Bauernköpfe 1946–1986, Bonn 1986.

Jünger, Ernst: In Stahlgewittern. Historischkritische Ausgabe, hg. von Helmuth Kiesel. Die gedruckten Fassungen unter Berücksichtigung der Korrekturbücher, Stuttgart 2013.

Karlsch, Rainer; Stokes, Raymond G.: "Faktor Öl". Die Mineralölwirtschaft in Deutschland 1859–1974, München 2003.

Kluge, Ulrich: Vierzig Jahre Agrarpolitik in der Bundesrepublik Deutschland, 2 Bde., Hamburg 1989.

Kockel, Titus: Deutsche Ölpolitik 1928–1938, Berlin 2005.

Kohnert, Hans Joachim: Die Betriebsverhältnisse der deutschen Bauernwirtschaften in der ehemaligen Provinz Westpreußen, Diss. TH Danzig 1931.

Köhler, Henning: Adenauer. Eine politische Biographie, Berlin und Frankfurt a. M. 1994.

Kroeschell, Karl: Art. Reichsnährstands-Abwicklung, in: Handwörterbuch des Agrarrechts, hg. von Volkmar Götz u. a., Bd. 2, Berlin 1982, Sp. 673 f.

Krohn, Heinz: Jagt ihn – ein Bauer! Wetterzone Agrarpolitik, Hannover o. J. [1965].

Krzymowski, Richard: Geschichte der deutschen Landwirtschaft unter besonderer Berücksichtigung der technischen Entwicklung der Landwirtschaft bis zum Ausbruch des 2. Weltkrieges 1939, Berlin 1961.

List, Wolfgang; Rauterberg, Hannskar: „Erzähl doch was aus Westercelle!“ Geschichte(n) und Menschen aus unserem Westercelle, o. O. 2012.

Merkenich, Stephanie: Grüne Front gegen Weimar. Reichs-Landbund und agrarischer Lobbyismus 1918–1933, Düsseldorf 1998.

Meyer, Konrad: Landvolk im Werden, Material zum ländlichen Aufbau in den neuen Ostgebieten und zur Gestaltung des dörflichen Lebens, Berlin 1942 (2. Aufl.).

Das MfS-Lexikon. Begriffe, Personen und Strukturen der Staatssicherheit der DDR, hg. von Roger Engelmann u. a., Berlin 2011.

Möller, Reinhard W. E. L.: Celle-Lexikon, Hildesheim 1987.

Morsey, Rudolf: Heinrich Lübke. Eine politische Biographie, Paderborn u. a. 1996.

Müller, Markus: Die Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei 1928–1933, Düsseldorf 2001.

Neumann, Martina: Theodor Tantzen – ein widerspenstiger Liberaler gegen den Nationalsozialismus, Hannover 1998.

Niklas, Wilhelm: Ernährungswirtschaft und Agrarpolitik. Ausführungen des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten über die Ernährungs- und Agrarpolitik in den Sitzungen des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Deutschen Bundestags am 19. und 27. Oktober 1949 in Bonn, Bonn 1949.

Noell, Günter: Industrie und Landwirtschaft. Vortrag gehalten auf den Deutschen Bauerntag in Münster/Westf. am 19. September 1953, o. O. o. J.

Pacyna, Günther: Agrarfabriken oder Bauernhöfe? Das Landvolk im Zeitalter der industriellen Gesellschaft, Hamburg 1958.

Pacyna, Günther: Agrarunion – der zweite Schritt zu Europa?, in: Zeitschrift für Geopolitik, 23. Jg. 1952, S. 74–81.

Pacyna, Günther: Bodenrecht aus deutscher Art, in: Darré, R. Walther; Pacyna. Günther; Leers, Johann von: Deutsches Bauerntum. Drei Kapitel deutscher Geschichte, Goslar o. J. [1939], S. 37–91.

Pacyna, Günther: Edmund Rehwinkel. Ein Portrait, Freudenstadt 1969.

Patel, Kiran Klaus: Europäisierung wider Willen. Die Bundesrepublik Deutschland in der Agrarintegration der EWG 1955–1973, München 2009.

Podewin, Norbert (Hg.): Braunbuch. Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik und in Berlin (West). Reprint der Ausgabe 1968 (3. Aufl.), Berlin o. J.

Pohl, Manfred; Schneider, Andrea H.: Die Rentenbank. Von der Rentenmark zur Förderung der Landwirtschaft 1923–1949–1999, München 1999.

Raberg, Frank: Oskar Farny – ein bewährter Demokrat?, in: Proske, Wolfgang (Hg.): Täter, Helfer, Trittbrettfahrer. Bd. 4: NS-Belastete aus Oberschwaben, Gerstetten 2015 (4. Aufl.), S. 114–127.

Rehwinkel: Die Agrarpolitik des Deutschen Bauernverbandes. Rede auf dem Deutschen Bauerntag am 16.7.1965 in Düsseldorf.

Rehwinkel, Edmund: Die Agrarpolitik des Deutschen Bauernverbandes und ihre Beziehungen zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Rede auf dem Deutschen Bauerntag in Landau (Pfalz) 1959.

Rehwinkel, Edmund: Agrarpolitische Schriftenreihe. Rede auf dem Oberpfälzer Bauerntag, Oktober 1968.

Rehwinkel, Edmund: Aphorismen und anderes zum Nachdenken, Uelzen 1977.

Rehwinkel, Edmund: Ernste Betrachtungen in Versen, Hannover 1975.

Rehwinkel, Edmund: Gegen den Strom. Erinnerungen eines niedersächsischen, deutschen und europäischen Bauernführers, Dorheim 1974.

Rehwinkel, Edmund: Mosaik. Alte und neue Gedichte, Hannover o. J. [1956].

Rehwinkel, Edmund: Quer Beet, Hannover 1975.

Rehwinkel, Edmund: Was nun altes Abendland? Uelzen 1976.

Reichardt, Fritz: Andreas Hermes, Neuwied am Rhein 1953.

Rieger, Dietrich unter Mitarbeit von Hans-Georg Burger: Nach vorne denken. Der Weg der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft ins 21. Jahrhundert, Frankfurt a. M. 2011.

Rohr, Hans Christoph von: Ein konservativer Kämpfer. Der NS-Gegner und Agrarpolitiker Hansjoachim von Rohr, Stuttgart und Leipzig 2010.

Rohr, Hansjoachim von: Die agrarpolitische Opposition 1947–1971. Hansjoachim von Rohr im Spiegel der „Stimmen zur Agrarwirtschaft“, dargestellt von Artur Schürmann, hg. vom Verein für Agrarwirtschaft e. V., Bussau 1978.

Salomon, Ernst von: Der Fragebogen, Stuttgart/Zürich/Salzburg o.J. [EV 1951].

Schlemmer, Thomas: Edmund Rehwinkel, in: Neue Deutsche Biographie, Bd. 21, 2003, S. 287 f.

Schmidtchen, Robert: Oskar Farny (1891–1983). Eine Biographie. Diss. Univ. Bayreuth, 2015 (unveröffentlicht).

Schmidtchen, Robert: Oskar Farny – eine biographische Skizze, in: Historisch-politische Mitteilungen 21/2014, S. 325 – 347.

Schmitt, Hans-Jürgen: Der Fall George Forestier, in: Gefälscht! Betrug in Politik, Literatur, Wissenschaft, Kunst und Musik, hg. von Karl Corino, Frankfurt a. M. 1990, S. 317 – 329.

Schmollinger, Horst W.: Die Deutsche Konservative Partei – Deutsche Rechtspartei in: Stöss (Hg.): Parteien-Handbuch, Bd. 1, S. 982 – 1024.

Schmollinger, Horst W.: Die Deutsche Partei, in: Stöss (Hg.): Parteien-Handbuch, Bd. 1, S. 1025 – 1111.

Schmollinger, Horst W.: Die Deutsche Reichspartei, in: Stöss (Hg.): Parteien-Handbuch, Bd. 1, S. 1112 – 1191.

Schmollinger, Horst W.: Die Konservative Partei, in: Stöss (Hg.): Parteien-Handbuch, Bd. 2, S. 1880 – 1891.

Schmollinger, Horst W.: Die Sozialistische Reichspartei, in: Stöss (Hg.): Parteien-Handbuch, Bd. 2, S. 2274 – 2336.

Schnieders, Rudolf; Hintze, Elisabeth: Der Deutsche Bauernverband im politischen und wirtschaftlichen Umfeld 1945 bis 2008. Eine agrarpolitische Chronik verfasst auf Anregung des Deutschen Bauernverbandes (Berlin) mit Unterstützung der Landwirtschaftlichen Rentenbank (Frankfurt), Bonn-Berlin 2009.

Schultze, Sven: „Land in Sicht?“ Agrarexpositionen in der deutschen Systemauseinandersetzung: Die Grüne Woche und die DDR-Landwirtschaftsausstellung in Leipzig-Markkleeberg, Berlin 2015.

Schwarz, Hans-Peter: Adenauer. Bd. 1: Der Aufstieg: 1876 – 1952, Stuttgart 1986. Bd. 2: Der Staatsmann: 1952-1967, Stuttgart 1991.

Sechster Verwaltungsbericht der Stadt Celle für die Jahre 1926 – 1955, o. O. o. J. [Celle 1964].

Seidl, Alois: Deutsche Agrargeschichte, Freising 1995 (Neuaufgabe Frankfurt a. M. 2006).

Sonnemann, Theodor: Gestalten und Gedanken. Aus einem Leben für Staat und Volk, Stuttgart-Hannover 1975.

Sonnemann, Theodor: Jahrgang 1900. Auf und ab im Strom der Zeit, Würzburg 1980.

Sonnemann, Theodor: Eine Jugend unter Schwarz-Weiß-Rot, in: Kindheit im Kaiserreich. Erinnerungen an vergangene Zeiten, hg. von Rudolf Pörtner, München 1989, S. 128 – 135.

Spiegel der westdeutschen Landwirtschaft, hg. vom land- und hauswirtschaftlichen Auswertungs- und Informationsdienst e. V. Bad Godesberg. 6. Fassung Münster 1960.

Stadt Celle. Siebenter Verwaltungsbericht für die Jahre 1956 – 1979, o. O. o. J. [Celle 1982].

Stöss, Richard (Hg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945 – 1980. 2 Bde., Opladen 1983 und 1984.

Stoltenberg, Gerhard: Politische Strömungen im schleswig-holsteinischen Landvolk 1918 – 1933. Ein Beitrag zur politischen Meinungsbildung in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1962.

Taeger, Angela: Soziale Agrarpolitik: Der lange Weg von der familiären Versorgung alter Bauern bis zur gesetzlichen Altershilfe, in: ZAA, 41 (1993), S. 190 – 218.

Thiesen, Erich: Es begann im Grünen Kreml. Agrarpolitik zwischen Rendsburg und Brüssel, Neumünster 1997.

Timmermann, Willi: Das Professorengutachten von 1962 „Landwirtschaft im Strukturwandel der Volkswirtschaft“. Projektionskontrolle und agrarpolitische Lehren, in: Berichte über Landwirtschaft, Neue Folge, Bd. XLVI, Heft 3 und 4 (1968). S. 601-632.

Topf, Erwin: Die Grüne Front. Der Kampf um den deutschen Acker, Berlin 1933.

Turner, George; Böttger, Ulrich; Wölfle, Andreas: Agrarrecht. Ein Grundriss, Frankfurt a. M. 2006 (3. Aufl.).

Ullmann, Hans-Peter: Interessenverbände in Deutschland, Frankfurt a.M. 1988.

Unser Land, unsere Dörfer, unsere Bauern, hg. vom Deutschen Bauernverband, Hannover 1998.

Völker, Peter: Wahlen und politische Parteien im Raum Celle von 1867 – 1972, Diss. TU Hannover 1977.

Weisz, Christoph: Organisation und Ideologie der Landwirtschaft 1945 – 1949, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 21 (1973), S. 192 – 199.

Witter, Ben: Spaziergänge mit Prominenten, Zürich 1969.

## Edmund Rehwinkel

- 1899–1945 geboren am 28. Januar 1899 in Westercelle, Landkreis Celle  
seit 1928 verheiratet mit Frau Anna, geb. Hagemann  
zwei Söhne, eine Tochter  
selbstständiger Landwirt in Westercelle  
Soldat in beiden Weltkriegen
- 1945–1964 Kreisbauernvorsteher bzw. Kreislandwirt des Landkreises Celle
- 1946 Landrat des Landkreises Celle
- 1946–1950 Mitglied des Kreistags Celle
- 1947–1971 Mitbegründer und erster Präsident des Landesverbands  
Niedersächsisches Landvolk  
Mitbegründer und Vorsitzender des Landvolk-Kreisverbands Celle
- 1949–1964 Präsident der Landwirtschaftskammer Niedersachsen  
Vizepräsident des Verbands der Landwirtschaftskammern
- 1948–1954 Vizepräsident des Deutschen Bauernverbands
- 1954–1959 Mitglied des geschäftsführenden Dreierpräsidiums des Deutschen  
Bauernverbands, seit 1955 dessen Sprecher
- 1955–1969 Vizepräsident des Verbands der Europäischen Landwirtschaft (CEA)
- 1959–1969 Präsident des Deutschen Bauernverbands
- 1958–1961 Mitglied des Wirtschafts- und Sozialausschusses der Europäischen  
Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)
- 1960–1962 Präsident des Ausschusses der berufsständischen Organisationen  
und 1967 der Landwirtschaft der EWG-Länder (COPA)
- 1964–1969 Vorsitzender des Zentralausschusses der Deutschen Landwirtschaft
- 1949–1974 Mitglied des Verwaltungsrats der Landwirtschaftlichen Rentenbank,  
ab 1955 stellvertretender Vorsitzender und ab 1963 Vorsitzender
- 1966–1969 Mitglied des Exekutivausschusses des Internationalen Verbands  
landwirtschaftlicher Produzenten (IFAP)  
weitere ehrenamtliche Tätigkeiten in zahlreichen Organisationen  
im Bereich der Land-, Agrar- und Ernährungswirtschaft
- 1977 verstorben am 2. Februar 1977 in Westercelle